

MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

JULI 1961

INHALT

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Sommer 1961	3
Geld und Kredit	3
Öffentliche Finanzen	24
Produktion und Märkte	35
Außenhandel und Zahlungsbilanz	48
Statistischer Teil	59
Bankenstatistische Gesamtrechnungen	60
Deutsche Bundesbank	65
Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	65
Ausweis	68
Kreditinstitute	70
Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	70
Zwischenbilanzen	84
Mindestreservesätze und Zinssätze	97
Kapitalmarkt	103
Öffentliche Finanzen	113
Außenwirtschaft	119
Produktion und Märkte	124
Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	128
Zinssätze im Ausland	130

Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die Angaben dieses Berichts bis einschließlich Dezember 1959 auf das Bundesgebiet ohne Saarland aber einschließlich Berlin (West), ab Januar 1960 auf das Bundesgebiet einschließlich Saarland und Berlin (West)

Abgeschlossen am 2. August 1961

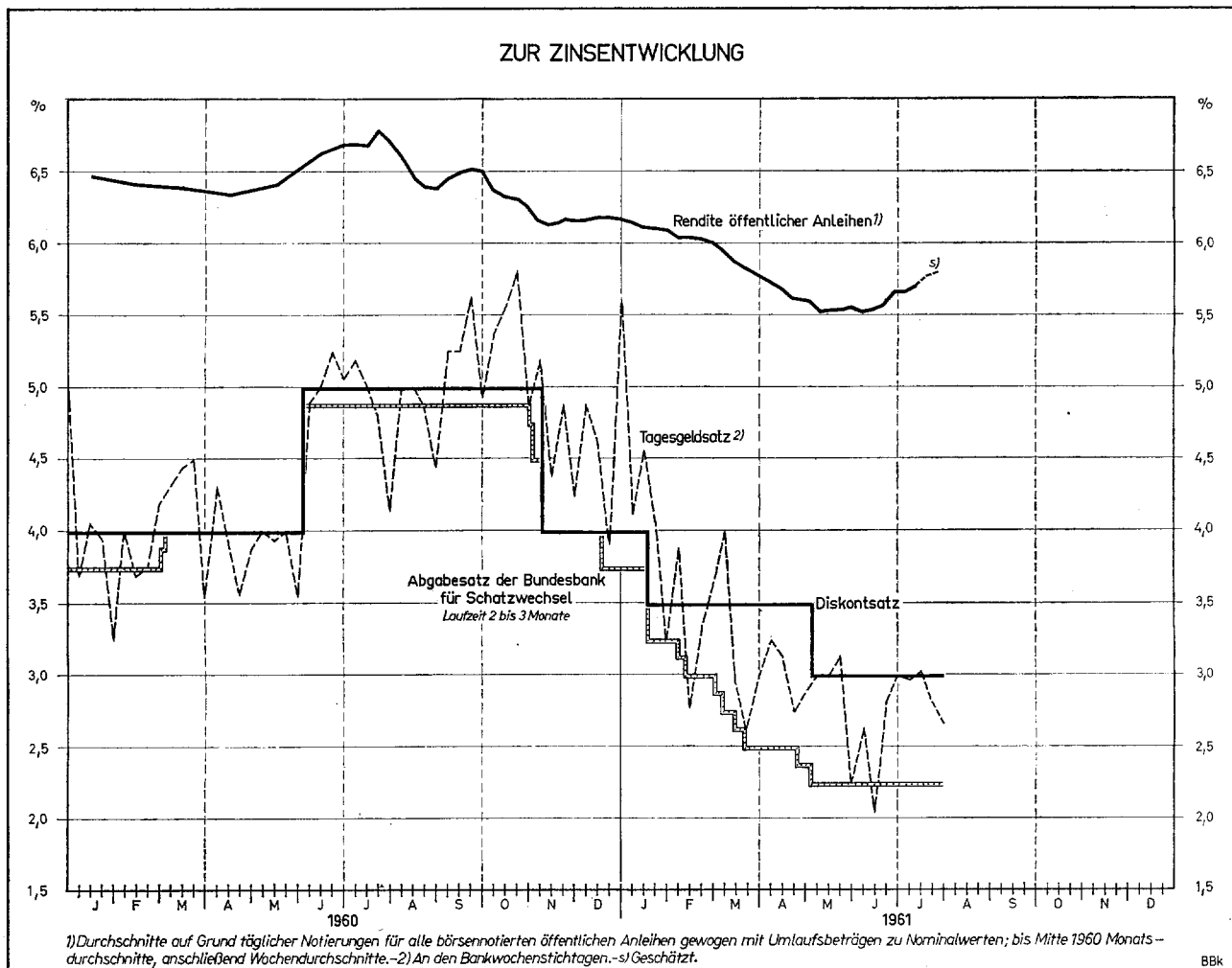
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Sommer 1961

Geld und Kredit

Die monetäre Entwicklung der letzten Monate unterscheidet sich von der des Frühjahrs vor allem dadurch, daß sie weniger als damals durch Verflüssigungs- und Zinssenkungstendenzen gekennzeichnet war. Am Kapitalmarkt ist es fürs erste sogar zu einem leichten Rückschlag in der Zinsentwicklung gekommen. Ausschlaggebend hierfür dürften die weltpolitischen Spannungen gewesen sein, die das Interesse des Auslands am Erwerb deutscher Wertpapiere wesentlich minderten, ja in letzter Zeit sogar dazu beigetragen haben, daß die Verkäufe von seiten des Auslands überwogen. Es kam hinzu, daß der Geldmarkt in den letzten Monaten im ganzen genommen eher zur Anspannung als zur Flüssigkeit neigte, wozu neben den anhaltend hohen Kassenüberschüssen der zentralen öffentlichen Haushalte und neben saisonmäßigen Faktoren vor allem hohe

Geldexporte der Banken und die oben angedeutete — unter zahlungsbilanzpolitischen Gesichtspunkten nur zu begrüßende — Verminderung des Kapitalzustroms aus dem Ausland beitrugen. Immerhin haben die wiederholten Mindestreservesenkungen den Versteifungstendenzen fühlbar entgegengewirkt. Die Kreditexpansion der Banken war weiter stark. Sie stand jedoch offenbar weitgehend mit dem durch die Kassenüberschüsse der öffentlichen Haushalte bedingten Geldentzug und vielleicht auch mit dem allmählichen Nachlassen der Kreditaufnahme im Ausland in Zusammenhang, für die Kurssicherungserwägungen noch immer eine große Rolle spielen. Das „Geldvolumen“ ist daher bei weitem nicht so stark gestiegen, wie man auf Grund der Kreditexpansion annehmen könnte, zumal die Geldkapitalbildung bei den Banken infolge des



starken Anstiegs der Termineinlagen und der (namentlich bei öffentlichen Stellen) aufgenommenen Gelder und Darlehen beträchtlich war. Es hat überdies den Anschein, als nähme die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes infolge der in letzter Zeit in Erscheinung getretenen Tendenz zur Konjunkturberuhigung neuerdings nicht weiter zu.

Geldmarkt und Bankenliquidität

Daß der Geldmarkt in den letzten Monaten im allgemeinen nicht mehr so flüssig war wie im Frühjahr, läßt deutlich die Entwicklung der Geldsätze erkennen. Der Satz für Tagesgeld, der von Februar bis April ganz überwiegend unter dem Diskontsatz gelegen hatte, blieb ab Mai viel dichter in der Nähe des — am 5. Mai von $3\frac{1}{2}$ % auf 3 % gesenkten — Diskontsatzes, so daß die Diskontsenkung rückschauend mehr als eine Anpassung an das vorher stärker gesunkene Niveau der Geldmarktsätze denn als ein erneuter Druck auf das Zinsniveau des Marktes erscheint. Lediglich in der ersten Junihälfte stand der Satz für kurzfristiges Bankengeld stärker und für einen etwas längeren Zeitraum unter Druck, da die Kreditinstitute am Ende des vorangegangenen Monats — entgegen dem Rhythmus, der sonst bei der Erfüllung des (nur im Tagesdurchschnitt des Monats zu unterhaltenden) monatlichen Reserve-Solls üblich ist — ungewöhnlich hohe Reserveguthaben aufgewiesen hatten, so daß zu Beginn des neuen Monats das Geldangebot größer war als die Geldnachfrage. Auch in der zweiten Julihälfte haben derartige Einflüsse eine Rolle gespielt, was vor allem damit zusammenhing, daß die Senkung der Mindestreserven für diesen Monat erst um die Monatsmitte beschlossen wurde und die Banken in der zweiten Hälfte des Monats infolgedessen über mehr freie Reserven verfügten, als es sonst der Fall gewesen wäre. Diese kurzfristigen Perioden einer relativ leichten Verfassung des Marktes dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die in den letzten Monaten auf den Markt einwirkenden Faktoren per Saldo eher zu einer leichten Versteifung als einer weiteren Verflüssigung führten. Abgesehen von der Entwicklung der Geldsätze kommt das vor allem darin zum Ausdruck, daß die Bundesbank im Rahmen ihrer Offenmarktoperationen betragsmäßig ungefähr ebensoviel Fälligkeiten und Rücknahmen wie Abgaben an den Markt zu verzeichnen hatte und daß sie zumindest im Juli verhältnismäßig stark durch Wechselnennungen der Banken in Anspruch genommen wurde.

Unter den versteifenden Faktoren sind an erster Stelle die Belastungen zu nennen, denen die Banken durch den anhaltenden *Mittelabfluß auf die Konten der*

zentralen öffentlichen Haushalte bei der Bundesbank ausgesetzt waren. Die Guthaben, die Bund, Länder und Lastenausgleichsfonds auf diesen Konten unterhielten, waren Ende Juli mit insgesamt rd. 5 Mrd DM (ohne die im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe-Anleihe und der Teilprivatisierung des Volkswagenwerkes geführten Sonderkonten) zwar kaum höher als Ende April, dem letzten vergleichbaren Vierteljahrsdatum. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Bund in den letzten Monaten in besonders großem Umfang Zahlungen leistete, die nicht in den inneren Geldkreislauf flossen und liquiditätsmäßig infolgedessen nicht die laufenden Kasseneinnahmen des Bundes kompensierten. Neben den üblichen Auslandszahlungen handelte es sich dabei in der Berichtsperiode vor allem um einen Betrag in Höhe von 503 Mio DM, mit dem sich der Bund schon jetzt der — nach dem normalen Tilgungsablauf erst 1963 fälligen — ersten Tilgungsrate auf die von der Bundesbank aus der Hand der ausländischen Gläubiger erworbenen Forderungen aus der Nachkriegswirtschaftshilfe an die Bundesrepublik entledigte.¹⁾ Schlägt man diese und einige kleinere, ähnliche „liquiditätsneutrale“ Zahlungen der Veränderung der Guthaben der zentralen öffentlichen Haushalte zu, so ergibt sich für die Zeit von Ende April bis Ende Juli, daß über die laufenden Kassentransaktionen dieser Haushalte den Geschäftsbanken Mittel im Betrage von etwa 1,2 Mrd DM entzogen wurden.

In Betracht zu ziehen sind in diesem Zusammenhang ferner die weiteren Einzahlungen auf die *Entwicklungshilfe-Anleihe* des Bundes bei der Wirtschaft und die Zahlungen für die im Rahmen der *Teilprivatisierung des Volkswagenwerkes* ausgegebenen Aktien. Sie beliefen sich in den Monaten Mai bis Juli (bei zuletzt freilich nur noch geringfügigen Beträgen) auf gut 200 Mio DM bei der Entwicklungshilfe-Anleihe und auf 136 Mio DM bei den Volkswagenaktien. Auch hiervon ist nichts in den inneren Kreislauf zurückgeflossen. Von den bisherigen Gesamteinzahlungen im Rahmen dieser Transaktionen (nach dem Stande vom 31. Juli 1 176 Mio DM auf die Entwicklungshilfe-Anleihe und 993 Mio DM auf die Volkswagenaktien) blieben vielmehr 518 Mio DM auf Sonderkonten des Bundes stehen, 475 Mio DM (aus den Einzahlungen auf die Volkswagenaktien) wurden auf ein Konto des ERP-Sondervermögens bei der Bundesbank zur treuhänderischen Verwaltung für die noch nicht ins Leben getretene „Stiftung Volkswagenwerk“ überwiesen, 831 Mio DM wurden von der Kreditanstalt für Wiederaufbau als der Durchleitinstanz

¹⁾ Vgl. hierzu auch S. 26 sowie den Sonderaufsatz „Vorzeitige Zahlungen auf die deutschen Verbindlichkeiten aus der Nachkriegswirtschaftshilfe“ in „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank“, April 1961, S. 51 ff.

*Mittelaufkommen und Mittelverwendung im Rahmen der Entwicklungshilfe-Anleihe des Bundes
bei der Wirtschaft und der Teilprivatisierung des Volkswagenwerkes
in Mio DM*

Monat	Einzahlungen			Verwendung						
	Gesamt	Entwicklungshilfe-Anleihe	VW-Teilprivatisierung	Entwicklungshilfe-Anleihe				Erlös aus der VW-Teilprivatisierung		
				Abdeckung von Vorfinanzierungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau	Vorläufige Anlage in US-Schatzwechseln	Transfer für Entwicklungshilfe-Kredite	Auf Sonderkonto des Bundes bei der Bundesbank ¹⁾	Auf Sonderkonto des Bundes bei der Bundesbank	Auf Konto des ERP-Sondervermögens ²⁾	
1961	Stand am Monatsende									
Januar	795	795	—	145	588	—	62	—	—	
Februar	828	828	—	145	673	—	10	—	—	
März	858	858	—	145	705	—	8	—	—	
April	1 826	969	857	145	766	—	58	857	—	
Mai	2 026	1 169	857	145	910	100	14	857	—	
Juni	2 149	1 173	976	145	828	200	—	501	475	
Juli	2 169	1 176	993	145	831	200	—	518	475	
	Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)									
Januar	+ 795	+ 795	—	+ 145	+ 588	—	+ 62	—	—	
Februar	+ 33	+ 33	—	—	+ 85	—	— 52	—	—	
März	+ 30	+ 30	—	—	+ 32	—	— 2	—	—	
April	+ 968	+ 111	+ 857	—	+ 61	—	+ 50	+ 857	—	
Mai	+ 200	+ 200	—	—	+ 144	+ 100	— 44	—	—	
Juni	+ 123	+ 4	+ 119	—	— 82	+ 100	— 14	— 356	+ 475	
Juli	+ 20	+ 3	+ 17	—	+ 3	—	—	+ 17	—	

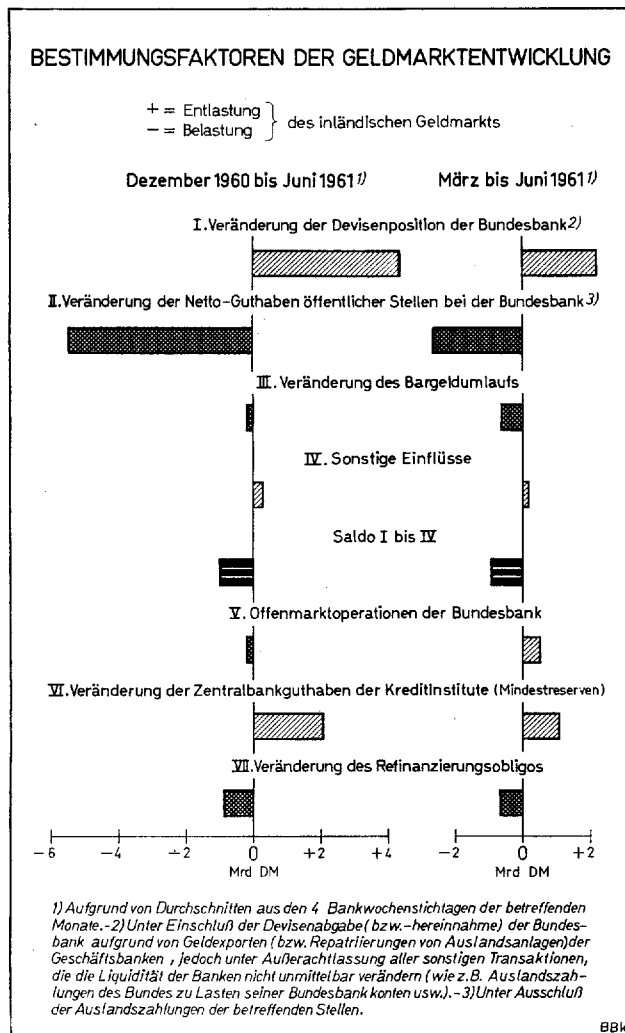
¹⁾ Noch in der Abwicklung befindliche Beträge. — ²⁾ Zur treuhänderischen Verwaltung.

für die Entwicklungshilfemittel bis zu ihrer endgültigen Verwendung in US-Schatzwechseln aus dem Bestande der Bundesbank investiert, 200 Mio DM wurden bereits für Zwecke der Entwicklungshilfe transferiert, und 145 Mio DM wurden von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Abdeckung früher von ihr vorfinanziert Entwicklungskredite einbehalten; diese Abdeckung fand jedoch bereits im Januar statt, so daß im Verlauf der letzten Monate, wie gesagt, den laufenden Einzahlungen im Rahmen dieser beiden großen Finanzoperationen kein Rückfluß zu den heimischen Geschäftsbanken gegenüberstand.

Einer spürbaren Belastung war die Liquidität der Banken in den letzten Monaten sodann durch die (saisonübliche) Zunahme des Bargeldumlaufs unterworfen. Besonders im Juli, in dem der Bargeldbedarf für den Urlaubsreiseverkehr gewöhnlich seine jahreszeitliche Spitze erreicht, war der Anstieg beträchtlich. Mit 21,9 Mrd DM im Tagesdurchschnitt lag der Betrag der im Umlauf befindlichen Noten und Münzen in diesem Monat um rd. 700 Mio DM über dem des Vormonats; der Durchschnittsbetrag vom April d. J. wurde um rd. 980 Mio DM, der von Juli 1960 um 1,95 Mrd DM überschritten. Dies zeigt deutlich das relativ große Gewicht, das dem trendmäßigen Wachstum des Bargeld-

bedarfs zumindest auf längere Sicht auch heute noch zukommt. In Perioden, in denen der strukturelle Aufwärtstrend durch Saisonfaktoren noch erheblich verstärkt wird, wie etwa gegen Jahresende und wie jetzt in der Hauptreisezeit, kann er aber auch kurzfristig als Liquiditätsbelastungsfaktor erheblich in die Waagschale fallen.

Unter den Faktoren, die entlastend auf die Bankenliquidität und den Geldmarkt wirkten, stand in letzter Zeit weiter der Devisenzugang im Vordergrund. Die Liquiditätswirkung der Devisenbewegungen ist für die letzten Monate jedoch noch weniger als sonst aus der Entwicklung der Devisenposition der Bundesbank zu ersehen. Der Netto-Gold- und Devisenbestand der Bundesbank hat sich nämlich seit Ende April per Saldo nur geringfügig erhöht, nachdem er im ersten Quartal (ohne die Abnahme infolge der Neubewertung auf Grund der Änderung der DM-Parität) um 1,2 Mrd DM gestiegen und im April um 2,6 Mrd DM gesunken war. Im Rahmen der Liquiditätsbetrachtung ist jedoch zu beachten, daß die Devisenzugänge bei der Bundesbank fast regelmäßig durch Devisenzahlungen herabgedrückt werden, die die Liquidität der Banken nicht oder doch nicht unmittelbar belasten. Gewöhnlich ist dies bei den Auslandszahlungen des Bundes der Fall, weil diese aus



den Bundesbankkonten des Bundes gespeist werden und die Wirkungen, die von Veränderungen dieser Konten auf die Liquiditätsentwicklung ausgehen, im Rahmen unserer Liquiditätsbetrachtung regelmäßig unter dem Rubrum „Kassentransaktionen der öffentlichen Haushalte“ erfaßt werden. Im April kam weiter hinzu, daß die Bundesbank mit dem Erwerb eines großen Teils der Forderungen aus der Nachkriegswirtschaftshilfe an die Bundesrepublik Deutschland für eigene Rechnung Devisenzahlungen im Betrage von etwa 3,1 Mrd DM an das Ausland leistete, die für die Liquiditätsentwicklung der Banken und des Geldmarktes ebenfalls ohne direkte Bedeutung waren. Zu berücksichtigen ist schließlich, daß die Banken seit geraumer Zeit in erheblichem Umfang Devisenforderungen selbst übernommen und nicht an die Bundesbank weitergeleitet haben. Die Devisenzugänge zur Bundesrepublik fanden also zu einem erheblichen Teil nicht bei der Bundesbank, sondern bei den Geschäftsbanken ihren Niederschlag, da diese ihre kurzfristigen Auslandsguthaben

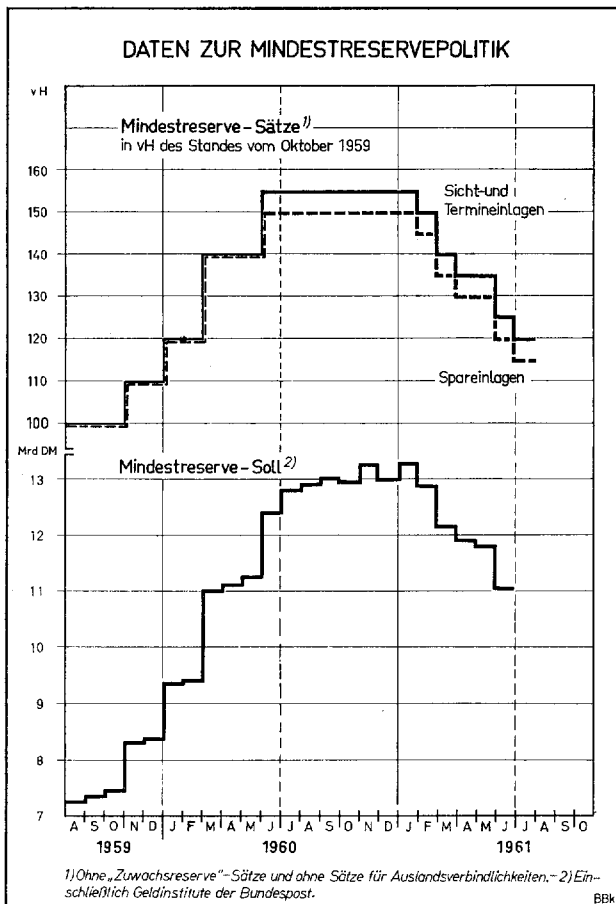
bzw. -anlagen beträchtlich erhöhten. Zieht man dies in Betracht und läßt man ferner die tendenzielle Verminderung, die die Währungsreserven der Bundesbank durch die Auslandszahlungen des Bundes, durch die Übernahme von Forderungen aus der Nachkriegswirtschaftshilfe an die Bundesrepublik Deutschland und schließlich durch die Abgabe von US-Schatzwechseln aus dem Bestand der Bundesbank an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (eine spezielle Form des „Geldexports“ der Banken) erfahren haben, außer acht, so ergibt sich jedenfalls, daß den Banken aus dem Zahlungsverkehr mit dem Ausland in den Monaten Mai bis Juli immerhin noch schätzungsweise 2 1/2 Mrd DM an zusätzlichen Mitteln zugeflossen sind.

Allerdings hat der heimische Geldmarkt (im Unterschied zur Gesamtliquidität der Banken) von diesen Zuflüssen in der fraglichen Periode nur relativ wenig profitiert, da, wie erwähnt, ein erheblicher Teil der gesamten Devisenzugänge von den Banken nicht zur Stärkung ihrer inländischen Liquiditätsreserven verwandt wurde und dem heimischen Geldmarkt infolgedessen abging. In den Monaten April, Mai und Juni haben diese Geldexporte fast 550 bzw. 390 und 590 Mio DM, d. h. im ganzen gut 1,5 Mrd DM betragen, wenn man die oben erwähnte Abgabe von US-Schatzwechseln an die Kreditanstalt für Wiederaufbau in sie nicht einbezieht; im Juli dürften sie nach den bisherigen Anhaltspunkten wiederum sehr hoch gewesen sein. Der Grund hierfür liegt weitgehend darin, daß die Aufstockung der kurzfristigen Auslandsguthaben und -anlagen der Banken seit Ende April nicht nur dadurch begünstigt ist, daß die Bundesbank für sie weiter die Kurssicherung ohne Berechnung eines Depots übernommen hat, sondern auch dadurch, daß nach der im Aprilheft dieser Monatsberichte geschilderten Neuregelung der Mindestreservevorschriften für Auslandsverbindlichkeiten an sich mindestreservepflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Devisenausländern mit kurzfristigen Auslandsforderungen kompensiert, d. h. von der Mindestreservepflicht freigestellt werden können. Daß außerdem auch der zeitweilige Druck auf die heimischen Geldsätze den Geldexport gefördert hat, liegt auf der Hand. Insbesondere in den letzten Tagen des Juli dürfte dies in erheblichem Umfang der Fall gewesen sein, wie überhaupt der weitgehende Abbau des Zinsgefälles im Bereich des kurzfristigen Geldes wesentlich dazu beigetragen hat, daß die Banken die Haltung von Währungsreserven nicht mehr ausschließlich der Bundesbank überlassen. Andererseits ist es unverkennbar, daß im Umfang dieser Geldexporte der Banken die Devisenzugänge nicht mehr liquidisierend auf den heimischen

Geldmarkt gewirkt haben und daß die Geldexporte insofern unter den geldmarktverknappenden Einflüssen der letzten Zeit eine nicht unerhebliche Rolle spielten.

Um diesen Faktor auszugleichen und zu verhindern, daß durch ihn im Zusammenhang mit den übrigen Anspannungstendenzen vielleicht sogar wieder eine ausgesprochene Versteifung des Geldmarkts Platz griff (die die Geldexporte selbstverständlich bald wieder unterbunden und durch erneute Geldrepatriierungen und verstärkte Geldaufnahmen im Ausland abgelöst hätte), hat die Bundesbank in der Berichtsperiode weiter die *Mindestreserveanforderungen* ermäßigt und auf diese Weise ein spürbares Gegengewicht gegen die Versteifungstendenzen geschaffen. Schon für Februar, März und April waren die Mindestreservesätze für Inlandsverbindlichkeiten in mehreren Etappen um insgesamt 20 vH ihres Standes von Oktober 1959 (dem Ausgangspunkt der Mindestreserveerhöhungen während der Restriktionsperiode von 1959/60) gesenkt worden. Für den Juni wurde eine Senkung um weitere 10 vH beschlossen, und für den Juli trat, wie schon erwähnt, eine abermalige Ermäßigung um 5 vH in Kraft. Die Reservesätze sind damit bei Sicht- und Termineinlagen

auf 120 vH und bei Spareinlagen auf 115 vH ihres Standes von Oktober 1959 zurückgeführt worden gegenüber einem Stand von 155 bzw. 150 vH in der Zeit von Juni 1960 bis Januar 1961. Die Ermäßigung des Mindestreserve-Solls durch diese Reduzierung der Sätze ist für die Zeit von April bis Juni auf reichlich 1 Mrd DM zu veranschlagen. Entlastend auf die Mindestreserveverpflichtungen wirkte sich ferner die schon erwähnte Revision der Mindestreservevorschriften für Auslandsverbindlichkeiten aus, da die Einsparung von Mindestreserven durch die nunmehr zugelassene „Kompensation“ von an sich mindestreservepflichtigen Auslandsverbindlichkeiten durch die Unterhaltung bestimmter kurzfristiger Auslandsguthaben und -anlagen wesentlich größer war als die Steigerung des Solls durch die Erhöhung der Reservesätze für die mindestreservepflichtig bleibenden Auslandsverbindlichkeiten auf ihren gesetzlich zulässigen Höchststand. In welchem Umfang das Mindestreserve-Soll hierdurch herabgedrückt wurde, ist allerdings nicht exakt zu ermitteln. Immerhin ist der Betrag der reservepflichtigen Auslandsverbindlichkeiten von rd. 3,6 Mrd DM im April (dem letzten Monat vor Einführung der neuen Bestimmungen) auf knapp 2 Mrd DM im Mai und 1,6 Mrd DM im Juni gesunken; im Juli ist er aller Wahrscheinlichkeit nach ebenfalls zurückgegangen. Dabei hat sich die Gesamtsumme der Auslandsverbindlichkeiten der Banken in den letzten Monaten weiter erhöht, nämlich von den erwähnten 3,6 Mrd DM im April auf fast 3,9 Mrd DM im Mai und 4,1 Mrd DM im Juni d. J. (der Julistand ist noch nicht bekannt). Auch in den Monaten nach Mai ging folglich die „Freisetzung“ von Auslandsverbindlichkeiten durch Ausnutzung des „Kompensationsprivilegs“ über den neuen Zuwachs an Auslandsverbindlichkeiten hinaus, so daß das Reserve-Soll durch die Bewegungen des Auslandsstatus der Banken zumindest im ganzen (bei den einzelnen Instituten sind stark unterschiedliche Verhältnisse anzutreffen) weiter vermindert wurde. Auf der anderen Seite wirkte der Abnahme des Reserve-Solls auf Grund der Ermäßigung der Reservesätze und der eben geschilderten „Kompensation“ allerdings das weitere, in den letzten Monaten verhältnismäßig starke Wachstum der reservepflichtigen Inlandsverbindlichkeiten entgegen, so daß das Reserve-Soll weniger abnahm als nach Maßgabe der von der Bundesbank getroffenen Erleichterungen hätte erwartet werden können. Im Juni stellte es sich (unter Einschluß des Reserve-Solls der Geldinstitute der Bundespost) auf knapp 11,1 Mrd DM gegen 11,9 Mrd DM im April und 13,3 Mrd DM im Januar. Im Juli



dürfte es wiederum um einige hundert Mio DM gesunken sein.

Eine weitere tendenzielle Verstärkung des Geldangebots ergab sich zeitweilig aus den *Offenmarktgeschäften mit der Bundesbank*, wobei die Initiative — im Gegensatz zu den Mindestreservesenkungen — allerdings, der Natur der Offenmarktoperationen der Bundesbank entsprechend, überwiegend auf seiten des Marktes und nicht der Bundesbank lag, zumal die Sätze, zu denen die Bundesbank Geldmarktpapiere handelt, seit der letzten Diskontsenkung nicht mehr gesenkt worden waren. Der Umlauf an Mobilisierungstiteln ist von rd. 6,0 Mrd DM gegen Ende April auf rd. 5,4 Mrd DM in den letzten Junitagen zurückgegangen, hauptsächlich auf Grund beträchtlicher Rückgaben von seiten der Bundespost und — in gewissem Umfang — auch der Sozialversicherungsträger, die in den Wintermonaten einen großen Teil ihrer flüssigen Mittel in Mobilisierungstiteln angelegt hatten. Anfang Mai wurden der Bundesbank ferner in größerem Umfang „sonstige“ Geldmarktpapiere (vor allem Vorratsstellenwechsel) angedient, ohne daß das Maß der damit verbundenen Inanspruchnahme in den folgenden Wochen wieder verringert wurde. Der Bestand der Bundesbank an „sonstigen“ Geldmarktpapieren lag daher in den Monaten Mai und Juni fast ständig bei 200 Mio DM, während er im Verlauf des April auf etwa 20 Mio DM gesunken war, d. h. auf ein noch niedrigeres Niveau als im Februar. Im Juli änderte sich die Situation dann allerdings wieder. Unter dem Einfluß der Wiederauffüllung der Bestände der Bundespost stieg einmal der Umlauf an Mobilisierungstiteln im Juli wieder auf fast 5,9 Mrd DM, d. h. nahezu auf den Stand von Ende April, an. Ferner schmolz der Bestand der Bundesbank an „sonstigen“ Geldmarktpapieren zusammen, da solche Titel im Juli in größerem Umfang fällig wurden. Sowohl der Umlauf an Mobilisierungstiteln als auch der Bestand der Bank an „sonstigen“ Geldmarktpapieren waren am Ende der geschilderten Drei-Monatsperiode also beinahe ebenso hoch wie an deren Anfang; immerhin sind mit den Veränderungen dieser Posten im Verlauf der Berichtsperiode dem Markt zeitweilig doch in erheblichem Umfang Mittel zugeflossen. Auch die Tatsache, daß das Offenmarktengagement der Bundesbank Ende Juli trotz der relativen Verflüssigung, die der Geldmarkt in jenen Tagen aufwies, nur etwa den Stand von Ende April erreichte, ist symptomatisch für die verhältnismäßig angespannte Lage des Marktes in diesem Zeitabschnitt; denn bei flüssiger Verfassung des Marktes wäre die Bundesbank im Rahmen ihrer

Offenmarktoperationen wohl Geldempfänger gewesen — trotz des Ventils, das beim gegenwärtigen Stand der Zinsrelationen zum Ausland die „Geldexporte“ im Falle einer stärkeren Liquidisierung bieten.

Bezeichnend für die zeitweiligen Anspannungstendenzen am Markt ist schließlich die Entwicklung des *Refinanzierungsobligos der Banken gegenüber der Bundesbank*. Im Mai und Juni hatten sich die Refinanzierungskredite an die Geschäftsbanken noch ungefähr auf dem Stande gehalten, auf den sie im April unter dem Einfluß der Verflüssigung der Banken gesunken waren. Im Durchschnitt der ersten drei Bankwochenstichtage waren sie jedoch im Juli um rd. 420 Mio DM höher als im Vormonat, wenn sich auch dieser Abstand mit dem Ende des Monats wieder verringert haben dürfte. Die vor allem der Kurssicherung dienende Einreichung von Auslandswechseln spielte dabei zwar weiter eine Rolle, aber sie war gegenüber der Tatsache, daß die in den beiden ersten Dekaden des Juli herrschende Anspannung der inneren Bankenliquidität zu einem verstärkten Rückgriff auf die Notenbank Anlaß gab, nicht entscheidend.

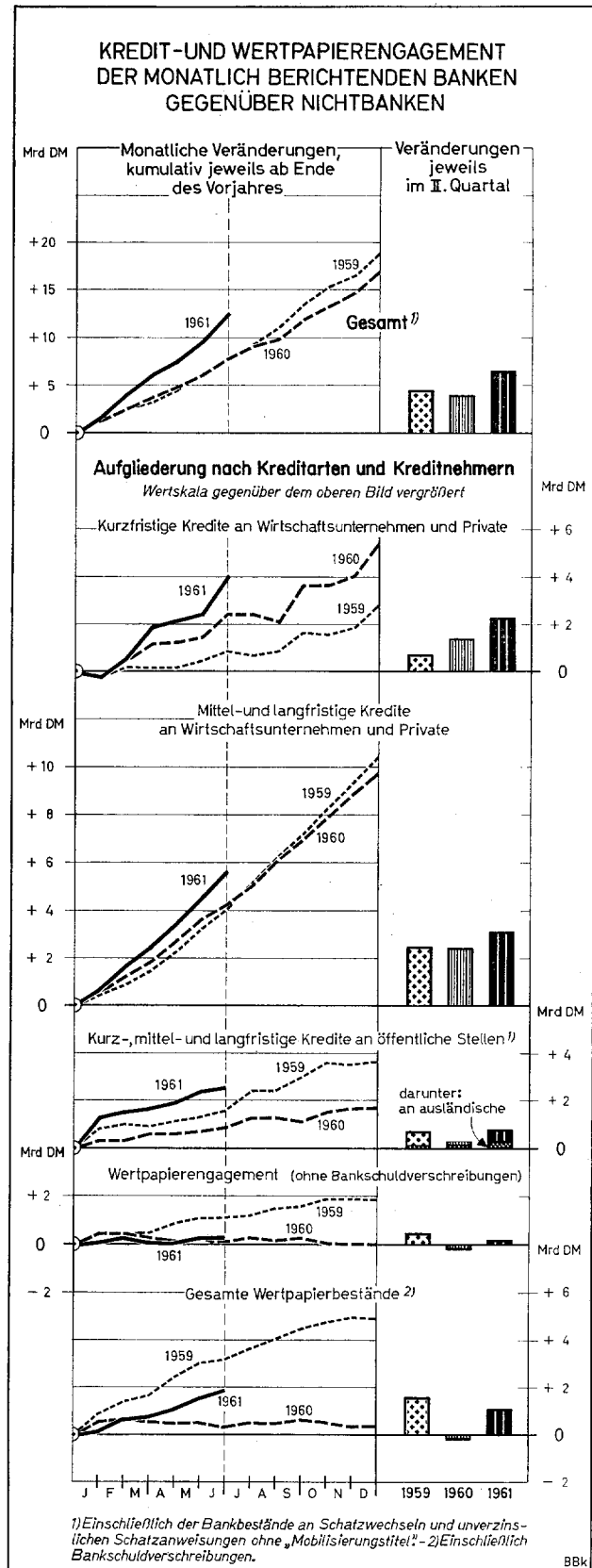
Kredite und Wertpapieranlagen der Banken

Die Expansion der Kredite und Wertpapieranlagen der Banken hat sich im zweiten Quartal d. J. verstärkt fortgesetzt. Das gesamte Kredit- und Wertpapierengagement der Kreditinstitute gegenüber der Nichtbanken-kundschaft stieg während dieses Zeitraums um reichlich $6\frac{1}{2}$ Mrd DM, nachdem es in den ersten drei Monaten d. J. um knapp $5\frac{1}{2}$ Mrd DM und im zweiten Viertel von 1960 um rd. 4,4 Mrd DM erweitert worden war. Der Abstand gegenüber den Vergleichsperioden ist sogar noch größer, wenn man unter den Wertpapieranlagen der Banken auch den Zugang an Bankschuldverschreibungen berücksichtigt, da der Erwerb solcher Titel (der an sich nur eine „Interbankverschuldung“ begründet und dem Kreditengagement der Banken gegenüber der Nichtbanken-kundschaft daher nicht zugerechnet werden darf) seit Jahresbeginn wieder einen beachtlichen Teil des gesamten Aktivgeschäfts der Banken bildet. Die Verstärkung der Kreditexpansion erstreckte sich jedoch nach wie vor hauptsächlich auf die kurzfristigen Kredite, wenngleich sich auch das Wachstum der mittel- und langfristigen Kredite in jüngster Zeit, hauptsächlich wohl unter dem Einfluß von Saisonfaktoren, belebt hat.

Die *kurzfristigen Bankkredite an Wirtschaftsunternehmen und Private* nahmen von Ende März bis Ende Juni d. J. um reichlich $2\frac{1}{4}$ Mrd DM zu; das waren gut 0,4 Mrd DM mehr als im Vorquartal und rd. 0,9 Mrd

DM mehr als in der entsprechenden Vorjahrsperiode. Besonders groß war der Abstand gegenüber dem Vorjahrsergebnis im Juni. Die schon seit längerer Zeit wachsende Nachfrage der Wirtschaft nach kurzfristigen Bankkrediten hat sich also weitgehend auf den Hauptsteuermonat konzentriert, in dem der Mittelabfluß auf die Zentralbankkonten der öffentlichen Hand heuer besonders umfangreich war. Zum Teil handelte es sich dabei um einen vorübergehenden Bedarf, worauf etwa die Tatsache hindeutet, daß die kurzfristigen Wirtschaftskredite in der ersten Julihälfte bei den 480 halbmonatlich berichtenden Banken wieder gesunken sind, und zwar stärker als in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres. Neben den öffentlichen Kassentransaktionen scheint auf die Erhöhung der kurzfristigen Wirtschaftskredite ferner der verstärkte Kurssicherungsbedarf der Wirtschaft eingewirkt zu haben; in der Kreditgewährung der heimischen Banken spielten nämlich allem Anschein nach auch Valutakredite eine Rolle, für die sich die Banken dann ihrerseits im Ausland „sicherten“. In welchem Umfang derartige Transaktionen stattgefunden haben, ist allerdings nicht statistisch erfaßt. Beachtlich ist jedoch, daß die von Banken im Ausland aufgenommenen Währungskredite, die für solche Kurssicherungsgeschäfte die Grundlage bilden, kräftig zugenommen haben, und zwar von März — dem Monat der DM-Aufwertung — bis Juni um gut 450 Mio DM, von denen 230 Mio DM auf das zweite Quartal entfallen. Schließlich scheint in Einzelfällen zur Ausdehnung der kurzfristigen Wirtschaftskredite beigetragen zu haben, daß die zahlreichen Schuldscheindarlehen, die in den letzten Monaten vielfach unter Vermittlung der Banken placiert wurden, von diesen teilweise „vorfinanziert“ wurden, zumindest in dem Maße, als Beteiligungen an den betreffenden Darlehen von den verschiedenen Kapitalgebern zwar zugesagt, aber vorläufig noch nicht übernommen wurden.

Damit mag es zusammenhängen, daß die Expansion der kurzfristigen Wirtschaftskredite im laufenden Jahr in bedeutend stärkerem Maße als im vergangenen Jahr von den Kreditbanken, insbesondere den Großbanken, getragen wurde. Angaben der monatlichen Bankenstatistik für die einzelnen Bankengruppen liegen zur Zeit erst bis Ende Mai vor; danach machte die Ausdehnung der kurzfristigen Wirtschaftskredite in den ersten fünf Monaten des Jahres bei den Kreditbanken ein Vielfaches des Vorjahrsbetrages aus — 1,47 Mrd DM gegen 364 Mio DM 1960 —, wobei wiederum die Großbanken — mit einer Erhöhung um rd. 880 Mio DM gegen 77 Mio DM 1960 — dominierten. Bei den



Sparkassen und Kreditgenossenschaften dagegen war die Zunahme der kurzfristigen Wirtschaftskredite mit

rd. 890 Mio DM nur wenig stärker als im Vorjahr, und bei den übrigen Institutsgruppen war sie im ganzen sogar erheblich schwächer.

Großkredite an einzelne Industrieunternehmen haben vermutlich auch wesentlich dazu beigetragen, daß die *mittelfristigen (6 Monate bis höchstens 4 Jahre laufenden) Bankkredite an Wirtschaftsunternehmen und Private* weiterhin mehr zunahmen als in früheren Perioden. Ihr Anstieg belief sich im zweiten Quartal d. J. auf rd. 900 Mio DM gegenüber rd. 350 Mio DM im Vorquartal und rd. 500 Mio DM im zweiten Viertel des vergangenen Jahres. Das seit dem Sommer v. J. recht beachtliche Wachstum dieser Darlehen hat sich in den letzten Monaten damit noch verstärkt.

Die *Teilzahlungs- und Kleinkredite*, die überwiegend zu den mittelfristigen, teils (nämlich soweit sie auf Wechselbasis gewährt worden sind) aber auch zu den kurzfristigen Wirtschaftskrediten zählen, waren in den letzten Monaten nur in bescheidenem Maße an der Expansion beteiligt. Ende Mai d. J. (für Juni liegen hierfür zur Zeit noch keine Angaben vor) war das Volumen der ausstehenden Teilzahlungs- und Kleinkredite um rd. 190 Mio DM größer als Ende März und um knapp 300 Mio DM größer als Ende Dezember 1960. Die vergleichbaren Ziffern für die entsprechenden Vorjahrszeiträume lauten auf rd. 340 bzw. 470 Mio DM. Die Teilzahlungs- und Kleinkredite sind also im bisherigen Verlauf des Jahres wesentlich weniger gewachsen als in der gleichen Vorjahrszeit, obwohl die Gesamtzunahme der kurz- und mittelfristigen Wirtschaftskredite über die des Vorjahres weit hinausging. Der Anteil der Teilzahlungs- und Kleinkredite am Anstieg der kurz- und mittelfristigen Wirtschaftskredite ist daher in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres auf knapp 9 vH gesunken gegenüber etwa 23 vH in der gleichen Vorjahrsperiode.

Die *langfristigen Darlehen an Wirtschaftsunternehmen und Private*, die eine vereinbarte Laufzeit von mehr als 4 Jahren haben und größtenteils von den Spezialinstituten des langfristigen Beleihungsgeschäfts auf der Basis entsprechender Passivgeschäfte gewährt werden, sind im Berichtsquartal um rd. 2 1/4 Mrd DM gestiegen. Ihr Wachstum ging damit zwar ebenfalls über das der früheren Vergleichsperioden hinaus — im ersten Quartal 1961 hatte es knapp 2,2 Mrd DM und im zweiten Quartal 1960 rd. 2 Mrd DM betragen —, doch hielt sich die Steigerung in wesentlich bescheidenerem Rahmen als die der zuvor erwähnten kurz- und mittelfristigen Wirtschaftskredite. Allerdings ist dabei die in den einzelnen Vergleichsperioden gewöhnlich sehr unter-

schiedliche Vergabe öffentlicher Darlehen für bestimmte Investitionszwecke im privaten Bereich zu berücksichtigen, auf die wir schon in früheren Berichten in diesem Zusammenhang hingewiesen haben. So sind die langfristigen Wirtschaftskredite der Kreditinstitute mit Sonderaufgaben, die zum großen Teil auf der „Durchleitung“ solcher Darlehen beruhen, im zweiten Viertel d. J. nur um rd. 60 Mio DM gestiegen (was gut der Hälfte des vergleichbaren Vorjahrsbetrages entspricht), nachdem sie in den drei ersten Monaten des Jahres in Höhe von rd. 300 Mio DM an der Gesamtexpansion der langfristigen Wirtschaftskredite beteiligt gewesen waren. Der Abfluß der sonstigen langfristigen Darlehen an die Wirtschaft hat sich im Berichtsquartal also verstärkt, namentlich im Juni, in dem — anders als im Vorjahr — bei den Kreditinstituten mit Sonderaufgaben die Tilgungen überwogen und die auf die Masse der übrigen Institute entfallenden langfristigen Wirtschaftsdarlehen um rd. 175 Mio DM stärker zunahmen als vor Jahresfrist.

Die *kurz-, mittel- und langfristigen Kredite der monatlich berichtenden Banken an öffentliche Stellen* haben von Ende März bis Ende Juni d. J. um insgesamt rd. 850 Mio DM zugenommen gegenüber rd. 1 Mrd DM im ersten Viertel d. J. und rd. 700 Mio DM im zweiten Quartal 1960. Ein großer Teil der Kredite — etwa 300 Mio DM — kam dabei wiederum ausländischen Kreditnehmern zugute, da die Kreditanstalt für Wiederaufbau ihre Darlehensvergabe an ausländische Regierungen im Rahmen der Entwicklungshilfe verstärkt fortsetzte. Die Bankkredite an inländische öffentliche Stellen sind dagegen im Berichtsquartal nur um rd. 550 Mio DM gewachsen, d. h. um etwa eine viertel Milliarde DM weniger als im Vorvierteljahr und nur wenig mehr als von April bis Juni 1960. Dabei spielten die kurzfristigen Kredite eine etwas größere Rolle als früher, was vor allem damit zusammenhängt, daß die Bankbestände an öffentlichen Geldmarktstiteln inländischer Emittenten (ohne Mobilisierungstitel) per Saldo wieder etwas zugenommen haben, während sie in den Vergleichsperioden gesunken waren. Nähere Einzelheiten hierüber sind der Tabelle auf S. 11 zu entnehmen. Die mittel- und langfristigen Kredite der Banken an öffentliche Stellen — unter Ausschluß der oben erwähnten Darlehen an das Ausland — haben sich im Berichtsquartal um rd. 400 Mio DM erhöht; gegenüber dem Anstieg im Vorquartal bedeutet das eine Abschwächung um rd. 350 Mio DM, gegenüber dem vom zweiten Vierteljahr 1960 eine solche um rd. 100 Mio DM.

*Zur Entwicklung der Aktiv- und Passivgeschäfte der Kreditinstitute *)*
in Mio DM

Posten	1960				1961					Stand am Monatsende
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. P)	April	Mai	Juni P)	
Kredite an Nichtbanken und Wertpapierbestände	Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)									
Kurzfristige Kredite an Wirtschaftsunternehmen und										
Private	+1 168	+1 370	+1 188	+1 758 ⁴⁾	+1 853	+2 279	+ 354	+ 294	+1 631	45 134
Öffentliche Stellen	+ 214	+ 37	— 114	— 56 ⁴⁾	+ 228	+ 127	— 3	— 25	+ 155	763
Mittel- und langfristige Kredite an Wirtschaftsunternehmen und										
Private	+1 850	+2 494 ⁴⁾	+2 681	+2 796 ⁴⁾	+2 517	+3 168	+ 992	+1 105	+1 071	81 806
Öffentliche Stellen	+ 580	+ 681 ⁴⁾	+ 613	+ 706 ⁴⁾	+ 944	+ 703	+ 190	+ 258	+ 255	22 075
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen										
inländischer Emittenten	+ 563	+ 221	+ 511	— 170	+ 660	— 689	— 152	— 224	— 313	5 594
darunter:										
Mobilisierungstitel ¹⁾	(+ 306)	(+ 242)	(+ 698)	(— 58)	(+ 836)	(— 711)	(— 121)	(— 314)	(— 276)	(4 253)
ausländischer Emittenten	— 479	— 413	— 26	+ 65	+ 734	— 20	+ 21	+ 137	— 178	1 093
Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen ²⁾	+ 603	— 160	+ 258	— 342	+ 839	+1 093	+ 211	+ 554	+ 328	20 637
darunter:										
Bankschuldverschreibungen ³⁾	(+ 278)	(+ 5)	(+ 172)	(— 122)	(+ 725)	(+ 865)	(+ 215)	(+ 352)	(+ 298)	(13 069)
Bankeinlagen und andere Passivposten										
Sichteinlagen von										
Wirtschaftsunternehmen und										
Privaten	—1 336	+ 832	— 132	+2 304	—2 033	+1 908	+ 720	+ 893	+ 295	27 300
Öffentlichen Stellen	— 117	+ 46	— 127	+ 698	— 553	+ 221	— 159	+ 385	— 5	3 487
Termineinlagen von										
Wirtschaftsunternehmen und										
Privaten	+ 604	— 213	+ 183	+ 77	+ 603	— 255	+ 401	— 10	— 646	11 840
Öffentlichen Stellen	+ 57	+ 55	+ 30	+ 189	+ 344	+ 952	+ 201	+ 641	+ 110	9 498
Spareinlagen von										
Wirtschaftsunternehmen und										
Privaten	+1 958	+1 180	+1 413	+2 748	+2 228	+1 069	+ 206	+ 452	+ 411	52 559
Öffentlichen Stellen	+ 180	+ 199	+ 101	+ 296	+ 225	+ 102	+ 8	+ 69	+ 25	4 179
Bei Nichtbanken aufgenommene Gelder und Darlehen										
darunter:										
mit Kündigungsfrist oder Laufzeit ab 6 Monate	(+ 88)	(+ 863 ⁴⁾	(+1 038 ⁴⁾	(+ 760 ⁴⁾	(+1 503 ⁴⁾	(+1 082)	(+ 394)	(+ 394)	(+ 294)	(35 238)
Umlauf an Bankschuldverschreibungen ³⁾	+ 994	+ 594	+1 078	+ 777	+1 888	+1 515	+ 451	+ 525	+ 539	32 695

*) Nach der monatlichen Bilanzstatistik der Kreditinstitute. Die Angaben umfassen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber inländischen und ausländischen Nichtbanken. — ¹⁾ Das sind Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes aus dem Umtausch gegen einen entsprechenden Teilbetrag der Ausgleichsforderung der Bundesbank, deren Übernahme durch die Banken keine zusätzliche Kreditgewährung an Nichtbanken darstellt. — ²⁾ Einschließlich Kassenobligationen. — ³⁾ Ohne Schuldverschreibungen eigener Emissionen im Bestand der Kreditinstitute. — ⁴⁾ Statistisch bereinigt. — ^{P)} Vorläufig.

Die Bestände an Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen wurden von den Banken Ende Juni um insgesamt fast 1,1 Mrd DM höher ausgewiesen als Ende März, nachdem sie schon in den ersten drei Monaten d. J. um rd. 840 Mio DM gestiegen waren. Im zweiten Quartal 1960 hatten die Banken demgegenüber Wertpapiere im Betrage von per Saldo rd. 160 Mio DM abgestoßen, und auch in den darauffolgenden beiden Quartalen war ihr Wertpapierbestand, von Anfang bis Ende der Periode gerechnet, gesunken. Am stärksten haben im Berichtsquartal wie gewöhnlich die Bestände an Bankschuldverschreibungen (einschließlich der von

Banken begebenen Kassenobligationen) zugenommen, und zwar um 865 Mio DM gegenüber 725 Mio DM im ersten Viertel d. J. und einem nur geringfügigen Anstieg in der entsprechenden Vorjahrszeit. Bemerkenswert ist ferner der Zugang an Konsortialbeteiligungen (rd. 100 Mio DM) sowie an börsengängigen Dividendenwerten (94 Mio DM). Schwach war demgegenüber mangels größerer Emissionen der Zugang an öffentlichen Anleihen und an von öffentlichen Stellen begebenen Kassenobligationen (rd. 40 Mio DM). Erstmals seit längerer Zeit nahmen in den letzten drei Monaten indessen wieder die Bestände der Banken an aus-

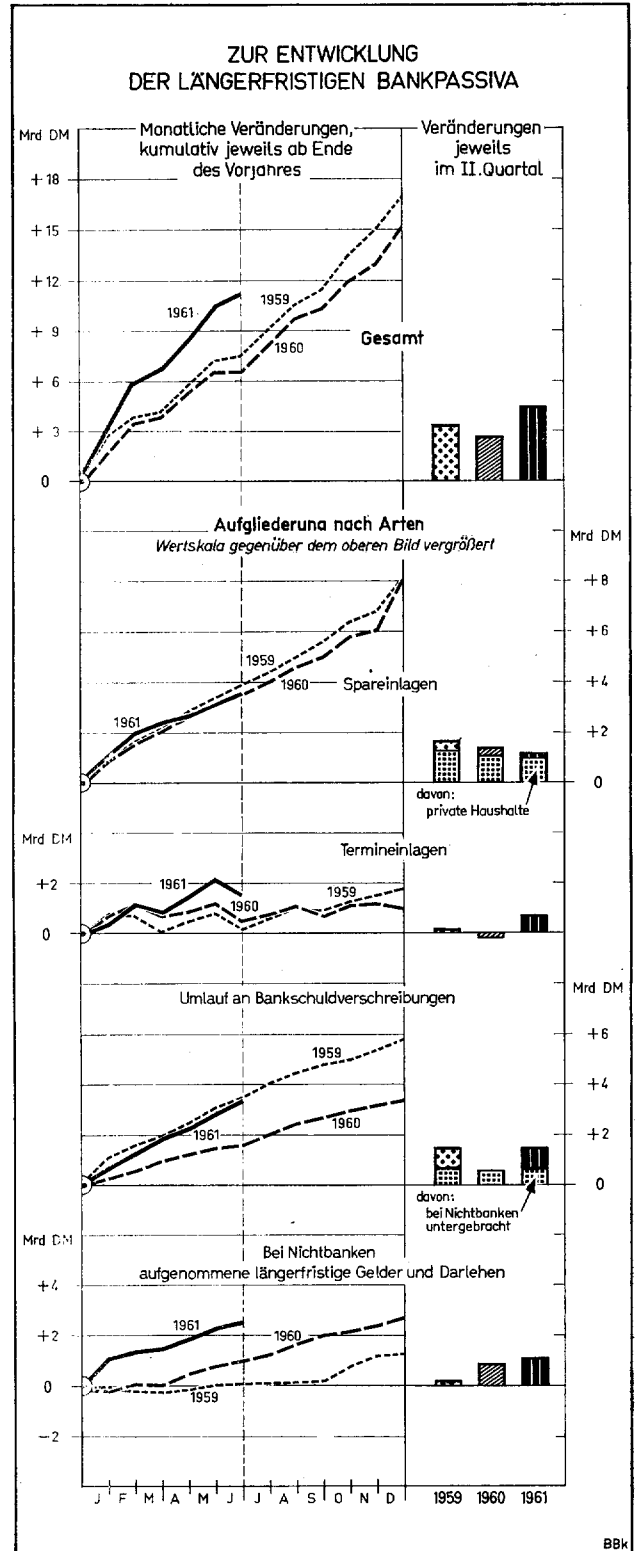
ländischen Wertpapieren zu — um insgesamt rd. 30 Mio DM —, nachdem sie in den vorangegangenen Monaten fast ständig gesunken waren.

Passivgeschäft der Banken

Das Passivgeschäft der Banken war in der Berichtsperiode vor allem durch einen starken Wiederanstieg der *Sichteinlagen* — um über 2,1 Mrd DM — gekennzeichnet, wohingegen sich diese Einlagen in den ersten drei Monaten d. J. mehr als saisonüblich — per Saldo um fast 2,6 Mrd DM — vermindert hatten. Die Zunahme, die sich hauptsächlich auf den Mai konzentrierte (1 1/4 Mrd DM), war fast zweieinhalbmal so groß wie im entsprechenden Vorjahrsabschnitt. Die kräftige Zunahme der Sichteinlagen im zweiten Viertel d. J. entspricht der Saisontendenz. Daß sie in diesem Jahr besonders stark war, ist teilweise eine Reaktion auf die erwähnte übersaisonale Abnahme dieser Guthaben im ersten Viertel d. J., wobei die Tatsache, daß dieser Vergleich auf den Stand der betreffenden Guthaben am Quartalsende abgestellt ist, noch akzentuierend gewirkt hat. Am Monatsende März, das diesmal mit dem Karfreitag zusammenfiel, war der Bargeldumlauf ungewöhnlich hoch, was teilweise zu Lasten der Sichteinlagen ging. Seitdem ist der Bargeldumlauf zwar weiter gestiegen, doch war seine Zunahme von Ende März bis Ende Juni mit 586 Mio DM geringer als von Ende Dezember bis Ende März (816 Mio DM). Auch hielt sich der Anstieg der Zentralbankeinlagen öffentlicher Stellen im zweiten Viertel d. J. in engeren Grenzen als im ersten Quartal. Schließlich haben die Anlagen von Mitteln der Sozialversicherungsträger in Mobilisierungstiteln der Bundesbank nach der Jahreswende an Bedeutung verloren und im zweiten Quartal d. J. per Saldo sogar etwas abgenommen, was die Bildung von Einlagen bei den Geschäftsbanken verstärkt hat, wenn auch mehr die von Termineinlagen als die von Sichteinlagen. Im ganzen ist jedenfalls der viel erörterte „Kreditorenschwund“ der ersten Monate d. J. einer kräftigen Wiederbelebung des Einlagenwachstums bei den Banken gewichen.

Auch die Entwicklung der *Termineinlagen* war nämlich im Berichtsquartal durch eine beträchtliche Zunahme gekennzeichnet — um fast 700 Mio DM gegenüber rd. 950 Mio DM im ersten Quartal und einer Abnahme um rd. 160 Mio DM im zweiten Vierteljahr 1960 —, die indessen eine starke (mit den öffentlichen Kassendispositionen zusammenhängende) Differenzierung nach den Haupteinlegergruppen aufwies: während die Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten in der Berichtszeit per Saldo um eine viertel Milliarde DM zurückgingen — im Juni unter

dem Einfluß der großen Steuerfälligkeiten allein um fast 650 Mio DM —, nahmen die Terminguthaben öffentlicher Stellen im zweiten Quartal um rd. 950 Mio DM zu. Abgesehen davon, daß die Gemeinden ihre Termineinlagen in gewissem Umfang weiter angereichert haben, war hierfür vor allem von Bedeutung, daß



die Sozialversicherungsträger, wie angedeutet, wieder mehr Mittel auf Terminkonten zu den Banken legten, anstatt sie, wie in den drei vorangegangenen Quartalen, in Mobilisierungstiteln der Bundesbank anzulegen. Im zweiten Quartal d. J. gingen die Bestände an Mobilisierungstiteln bei den Sozialversicherungsträgern sogar per Saldo um 80 Mio DM zurück, nachdem sie im ersten Quartal d. J. noch um rd. 135 Mio DM und im zweiten Halbjahr 1960 um über 800 Mio DM gestiegen waren.

Der Zugang an *Spareinlagen* belief sich von Ende März bis Ende Juni d. J. auf insgesamt rd. 1,17 Mrd DM. Er war damit aus Saisonsgründen bedeutend geringer als im ersten Quartal d. J., in dem er fast 2¹/₂ Mrd DM betragen hatte, blieb aber auch etwas hinter dem Zuwachs im zweiten Quartal 1960 (1,38 Mrd DM) zurück. Zum Teil erklärt sich die Abschwächung gegenüber dem entsprechenden Vorjahrsergebnis daraus, daß die *Spareinlagen* öffentlicher Stellen mit rd. 100 Mio DM nur etwa halb so stark wuchsen wie vor einem Jahr. Immerhin sind auch die *Sparkonten* der privaten Haushalte von Ende März bis Ende Juni nur um rd. 1,05 Mrd DM, d. h. um fast 100 Mio DM weniger gewachsen als in der gleichen Vorjahrszeit. Der Grund hierfür liegt in dem vorübergehenden scharfen Rückgang der Einzahlungsüberschüsse auf den *Sparkonten* im April d. J., in dem die Einzahlungen des breiten Publikums auf die VW-Aktien fällig waren und dadurch erhebliche Kapitalbeträge in diese Sparform gelenkt wurden. Der Zuwachs auf den *Sparkonten* der privaten Haushaltungen stellte sich in diesem Monat nur auf 193 Mio DM (gegen mehr als 400 Mio DM im April 1960); in den beiden folgenden Monaten stieg er aber bereits wieder auf das Niveau der entsprechenden Vorjahrsmonate. Erstreckt man den Vergleich auf das erste Halbjahr, so sind die *Spareinlagen* der privaten Haushalte also trotz des Einbruchs im April um fast eine viertel Milliarde DM stärker gestiegen als 1960, nämlich um 3,23 Mrd DM gegen rd. 3,0 Mrd DM im vergangenen Jahr.

Der Erlös aus dem Absatz von *Bankschuldverschreibungen* stellte sich im zweiten Vierteljahr 1961 auf reichlich 1¹/₂ Mrd DM und hat damit — wie in fast allen Vorjahren — das hohe Aufkommen des ersten Quartals (fast 1,9 Mrd DM) nicht wieder erreicht. Immerhin war er im Berichtsquartal über zweieinhalbmal so stark wie in der entsprechenden Vorjahrszeit. Im ganzen gesehen hat der Absatz an *Bankschuldverschreibungen* das hohe Niveau, auf das er nach der Jahreswende infolge des Wiedereinsatzens der Bankenkäufe gestiegen war, in den letzten Monaten behaupten können. Wie schon an-

gedeutet, war der Anteil der Kreditinstitute an der Unterbringung dieser Titel in den letzten Monaten weiterhin beträchtlich.

Die *Aufnahme von Geldern und Darlehen bei Nichtbanken* war in den letzten Monaten abermals sehr groß, nachdem sie schon im ersten Quartal über das bisher gewohnte Maß hinausgegangen war. Sie belief sich von Ende März bis Ende Juni d. J. auf rd. 1,0 Mrd DM gegen fast 1,6 Mrd DM im Vorvierteljahr und gut 0,9 Mrd DM im zweiten Vierteljahr 1960. Wie im ersten Quartal d. J., in dem der Kreditanstalt für Wiederaufbau der größte Teil des Erlöses der Entwicklungshilfe-Anleihe in Form eines Darlehens des Bundes übertragen worden war, haben abermals Gelder und Darlehen für Zwecke der Entwicklungshilfe maßgeblich zur Erhöhung dieser Passiva beigetragen. Zu nennen ist einmal der aus späteren Einzahlungen stammende Teil des Erlöses der Entwicklungshilfe-Anleihe, der erst nach März d. J. an die Kreditanstalt für Wiederaufbau abgeführt wurde; darüber hinaus haben bis zur Jahresmitte einige Länder Teilbeträge der für die Entwicklungshilfe bereitgestellten Haushaltsmittel auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau übertragen. Mehr als bisher schlugen sich demgemäß in den „bei Nichtbanken aufgenommenen Geldern und Darlehen“ der monatlich berichtenden Banken (zu denen die Kreditanstalt für Wiederaufbau gehört) Mittel nieder, die nicht zur Weiterleitung an inländische Kreditnehmer vorgesehen sind, sondern später ins Ausland abfließen werden.

Die Entwicklung der Wertpapiermärkte

Der Rentenmarkt

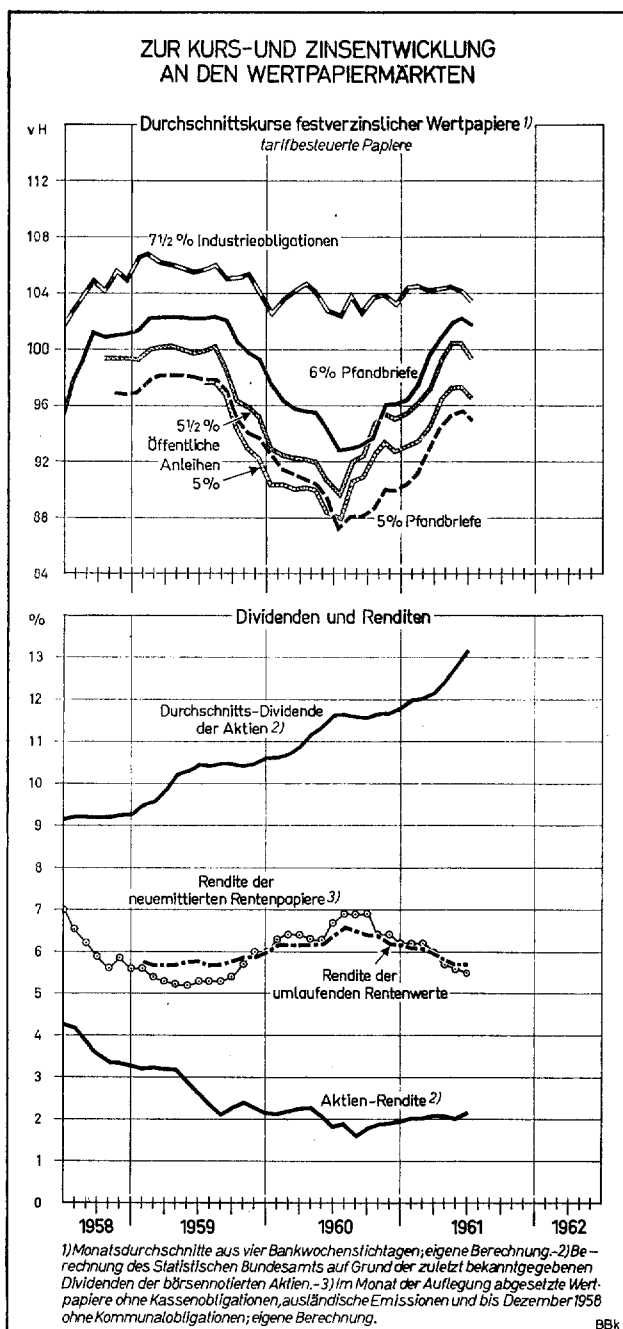
Der Rentenmarkt geriet in der Berichtsperiode nach einer sehr raschen, bis zum Mai anhaltenden Auflockerung in den letzten Wochen zunehmend unter Druck. Die bis dahin herrschende Tendenz zur Zinssenkung ist infolgedessen fürs erste unterbrochen, ja sogar durch einen leichten Rückschlag abgelöst worden, der sich zunächst auf dem Markt der Pfandbriefe und Kommunalobligationen abzeichnete, aber allmählich auch die übrigen Marktgebiete erfaßte. Der 5 %ige Wertpapiertyp, der vor einem Vierteljahr im Begriff zu stehen schien, allmählich den 5¹/₂ %igen Typ abzulösen, nachdem sich dieser im Verlauf der ersten Monate d. J. in bemerkenswertem Tempo durchgesetzt hatte, ist mithin fürs erste wieder in den Hintergrund getreten. Er wird zwar von den Realkreditinstituten noch weiter abgesetzt, aber nur zu Nettokursen, die zur Zeit bis 6¹/₂ oder gar 7 vH unter dem Paristand liegen. Der Versuch, in den übrigen Marktbereichen den 5 %igen Typ einzuführen,

war ebenfalls nicht erfolgreich. Die in der zweiten Junihälfte aufgelegte 5 %ige Anleihe eines Wirtschaftsunternehmens wurde dem Vernehmen nach zwar schon am ersten Tage voll gezeichnet, aber unmittelbar darauf im Handel unter Banken mit einem Abschlag gegenüber dem Emissionskurs von 98 vH angeboten. Bei der Anfang Juli zu den gleichen Konditionen aufgelegten Anleihe der Deutschen Bundesbahn im Betrage von 250 Mio DM gelang es nicht einmal, den Anleihebetrag während der vorgesehenen Zeichnungsfrist voll unterzubringen, so daß die Kon-

sortialbanken einen Teil der Anleihe vorerst selbst übernehmen mußten. Auch hier wurden überdies im anschließenden Telefonverkehr Stücke der Anleihe mit einem Abschlag von 1 1/2 bis 1 3/4 Punkten gegenüber dem Emissionskurs angeboten, womit sich ihr Kurs etwa dem Stand anglich, auf den die im Jahre 1959 aufgelegte 5 %ige Anleihe der Bundesbahn kurz vor der Emission der neuen Anleihe gesunken war. Unter diesen Umständen sind auch von den Realkreditinstituten die Versuche, mit 5 %igen Titeln Geld aufzunehmen, mehr und mehr eingestellt worden. Im Juli waren nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums von den insgesamt 675 Mio DM an Pfandbriefen und Kommunalobligationen, für die die Emissionsgenehmigung erteilt wurde, nur noch rd. 25 vH 5 %ige Titel, während von den Emissionsgenehmigungen des Juni auf diese 48 vH entfallen waren. Daß überhaupt noch 5 %ige Titel beantragt wurden, erklärt sich daraus, daß bestimmte institutionelle Abnehmer schon vor längerer Zeit dahingehende Abnahmeverpflichtungen eingegangen waren oder daß sie mit den Emittenten Vereinbarungen über entsprechend konditionierte Ausleihungen an bestimmte Darlehensnehmer getroffen haben.

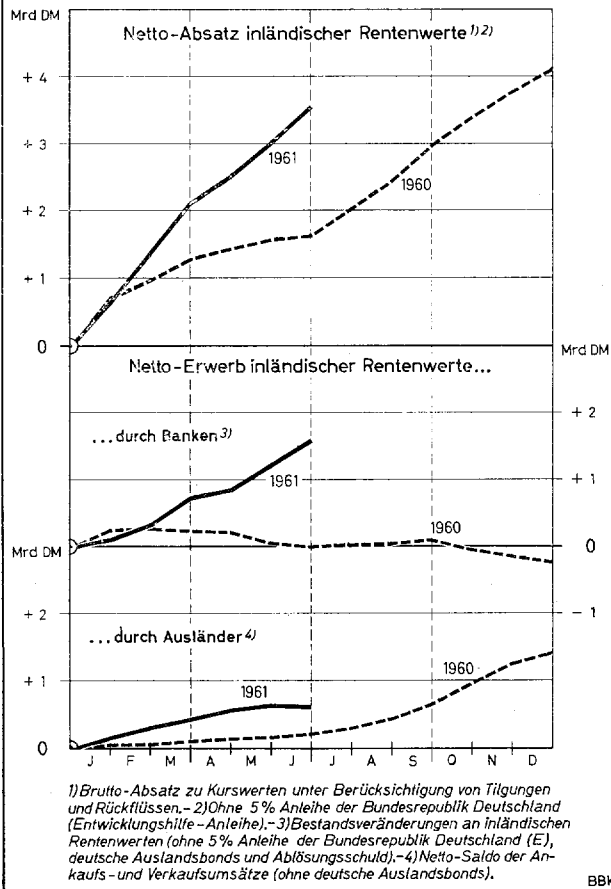
Im Zuge der geschilderten Marktverschlechterung büßten auch die umlaufenden älteren Emissionen, deren Kurse um die Monatswende Mai/Juni vielfach wieder die Höchststände des Jahres 1959 erreicht bzw. in Einzelfällen sogar überschritten hatten, einen Teil der bis dahin erzielten Kursgewinne wieder ein. Im Durchschnitt beliefen sich die Kursrückgänge bei den an der Börse eingeführten festverzinslichen Wertpapieren auf 2 bis 3 Punkte, teilweise sogar mehr. In etwas engeren Grenzen hielten sich die Kursabschläge bei den Anleihen des Bundes und seiner Sondervermögen, nicht zuletzt auf Grund von Kursregulierungen durch die betreffenden Emittenten.

Unter den Ursachen, die zu dem Rückschlag am Rentenmarkt geführt haben, spielt einmal die Tatsache eine Rolle, daß das Ausland, per Saldo betrachtet, nicht nur aufgehört hat, deutsche festverzinsliche Werte zu kaufen, sondern solche sogar liquidierte. In der zweiten Hälfte von 1960 hatte das Ausland per Saldo für 1,18 Mrd DM deutsche festverzinsliche Wertpapiere erworben, und zwar 445 Mio DM im dritten und 733 Mio DM im vierten Quartal. Vom Gesamt-Nettoabsatz an solchen Titeln (zu Kurswerten gerechnet) waren damit rd. 48 vH vom Ausland absorbiert worden, was selbstverständlich eine wirkungsvolle Initialzündung für die Auflockerung des Rentenmarktes bedeutet hatte, die deutlich zeigte, wie stark das Zinsgefälle schon Monate vor der Erleichterung der Kreditpolitik der Bundesbank



ZUR ENTWICKLUNG DES ABSATZES INLÄNDISCHER RENTENWERTE

Monatszahlen, kumulativ jeweils ab Jahresbeginn



auf Reduktion des deutschen Kapitalzinses hinwirkte. Auch in den ersten Monaten von 1961 waren die Auslandskäufe an deutschen Bonds dem Nettobetrag nach noch ziemlich beträchtlich; im ersten Quartal machten sie 433 Mio DM aus, im April noch 136 Mio DM (bei gleichzeitigen Käufen von Aktien im Betrage von 269 bzw. 192 Mio DM). Im Mai sanken sie dann aber auf 58 Mio DM, im Juni hatten zum ersten Mal seit Herbst 1959 sogar wieder die Verkäufe mit 21 Mio DM das Übergewicht (ein Umschwung, der sich wahrscheinlich ganz auf die zweite Hälfte des Monats konzentrierte), und im Juli dürfte es zu einer weiteren Verstärkung der Netto-Verkäufe gekommen sein¹⁾. Daß ein so rascher Wandel bei den gegebenen Größenordnungen nicht spurlos am Markte vorübergehen konnte, liegt auf der Hand. Es hat den Anschein, daß die politischen Spannungen wegen der Berlin-Frage in diesem Zusammenhang eine große Rolle spielten. Möglich ist ferner, daß

¹⁾ Vgl. hierzu auch die Tabelle „Private Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland“ auf S. 52 dieses Berichts.

das Ausland nach den starken Kurssteigerungen von Mitte 1960 bis zum Frühjahr d. J. die weiteren Kursgewinnchancen nicht mehr sehr hoch veranschlagte und deshalb ungeachtet des in diesem Bereich an sich noch bestehenden Zinsgefälles von weiteren Käufen Abstand nahm bzw. bis zu einem gewissen Grade sogar zu Realisationen schritt.

Aber auch auf Seiten der *inländischen Anleger* hat die Bereitschaft zu Wertpapierkäufen teilweise sichtlich nachgelassen. Von den Banken, die als Wertpapierkäufer seit Jahresbeginn wieder eine sehr große Rolle spielen, gilt das allerdings nur mit Einschränkung. Trotz der zeitweiligen Anspannung ihrer Liquiditätslage, über die eingangs berichtet wurde, haben die Banken nämlich zumindest bis Juni d. J. ihr Portefeuille an inländischen festverzinslichen Wertpapieren (einschließlich Kassenobligationen) noch beträchtlich erweitert, wenn auch vielleicht zum Teil unter dem Zwang der Verhältnisse und nicht aus freiem Entschluß. Im April übernahmen sie zusätzlich 106 Mio DM (netto) in den eigenen Bestand, im Mai rd. 370 Mio DM und im Juni rd. 380 Mio DM; das waren insgesamt nahezu ebensoviel wie im ersten Quartal. Im zweiten Halbjahr 1960 hatten sie demgegenüber ihre Bestände an inländischen Rentenwerten per Saldo um rd. 230 Mio DM abgebaut. Die übrigen inländischen Wertpapierkäufer — Kapital-sammelstellen, Wirtschaftsunternehmen und Private — haben jedoch in den letzten Monaten weit weniger festverzinsliche Wertpapiere gekauft als vordem. Setzt man von den gesamten Netto-Absatzziffern für inländische festverzinsliche Wertpapiere⁴⁾ jeweils die Netto-Käufe des Auslands und der Banken ab, so bleiben für das zweite Quartal nur rd. 400 Mio DM gegen rd. 900 Mio DM im ersten; der Rückgang der Käufe von Nichtbanken-Seite ist also evident.

Von Einfluß mag dabei gewesen sein, daß die Mittel einiger institutioneller Anleger, vor allem die der Versicherungen, in den letzten Monaten offenbar in anhaltend starkem Maß durch *Schuldscheindarlehen* in Anspruch genommen wurden (was freilich auch zu einer merklichen Beschränkung der Emissionen von sogenannten Einmalemittenten, vor allem zum Rückgang des Angebots an neuen Industrieobligationen geführt hat). Allein die von größeren Industrieunternehmen aufgenommenen Schuldscheindarlehen dürften im zweiten Vierteljahr einen Betrag von rd. 300 Mio DM erreicht haben. Zum Teil hängt das damit zusammen, daß die Begebung von Industrieobligationen durch die Wertpapiersteuer gegenüber der Aufnahme von Schuld-

⁴⁾ Zu Kurswerten gerechnet; ohne Entwicklungshilfe-Anleihe des Bundes.

scheindarlehen praktisch diskriminiert ist. Seit 1959 sind zwar auch Schuldscheindarlehen, soweit sie in Teilabschnitte gestückelt sind, der Wertpapiersteuer unterworfen, jedoch kann diese in der Praxis leicht umgangen werden. Beim Schuldscheindarlehen lassen sich überdies manche andere der mit der Begebung von Wertpapieren verknüpften Kosten vermeiden, so daß es unter Umständen auch dann nicht teurer ist als die Kapitalaufnahme über die Begebung von Wertpapieren, wenn die nominellen Zinskonditionen höher sind. Begünstigt wird das Schuldscheindarlehen z. Z. aber auch dadurch, daß die Geldgeber dieser Form der Kapitalanlage ebenfalls vielfach den Vorzug vor dem Wertpapier geben. Auch im Inland wird nämlich die weitere Kursentwicklung der festverzinslichen Werte nicht mehr mit dem gleichen Vertrauen wie noch im Frühjahr betrachtet, so daß ein gewisser Anlage-Attentismus Platz gegriffen hat. Die außenpolitischen Spannungen mögen auch hier eine Rolle spielen. Es kommt hinzu, daß nach einer so starken und raschen Kurssteigerung wie in der Zeit seit Mitte 1960 das Publikum in seinen weiteren Kurs-erwartungen leicht pessimistisch wird, zumal die Zinssenkung im Frühjahr d. J. ungefähr an dem Punkt angelangt war, an dem 1959 der Umschwung eingesetzt hatte; die ausländischen Verkäufe übten unter diesen Umständen naturgemäß einen nicht unerheblichen Einfluß auf die Marktstimmung aus. Auch daß der Geldmarkt in den letzten Monaten im allgemeinen nicht mehr so flüssig war wie im Frühjahr, ja zeitweilig sogar ziemlich starke Anspannungen durchmachte, hat das Klima der Rentenmärkte sichtlich beeinträchtigt, zumal damit eine gewisse Unsicherheit über die weitere zinspolitische Linie der Bundesbank aufkam. Die Banken haben in den Monaten Mai und Juni, wie erwähnt, zwar noch in relativ großem Umfang festverzinsliche Wertpapiere erworben, aber nur zu sinkenden Kursen.

Die erneute Zurückhaltung der Wertpapierkäufer wirkte sich im übrigen auf die Marktentwicklung um so mehr aus, als auf seiten der Kreditnehmer mit der nachlassenden Hoffnung auf rasche weitere Zinssenkungen der bisherige Attentismus eher der Neigung zu beschleunigter Kapitalaufnahme Platz zu machen begann. Besonders stark machte sich diese Entwicklung am *Hypothekenmarkt* bemerkbar. Die Realkreditinstitute wurden in den letzten Monaten in zunehmendem Maße mit Hypothekengesuchen überschüttet, denen in weitem Umfang stattgegeben wurde. Im ersten Quartal d. J. hatten sich die Hypothekenzusagen der Realkreditinstitute für den Wohnungsbau im Monatsdurchschnitt auf rd. 300 Mio DM gestellt; im April stiegen sie auf 345 Mio DM, im Mai auf fast 400 Mio DM und im

Juni auf rd. 475 Mio DM; sie waren damit im zweiten Vierteljahr mit insgesamt 1,22 Mrd DM um gut 500 Mio DM höher als im Vierteljahresdurchschnitt von 1960. Da gleichzeitig der Betrag der Auszahlungen zunächst nur wenig anstieg, erreichten die unerledigten Hypothekenzusagen der Realkreditinstitute infolgedessen am 30. Juni d. J. einen Betrag, der mit 3,63 Mrd DM um mehr als 1,3 Mrd DM über den des entsprechenden Vorjahrsstichtages hinausging. Einer solchen Zunahme ihrer Verpflichtungen konnten die Realkreditinstitute selbstverständlich nicht zusehen, ohne sich auch um eine stärkere Mittelbeschaffung zu bemühen, zumal die aufkeimende Unsicherheit über die weitere Zinsentwicklung es nicht ratsam erscheinen ließ, die Refinanzierung der Zusagen im Vertrauen auf das langsamere Tempo der Auszahlungen zu einem erheblichen Teil der Zukunft zu überlassen. Die verstärkte Nachfrage der Hypothekennehmer, der manche Institute offenbar verhältnismäßig großzügig stattgaben, hatte also zur Folge, daß sich die Realkreditinstitute, ungeachtet der an sich schwächer werdenden Aufnahmebereitschaft des Marktes, um eine weitere beträchtliche Ausdehnung ihres Passivgeschäfts bemühen mußten. Die *Auflegung neuer Pfandbriefe und Kommunalobligationen* stieg mithin von 1,5 Mrd DM im ersten auf 1,8 Mrd DM im zweiten Quartal; sie ging damit um 1,12 Mrd DM über den Betrag des entsprechenden Vorjahrsquartals hinaus. Tatsächlich gelang es, auch den Absatz, entgegen der Saisontendenz, relativ hoch zu halten. Er stellte sich brutto in der Zeit von April bis Juni auf fast 1,6 Mrd DM und blieb damit nur wenig hinter dem des ersten Quartals (1,62 Mrd DM) zurück, obwohl er sonst im zweiten Vierteljahr gewöhnlich erheblich niedriger ist als im ersten Quartal, in dem sich der hohe Anlagebedarf infolge des großen Zinstermins um die Jahreswende stark bemerkbar macht; besonders im Juni war der Absatz mit 652 Mio DM (gegen 464 bzw. 476 Mio DM in den beiden Vormonaten) relativ hoch. Dieser Erfolg mußte aber, wie schon eingangs angedeutet, mit nicht unbeträchtlichen Kursabschlägen erkauft werden.

Angesichts dieses forcierten Absatzes relativ hoher Beträge an Schuldverschreibungen der Realkreditinstitute wirkte sich der Umstand, daß die übrigen Emittenten den Markt in den letzten Monaten nur wenig in Anspruch nahmen, praktisch gar nicht entlastend aus. Von den sogenannten Einmal-Emittenten wurden im zweiten Vierteljahr Wertpapiere im Betrage von nur rd. 330 Mio DM gegen 900 Mio DM im ersten Quartal abgesetzt. Darin sind zwar die im zweiten Quartal noch

Der Absatz von Wertpapieren¹⁾
in Mio DM

Zeit	Schuldverschreibungen inländischer Emittenten						Anleihen ausländischer Emittenten	Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	Aktien	Festverzinsliche Wertpapiere und Aktien insgesamt
	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Industrieobligationen	Anleihen der öffentlichen Hand	Sonstige Schuldverschreibungen				
Brutto-Absatz										
1959 1. Vj.	838,0	806,8	194,5	283,8	640,2	0,0	124,6	2 887,9	279,3	3 167,2
2. "	615,0	652,0	152,6	425,8	834,3	—	220,0	2 899,7	110,9	3 010,6
Saarland ²⁾										
1948 - Mitte 1959	106,2	77,6	—	—	—	—	—	183,8	125,8	309,6
3. Vj.	756,9	416,6	299,8	127,8	462,4	0,0	—	2 063,5	552,0	2 615,5
4. "	733,9	410,7	183,2	81,3	603,3	0,8	—	2 013,2	315,0	2 328,2
1960 1. Vj.	625,5	258,8	257,6	27,5	572,3	—	44,8	1 786,5	645,4	2 431,9
2. "	452,6	194,1	109,4	—	33,3	—	—	789,4	560,9	1 350,3
3. "	718,2	405,8	63,9	—	341,8	3,0	—	1 532,7	407,2	1 939,9
4. "	547,1	261,2	70,2	—	385,2	—	—	1 263,7	291,0	1 554,7
1961 1. Vj.	878,6	737,2	304,4	119,6	1 333,8 ³⁾	—	—	3 373,6 ³⁾	687,4	4 061,0
2. "	905,9	686,2	253,4	50,0	310,3 ³⁾	25,3	—	2 231,1 ³⁾	421,5	2 652,6
April	265,6	210,0	89,2	—	110,7 ³⁾	—	—	675,5 ³⁾	94,0	769,5
Mai	239,2	225,2	91,8	—	195,6 ³⁾	11,0	—	762,8 ³⁾	138,6	901,4
Juni	401,1	251,0	72,4	50,0	4,0 ³⁾	14,3	—	792,8 ³⁾	188,9	981,7
Tilgung										
1959 1. Vj.	39,1	57,8	55,8	34,7	29,9	—	—	217,3	—	217,3
2. "	53,3	72,1	9,1	57,3	413,1	—	—	604,9	—	604,9
Saarland ²⁾										
1948 - Mitte 1959	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Vj.	49,0	44,5	1,6	78,9	113,3	0,1	—	287,4	—	287,4
4. "	90,1	48,8	42,9	134,9	46,9	3,7	—	367,3	—	367,3
1960 1. Vj.	33,2	42,3	47,9	142,3	57,0	—	—	322,7	—	322,7
2. "	19,6	41,8	20,5	208,9	60,8	0,1	—	351,7	—	351,7
3. "	31,3	30,8	24,7	21,9	14,7	0,0	—	123,4	—	123,4
4. "	31,9	61,6	42,9	30,8	17,9	3,5	—	188,6	—	188,6
1961 1. Vj.	30,7	104,6	86,3	115,2	38,4	—	—	375,2	—	375,2
2. "	89,8	189,9	114,0	31,0	7,1	0,1	—	431,9	—	431,9
April	21,5	35,2	87,9	6,0	3,3	—	—	153,9	—	153,9
Mai	11,0	28,5	4,3	23,0	2,0	—	—	68,8	—	68,8
Juni	57,3	126,2	21,8	2,0	1,8	0,1	—	209,2	—	209,2
Netto-Absatz⁴⁾										
1959 1. Vj.	798,9	749,0	138,7	249,1	610,3	0,0	124,6	2 670,6	279,3	2 949,9
2. "	561,7	579,9	143,5	368,5	421,2	—	220,0	2 294,8	110,9	2 405,7
Saarland ²⁾										
1948 - Mitte 1959	106,2	77,6	—	—	—	—	—	183,8	125,8	309,6
3. Vj.	707,9	372,1	298,2	48,9	349,1	— 0,1	—	1 776,1	552,0	2 328,1
4. "	643,8	361,9	140,3	— 53,6	556,4	— 2,9	—	1 645,9	315,0	1 960,9
1960 1. Vj.	592,3	216,5	209,7	— 114,8	515,3	—	44,8	1 463,8	645,4	2 109,2
2. "	433,0	152,3	88,9	— 208,9	— 27,5	— 0,1	—	437,7	560,9	998,6
3. "	686,9	375,0	39,2	— 21,9	327,1	3,0	—	1 409,3	407,2	1 816,5
4. "	515,2	199,6	27,3	— 30,8	367,3	— 3,5	—	1 075,1	291,0	1 366,1
1961 1. Vj.	847,9	632,6	218,1	4,4	1 295,4	—	—	2 998,4	687,4	3 685,8
2. "	816,1	496,3	139,4	19,0	303,2	25,2	—	1 799,2	421,5	2 220,7
April	244,1	174,8	1,3	— 6,0	107,4	—	—	521,6	94,0	615,6
Mai	228,2	196,7	87,5	— 23,0	193,6	11,0	—	694,0	138,6	832,6
Juni	343,8	124,8	50,6	48,0	2,2	14,2	—	583,6	188,9	772,5

¹⁾ Ab 3. Vierteljahr 1959 einschl. Saarland. — ²⁾ Frankenbeträge umgerechnet im Verhältnis 100 Franken = 0,8507 DM. — ³⁾ Darunter 5 % Anleihe der Bundesrepublik Deutschland (E) mit folgenden Beträgen: Januar 1961 794,9 Mio DM, Februar 1961 33,0 Mio DM, März 1961 30,0 Mio DM, 1. Vj. 1961 857,9 Mio DM, April 1961 110,7 Mio DM, Mai 1961 195,6 Mio DM, Juni 1961 4,0 Mio DM, 2. Vj. 1961 310,3 Mio DM. — ⁴⁾ D. h. Brutto-Absatz abzüglich Tilgung; negatives Vorzeichen bedeutet, daß im betr. Zeitraum die Tilgung von Wertpapieren den Neuabsatz übertraf.

erfolgten Einzahlungen auf die Entwicklungshilfe-Anleihe des Bundes bei der Wirtschaft in Höhe von insgesamt 310 Mio DM nicht enthalten, aber mit ihnen wäre der Abstand zum ersten Vierteljahr sogar noch größer, da die — ursprünglich mit 1,5 Mrd DM verein-

barte — Anleihe im ersten Vierteljahr bereits knapp 860 Mio DM, d. h. mehr als die an sich für den Zahlungstermin dieses Vierteljahres vorgesehene erste Tranche von 50 vH des in Aussicht genommenen Gesamtbetrages erbrachte. Von der vorerwähnten Absatz-

ziffer von 330 Mio DM (für andere Emissionen als Pfandbriefe und Kommunalobligationen) entfielen rd. 255 Mio DM auf Anleihen von Spezialkreditinstituten, 50 Mio DM auf Obligationen von Wirtschaftsunternehmen und 25 Mio DM auf sonstige Schuldverschreibungen. Öffentliche Anleihen wurden im zweiten Vierteljahr nicht an den Markt gebracht, aber am Schluß des Vierteljahres stand der Markt bereits unter dem Einfluß der in der ersten Juli-Hälfte begebenen Bundesbahnanleihe im Betrage von 250 Mio DM. In das Vakuum, das die übrigen Emittenten in den letzten Monaten am Emissionsmarkt ließen, stießen jedoch, wie gesagt, weitgehend die Pfandbriefinstitute hinein und verhinderten damit, daß der Markt in dieser kritischen Phase von der Seite der Nachfrage her entsprechend entlastet wurde. Allerdings war auch die Zurückhaltung, die insbesondere die Wirtschaftsunternehmen in letzter Zeit am Emissionsmarkt an den Tag legten, nur mit Einschränkung als Entlastung zu betrachten, da sie, wie oben dargelegt, zu einem großen Teil mit einer anhaltend hohen Aufnahme von Schuldscheindarlehen einherging und diese dem Markt zweifellos Mittel entzog, die sonst für die Wertpapieranlage zur Verfügung gestanden hätten.

Die Tatsache, daß trotz der geschilderten Ungunst der Verhältnisse, wobei vor allem noch einmal auf die Schrumpfung und den schließlich vollständigen Wegfall der Auslandsnachfrage hingewiesen sei, im zweiten Quartal insgesamt noch für brutto 1,92 Mrd DM festverzinsliche Wertpapiere (ohne Entwicklungshilfe-Anleihe) untergebracht werden konnten, ist andererseits aber auch ein beachtliches Symptom dafür, daß die Grundverfassung des Marktes nach wie vor gut ist. Der Netto-Inlandsabsatz an festverzinslichen Wertpapieren war im Juni mit etwa 550 Mio DM (Kurswert) immerhin zweieinhalbmal so hoch wie im Monatsdurchschnitt des zweiten Halbjahres 1960; selbst im Monatsdurchschnitt des ersten Viertels des laufenden Jahres wurde dieser Betrag, wenn man — so wie das bei den Angaben für das zweite Vierteljahr geschehen ist — die Einzahlungen auf die Entwicklungshilfe-Anleihe ausschaltet, nur geringfügig übertroffen. Die Verschlechterung des Marktes hat sich bisher also vornehmlich in einem Rückgang der Kurse, aber weniger in einer konjunkturellen, d. h. über die saisonmäßige Verminderung im zweiten Quartal hinausgehenden Schrumpfung des Absatzes geäußert, zumindest nicht, soweit dieser auf Inlandskäufen beruht. Die anhaltend hohe, ja sogar noch steigende Ersparnisbildung bietet in der Tat eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung des Marktes, und zwar um so mehr, als auch in

denjenigen Sektoren, deren Mittel für die Anlage in Wertpapieren vornehmlich in Betracht kommen, wie den Sozialversicherungen und den privaten Haushalten mit gehobenem Einkommen, die Ersparnisbildung wächst. Auf weitere Sicht wird auch vielleicht die allmählich einsetzende Normalisierung der Investitionsnachfrage, über die im Abschnitt „Produktion und Märkte“ berichtet wird, von der Nachfrageseite her auf eine Besserung der Marktverhältnisse hinwirken. Daß sich in den letzten Monaten ein gewisser Rückschlag ergeben hat, ist jedenfalls hauptsächlich auf das — vom Zahlungsbilanzpolitischen Standpunkt an sich durchaus begrüßenswerte — Schwinden der Auslandskäufe bei nicht voller Kompensation durch Inlandskäufe zurückzuführen. Für beides spielten psychologische Momente eine große Rolle; vor allem die Zurückhaltung gewisser inländischer Käufergruppen hängt zweifellos weitgehend, wenn nicht gar ausschließlich, mit einer gewissen Nervosität in der Beurteilung der weiteren Kursentwicklung zusammen. Diese Hemmungen dürften sich jedoch wieder lösen, wenn die außenpolitischen Spannungen nachlassen und die monetären Verflüssigungstendenzen wieder stärker werden, wie es den nach wie vor hohen Überschüssen in der Bilanz der laufenden Posten des ausländischen Zahlungsverkehrs und dem teilweise noch immer bestehenden Zinsgefälle gegenüber dem Ausland entsprechen würde.

Der Aktienmarkt

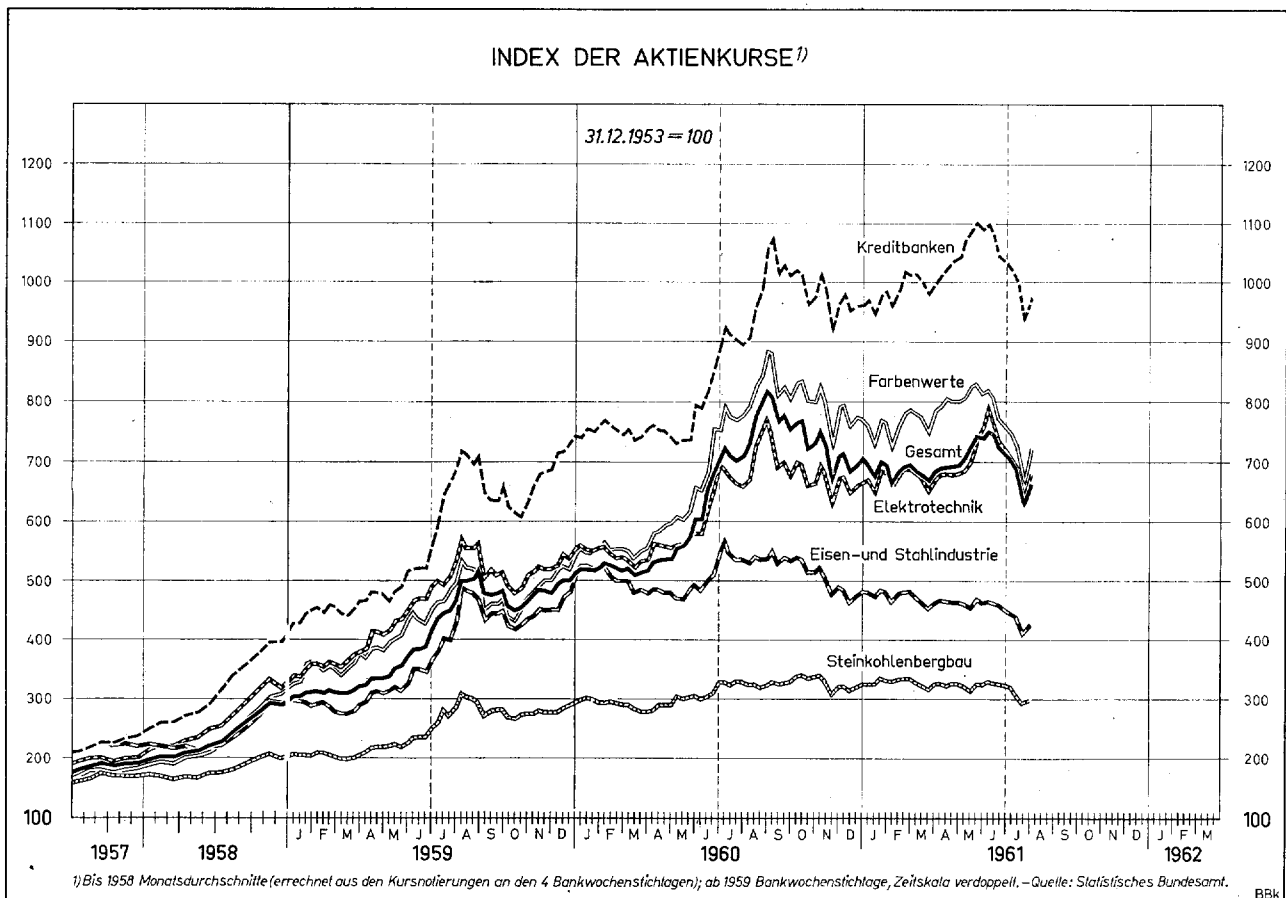
Der Aktienmarkt war in der Berichtsperiode sehr starken Kursschwankungen unterworfen. Bis Anfang Juni stand er noch im Zeichen der Hausse, die Ende März eingesetzt hatte. Dann kam es jedoch zu einer Baisse, die den vom Statistischen Bundesamt berechneten *Kursindex* (31. 12. 1953 = 100) von 754 am 7. Juni auf 639 am 21. Juli herabdrückte, womit der bisherige Tiefstand des Index in diesem Jahre (668 am 7. Februar) noch unterschritten wurde. Ob die in der letzten Dekade des Juli teilweise zu beobachtenden Kurssteigerungen — der Aktienkursindex stieg bis zum 31. Juli wieder auf 665 — mehr als eine nur kurzfristige Zwischenerholung darstellen, läßt sich noch nicht übersehen. Am stärksten wurden von der Baisse der Monate Juni und Juli die Elektro- und Fahrzeugwerte betroffen, die während der vorangegangenen Hausse ebenso die größten Gewinne erzielt hatten (die Elektrowerte hatten, ebenso wie die Bankaktien, am Höhepunkt der Hausse sogar ihre bisherigen Höchstkurse vom Sommer 1960 überschritten). Verhältnismäßig geringe Kurseinbußen erlitten dagegen die Mon-

tanaktien, die an der vorangegangenen Hausse kaum beteiligt gewesen waren.

Den Anstoß zu den teilweise sehr heftigen Kursrückschlägen der letzten beiden Monate dürfte in erster Linie die Verschärfung der weltpolitischen Gegensätze nach dem Wiener Gipfeltreffen gegeben haben. Besonders von seiten des *Auslands* setzten darauf Verkäufe ein, ebenso wie auch die meisten Auslandsbörsen nach dem Wiener Treffen merklich unter Kursdruck gerieten. Die Auslandsverkäufe trafen den Markt um so schwerer, als auch die Hausse der Monate April und Mai stark auslandsbeeinflusst war. In diesen beiden Monaten hatte das Ausland nach unseren Statistiken deutsche Aktien im Kurswert von gut 190 bzw. nahezu 170 Mio DM netto erworben; im Juni sanken die Auslandskäufe per Saldo jedoch auf 45 Mio DM ab, und im Juli, für den noch keine Angaben vorliegen, dürften die Verkäufe die Käufe überwogen haben. Die dadurch hervorgerufenen Kursrückgänge lösten begreiflicherweise auch zum Teil recht beträchtliche Inlandsabgaben aus. Wahrscheinlich nimmt darüber hinaus auch die neuere Konjunktorentwicklung dem Aktienmarkt nunmehr in zunehmendem Maße Wind aus den Segeln. Die Übernachfrage läßt in der Mehrzahl der Industriezweige, vor

allem in den in diesem Zusammenhang besonders wichtigen Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien, allmählich nach, der Wettbewerb wird — nicht zuletzt von seiten des Auslands — schärfer, und es wird daher schwieriger, weitere starke Kostenerhöhungen, wie sie insbesondere mit den noch bevorstehenden Lohnrunden drohen, auf die Preise abzuwälzen. Die Profitmargen stehen mithin unter Druck, und es ist nur natürlich, daß die Aktienkurse, solange keine neuen Momente auftreten, hierdurch in Mitleidenschaft gezogen werden.

Symptomatisch für die Verschlechterung des Marktklimas war in den letzten Monaten neben den rückläufigen Kursen der alten Aktien auch die abnehmende Bereitschaft der Anleger, neue Aktien aus Kapitalerhöhungen zu übernehmen. Während in der Periode der steigenden Kurse die an den Markt gelangenden Bezugsrechte stets zur rechnerischen Parität oder sogar darüber gehandelt wurden und der Markt noch Anfang Juni eine so umfangreiche Aktienemission wie die eines Großunternehmens der chemischen Industrie im Betrage von 300 Mio DM Kurswert (die größte Emission auf dem deutschen Aktienmarkt nach dem Kriege) glatt aufnahm, wurden die Bezugsrechte in der Folgezeit fast regelmäßig unter der Parität notiert. Allerdings waren



während dieser Zeit auch die Anforderungen, die an den Markt gestellt wurden, besonders hoch. So erreichte der Absatz neuer Aktien im Juni dem Kurswert nach die beträchtliche Höhe von 430 Mio DM gegen 167 bzw. 187 Mio DM in den beiden Vormonaten. Insgesamt belief sich der Aktienabsatz im zweiten Vierteljahr auf nominell gut 420 Mio DM mit einem Kurswert von 785 Mio DM. Das Absatzergebnis war damit wiederum beachtlich, wenn es auch nicht an das des Vorquartals (687 bzw. 1 063 Mio DM) heranreichte.

Infolge der zahlreichen Dividendenerhöhungen, die während der Berichtszeit bekannt wurden, ist die Durchschnittsdividende der börsennotierten Aktien weiter beachtlich gestiegen, und zwar von 12,15 % Ende März auf 13,20 % Ende Juni. Da sich die Durchschnittskurse während dieser Zeit nur verhältnismäßig wenig erhöht haben, verbesserte sich die durchschnittliche Aktienrendite im gleichen Zeitraum von 2,11 % auf 2,19 %. Im Juli dürfte sie in Anbetracht des stark abgesunkenen Kursniveaus auf schätzungsweise 2,4 % zugenommen haben.

Monetäre Gesamtanalyse

Zur Zusammenfassung und Ergänzung der voranstehenden Darlegungen soll schließlich noch die „Monetäre Gesamtanalyse“ fortgeführt werden, in der wir für jeweils etwas längere Zeitabschnitte die Entwicklung des inländischen „Geldvolumens“ und seiner wichtigsten Bestimmungsfaktoren schildern. Die Analyse basiert auf der „Zusammengefaßten statistischen Bilanz der Kreditinstitute einschließlich der Deutschen Bundesbank“ (vgl. Tab. I/1 des Statistischen Teils der Monatsberichte), während sich die Angaben über die Aktiv- und Passivgeschäfte der Banken auf die sogenannten Geschäftsbanken, d. h. die monatlich berichtenden Banken ohne die Bundesbank beziehen. Eine Besonderheit der in dieser Analyse verwendeten Daten liegt ferner in der Beschränkung der Einzelangaben über die Kreditgewährung, die Geldkapitalbildung und das „Geldvolumen“ auf die Beziehungen des heimischen Bankenapparats zur inländischen Kundschaft, während die statistisch erfaßten Aktiv- und Passivgeschäfte mit dem Ausland hier zu einem globalen „Netto-Forderungssaldo gegenüber dem Ausland“ zusammengezogen sind. Im übrigen wird auf die Fußnoten der Tabelle auf S. 21 verwiesen, in der die wichtigsten statistischen Daten dieser Analyse zusammengestellt sind.

Den bei weitem stärksten expansiven Einfluß auf die Entwicklung der Geldversorgung hatte im bisherigen Verlauf dieses Jahres wie gewöhnlich die Ausweitung

des Kreditvolumens. Die Gesamtzunahme der kurz-, mittel- und langfristigen Kredite an inländische Nichtbanken (einschließlich der Steigerung des Wertpapierengagements der Banken gegenüber diesem Kundenkreis) belief sich im ersten Halbjahr 1961 auf etwa 11³/₄ Mrd DM und war damit erneut bedeutend größer als im entsprechenden Zeitraum der beiden Vorjahre, in dem sie rd. 8,3 Mrd DM (1960) bzw. gut 7,4 Mrd DM (1959) betragen hatte. Wie an anderer Stelle schon angedeutet, gab für diese beachtliche Steigerung die starke Expansion der kurzfristigen Kredite den Ausschlag. Soweit an ihr die Bundesbank beteiligt war — wie die erwähnte Tabelle zeigt, war das im ersten Halbjahr 1961 im Betrage von per Saldo reichlich einer viertel Milliarde DM der Fall —, handelte es sich ausschließlich um Sonderkredite an den Bund zur Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber internationalen Organisationen (gem. § 20 Abs. 1 Ziffer 2 des BBk-Gesetzes), die für entsprechende Auslandszahlungen verwendet wurden und den inländischen Geldkreislauf zumindest nicht unmittelbar erweiterten. Die betreffenden Sonderkredite nahmen an sich im ersten Halbjahr 1961 sogar um über eine halbe Mrd DM zu; ihr Anstieg wurde jedoch etwa zur Hälfte durch den Abbau des am Jahresende wie gewöhnlich etwas höheren Bestandes der Bundesbank an Geldmarkttitlen inländischer öffentlicher Emittenten sowie des damals vom Bund in Anspruch genommenen Kassenkredits kompensiert.

Mit der verstärkten Kreditexpansion ging allerdings eine wesentlich größere Geldkapitalbildung bei den Banken aus inländischen Quellen Hand in Hand. Rechnet man die kürzerfristigen (bis 6 Monate festgelegten) Termineinlagen zur Geldkapitalbildung, so belief sie sich im ersten Halbjahr auf über 10,7 Mrd DM gegen 7,1 Mrd DM im entsprechenden Zeitraum von 1960 und 6,1 Mrd DM im ersten Halbjahr 1959; ohne die kürzerfristigen Termineinlagen (die sich in den Vergleichszeiträumen durchweg verminderten) betrug sie sogar fast 11,1 Mrd DM (gegen rd. 7,4 Mrd bzw. 6,7 Mrd DM in den vergleichbaren Abschnitten der beiden Vorjahre). Neben einer Verstärkung des Zugangs an Spareinlagen und des Absatzes an Bankschuldverschreibungen hat insbesondere der kräftige Anstieg der inländischen Termineinlagen (auf dessen Ursachen in anderem Zusammenhang eingegangen wurde) die Geldkapitalbildung bei den Banken erhöht; er beschränkte sich, wie erwähnt, auf die längerfristigen Termineinlagen (d. s. Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit bzw. Kündigungsfrist von 6 Monaten und mehr), die im ersten Halbjahr 1961 um über 2 Mrd DM zunahmen

Zur Entwicklung der Geldversorgung *)
Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) in Mio DM

Posten	Jährlich			Jahr	Vierteljährlich				Jan. bis Juni
	1958	1959	1960		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	
I. Bankkredite an inländische Nichtbanken, gesamt	+12 542	+18 096	+17 307	1959	+2 682	+4 761	+5 500	+5 153	+ 7 443
				1960	+4 068	+4 260	+3 998	+4 981	+ 8 328
				1961	+5 242	+6 522 ^{P)}			+11 764 ^{P)}
1) Kurzfristige Kredite (einschließlich Bestände an inländischen Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen, jedoch ohne „Mobilisierungstitel“ ¹⁾), gesamt	+ 301	+ 3 003	+ 5 512	1959	— 171	+1 243	+ 994	+ 937	+ 1 072
				1960	+1 462	+1 387	+ 850	+1 813	+ 2 849
				1961	+1 817	+2 751 ^{P)}			+ 4 568 ^{P)}
davon: Kreditinstitute (ohne Bundesbank)	+ 91	+ 2 316	+ 5 447	1959	+ 12	+ 498	+1 173	+ 633	+ 510
				1960	+1 577	+1 432	+ 871	+1 567	+ 3 009
				1961	+1 893	+2 399 ^{P)}			+ 4 292 ^{P)}
Bundesbank ²⁾	+ 210	+ 687	+ 65	1959	— 183	+ 745	— 179	+ 304	+ 562
				1960	— 115	— 45	— 21	+ 246	— 160
				1961	— 76	+ 352			+ 276
darunter: Sonderkredite an den Bund zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber Währungsfonds, Weltbank und Europäischen Fonds ³⁾	(+ 271)	(+ 549)	(+ 177)	1959	(—)	(—)	(+ 514)	(+ 35)	(—)
				1960	(+ 37)	(+ 89)	(+ 4)	(+ 47)	(+ 126)
				1961	(+ 181)	(+ 362)			(+ 543)
2) Mittel- und langfristige Kredite an inländische Nichtbanken	+10 544	+13 479	+11 743	1959	+2 374	+3 069	+4 026	+4 010	+ 5 443
				1960	+2 307	+2 973	+3 075	+3 388	+ 5 280
				1961	+3 275	+3 574 ^{P)}			+ 6 849 ^{P)}
3) Bestände an inländischen Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen (ohne Bankschuldverschreibungen ⁴⁾)	+ 1 697	+ 1 614	+ 52	1959	+ 479	+ 449	+ 480	+ 206	+ 928
				1960	+ 299	— 100	+ 73	— 220	+ 199
				1961	+ 150	+ 197 ^{P)}			+ 347 ^{P)}
II. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen, gesamt	+11 598	+15 187	+16 170	1959	+3 378	+2 728	+3 486	+5 595	+ 6 106
				1960	+3 928	+3 172	+3 916	+5 154	+ 7 100
				1961	+6 526	+4 200 ^{P)}			+10 726 ^{P)}
1) Spareinlagen ⁵⁾ von Inländern	+ 6 737	+ 8 146	+ 7 960	1959	+2 223	+1 650	+1 661	+2 612	+ 3 873
				1960	+2 115	+1 359	+1 456	+3 030	+ 3 474
				1961	+2 422	+1 139 ^{P)}			+ 3 561 ^{P)}
2) Termineinlagen von Inländern, gesamt	+ 1 013	+ 1 678	+ 1 040	1959	+ 119	+ 32	+ 641	+ 886	+ 151
darunter: mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von 6 Monaten und mehr	(+ 1 494)	(+ 1 549)	(+ 794)	1959	(+ 336)	(+ 404)	(+ 237)	(+ 572)	(+ 740)
				1960	(+ 364)	(+ 370)	(+ 211)	(— 151)	(+ 734)
				1961	(+ 1 026)	(+ 996 ¹²⁾)			(+ 2 022 ¹²⁾)
3) Umlauf an inländischen Bankschuldverschreibungen (ohne Bestände der Kreditinstitute ⁶⁾)	+ 1 057	+ 2 744	+ 3 118	1959	+ 846	+ 506	+ 637	+ 755	+ 1 352
				1960	+ 710	+ 600	+ 907	+ 901	+ 1 310
				1961	+1 154	+ 649 ^{P)}			+ 1 803 ^{P)}
4) Bei inländischen Nichtbanken aufgenommene längerfristige Gelder und Darlehen	+ 1 667	+ 1 246	+ 2 636	1959	— 174	+ 159	+ 218	+1 043	— 15
				1960	+ 84	+ 854	+ 996	+ 702	+ 938
				1961	+1 489	+1 091 ^{P)}			+ 2 580 ^{P)}
5) Kapital und Rücklagen gemäß § 11 KWG	+ 1 124	+ 1 373	+ 1 416	1959	+ 364	+ 381	+ 329	+ 299	+ 745
				1960	+ 391	+ 547	+ 205	+ 273	+ 938
				1961	+ 467	+ 628 ^{P)}			+ 1 095 ^{P)}
III. Netto-Forderungssaldo gegenüber dem Ausland⁷⁾ (Bundesbank und Geschäftsbanken)	+ 4 218	— 261	+ 6 269	1959	—1 527	+ 157	+ 8	+1 101	— 1 370
				1960	+ 313	+1 992	+2 466	+1 498	+ 2 305
				1961	+3 240 ¹¹⁾	— 816 ¹²⁾)			+ 2 424 ^{P)}
nachrichtlich: Mittelzugang (+) zur Wirtschaft auf Grund von Devisentransaktionen ⁸⁾	(+ 6 816)	(+ 5 699)	(+ 9 541)	1959	(+1 202)	(+1 142)	(+1 528)	(+1 827)	(+ 2 344)
				1960	(+1 612)	(+2 698)	(+2 713)	(+2 518)	(+ 3 810)
				1961	(+3 936)	(+3 175 ^{P)})			(+ 7 111 ^{P)})
IV. Bargeldumlauf⁹⁾ und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken (ohne Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Stellen)	+ 4 771	+ 4 685	+ 3 408	1959	— 405	+1 705	+1 319	+2 066	+ 1 300
				1960	—1 272	+1 349	+ 639	+2 692	+ 77
				1961	—1 625	+2 495 ^{P)}			+ 870 ^{P)}
davon: Bargeldumlauf ⁹⁾	+ 1 479	+ 1 429	+ 1 428	1959	+ 87	+ 406	+ 554	+ 382	+ 493
				1960	+ 121	+ 506	+ 975	— 174	+ 627
				1961	+ 809	+ 484 ^{P)}			+ 1 293 ^{P)}
Sichteinlagen	+ 3 292	+ 3 256	+ 1 980	1959	— 492	+1 299	+ 765	+1 684	+ 807
				1960	—1 393	+ 843	— 336	+2 866	— 550
				1961	—2 434	+2 011 ^{P)}			— 423 ^{P)}
V. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Stellen¹⁰⁾ sowie an solche Stellen abgegebene Mobilisierungstitel	— 671	— 2 686	+ 2 304	1959	—2 237	— 370	— 14	— 65	— 2 607
				1960	+ 839	+ 745	+1 025	— 305	+ 1 584
				1961	+2 718	+1 133 ¹³⁾)			+ 3 851 ¹³⁾)
VI. Termineinlagen von Inländern mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von weniger als 6 Monaten	— 481	+ 129	+ 246	1959	— 217	— 372	+ 404	+ 314	— 589
				1960	+ 264	— 558	+ 141	+ 399	— 294
				1961	— 32	— 303 ¹³⁾)			— 335 ¹³⁾)

*) Die Angaben der Übersicht beziehen sich auf das Bundesgebiet (bis Dezember 1959 ohne Saarland) einschl. Berlin (West). Sie beruhen auf der „Zusammengefaßten statistischen Bilanz der Kreditinstitute einschl. der Deutschen Bundesbank“ (vgl. Tabelle I, 1 im Anhang). Außer in der „Konsolidierung“ der Ziffern der Kreditinstitute mit denen der Bundesbank liegt eine zweckbedingte Besonderheit der Tabelle darin, daß die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland — mit Ausnahme der nicht zu ermittelnden DM-Noten und -Münzen sowie Bankschuldverschreibungen in Händen von Ausländern — in einem Gesamtsaldo zusammengefaßt und demgemäß in den übrigen Positionen nicht enthalten sind. — 1) Das sind Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes aus dem Umtausch gegen einen entsprechenden Teilbetrag der Ausgleichsforderung der Bundesbank, deren Übernahme durch die Banken keine zusätzliche Kreditgewährung an Nichtbanken darstellt. — 2) Neben den — darunter stehenden — Sonderkrediten an den Bund sind hierin im wesentlichen enthalten die als Buchkredite gewährten Kassenkredite der Bundesbank an öffentliche Stellen sowie die durch die Herannahmung von Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen (nicht Mobilisierungstitel) in den Bestand der Bundesbank gewährten Kredite. — 3) Diese Kredite gemäß § 20, Abs. 1 Ziff. 2 Bbk-Gesetz führen zur Inanspruchnahme von Devisen bei der Bundesbank und haben insoweit keinen unmittelbaren Einfluß auf den heimischen Geldkreislauf. — 4) Die Bankbestände an fremden Bankschuldverschreibungen stellen keine unmittelbare Kreditgewährung an Nichtbanken, sondern einen Bestandteil der Interbankverschuldung dar. — 5) Die Ausgleichs- bzw. Entschädigungsgutschriften für Vertriebene bzw. Altspärer sind nur insoweit berücksichtigt, als Deckungsforderungen gegen den Lastenausgleichsfonds eingelöst wurden. — 6) Saldiert mit den Beständen der Kreditinstitute an eigenen und fremden Bankschuldverschreibungen; die im Rahmen der Altsparerechtschädigung ausgegebenen Schuldverschreibungen sind nur insoweit berücksichtigt, als Deckungsforderungen gegen den Lastenausgleichsfonds eingelöst wurden. — 7) Einschließlich der von der Bundesbank übernommenen Weltbank-Bonds. — 8) Veränderung des Netto-Forderungssaldos der Banken gegenüber dem Ausland nach Ausschaltung der Netto-Auslandszahlungen öffentlicher Stellen (nur effektive Zahlungen aus Guthaben und Kreditaufnahme ohne Garantie- und Akkreditivstellung) sowie der Zinserträge der Bundesbank aus ihren Auslandsanlagen. — 9) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschl. der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen. — 10) Bis Ende 1958 einschl. der Einlagen der Dienststellen der ehemaligen Besatzungsmächte. — 11) Nach Ausschaltung des Aufwertungsverlustes der Bundesbank. — 12) Die Abnahme des Netto-Forderungssaldos beruht ausschließlich auf dem Erwerb von Forderungen aus Nachkriegswirtschaftshilfe gegenüber dem Bund durch die Bundesbank in Höhe von rd. 3,1 Mrd. DM. — 13) Unter Einfluß auch derjenigen Erlöse aus der Teilprivatisierung des Volkswagen-Werkes, die auf Konto des ERP-Sondervermögens übertragen wurden. — 14) Teilweise geschätzt. — P) Vorläufig.

gegenüber jeweils knapp $\frac{3}{4}$ Mrd DM im gleichen Zeitraum der beiden Vorjahre.

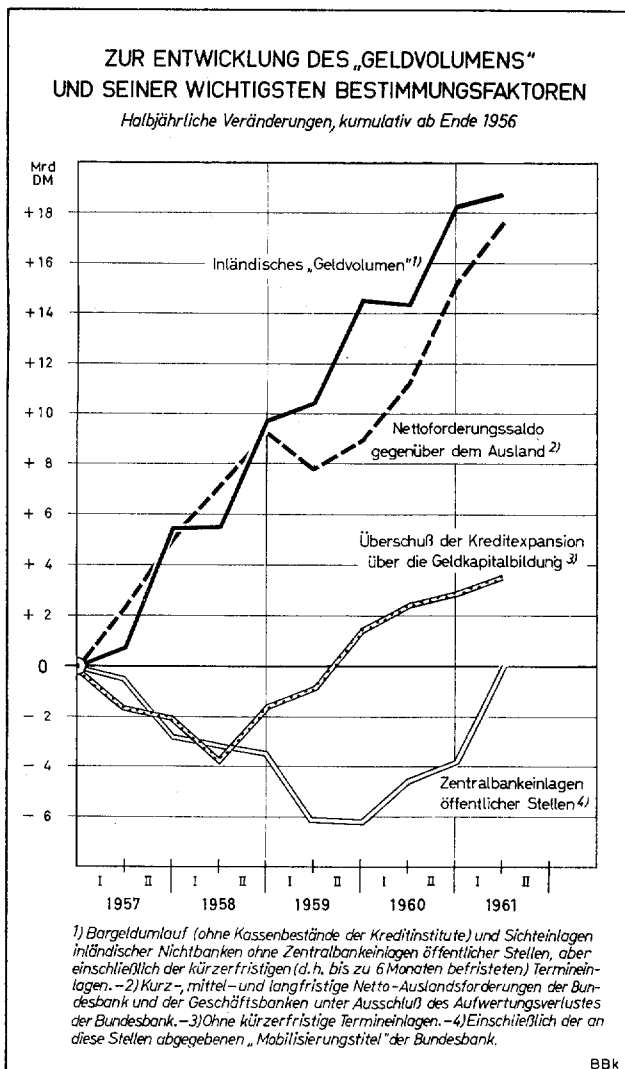
Von noch größerer Bedeutung war in diesem Zusammenhang die erhöhte Darlehensaufnahme der Banken bei inländischen Nichtbanken. Sie erklärt sich, wie in anderem Zusammenhang dargelegt, in erster Linie aus der Übertragung von Mitteln für die Entwicklungshilfe auf den Bankenapparat (genauer: auf die dem Kreis der monatlich berichtenden Kreditinstitute angehörende Kreditanstalt für Wiederaufbau). Diese Sonderzugänge entsprachen mit etwa 1,3 Mrd DM ungefähr der Hälfte des Gesamtaufkommens an Geldern und Darlehen. In nicht geringem Umfang enthält die Geldkapitalbildung bei den Banken neuerdings also Beträge, die nicht im inländischen, sondern im ausländischen Kreditgeschäft der Banken Verwendung finden bzw. finden werden. Auch in Zukunft wird der über das Banksystem geleitete öffentliche Kapitalexpert in der Geldkapitalbil-

dung bei den Banken voraussichtlich eine verhältnismäßig große Rolle spielen. In nächster Zeit ist insbesondere der Zugang der aus der Teilprivatisierung des VW-Werkes für die Entwicklungshilfe vorgesehenen Mittel zu erwarten, die sich zur Zeit noch auf Konten bei der Bundesbank befinden und sich in der „Geldkapitalbildung bei den Banken“ bisher nur negativ ausgewirkt haben, da ihr Aufkommen zum Teil zweifellos zu Lasten anderer Formen der Geldkapitalbildung bei den Banken (vor allem der Spareinlagen) ging.

Aus diesen Gründen wird man die Geldkapitalbildung des ersten Halbjahres 1961 wieder nur mit gewissen Vorbehalten mit der gleichzeitigen Kreditexpansion vergleichen können. Immerhin ergibt sich aus dem vorliegenden Zahlenmaterial, daß der *Überschuß der „inneren“ Kreditausdehnung über die inländische Geldkapitalbildung* in den ersten 6 Monaten des laufenden Jahres geringer war als in den Vergleichsperioden der beiden letzten Jahre. Unter Einschluß der kürzerfristigen Termineinlagen in die Geldkapitalbildung betrug der Überschuß der Kreditausdehnung im Berichtszeitraum gut 1 Mrd DM gegen 1,23 Mrd DM im ersten Halbjahr 1960 und 1,34 Mrd DM im ersten Halbjahr 1959; unter Ausschluß der kürzerfristigen Termineinlagen stellen sich die entsprechenden Ziffern auf 0,70 Mrd DM und 0,93 bzw. 0,75 Mrd DM. Wenn mit diesen Ziffern auch nur Größenordnungen umrissen werden, da eine exaktere Erfassung wegen Abgrenzungs- und Zuordnungsschwierigkeiten nicht möglich ist, so kann doch als sicher gelten, daß den Mitteln, die der Inlandskundschaft aus der Kreditgewährung des heimischen Bankenapparats zugeflossen sind, in größerem Umfang als in den vorangegangenen Jahren Sparvorgänge bei den Banken gegenübergestanden haben. Unter Einbeziehung der für den Erwerb von VW-Aktien aufgewendeten — aber in der Geldkapitalbildung bei den Banken noch nicht in Erscheinung getretenen — Beträge (bis Ende Juni beliefen sie sich auf rd. 980 Mio DM) würde die „innere“ Kreditexpansion sogar vollständig durch die inländische Geldkapitalbildung „gedeckt“ gewesen sein, obwohl das Kreditvolumen in der ersten Jahreshälfte niemals so stark gestiegen ist wie im laufenden Jahr.

Auf der anderen Seite war das auf *äußeren* Einflüssen beruhende Wachstum der Geldbestände weiter beträchtlich. In dem Anstieg des gesamten „Netto-Forderungssaldos der Banken und der Bundesbank gegenüber dem Ausland“, der sich im ersten Halbjahr 1961 auf gut 2,4 Mrd DM¹⁾ beziffert (verglichen mit einer Zunahme um

¹⁾ Bei Ausschaltung der durch die Aufwertung der D-Mark bedingten Bewertungsänderung bei den Währungsreserven der Bundesbank.



2,3 Mrd DM in der ersten Hälfte von 1960 und einem Rückgang um fast 1,4 Mrd DM in der gleichen Zeit von 1959), kommt das allerdings nur unvollständig zum Ausdruck, da dieser Saldo in der fraglichen Zeit in besonders starkem Maße durch Transaktionen herabgedrückt wurde, die für den inländischen Geldkreislauf zunächst „neutral“ waren. Neben den Auslandszahlungen öffentlicher Stellen (vornehmlich des Bundes) zu Lasten ihrer Zentralbankguthaben ist vor allem an die vorzeitige Ablösung der deutschen Nachkriegsschulden¹⁾ zu denken, durch die die Devisenreserven der Bundesbank um 3,1 Mrd DM geschmälert wurden, ohne daß sich die inländischen Geldbestände im Zusammenhang damit vermindert hätten. Der aus den Netto-Devisenabgaben der Wirtschaft resultierende Zuwachs an Netto-Auslandsforderungen beim gesamten Bankenapparat war mithin wesentlich größer als die obigen Angaben erkennen lassen. Er belief sich im ersten Halbjahr 1961 auf rd. 7,1 Mrd DM gegen ungefähr 5 1/4 Mrd DM im zweiten und 4,3 Mrd DM im ersten Halbjahr 1960; im ersten und zweiten Halbjahr 1959 hatte er 2,3 bzw. 3,4 Mrd DM betragen. Der Liquiditätsspielraum der Wirtschaft (unter Hinzurechnung derjenigen öffentlichen Körperschaften, die ihre flüssigen Mittel nicht ganz oder zumindest überwiegend bei der Bundesbank einlegen müssen) hat sich auf Grund von Netto-Devisenverkäufen an den Bankenapparat im ersten Halbjahr 1961 also wieder bedeutend stärker erweitert als vorher. Ergänzend ist freilich darauf hinzuweisen, daß fast drei Viertel des Gesamtbetrages auf die ersten vier Monate d. J. entfielen — eine Zeit also, in der die währungs- und kreditpolitischen Verhältnisse teilweise noch unter anderem Vorzeichen standen als jetzt —, während die Liquidisierung der Wirtschaft auf Grund von Devisenzugängen im Mai und Juni merklich geringer war als in jedem der vier vorangegangenen Monate, obwohl das verstärkte Kursicherungsbestreben der Wirtschaft nach der Aufwertung der DM die Kreditaufnahme im Ausland sichtlich förderte.

Trotz des beträchtlichen Übergewichts der auf die Geldversorgung im ganzen expansiv wirkenden Faktoren war die Ausdehnung des „Geldvolumens“ im bisherigen Verlauf des Jahres jedoch relativ gering, wenn man neben der Zunahme des Bargeldumlaufs (unter Abzug der Kassenbestände der Banken) nur den Anstieg der inländischen Sichteinlagen ohne die Zentralbankeinlagen öffentlicher Stellen in Betracht zieht. Bei dieser — hauptsächlich auf die liquiden Ansprüche des

privaten Sektors abgestellten — Abgrenzung des „Geldvolumens“ (öffentliche Einlagen werden ihm bei dieser Abgrenzung nur insoweit zugerechnet, als sie bei Geschäftsbanken unterhalten werden) belief sich seine Ausweitung in der ersten Hälfte des laufenden Jahres auf knapp 0,9 Mrd DM gegen etwa 0,1 Mrd DM im ersten Halbjahr 1960 und 1,3 Mrd DM im entsprechenden Zeitraum von 1959. Bezieht man auch die — rückläufigen — kürzerfristigen Termineinlagen ein, so ergibt sich für den Berichtszeitraum nur eine Zunahme um reichlich 1/2 Mrd DM, verglichen mit einer Abnahme um etwa 1/4 Mrd DM im ersten Halbjahr 1960 und einem Anstieg um beinahe 3/4 Mrd DM im gleichen Zeitraum 1959.

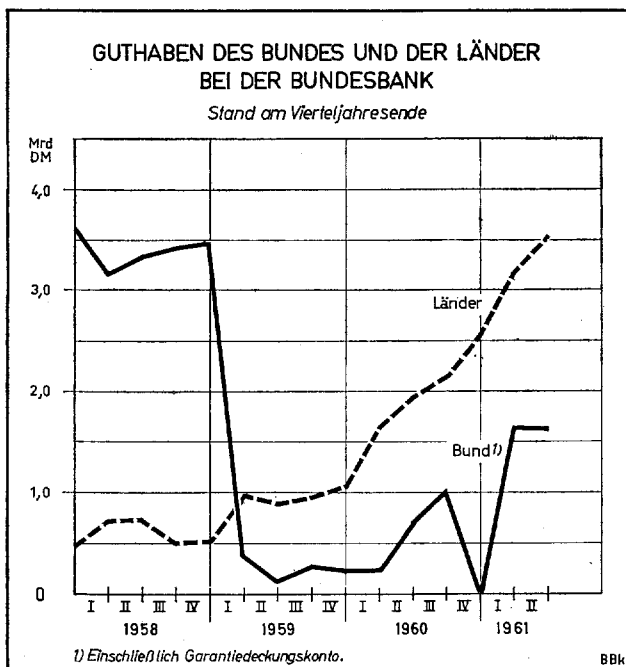
Um so kräftiger haben sich demgegenüber in den letzten Monaten die Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Stellen erhöht, nämlich (unter Einschluß der auf ein Konto des ERP-Sondervermögens übertragenen Mittel aus der Privatisierung des Volkswagenwerkes) um gut 3,8 Mrd DM, was fast dem Zweieinhalbfachen des entsprechenden Vorjahrszuwachses (1,55 Mrd DM) entspricht; im ersten Halbjahr 1959 hatten diese Einlagen infolge der damaligen „Auskehrung des Juliusturms“ umgekehrt um 2,6 Mrd DM abgenommen. Rechnet man den Zentralbankeinlagen öffentlicher Stellen auch die an solche Stellen abgegebenen Mobilisierungstitel zu, so war der Anstieg im laufenden und im vergangenen Jahr, wie die Tabelle zeigt (s. Position V), jeweils noch etwas größer. Dabei haben die im Rahmen der Entwicklungshilfe-Anleihe und der Teilprivatisierung des VW-Werkes aufgetragenen Mittel, die zunächst sämtlich auf Konten des Bundes bei der Bundesbank gesammelt wurden, per Saldo nur noch im Betrage von knapp 1 Mrd DM zur Aufstockung dieser Einlagen beigetragen, da der größere Teil der betreffenden Mittel bis Ende Juni d. J., wie dargelegt, bereits abdisponiert war. Ein sehr großer Teil der heimischen Wirtschaft zugeflossenen Liquidität ist also durch die bedeutende Mittelkonzentration auf den Zentralbankkonten der öffentlichen Hand im laufenden Jahr absorbiert worden, wobei freilich die Frage berechtigt ist, ob die expansiven Faktoren, vor allem also die Kreditaufnahme der Wirtschaft, ohne die permanente Geldstilllegung auf öffentlichen Konten so stark geworden wären. Da ein erheblicher Teil der zu Lasten der Zentralbankguthaben öffentlicher Stellen geleisteten Zahlungen überdies ins Ausland ging, war die Schmälerung des inländischen Geldkreislaufs durch die Kassentransaktionen öffentlicher Stellen noch größer als aus dem bloßen Anstieg der Einlagen bei der Bundesbank ersehen werden kann.

¹⁾ Vgl. dazu den bereits an anderer Stelle erwähnten Sonderaufsatz im Monatsbericht für April 1961, S. 51 ff.

Öffentliche Finanzen

Die zentralen öffentlichen Haushalte

Die zentralen öffentlichen Haushalte — Bund, Länder, Lastenausgleichsfonds — schlossen im zweiten Quartal 1961 wiederum mit Kassenüberschüssen ab, jedoch waren diese zusammengenommen erheblich geringer als im ersten Quartal. Die bei der Bundesbank unterhaltenen Guthaben dieser Stellen sind daher insgesamt in den letzten Monaten weniger stark gewachsen als vordem; immerhin betragen sie Ende Juni nahezu 5,4 Mrd DM gegen reichlich 5,0 Mrd DM Ende März d. J. und knapp 2,7 Mrd DM Ende Dezember 1960. Ende Juli machten sie rd. 5,0 Mrd DM aus, wobei zu berücksichtigen ist, daß in diesem Monat eine Abnahme die Regel bildet, da keiner der genannten Haushalte im Juli einen großen Steuer- bzw. Abgabetermin aufweist. Von dem Gesamtbetrag per 31. Juli entfielen rd. 1,3 Mrd DM auf den Bund (ohne den zweckgebundenen Erlös aus der Reprivatisierung des Volkswagenwerkes) und rd. 3,6 Mrd DM auf die Länder.



Daß die Überschufbildung beim Bund und bei den Ländern in den letzten Monaten schwächer war als im ersten Vierteljahr, hängt ausschließlich mit der Ausgabeentwicklung zusammen. Vor allem beim Bund waren die Ausgaben erheblich höher als im ersten Quartal. Zum Teil erklärt sich das aus der Umstellung des Rechnungsjahres (früher vom 1. April bis zum 31. März) auf das Kalenderjahr. Wie immer im ersten Quartal eines Rechnungsjahres waren in diesem Jahr

die Ausgaben in den Monaten Januar bis März infolgedessen relativ niedrig gewesen, während sich in den darauffolgenden Monaten der im zweiten Quartal des Rechnungsjahres übliche Anstieg ergab. Eine große Rolle spielten ferner — mit Schwergewicht beim Bund — gewisse außergewöhnliche Ausgaben, wie z. B. die Tilgung von Verpflichtungen gegenüber der Bundesbank und die Zahlung von Länderbeiträgen zur Entwicklungshilfe; insgesamt machten diese und ähnliche Ausgaben ungefähr 1 Mrd DM aus. Aber auch die laufenden Ausgaben waren im zweiten Quartal, vor allem wegen der am 1. April d. J. in Kraft getretenen Aufbesserung der Angestellten- und Arbeiterbezüge, höher als im ersten Quartal.

Vom monetären Standpunkt aus verdient allerdings Beachtung, daß ein Teil der Ausgabeerhöhungen weder die innere Einkommens- noch die Liquiditätsentwicklung begünstigte, und insofern haben sich auch die restriktiven Wirkungen, die von der Kassenentwicklung der zentralen Haushalte auf die Einkommens- und Liquiditätsentwicklung ausgingen, nicht in dem Maße vermindert, wie das nach den Ziffern über den Rückgang der gesamten Überschüsse den Anschein haben könnte. Die „inlandswirksamen“ Überschüsse blieben vielmehr wesentlich höher als die gesamten Überschüsse, wengleich sich auch hier ein Wandel angebahnt hat.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern

Maßgebend für die immer noch sehr günstige Entwicklung der öffentlichen Haushalte war nach wie vor der Anstieg der Einnahmen, und zwar insbesondere der Steuereinnahmen von Bund und Ländern. Insgesamt kamen aus den Steuern von Bund und Ländern im zweiten Quartal reichlich 15,9 Mrd DM auf gegen fast 13,5 Mrd DM im zweiten Quartal von 1960. Die Zuwachsrate war mit 18,1 vH zwar bereits etwas niedriger als im ersten Quartal von 1961 (19,8 vH) und im vierten Quartal von 1960 (20,7 vH), aber weit höher als in fast allen übrigen Vierteljahre seit dem Beginn des Konjunkturaufschwungs (Frühjahr 1959). Unter den Einkommensteuern, deren gesamter Ertrag um 27,2 vH über den der entsprechenden Zeit des Vorjahres hinausging (29,6 vH im ersten Quartal), ist namentlich die Entwicklung der Lohnsteuer von Interesse. Hier ist die Zuwachsrate von rd. 41 vH im April auf 28 vH im Mai und 27 vH im Juni zurückgegangen. Im Juni war sie damit niedriger als in jedem anderen Monat seit Anfang 1960. Von Einfluß hierauf dürfte

gewesen sein, daß sich die Zahl der Beschäftigten wegen ihres bereits im ersten Quartal sehr hohen und saisonal kaum beeinträchtigten Standes seit dem April nicht mehr in gleichem Maße steigern ließ wie im Vorjahr. Beim Aufkommen aus der Umsatzsteuer, das im zweiten Quartal um 10,3 vH höher war als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres gegen 12,3 vH im Vorvierteljahr und 14,4 vH im zweiten Quartal von 1960, hat die Expansion ebenfalls nachgelassen. Gleiches gilt für den Gesamtbetrag der Einnahmen aus den Verbrauchsteuern, wenn auch die Entwicklung der einzelnen Abgaben sehr unterschiedlich war.

Vergleicht man das effektive Aufkommen aus den Bundes- und Ländersteuern mit den neuesten offiziellen Schätzungen für 1961 (vom Mai 1961), so zeigt sich, daß von den für das gesamte Jahr veranschlagten Mehreinnahmen in Höhe von 10,1 Mrd DM im ersten Halbjahr bereits genau die Hälfte, nämlich 5,05 Mrd DM, einging. Obwohl es der Saisontendenz entspricht, daß das Steueraufkommen (und damit auch das Mehraufkommen gegenüber dem Vorjahr) in der ersten Hälfte des Jahres niedriger ist als in der zweiten, kann hieraus jedoch nicht ohne weiteres geschlossen werden, daß das Ergebnis für das gesamte Jahr höher sein wird als geschätzt. Aus konjunkturellen Gründen nimmt nämlich die Zuwachsrate der Steuereinnahmen, wie schon erwähnt, seit einiger Zeit ab, und es ist anzunehmen, daß sich dies mit der voraussichtlichen weiteren Abschwächung im Anstieg der Einkommen und Umsätze fortsetzt. Hinzu kommt, daß die kürzlich verabschiedeten Steuergesetze — das Steueränderungsgesetz 1961 und die 11. Novelle zum Umsatzsteuergesetz — schon im laufenden Jahr zu gewissen, wenn auch nur leichten Ausfällen führen werden. Sie sind, wie die nachstehende Tabelle zeigt, sowohl für den Bund als auch für die Länder mit je rd. 340 Mio DM errechnet worden. Soweit sie aus dem Steueränderungsgesetz 1961 resultieren, ist ihnen in der amtlichen Schätzung bereits weitgehend Rechnung getragen worden; dies gilt dagegen nicht für den Ausfall bei der Umsatzsteuer (330 Mio DM). Tritt er tatsächlich in voller Höhe ein, so wird hier die offizielle Schätzung wohl kaum erreicht werden. Immerhin dürfte der Gesamtbetrag der für Bund und Länder geschätzten Mehreinnahmen (wie erwähnt rd. 10 Mrd DM) dadurch nicht nennenswert tangiert werden. Im ganzen fallen freilich die Steuersenkungen, die in erster Linie dem „Mittelstand“ zugute kommen sollen, vom Standpunkt des Aufkommens wenig ins Gewicht. Für das kommende Jahr sind die Ausfälle für Bund und Länder mit rd. 1,2 Mrd DM (ungerechnet die 400 Mio DM, die bei der kommunalen Gewerbesteuer ausfallen)

Steuerausfälle bei Bund und Ländern¹⁾
in Mio DM

	1961			1962		
	Gesamt	Bund	Länder	Gesamt	Bund	Länder
1. Steueränderungsgesetz 1961						
Veranlagte Einkommensteuer	13	4	9	460	157	303
Körperschaftsteuer	10	3	7	25	9	16
Vermögensteuer	323	—	323	407	—	407
gesamt	346	7	339	892	166	726
2. 11. Novelle zum Umsatzsteuergesetz	330	330	—	310	310	—
Insgesamt (1 + 2)	676	337	339	1 202	476	726
<i>Nachrichtlich:</i>	1961			1962		
Steuerausfall der Gemeinden aus der Gewerbesteuer	100			400		

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — ¹⁾ Nettoausfälle (nach Saldierung mit den aus den Steuerrechtsänderungen zu erwartenden Mehreinnahmen).

allerdings wesentlich höher veranschlagt als für 1961, doch werden sie damit nur einen relativ kleinen Bruchteil des bei sonst gleichen Steuersätzen für 1962 zu erwartenden Gesamtaufkommens ausmachen.

Der Bundeshaushalt

Die oben geschilderte starke Veränderung in der Kassenentwicklung der zentralen Haushalte beschränkte sich weitgehend auf den Bundeshaushalt, der im ersten Vierteljahr einen Überschuß von 1,63 Mrd DM aufgewiesen hatte und im zweiten Vierteljahr mit einem Defizit von 332 Mio DM abschloß. Die Verschlechterung wurde bei praktisch unveränderten Kasseneinnahmen durch den sehr starken Anstieg der Ausgaben verursacht. Diese erreichten im zweiten Quartal einen Betrag von rd. 10,8 Mrd DM und waren damit um etwa 2 Mrd DM höher als im Vorvierteljahr und um etwa 1,6 Mrd DM höher als im zweiten Vierteljahr von 1960. Dabei ist zu berücksichtigen, daß beide Vergleichsvierteljahre das erste Quartal eines Rechnungsjahres waren, in dem die Ausgaben, wie erwähnt, gewöhnlich relativ niedrig sind. Bezieht man, um die durch den Rhythmus des Rechnungsjahres bedingten Schwankungen möglichst weitgehend auszuschalten, den Vergleich auf das zweite Rechnungsquartal 1960 (Juli bis September), so zeigt sich, daß der Abstand mit rd. 1 Mrd DM erheblich geringer war. Er erklärt sich fast vollständig dadurch, daß der Bund einige größere Zahlungen einmaliger bzw. nicht regelmäßiger

in gleicher Höhe wiederkehrender Art leistete. In erster Linie ist hier ein Betrag von 503 Mio DM zu nennen, mit dem der Bund einen Teil der Verpflichtungen gegenüber der Bundesbank abdeckte, die im Zusammenhang mit den durch die Bank im April und Mai d. J. erworbenen Auslandsforderungen aus der Nachkriegswirtschaftshilfe stehen¹⁾. Nach der hierbei zwischen dem Bund und der Bank getroffenen Vereinbarung war vorgesehen, daß der Bund die von der Bundesbank von den drei „Nachkriegswirtschaftshilfe-Gläubigern“ — Vereinigte Staaten, England, Frankreich — übernommenen Forderungen in Höhe von insgesamt reichlich 3 Mrd DM in sechs Jahresraten von 1963 bis 1968 tilgen sollte, sofern die Finanzlage des Bundes keine vorzeitige Tilgung ermögliche. Auf Grund seiner günstigen Kassenlage hat sich der Bund veranlaßt gesehen, die für 1963 in Aussicht genommene Tilgungsrate schon jetzt zu entrichten. Die Zahlung

¹⁾ Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1961, S. 51 ff.

erfolgte am 23. Juni. Weitere 80 Mio DM wurden vom Bund außerplanmäßig für die Finanzierung der Vorratshaltung in Berlin (West) aufgewendet, und schließlich waren — auf Grund von DM-Ziehungen anderer Länder — die Zahlungen an den Internationalen Währungsfonds, für deren Finanzierung der Bund auf die hierfür vorgesehene Kreditlinie bei der Bundesbank zurückgreifen konnte, im zweiten Quartal mit insgesamt 363 Mio DM relativ hoch; in den beiden vorangegangenen Vierteljahren hatten sie nur 47 bzw. 182 Mio DM betragen. Von diesen außergewöhnlichen Aufwendungen abgesehen, hielten sich die Kassenausgaben des Bundes ungefähr auf dem Stand des zweiten Rechnungsvierteljahres 1960. Wie schon eingangs angedeutet, handelt es sich bei den Sonderzahlungen zum großen Teil um Ausgaben, die — ebenso wie die in den normalen Ausgaben enthaltenen laufenden Auslandszahlungen — den „inneren“ Kreislauf nicht oder doch nicht unmittelbar berühren. Die „inlandswirksamen“

Zur kassenmäßigen Entwicklung des Bundeshaushalts *)
in Mio DM

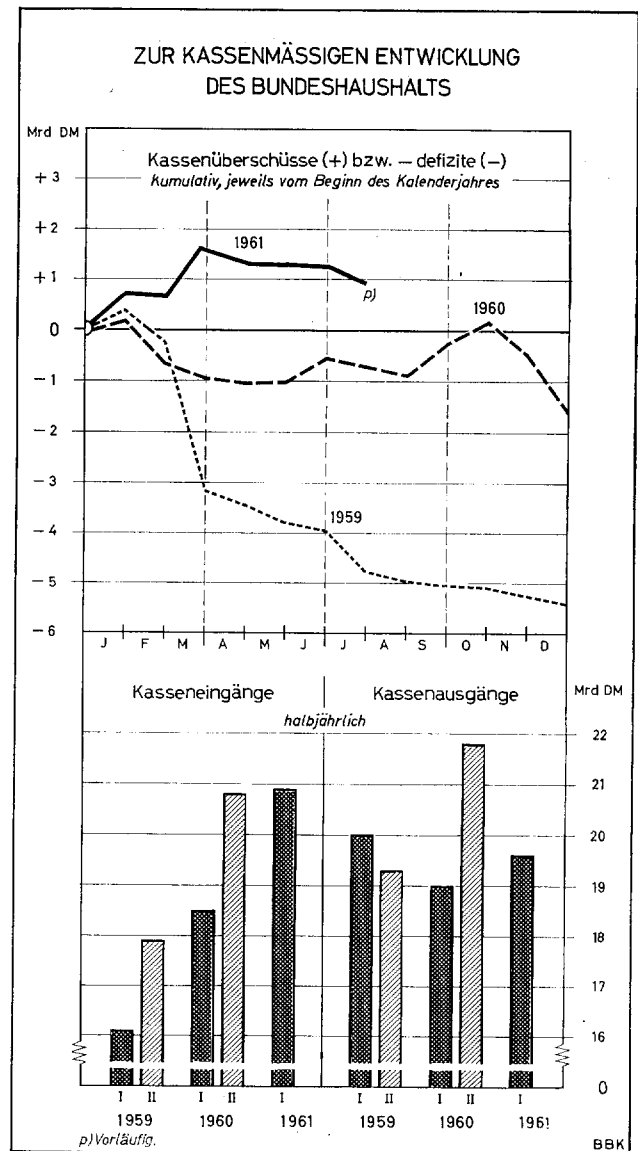
	1960				1961				
	Jan./März	April/Juni	Juli/Sept.	Okt./Dez.	Jan./März	April/Juni	April	Mai	Juni
I. Kassentransaktionen									
1) Eingänge	8 931	9 558	10 021	10 782	10 426	10 440	3 203	3 199	4 038
2) Ausgänge	9 896	9 117	9 722	12 093	8 793	10 772	3 480	3 223	4 069
3) Überschuß (+) bzw. Defizit (—)	— 965	+ 441	+ 299	— 1 311	+ 1 633	— 332	— 277	— 24	— 31
II. Finanzierung									
1) Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) der Kassenmittel	+ 18	+ 449	+ 323	— 995	+ 1 598	+ 60	+ 58	+ 125	— 123
a) bei der Bundesbank	+ 18	+ 449	+ 323	— 995	+ 1 598	— 2	— 4	+ 125	— 123
b) sonstige	—	—	—	—	—	+ 62	+ 62	—	—
2) Aufnahme (—) bzw. Tilgung (+) von Krediten	— 952	+ 2	— 14	— 253	+ 36	— 367	— 305	— 120	+ 58
a) Sonderkredite der Bundesbank für Einzahlungen an internationale Einrichtungen	— 37	— 89	— 4	— 47	— 182 ²⁾	— 363	— 243	— 120	—
b) Sonstige Kredite, gesamt	— 915	+ 91	— 10	— 206	+ 218	— 4	— 62	—	+ 58
(1) Kassenkredite der Bundesbank und des Lastenausgleichsfonds	+ 66	+ 179	—	— 78	+ 78	—	—	—	—
(2) Geldmarktpapiere	— 482	— 57	+ 14	— 60	+ 140	+ 57	—	—	+ 57
(3) Anleihen und Kassenobligationen	— 499	— 31	— 24	— 68	— ⁴⁾	+ ¹⁴⁾	— ⁴⁾	— ⁴⁾	+ ¹⁴⁾
(4) Bankkredite	—	—	—	—	—	— 62	— 62	—	—
3) Einnahmen aus Münzgutschriften (—)	— 23	— 15	— 17	— 38	— 24	— 18	— 7	— 7	— 4
4) Saldo der Verrechnungen mit dem Lastenausgleichsfonds ¹⁾	— 8	+ 5	+ 7	— 25	+ 23	— 7	— 23	— 22	+ 38
Summe 1 bis 4	— 965	+ 441	+ 299	— 1 311	+ 1 633	— 332	— 277	— 24	— 31
III. Nachrichtlich:									
1) Einnahmen aus dem inneren Kreislauf	8 909	9 499	9 987	10 718	10 414	10 416	3 195	3 196	4 025
2) Ausgaben an inländische Empfänger ²⁾	8 370	8 141	8 970	10 809	7 947	9 186	2 964	2 875	3 347
3) Überschuß (+) bzw. Defizit (—)	+ 539	+ 1 358	+ 1 017	— 91	+ 2 467	+ 1 230	+ 231	+ 321	+ 678

¹⁾ Bei den in dieser Tabelle nachgewiesenen Kassentransaktionen handelt es sich um die Ein- und Auszahlungen auf bzw. von den bei der Deutschen Bundesbank unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Sondervermögen). Von den Ergebnissen der amtlichen Finanzstatistik weichen die Kasseneingänge bzw. -ausgänge vor allem deshalb ab, weil sie nicht im Zeitpunkt ihrer haushaltsmäßigen Verbuchung, sondern im Zeitpunkt des effektiven Ein- und Ausgangs erfaßt werden und weil aus den Eingängen die Schuldaufnahmen bzw. aus den Ausgängen die Aufwendungen für Schuldentilgung (einschließlich des Rückkaufs von Schuldverschreibungen) ausgeschaltet werden. — ²⁾ Aus der Weiterleitung der auf dem Konto der Bundeshauptkasse eingehenden Lastenausgleichsabgaben. — ³⁾ Gesamte Ausgaben abzüglich Auslandszahlungen und abzüglich der an die NATO-Mächte überwiesenen, jedoch im gleichen Zeitraum nicht verausgabten Mittel und abzüglich sonstiger nicht in den inneren Kreislauf zurückgeflossener Mittel. — ⁴⁾ Ohne Berücksichtigung der durch die Neubewertung auf Grund der DM-Aufwertung bedingten Abnahme (73 Mio DM). — ⁵⁾ Ohne Entwicklungshilfe-Anleihe.

Kassenausgaben blieben infolgedessen in den Monaten April bis Juni um etwa 1,2 Mrd DM hinter den Kasseneinnahmen aus dem Inland zurück. Dieser Betrag ist zwar nur halb so hoch wie im Vorvierteljahr, aber um etwa 750 Mio DM höher als im Durchschnitt des dritten und vierten Quartals 1960.

Das erste Halbjahr des laufenden Rechnungsjahres (1961) schloß — trotz der insgesamt rd. 330 Mio DM betragenden Defizite in den Monaten April, Mai und Juni — mit einem Kassenüberschuß des Bundeshaushalts in Höhe von rd. 1,3 Mrd DM ab. Im Juli ist dieser Betrag, dem üblichen Rhythmus von Einnahmen und Ausgaben entsprechend, zwar um rd. 340 Mio DM herabgedrückt worden, aber gleichwohl war das Ergebnis bisher noch sehr befriedigend, besonders wenn man die erwähnten Sonderzahlungen in Rechnung stellt. Der Grund hierfür liegt darin, daß die Bundeseinnahmen sich bis in die jüngste Zeit hinein wesentlich günstiger entwickelt haben als bei der Festsetzung der Etatansätze (Februar d. J.) angenommen wurde.

Für den Rest des Rechnungsjahres ist nun freilich mit einer wesentlichen Verschlechterung im Verhältnis der Kasseneinnahmen zu den Kassenausgaben des Bundes zu rechnen. Auf der Ausgabeseite werden sich neue Belastungen aus einigen am Ende der Legislaturperiode verabschiedeten Gesetzen ergeben. In erster Linie ist hier das „Kindergeldkassengesetz“ zu nennen, auf Grund dessen mit Wirkung vom 1. April d. J. nunmehr auch für das zweite Kind ein Kindergeld gewährt wird, sofern das Familieneinkommen 600 DM nicht übersteigt. Die Kosten für dieses Gesetz sind ausschließlich vom Bund zu tragen; sie werden auf gut 50 Mio DM pro Monat geschätzt. Es ist in Aussicht genommen, die auf die Monate April bis Oktober d. J. entfallenden Zahlungen auf einmal zu leisten, und zwar soll mit der Auszahlung im Laufe des August begonnen werden. Die hierfür bereitzustellenden Mittel werden rd. 350 Mio DM ausmachen. Weitere Belastungen werden sich ab Oktober aus der Reform der Beamtenetze ergeben, durch die in erster Linie die Altersversorgung der unteren Beamtengruppen verbessert wird; für den Rest des Jahres sind die Mehrausgaben mit rd. 125 Mio DM veranschlagt worden. Es kommt hinzu, daß sich die Ausgaben generell in der zweiten Hälfte des Rechnungsjahres erhöhen, und zwar — wegen der meist beträchtlichen Jahresabschlußzahlungen — vor allem in den beiden letzten Monaten des Jahres. Auf der Einnahmeseite werden sich in den kommenden Monaten die Ausfälle insbesondere aus der unlängst verabschiedeten 11. Novelle zum Umsatzsteuergesetz bemerkbar machen. Die durch dieses Gesetz gewährten Erleichterungen gelten zum überwiegenden Teil bereits mit Wirkung vom 1. Januar d. J.; die hieraus bis zum Ende



d. J. erwarteten Ausfälle sind mit 330 Mio DM veranschlagt worden. Außerdem dürfte, wie schon eingangs angedeutet, das Wachstum der Steuereinnahmen auch konjunkturell nachlassen.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß auf Grund der geschilderten Faktoren der Kassenbestand des Bundes (rd. 1,3 Mrd DM am 31. Juli) bis zum Ende des Rechnungsjahres erheblich sinken wird, und zwar besonders im letzten Quartal d. J. Mit einer Kreditaufnahme, die im Haushaltplan mit rd. 1 1/4 Mrd DM (netto) veranschlagt wurde, ist jedoch nicht zu rechnen. Der Bund wird vielmehr in der Lage sein, die hauptsächlich im Rechnungsjahr 1959/60 eingegangene Geldmarktverschuldung weiter abzubauen. Ende Juni d. J. stellte sie sich auf 684 Mio DM gegen rd. 880 Mio DM Ende Dezember v. J. Im Verlauf des Juli sind weitere 75 Mio DM an zweijährigen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Rückgliederung des Saarlandes begebenen unverzinslichen Schatzanweisungen planmäßig getilgt

worden, und bis zum Ende des Jahres werden Geldmarktschulden im Betrage von rd. 190 Mio DM fällig, die voraussichtlich ebenfalls bei Einlösung nicht erneuert werden.

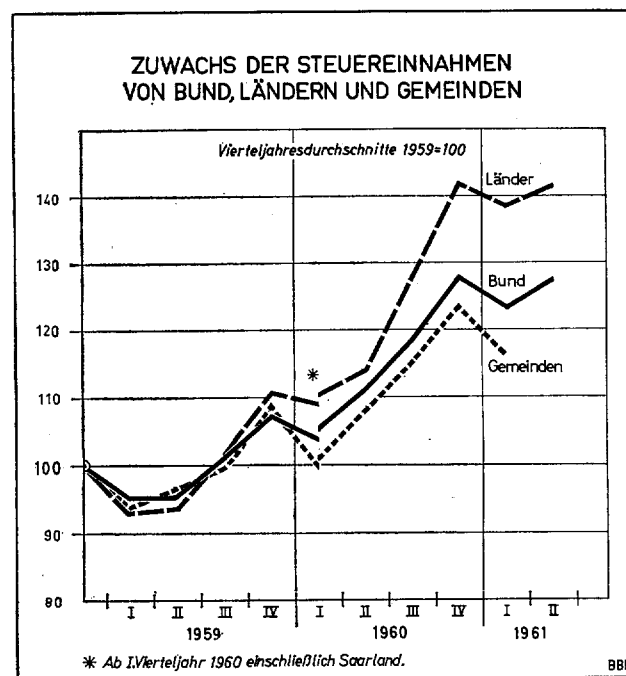
Was die Reduzierung der Kassenmittel anlangt, so ist unter monetären Gesichtspunkten bemerkenswert, daß die zum Einsatz gelangenden Mittel aller Voraussicht nach nicht in den „inneren“ Geldkreislauf fließen werden. Die Inlandseinnahmen dürften in der Zeit bis Ende Dezember, im ganzen gesehen, eher höher bleiben als die Inlandsausgaben. Immerhin werden die „inneren“ Überschüsse erheblich geringer sein als in der ersten Hälfte d. J., in der sie sich auf nahezu 3,7 Mrd DM stellten. Die restriktiven Einflüsse, die bisher von der Entwicklung des Bundeshaushalts — ebenso wie von der der Länderhaushalte — auf die Einkommens- und Liquiditätsentwicklung ausgingen, werden also, wie schon eingangs angedeutet, in den nächsten Monaten beträchtlich nachlassen.

Die Länderhaushalte

Die kassenmäßige Entwicklung der Länderhaushalte war im zweiten Quartal ebenfalls nicht so günstig wie im ersten, jedoch haben die Länder — anders als der Bund — auch im zweiten Quartal Kassenüberschüsse aufgewiesen, die im ganzen genommen in der Größenordnung von 500 Mio DM gelegen haben dürften. In der ersten Hälfte des Rechnungsjahres dürften sich damit Überschüsse im Gesamtbetrag von 1,2 Mrd DM gegen rd. 0,9 Mrd DM im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres ergeben haben. Hinter den stark gestiegenen Steuereinnahmen — die Mehreinnahmen gegenüber 1960 betragen im ersten Quartal 1,16 Mrd DM, im zweiten 1,14 Mrd DM, insgesamt also 2,3 Mrd DM — bleibt diese Zunahme allerdings weit zurück. Wahrscheinlich war also die Expansion der Länderausgaben insbesondere im zweiten Quartal sehr stark, wenn auch genaue Angaben einstweilen noch nicht vorliegen. Sicher ist, daß die persönlichen Ausgaben infolge der am 1. Januar in Kraft getretenen 8%igen Erhöhung der Beamtengehälter und Pensionen sowie der noch etwas stärkeren Aufbesserung der Angestellten- und Arbeiterbezüge ab 1. April beträchtlich gestiegen sind. Rein rechnerisch ergibt sich hieraus für das erste Halbjahr eine Mehrbelastung um 370 Mio DM; tatsächlich dürfte das Wachstum jedoch infolge von Stellenanhebungen und -vermehrungen größer gewesen sein. Außerdem kann eine starke Zunahme der Zahlungen an die Gemeinden unterstellt werden, zumal sich diese, soweit es sich um die Beteiligung der Gemeinden am Einkommensteuerertrag und zum Teil auch am Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer handelt, mit den Ein-

nahmen aus diesen Steuern automatisch erhöhen. Hinzu kommt, daß einzelne Länder mit dem Beginn des laufenden Rechnungsjahres auch die Finanzausgleichsregelungen verbessert haben und daß Ende Juni die ersten Teilbeträge (insgesamt 130 Mio DM) der von den Ländern zugesagten Beteiligung an der Entwicklungshilfe in Höhe von insgesamt 500 Mio DM an die Kreditanstalt für Wiederaufbau überwiesen wurden. Alles in allem ist aber die erkennbare Expansion bei den laufenden und den einmaligen Ausgaben im bisherigen Verlauf des Jahres hinter den erzielten Mehreinnahmen weiter beträchtlich zurückgeblieben, so daß sich die starke Zunahme der Gesamtausgaben der Länder nicht zuletzt aus der Steigerung ihrer Investitionsausgaben erklären dürfte. Zum Teil dürfte dies mit der — bereits beim Bund erwähnten — Verschiebung im Ausgaberrhythmus infolge der Umstellung des Rechnungsjahres zusammenhängen. Von Bedeutung war ferner, daß einige Länder die für die private Investitionsfinanzierung (namentlich für den Wohnungsbau) vorgesehenen Haushaltsmittel zum Teil vorzeitig an die in diese Programme eingeschalteten Kreditinstitute und Anstalten weitergeleitet haben.

Die bei der Bundesbank unterhaltenen Guthaben der Länder sind im zweiten Quartal nur um gut 360 Mio DM gewachsen, nachdem sie im ersten Quartal um etwa 620 Mio DM gestiegen waren. Ende Juni stellten sie sich damit auf insgesamt 3,55 Mrd DM gegen 1,96 Mrd DM bzw. 0,90 Mrd DM am gleichen Tag des Jahres 1960 bzw. 1959. Die Verschuldung der Länder ist im zweiten Quartal um etwa 130 Mio DM ab-



gebaut worden, nachdem sie im ersten Quartal, in dem das Land Hamburg eine Anleihe begeben hatte, leicht gestiegen war. Daß sie im ganzen trotz der hohen Kassenbestände nicht rascher sinkt, liegt, abgesehen von der unterschiedlichen Verteilung der Schulden einerseits und der Guthaben andererseits, daran, daß sie weitgehend aus längerfristigen Verpflichtungen — Anleihen, Schuldscheindarlehen, Bankkrediten — besteht, von denen in letzter Zeit nur kleine Beträge fällig wurden. Die Geldmarktverschuldung in Form von unverzinslichen Schatzanweisungen und Steuergutscheinen geht dagegen stärker zurück; sie belief sich Ende Juni d. J. nur noch auf rd. 230 Mio DM gegen rd. 340 Mio DM zur gleichen Zeit des Vorjahres. Von der gesamten Kreditmarktverschuldung der Länder in Höhe von $4\frac{1}{4}$ Mrd DM waren dies nur etwa 5 vH.

Lastenausgleichsfonds

Der Lastenausgleichsfonds schloß im zweiten Quartal mit einem geringen Kassendefizit ab (17 Mio DM), das aus den Kassenreserven finanziert wurde. Da auch in den Monaten Januar bis März nur ein verhältnismäßig kleiner Fehlbetrag entstanden war, hat sich in der ersten Hälfte des laufenden Haushaltsjahres — für das insgesamt ein Kassendefizit von rd. 360 Mio DM veranschlagt wurde — der Betrag der nicht aus ordentlichen Einnahmen finanzierten Ausgaben mit 44 Mio DM in relativ engen Grenzen gehalten. Dabei waren die Einnahmen des Fonds niedriger als im vergangenen Jahr, weil insbesondere das Aufkommen aus den Lastenausgleichsabgaben — seinem längerfristigen Trend entsprechend — weiter abnahm; in den beiden ersten Quartalen von 1961 betrug es jeweils rd. 500 Mio DM gegen rd. 540 bzw. 520 Mio DM im ersten und zweiten Quartal von 1960. Der Einnahmerückgang beschränkte sich allerdings nicht nur auf die laufenden Abgaben, deren Ertrag durch die vorzeitigen Ablösungen und das allmähliche Auslaufen der Hypothekengewinnabgabe fortlaufend geschmälert wird, sondern es ließen auch die vorzeitigen Ablösungen nach, obwohl der Abstand zwischen dem Abzinsungssatz (8 %) und dem Marktzins im Vergleich zum Vorjahr etwas größer geworden ist. Die Zuschüsse des Bundes und der Länder haben ebenfalls nicht ganz den Betrag des Vorjahres erreicht, da der Bund im Dezember v. J. eine Vorauszahlung von 100 Mio DM geleistet hatte, die in den ersten fünf Monaten mit den laufenden Zuschußverpflichtungen verrechnet wurde.

Die Ausgaben des Fonds bewegten sich gleichfalls auf einem niedrigeren Niveau als im Jahre 1960. Sie erreichten im zweiten Quartal einen Betrag von rd. 900 Mio DM und blieben damit um etwa 60 Mio DM hinter

ihrem Vorjahrsstand zurück. Im Vergleich zum ersten Quartal waren sie praktisch unverändert, obwohl im Juni eine Halbjahreszahlung für die Altsparementschädigung in Höhe von 75 Mio DM fällig war. Bremsend wirkten vor allem der starke Rückgang der Hausratenschädigung sowie die allmähliche Verringerung der Eingliederungshilfen; durch sie wurden die wachsenden Ausschüttungen für die Hauptentschädigung bisher überkompensiert. Im weiteren Verlauf des Jahres ist allerdings auf Grund der Haushaltsansätze und des üblichen Ausgaberrhythmus wieder mit einem Anstieg der Auszahlungen zu rechnen, so daß bei den weitgehend konstanten Einnahmen voraussichtlich auch die Kassendefizite zunehmen werden. Zu ihrer Finanzierung stehen fürs erste noch Kassenmittel zur Verfügung. Diese beliefen sich Ende Juni auf 200 Mio DM gegen 80 Mio DM Ende Dezember v. J. Die Zunahme ist darauf zurückzuführen, daß die Kreditaufnahme des Fonds im bisherigen Verlauf des Jahres — in erster Linie ist hier die im März d. J. begebene Anleihe im Betrag von 150 Mio DM zu nennen — höher war als der gleichzeitige Bedarf an zusätzlichen Finanzierungsmitteln.

Sonstige öffentliche Haushalte

Die Gemeindehaushalte

Das Wachstum der kommunalen Steuereinnahmen hat sich seit dem Beginn des Rechnungsjahres wesentlich verstärkt, nachdem es im Vorjahr relativ schwach gewesen und damit hinter der Zunahme der sonstigen Steuereinnahmen stark zurückgeblieben war. Im ersten Quartal sind aus den Gemeindesteuern (ohne Stadtstaaten) rd. 2,22 Mrd DM aufgekommen, d. s. rd. 310 Mio DM oder 16,1 vH mehr als im gleichen Zeitabschnitt des Jahres 1960. Die Zuwachsrate war damit etwa ebenso hoch wie die der Steuereinnahmen des Bundes, wenn auch immer noch wesentlich niedriger als die der Ländersteuern. Im zweiten Quartal (für das Angaben noch nicht vorliegen) dürfte der Anstieg, wenn man von der Entwicklung des Ertrags der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer auf den der Gewerbesteuer schließt, ebenfalls beträchtlich gewesen sein. Gleichzeitig waren, wie schon erwähnt, die Finanzzuweisungen der Länder an die Gemeinden höher als vordem, so daß sich die Einnahmesituation der Gemeinden wesentlich verbessert haben dürfte. Auf längere Sicht sind freilich die Perspektiven der Gemeindeeinnahmen weniger günstig, da die im Rahmen des Steueränderungsgesetzes 1961 beschlossene Senkung der Gewerbesteuer zu Ausfällen, und zwar namentlich in den schon bisher relativ „steuerschwachen“ kleineren Gemeinden, führen wird — rd. 100 Mio DM im laufenden und rd. 400 Mio DM im

Zur Entwicklung der öffentlichen Verschuldung *)
in Mio DM

	Stand am Monatsende								
	1959			1960				1961	
	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni ¹⁰⁾
I. Kreditnehmer									
1) Öffentliche Haushalte i. e. S., gesamt	15 414	17 000	17 707	19 149	19 417	19 680	20 438	21 634	22 452
a) Bund									
(1) Für den Gesamthaushalt	536	1 253	1 512	2 427	2 337	2 346	2 553	2 335	2 339
(2) Sonderkredite für Einzahlungen an internationale Einrichtungen ¹⁾	662	1 175	1 211	1 248	1 336	1 340	1 387	1 495 ¹¹⁾	1 858
(3) Entwicklungshilfe-Anleihe	—	—	—	—	—	—	—	858	1 168
b) Lastenausgleichsfonds	1 202	1 296	1 313	1 357	1 353	1 403	1 490	1 638	1 640
c) Länder	4 614	4 576	4 521	4 467	4 441	4 371	4 348	4 378	4 247
d) Gemeinden	8 400	8 700	9 150	9 650 ²⁾	9 950	10 220	10 660	10 930	11 200
2) Bundesbahn und Bundespost, gesamt	8 227	8 326	8 745	8 984	9 289	9 528	9 878	10 571	10 952
a) Bundesbahn	4 465	4 506	4 767	4 831	5 085 ¹⁰⁾	5 185	5 292	5 777	5 916
b) Bundespost	3 762	3 820	3 978	4 153	4 204	4 343	4 586	4 794	5 036
Gesamt (1 + 2)	23 641	25 326	26 452	28 133	28 706	29 208	30 316	32 205	33 404
II. Schuldarten									
1) Buchkredite der Bundesbank									
a) im Rahmen der allgemeinen Kreditplafonds in Anspruch genommen	552	61	245	149	—	—	78	—	—
b) Sonderkredite an den Bund ⁴⁾	662	1 175	1 211	1 248	1 336	1 340	1 387	1 495 ¹¹⁾	1 858
2) Direktausleihungen der Kreditinstitute ⁵⁾	11 803	12 824	13 370	14 028	14 524	14 720	15 169	15 829	16 250
3) Geldmarktpapiere ⁶⁾	2 013	2 248	2 144	2 512	2 606	2 377	2 388	2 082	2 062
4) Kassenobligationen	445	698	1 002	1 005	1 037	1 068	1 305	1 327	1 327
5) Anleihen ⁴⁾	4 977	5 031	5 242	5 747	5 686	6 002	6 153	7 439	7 751
darunter: Entwicklungshilfe-Anleihe	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)	(858)	(1 168)
6) Alle übrigen Schulden ⁶⁾	3 189	3 289	3 238	3 444	3 517	3 701	3 836	4 033	4 156
darunter: Kassenhilfe des Lastenausgleichsfonds an den Bund	(—)	(110)	(—)	(30)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
Gesamt (1 bis 6)	23 641	25 326	26 452	28 133	28 706	29 208	30 316	32 205	33 404
III. Unterbringung									
1) Bundesbank ⁶⁾	1 410	1 366	1 536	1 452	1 377	1 355	1 601	1 525	1 877
2) Kreditinstitute, gesamt	16 813	18 395	18 881	19 808	20 058	19 940	19 987	20 602	21 091
a) Direktausleihungen ⁵⁾	11 803	12 824	13 370	14 028	14 524	14 720	15 169	15 829	16 250
b) Bestand an Geldmarkttiteln	1 495	1 840	1 548	1 815	1 794	1 607	1 495	1 319	1 341
c) Bestand an Kassenobligationen ⁷⁾	402	621	936	884	787	724	611	563	600
d) Bestand an Anleihen und verzinslichen Schatzanweisungen ⁷⁾	3 113	3 110	3 027	3 081	2 953	2 889	2 712	2 891	2 900
3) Nichtbanken ⁸⁾	5 418	5 565	6 035	6 873	7 271	7 913	8 728	10 078	10 436
Gesamt (1 bis 3)	23 641	25 326	26 452	28 133	28 706	29 208	30 316	32 205	33 404

*) Die Angaben beziehen sich auf die inländische Neuverschuldung seit der Währungsreform und lassen die gegenseitige Verschuldung der genannten Stellen, mit Ausnahme der Kassenhilfe des Ausgleichsfonds an den Bund (vgl. Anmerkung¹⁾), außer Betracht. — ¹⁾ Internationaler Währungsfonds, Weltbank und Europäischer Fonds. — ²⁾ Ohne Ausleihungen der Lastenausgleichsbank an den Lastenausgleichsfonds aus der Weiterleitung von 7½-Darlehen und des Erlöses der von der Bank begebenen Anleihen und Kassenobligationen (in Pos. II, 6 bzw. 4 und 5 enthalten), ferner ohne die aus öffentlichen Mitteln gewährten Darlehen an die Gemeinden (Betrag geschätzt); hieraus sowie aus der Ausschaltung der an sonstige inländische und ausländische öffentliche Stellen gewährten Kredite erklären sich die Abweichungen von den Angaben der Tab. III A 1 des Statistischen Teils. — ³⁾ Schatzwechsel, unverzinsliche Schatzanweisungen, Steuergutscheine und Warenwechsel der Bundesbahn; ohne aus der Umwandlung von Ausgleichsforderungen stammende Titel. — ⁴⁾ Einschl. verzinsl. Schatzanweisungen, abzüglich der Anleihestücke im eigenen Bestand der Emittenten. — ⁵⁾ Hauptsächlich Darlehen von privaten Kapitalsammelstellen. — ⁶⁾ Buchkredite und Bestand der Bundesbank an Geldmarktpapieren und Anleihen sowie Kassenhilfen des Lastenausgleichsfonds an den Bund, die aus bei der Bundesbank unterhaltenen Guthaben des Fonds gewährt wurden (und beim Fonds noch zu den Kassenmitteln gezählt werden). — ⁷⁾ Einschließlich der Bestände an Anleihen und Kassenobligationen der Lastenausgleichsbank (Beträge geschätzt); hieraus erklären sich die Abweichungen von den Angaben der Tab. III A 2 des Statistischen Teils. — ⁸⁾ Öffentliche und private Stellen sowie Ausland (als Differenz ermittelt). — ⁹⁾ Darunter 120 Mio DM durch Einbeziehung des Saarlandes. — ¹⁰⁾ Ab Juni 1960 einschl. Saarland. — ¹¹⁾ Nach Berücksichtigung der durch die DM-Aufwertung bedingten Abnahme um 73 Mio DM. — ¹²⁾ Zum Teil geschätzt.

kommenden Jahr — und noch nicht feststeht, in welchem Umfang die Länder diesen Ausfall kompensieren werden.

Ebenso wie die Einnahmen sind die Ausgaben der Gemeinden seit Jahresbeginn wieder stärker im Anstieg begriffen. Die Mehrbelastung aus den am 1. Januar bzw. 1. April d. J. in Kraft getretenen Erhöhungen der Dienst- und Versorgungsbezüge ist — auf ein Jahr gerechnet — mit nahezu 700 Mio DM zu veranschlagen; im ersten Halbjahr stellte sie sich bereits auf über 200 Mio DM. Auch die Investitionsausgaben (die weitgehend auf eigene Bauten entfallen) nehmen tendenziell vorläufig noch zu. Im ersten Quartal von 1961 waren sie mit 1¹/₄ Mrd DM zwar um 460 Mio DM niedriger als im Vorvierteljahr und nur um 70 Mio DM höher als im ersten Quartal von 1960, doch dürfte dies hauptsächlich mit buchungstechnischen Einflüssen infolge der Vorverlegung des Jahresabschlusses auf den 31. Dezember (anstelle des 31. März) zusammenhängen. Faßt man jeweils das vierte mit dem ersten Vierteljahr des folgenden Jahres zusammen, so ergibt sich von 1959/60 auf 1960/61 eine Steigerung um rd. 300 Mio DM oder gut 10 vH. Angaben über die Entwicklung im zweiten Quartal stehen noch nicht zur Verfügung, doch dürfte es hier, ebenso wie bei den Ländern, eher zu einer weiteren Verstärkung der Aufwendungen gekommen sein. Finanzielle Schranken für eine Ausdehnung der kommunalen Investitionen haben jedenfalls in den vergangenen Monaten im allgemeinen nicht bestanden, da die Gemeinden, abgesehen von den unvermindert hohen Überschüssen in ihrer laufenden Rechnung, weiter auf fremde Mittel zurückgreifen konnten. Wie die vorstehende Tabelle zeigt, ist die Verschuldung im zweiten Quartal — ebenso wie schon im ersten — zwar nicht mehr so stark gewachsen wie in den Vorvierteljahren, jedoch verfügten die Gemeinden vielfach noch über einen großen Bestand an liquiden bzw. leicht liquidierbaren Reserven, der zu einem erheblichen Teil aus früheren Kreditaufnahmen stammte. Neben bewußt vorzeitigen Kreditaufnahmen mögen Verzögerungen bei der Ausführung von Investitionsprojekten für die Entstehung dieser Reserven eine große Rolle gespielt haben.

Rentenversicherungen und Arbeitslosenversicherung

Die Finanzentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherungen und der Arbeitslosenversicherung stand in den letzten Monaten weiterhin unter dem Einfluß stark wachsender Beitragseinnahmen; bei erheblich schwächerer Expansion der Ausgaben sind die Überschüsse dementsprechend gestiegen. Während dies im Bereich

der Rentenversicherungen den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, ja die Vermögensanreicherung auf Grund der bestehenden Deckungsvorschriften eher noch als zu gering gelten muß, wenn man davon ausgeht, daß die Rentner an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben sollen, hat das Vermögen der Arbeitslosenversicherung inzwischen einen Stand erreicht, der nach Ansicht der gesetzgebenden Körperschaften im Hinblick auf die Aufgaben dieses Versicherungszweiges eine weitere Steigerung nicht angezeigt erscheinen läßt. Die Bundesregierung wird daher von der ihr erteilten Ermächtigung, die Beitragserhebung zeitweise auszusetzen, für die Zeit vom August d. J. bis Januar n. J. Gebrauch machen, so daß sich die Reserven der Arbeitslosenversicherung zunächst etwas verringern werden.

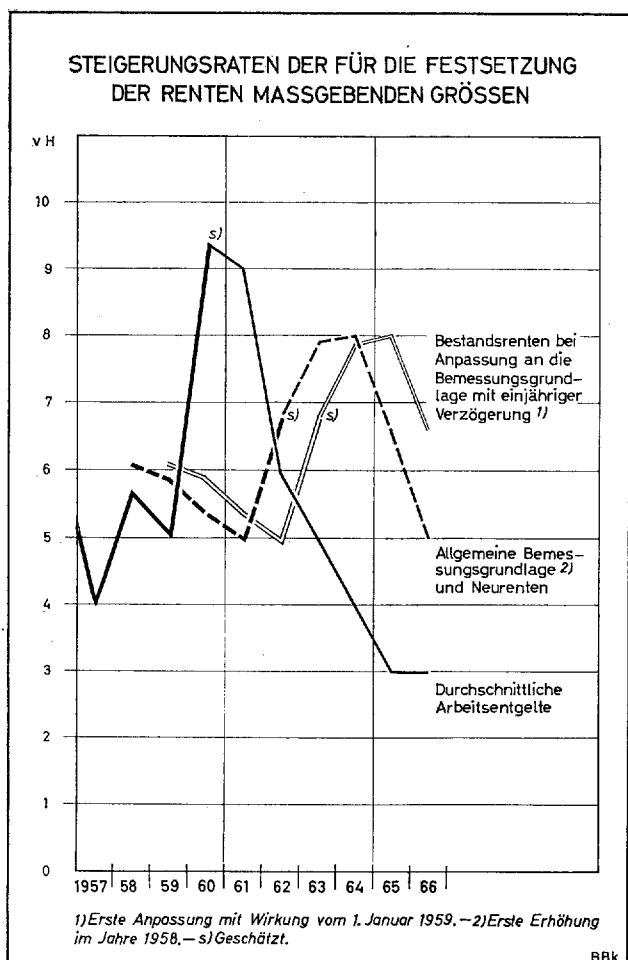
Die Beitragseinnahmen der gesetzlichen *Rentenversicherungen* stiegen im zweiten Quartal auf rd. 3,65 Mrd DM (ohne knappschaftliche Rentenversicherung) und übertrafen damit ihren vergleichbaren Vorjahrsstand um 480 Mio DM oder 15 vH. Die Rentenzahlungen der Versicherungsträger haben sich ebenfalls beträchtlich erhöht, doch war ihr Anstieg mit 290 Mio DM oder 8 vH bei weitem nicht so stark wie beim Beitragsaufkommen. Die Überschüsse der Rentenversicherungen waren daher im zweiten Vierteljahr mit schätzungsweise 350 Mio DM erheblich höher als vor einem Jahr (rd. 200 Mio DM). Für die erste Hälfte des laufenden Jahres stellt sich der Überschuß damit auf etwa 700 Mio DM gegen rd. 400 Mio DM in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Diese relativ günstige Entwicklung erklärt sich weitgehend daraus, daß die Rentenausgaben — dem in den Rentenreformgesetzen von 1957 verankerten Anpassungsmechanismus entsprechend — der Entwicklung der Arbeitseinkommen und damit der Beitragseinnahmen mit einer gewissen Verzögerung folgen. Die im Jahr neu zugehenden Renten richten sich nach der für das jeweilige Jahr festgesetzten allgemeinen Bemessungsgrundlage; diese entspricht den durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelten im Mittel der drei Jahre, die dem Jahr vor dem Eintritt des Versicherungsfalles vorangegangen sind. Die Bestandsrenten sind überdies bisher stets an die Bemessungsgrundlage des jeweils *vorangegangenen* Jahres angepaßt worden. Zur Zeit ergibt sich nun hieraus eine relativ große Diskrepanz zwischen den laufenden Arbeitseinkommen bzw. den darauf basierenden Beitragseinnahmen und den Rentenausgaben, weil der Anstieg der durchschnittlichen Arbeitsentgelte in den Jahren 1957 bis 1959, auf denen die allgemeine Bemessungsgrundlage für 1961 basiert, im Vergleich zur heutigen Steigerung der Ent-

gelte verhältnismäßig gering war. Wie das folgende Schaubild zeigt, ist die Bemessungsgrundlage für das Jahr 1961 nur um rd. 5 vH höher als im Vorjahr, in dem sie ebenfalls nur relativ wenig, nämlich um 5,4 vH, gestiegen war. Die Zunahme der durchschnittlichen Arbeitsentgelte dürfte dagegen 1961 rd. 9 vH betragen, nachdem sie sich im Vorjahr auf 9,4 vH gestellt hatte. Die Diskrepanz zwischen dem Anstieg der Beitrags-einnahmen und Rentenausgaben wird zur Zeit noch dadurch vergrößert, daß die Zahl der (beitragzahlenden) Versicherten auf Grund des vorerst noch zu verzeichnenden Anstiegs der Beschäftigtenzahl stärker wächst als die der Rentner. Das Beitragsaufkommen in der Arbeiterversicherung und in der Angestelltenversicherung ist jedenfalls im Jahre 1960 im Vergleich zum Vorjahr um 12 vH gestiegen und dürfte auch im laufenden Jahr um insgesamt mehr als 10 vH wachsen, während die Rentenausgaben 1960 nur um 7 vH zunahmen und 1961 kaum stärker steigen dürften. Die Finanzlage der Rentenversicherungen steht also gegenwärtig auf Grund der gesetzlichen Vorschriften und der bisherigen Praxis bei der Anpassung der Bestandsrenten unter dem Einfluß eines sich für sie günstig aus-

wirkenden time-lag zwischen der Entwicklung der Beitragseinnahmen und der Rentenausgaben, der sie befähigt, momentan größere Überschüsse zu bilden als vor der starken Erhöhung der Arbeitsentgelte während des vergangenen und des laufenden Jahres vorhergesehen werden konnte.

Schon vom nächsten Jahre an wird sich das jedoch aller Voraussicht nach ändern. Die Bemessungsgrundlage für 1962 wird wahrscheinlich um 6,8 vH höher sein als die diesjährige. Dagegen ist es fraglich, ob die Steigerungsrate der Durchschnittsentgelte den derzeitigen Satz von 9 vH behaupten wird; um sie in besseren Einklang mit der Erhöhung der Produktivität zu bringen und damit die starke Kostensteigerung, die mit der gegenwärtigen Erhöhung der Nominallöhne und -gehälter verbunden ist, zu reduzieren, wäre eine Ermäßigung jedenfalls erwünscht. In den folgenden Jahren wird sich die Relation zwischen den laufenden Arbeitsentgelten (und damit dem Beitragsaufkommen) und der Bemessungsgrundlage (und damit eventuell auch den Rentenausgaben) vermutlich noch weiter zugunsten der Bemessungsgrundlage ändern, weil diese sich auf Grund des steilen Lohn- und Gehaltsanstiegs der Jahre 1960 und 1961 zunächst noch stärker als im Jahre 1962 erhöhen wird, während sich der Anstieg der Arbeitsentgelte bei anhaltender Normalisierung der Konjunktorentwicklung möglicherweise weiter verlangsamten wird. Es werden dann also die Ausgaben der Rentenversicherungen stärker als ihre Einnahmen steigen, und ihre finanzielle Lage wird sich entsprechend verschlechtern. Überhaupt ist in diesem Zusammenhang im Auge zu behalten, daß auch nach den neuesten Berechnungen die in den geltenden Rentengesetzen vorgeschriebene Rücklage am Ende des ersten „Deckungsabschnitts“ (Ende 1966) ohne die Erschließung zusätzlicher Einnahmen kaum den vom Gesetz geforderten Stand (nämlich den Betrag der Ausgaben zu Lasten der Versicherungsträger im letzten Jahr des Deckungsabschnitts) erreichen wird, wenn die Renten laufend der jeweiligen Bemessungsgrundlage angepaßt werden (selbst wenn bei der Anpassung der Bestandsrenten dabei die bisher übliche Verzögerung um ein Jahr beibehalten wird) und die durchschnittlichen Löhne und Gehälter (und damit die Beiträge) nicht weiter durch inflatorische Tendenzen aufgebläht werden. Die gegenwärtige günstige Finanzlage der Rentenversicherungen darf also nicht darüber hinwegtäuschen, daß bei fortgesetzter Anpassung der Renten an die Bemessungsgrundlage—für die sicherlich gewichtige sozialpolitische Gründe geltend gemacht werden können— die Frage einer zusätzlichen Erhöhung der Einnahmen der Versicherungsträger möglicherweise schon



Zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen
in Mio DM

	1959		1960				1961						
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März ¹⁰⁾	April	Mai	Juni ¹⁰⁾	
Einlagen der öffentlichen Haushalte bei der Bundesbank *)													
Gesamt	1 505	1 419	2 019	2 725	3 265	2 739	5 061	5 406	5 061	4 948	4 943	5 406	
Bund ¹⁾	281	243	261	710	1 033	39	1 637	1 635	1 637	1 632	1 793	1 635	
Lastenausgleichsfonds	229	63	75	26	46	80	203	181	203	72	335	181	
NATO-Mächte ²⁾	2	0	0	0	0	0	12	—	12	—	—	—	
Länder	963	1 070	1 654	1 956	2 159	2 565	3 187	3 551	3 187	3 219	2 791	3 551	
Gemeinden u. Sozialversicherungen	30	43	29	33	27	55	22	39	22	25	24	39	
Einlagen öffentlicher Stellen bei Kreditinstituten *)													
Gesamt	12 825	13 768	14 386	14 687	14 690	15 873	15 889	17 165	15 889	15 939	17 034	17 165	
Sichteinlagen	2 884	3 224	3 202	3 249	3 121	3 819	3 266	3 488	3 266	3 107	3 491	3 488	
Termineinlagen	7 256	7 651	7 928	7 983	8 013	8 102	8 546	9 498	8 546	8 747	9 388	9 498	
Spareinlagen	2 685	2 893	3 256	3 455	3 556	3 952	4 077	4 179	4 077	4 085	4 155	4 179	
Verschuldung der öffentlichen Haushalte *)													
Inländische Kreditmarktverschuldung ⁴⁾													
Gesamt	17 000	17 707	19 149	19 417	19 680	20 438	21 634	22 452 ^{p)}	21 634	.	.	22 452 ^{p)}	
Bund	2 428	2 723	3 675	3 673	3 686	3 940	4 688	5 365	4 688	5 103	5 419	5 365	
Lastenausgleichsfonds	1 296	1 313	1 357	1 353	1 403	1 490	1 638	1 640	1 638	1 640	1 641	1 640	
Länder ⁵⁾	4 576	4 521	4 467	4 441	4 371	4 348	4 378	4 247 ^{p)}	4 378	.	.	4 247 ^{p)}	
Gemeinden ⁵⁾	8 700	9 150	9 650	9 950	10 220	10 660	10 930	11 200 ^{p)}	10 930	.	.	11 200 ^{p)}	
Ausgleichsforderungen													
Gesamt	20 616	20 560	20 608	20 564	20 620	20 552	20 563	20 499	20 563	20 563	20 563	20 499	
Bund	11 057	11 061	11 109	11 116	11 172	11 164	11 175	11 167	11 175	11 175	11 175	11 167	
Länder	9 559	9 499	9 499	9 448	9 448	9 388	9 388	9 332	9 388	9 388	9 388	9 332	
Deckungsforderungen (Lastenausgleichsfonds)	.	.	2 231	.	.	2 163	
Auslandsverschuldung													
Bund	6 717	6 695	6 660	6 624	6 826	6 856	6 535	...	6 535	
Länder	165	165	162	162	161	164	
Verschuldung öffentlicher Unternehmen *)													
Inländische Kreditmarktverschuldung ⁴⁾													
Bundesbahn ⁶⁾	4 506	4 767	4 831	5 085	5 185	5 292	5 777	5 916	5 777	5 783	5 822	5 916	
Bundespost	3 820	3 978	4 153	4 204	4 343	4 586	4 794	5 036	4 794	4 823	4 907	5 036	
Einnahmen aus Steuern und Abgaben													
Steuereinnahmen von Bund und Ländern ⁷⁾													
Gesamt	12 186	13 055	12 895	13 477	14 653	15 966	15 448	15 919 ^{p)}	6 542	4 292	4 334 ^{p)}	7 293 ^{p)}	
darunter:													
Einkommensteuern ⁸⁾	4 891	5 418	5 326	5 567	6 388	7 140	6 904	7 082	3 918	1 403	1 316	4 363	
Umsatzsteuer	3 589	3 856	3 846	3 947	4 019	4 336	4 320	4 356	1 254	1 501	1 397	1 458	
Verbrauchssteuern und Zölle	2 648	2 704	2 599	2 856	3 077	3 253	2 962	3 209	1 012	1 042	1 056	1 111	
Lastenausgleichsabgaben	521	589	542	517	414	551	505	505	53	76	379	50	
Gemeindesteuern ⁷⁾	2 143	2 346	2 171	2 325	2 479	2 662	2 506	
Bundeshaushalt													
Kasseneingänge	8 771	9 081	8 931	9 558	10 021	10 782	10 426	10 440	4 164	3 203	3 199	4 038	
Kassenausgänge	9 901	9 431	9 896	9 117	9 722	12 093	8 793	10 772	3 231	3 480	3 223	4 069	
Kassenüberschub (+) bzw. -defizit (-)	-1 130	-350	-965	+ 441	+ 299	-1 311	+1 633	-332	+ 933	-277	-24	-31	
Lastenausgleichsfonds													
Kasseneingänge ⁹⁾	869	1 000	872	869	829	1 094	839	858	149	151	550	157	
Kassenausgänge ⁹⁾	1 056	1 303	865	939	874	1 125	866	875	330	261	266	348	
Kassenüberschub (+) bzw. -defizit (-)	- 187	-303	+ 7	- 70	- 45	- 31	- 27	- 17	- 181	- 110	+ 284	- 191	
Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten ⁷⁾													
Beitragsaufkommen	3 014	3 164	3 146	3 172	3 481	3 654	3 563	3 653	1 188	1 163	1 222	1 268	
Rentenzahlungen	3 292	3 318	3 516	3 522	3 543	3 597	3 783	3 815	1 373	1 266	1 271	1 278	
Arbeitslosenversicherung													
Beitragsaufkommen	396	410	399	425	469	477	435	487	148	155	163	169	
Unterstützungszahlungen	77	96	365	77	47	64	264	69	65	29	22	18	

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VI, Öffentliche Finanzen, im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes und früherer Hefte.

*) Stand am Vierteljahres- bzw. Monatsende. — ¹⁾ Einschließlich des Garantiedeckungskontos, das im Ausweis der Deutschen Bundesbank unter den Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft nachgewiesen wird. — ²⁾ Nur insoweit, als aus Bundesmitteln gespeist. — ³⁾ Hierin sind außer den Einlagen der vorstehend aufgeführten Haushalte auch die Einlagen der Bundesbahn, der Bundespost und sonstiger öffentlicher Unternehmen (soweit diese keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen), sowie alliierter Dienststellen enthalten. — ⁴⁾ Neuverschuldung seit der Währungsreform; ohne die Anleihenstücke im eigenen Bestand. — ⁵⁾ Zum Teil geschätzt. — ⁶⁾ Ab Juni 1960 einschl. Saarland. — ⁷⁾ Im Gegensatz zu den bisher veröffentlichten Angaben ab 1960 einschl. Saarland. — ⁸⁾ Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer. — ⁹⁾ Eingänge auf bzw. Ausgänge aus dem bei der Bundesbank unterhaltenen Konto des Bundesausgleichsamts abzüglich der Verschuldungstransaktionen. — ¹⁰⁾ Monate mit vergleichbaren Steuerterminen. — ^{p)} Vorläufig.

im laufenden Deckungsabschnitt akut werden wird, wenn die Deckungsrücklage am Ende des Abschnitts nicht hinter dem vorgeschriebenen Stand zurückbleiben soll.

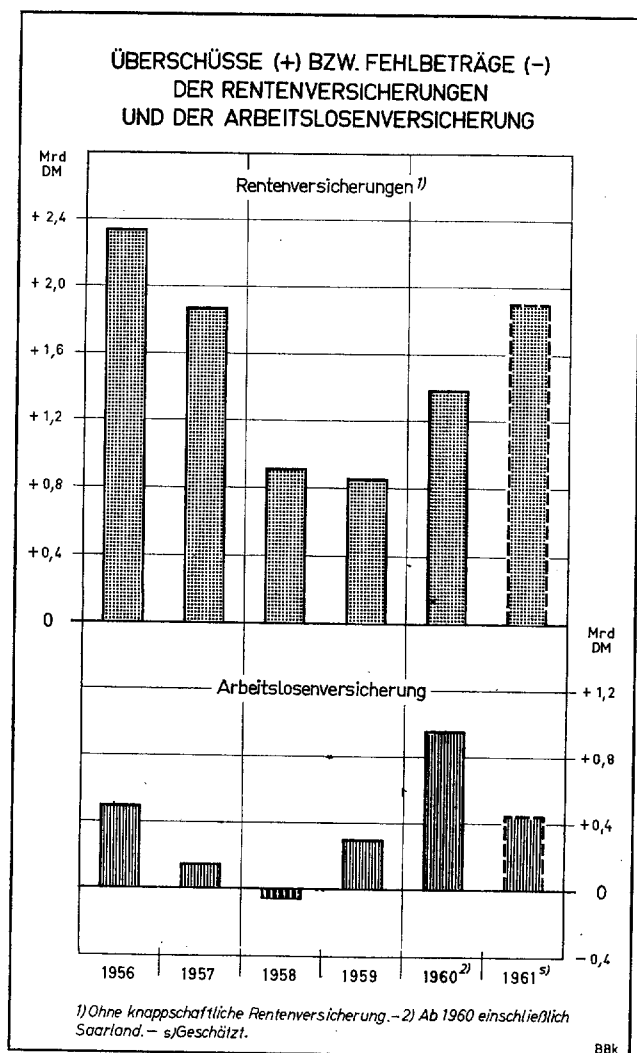
Bei der *Arbeitslosenversicherung* waren die Beitrags-einnahmen im zweiten Quartal um rd. 15 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Da die Unter-stützungszahlungen infolge der anhaltenden Verringerung der — ohnehin nur noch unbedeutenden — Arbeitslosigkeit weiter zurückgingen, hat die Arbeitslosenversicherung in den Monaten April bis Juni d. J. einen Überschuß von rd. 340 Mio DM erzielt, der, ebenso wie schon im ersten Quartal, seinen vergleichbaren Vorjahrsstand um fast 100 Mio DM übertraf. Ihr Vermögen ist dadurch bis Ende Juni auf rd. 5,7 Mrd DM gestiegen, d. h. auf einen Stand, der weit über den Betrag hinausgeht, der unter den heutigen Umständen als angemessene Reserve anzusehen wäre. Im Juli hat sich das Vermögen weiter erhöht. In den kommenden Monaten wird es freilich durch die bereits erwähnte Beitragsaussetzung etwas abgebaut werden. Es sei er-

wähnt, daß sich die gesamten Ausgaben der Arbeitslosenversicherung in der vergleichbaren Vorjahrszeit (August 1960 bis Januar 1961) auf 444 Mio DM beliefen; ihnen standen Einnahmen aus anderen Quellen als dem Beitragsaufkommen in Höhe von 157 Mio DM gegenüber. Die Ausgaben gingen also in dieser Zeit um rd. 300 Mio DM über die nicht aus Beiträgen stammenden Einnahmen hinaus. Das gestattet den Schluß, daß sich die Verringerung der Reserven infolge der Beitragsaussetzung bei dem derzeitigen Stand der Beschäftigung in der bevorstehenden beitragsfreien Zeit in relativ engen Grenzen halten wird.

Neue Angaben über die Anlage des Vermögens der Rentenversicherungen und der Arbeitslosenversicherung liegen gegenüber dem Stand von Ende Dezember 1960, über den an dieser Stelle im April berichtet wurde, lediglich für die Geldmarktanlagen, nicht dagegen für die weit höheren sonstigen Anlagen vor. Die Geldmarktanlagen sind im Verlauf des zweiten Quartals leicht — um 80 Mio DM — gesunken, nachdem sie von Mitte 1960 bis Ende Januar 1961 um rd. 1 Mrd DM auf rd. 1,2 Mrd DM erhöht worden waren. Die laufenden Überschüsse sind daher, insbesondere im Falle der Arbeitslosenversicherung, die sich auf die „beitragsfreie“ Zeit umstellt, offenbar aber auch bei den Rentenversicherungen, zu einem erheblichen Teil in Termineinlagen bei Banken angelegt worden. Jedenfalls ist der Gesamtbetrag der Termineinlagen öffentlicher Stellen, der seit Jahren weitgehend durch die Anlagedispositionen der Sozialversicherungen bestimmt wird, im letzten Quartal besonders stark gestiegen.

Bundesbahn und Bundespost

Die Kreditmarktverschuldung von Bundesbahn und Bundespost ist im zweiten Vierteljahr um zusammen rd. 380 Mio DM und damit erheblich langsamer gewachsen als im ersten Quartal d. J., in dem sie um 693 Mio DM zugenommen hatte. Ausschlaggebend hierfür war die geringe Inanspruchnahme der Kreditmärkte durch die *Bundesbahn*, die im Berichtszeitraum fremde Mittel im Betrage von lediglich 139 Mio DM aufnahm gegen 485 Mio DM in den vorangegangenen drei Monaten. Allerdings dürfte es sich dabei weitgehend um einen temporären, zum Teil rein saisonbedingten Rückgang des Kreditbedarfs gehandelt haben. Einmal waren die Betriebserträge in den Monaten April bis Juni aus jahreszeitlichen Gründen beträchtlich höher als in den vorangegangenen Monaten. Ferner hat die Bahn im zweiten Quartal erheblich mehr Zuschüsse vom Bund erhalten — rd. 240 Mio DM gegen rd. 80 Mio DM im ersten Quartal —, was damit zusammenhing, daß der Bundeshaushalt erst im Frühjahr verabschiedet wurde und die betreffenden Haushalts-



ansätze bis dahin nur in beschränktem Umfang freigegeben wurden. Ein Teil der Mehreinnahmen wurde allerdings durch den erneuten Anstieg der persönlichen Ausgaben auf Grund der Lohn- und Gehaltserhöhungen ab 1. April absorbiert. Andererseits aber erreichten die Investitionsausgaben im zweiten Vierteljahr ihren saisonalen Tiefpunkt, da in ihm nicht mehr wie im ersten Quartal Abschlußzahlungen für das vorangegangene Wirtschaftsjahr zu leisten waren und für das Bauprogramm des laufenden Jahres üblicherweise noch verhältnismäßig wenig Rechnungen eingehen. Der relativ bescheidene Anstieg der Verschuldung ist daher kein Indiz dafür, daß die Investitionstätigkeit der Bundesbahn im Berichtszeitraum nachgelassen hätte. Die Bahn hat im Gegenteil in ihrem diesjährigen Wirtschaftsplan rd. 320 Mio DM oder 28 vH höhere Nettoanlageinvestitionen veranschlagt als im vergangenen Jahr. Man wird daher annehmen können, daß sich diese zusätzlichen Verplanungen in den kommenden Monaten auch in einem höheren Auszahlungsbedarf und damit in einer wachsenden Kreditnachfrage der Bahn niederschlagen werden.

Die oben erwähnte Zunahme der Kreditmarktverschuldung von 139 Mio DM war, da die ursprünglich für den Juni geplante Emission einer Anleihe im Betrag von 250 Mio DM verschoben wurde, weitgehend kurzfristiger Natur. Von ihr entfielen mehr als zwei Drittel — 99 Mio DM — auf die Inanspruchnahme von Kassenkrediten bei der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank. Die Verschuldung am Geldmarkt ist um 15 Mio DM gestiegen, wobei der Umlauf an Schatzwechseln um 71 Mio DM erhöht, der an unverzinslichen Schatzanweisungen um 56 Mio DM vermin-

dert wurde. Der verbleibende Betrag von rd. 25 Mio DM wurde hauptsächlich bei Banken aufgenommen. Im Juli konnte die Bahn die erwähnte Anleihe begeben; ihr Erlös wurde weitgehend für die Rückzahlung kurzfristiger Kredite verwandt.

Die Kreditmarktverschuldung der *Bundespost* ist im zweiten Quartal um 242 Mio DM und damit — im Gegensatz zur Bahn — etwas mehr gestiegen als im vorangegangenen Vierteljahr. Die Post hat infolgedessen bereits in der ersten Jahreshälfte Kredite im Betrage von rd. 450 Mio DM in Anspruch genommen gegen rd. 225 Mio DM in der gleichen Zeit von 1960. Daß sich ihre Kreditnachfrage in diesem Umfang erhöht hat, ist bis zu einem gewissen Grade auf die Verschlechterung der Betriebsrechnung zurückzuführen, deren Aufwendungen sich infolge der Lohn- und Gehaltsaufbesserungen stärker erhöht haben als die ebenfalls kräftig gestiegenen Erträge. Setzt sich diese Entwicklung fort, so werden im laufenden Jahr weniger Eigenmittel für die Finanzierung der Investitionsausgaben zur Verfügung stehen als im vergangenen Jahr. Der Kreditbedarf wird allein schon deshalb wachsen; hinzu kommt, daß nach dem diesjährigen Wirtschaftsplan auch das Investitionsvolumen erweitert werden soll.

Von der Schuldaufnahme des zweiten Quartals entfiel der überwiegende Teil, nämlich ein Betrag von 190 Mio DM, auf Bankkredite. Weitere 45 Mio DM wurden durch Erhöhung des Umlaufs an unverzinslichen Schatzanweisungen und der Rest durch Darlehnsaufnahme bei privaten Kapitalsammelstellen beschafft.

Produktion und Märkte

In der allgemeinen Konjunkturlage machten sich in letzter Zeit insofern Entspannungstendenzen bemerkbar, als der Auftragseingang in der Industrie nachgelassen hat. Da die Produktion trotz der bestehenden Hemmungen weiter, wenn auch erheblich langsamer als im letzten Jahr, zunahm, sind die Auftragsbestände im allgemeinen nicht weiter gewachsen, sondern vielfach etwas zurückgegangen; in einzelnen strukturell benachteiligten Industriezweigen mußte dem sogar bereits in den Produktionsprogrammen Rechnung getragen werden. Wichtige Voraussetzungen für eine allmähliche Beseitigung der Übernachfrage, die der Konjunkturlage der beiden vergangenen Jahre ihren Stempel aufdrückte, sind damit gegeben. Die Aufwertung der DM hat hieran einen unverkennbaren Anteil: Der Exportboom hat nachgelassen, und vor allem macht sich in

weiten Teilen der Wirtschaft ein verstärkter Wettbewerb von seiten des Auslands bemerkbar.

Trotz dieser Entwicklungstendenzen ist die Konjunkturlage gegenwärtig jedoch noch durch eine starke Anspannung gekennzeichnet. Am Arbeitsmarkt herrscht nach wie vor ein ausgesprochener Arbeitermangel, wenn sich auch hie und da erste Anzeichen einer Entlastung einstellen. Am Baumarkt, der für den Gang der allgemeinen Konjunktur erfahrungsgemäß von großer Bedeutung ist, ist von einer Abschwächung der Nachfrage ebenfalls noch wenig zu spüren; namentlich unter dem Einfluß der starken öffentlichen Bautätigkeit, die erst jetzt auf Grund von Selbstbeschränkungen zumindest einiger Bauträger abgeschwächt werden soll, haben die Bauplanungen vielmehr weiter zugenommen. Auch die Lohn- und Gehaltsentwicklung steht noch deutlich im

Zeichen des Booms; es ist bisher wenig wahrscheinlich, daß die Steigerung der Nominaleinkommen in diesem Jahr hinter der des vergangenen Jahres zurückbleiben wird. Für die Stabilisierung des Preisniveaus ist dies naturgemäß nicht günstig. Ganz abgesehen davon, daß mit den anhaltend stark steigenden Einkommen auch die Verbrauchernachfrage wächst, sind mit Lohn- und Gehaltserhöhungen, die beträchtlich über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen, unvermeidlich auch Preisauftriebstendenzen verbunden. Vorläufig dürfte die Nachfrage auch noch groß genug sein, um solchen Tendenzen zumindest in gewissem Umfang Raum zu geben. Wenn sich die derzeitige Nachfrageabschwächung im Unternehmerbereich fortsetzt, wird es allerdings immer schwieriger werden, Kostensteigerungen auf die Preise zu überwälzen. Kostenerhöhungen werden dann in noch größerem Umfang als in letzter Zeit zu Lasten der Gewinne gehen und damit die Investitionsneigung abschwächen, aber wohl auch zu verstärktem Widerstand gegen Lohnsteigerungen führen, die den Produktivitätsfortschritt in ähnlich starkem Maße wie in diesem und im letzten Jahr übertreffen. Die Gefahr, daß sich hieraus — wie vereinzelt befürchtet — sogar Rezessionstendenzen ergeben könnten, ist allerdings gering, da auch in Zukunft mit beträchtlichen — wenn man will: strukturellen — Expansionsfaktoren zu rechnen ist. Allerdings dürften die „Zuwachsraten“ in nächster Zeit geringer werden, und zwar nicht nur, weil nicht mehr die gleichen Produktionsreserven zur Verfügung stehen wie bisher, sondern vielleicht auch, weil der Nachfragesog abnehmen wird. Aber mit der Verminderung des Nachfragesogs würden zugleich die hektischen Züge schwinden, die dem Aufschwung bisher anhafteten und die einen nicht unbedenklich hohen Preis für die Expansionsraten der letzten beiden Jahre bildeten.

Die Nachfrageentwicklung

Die Auftragseingänge bei der Industrie beliefen sich im Durchschnitt der Monate Mai und Juni 1961 auf 203 (Umsatz 1954 = 100) gegen 206 im Monatsdurchschnitt März/April und 210 im November/Dezember 1960¹⁾. Dieser Rückgang ging über das saisonbedingte Maß hinaus. Schaltet man die Saisonbewegung aus — die Bundesbank hat hierfür im Laufe der letzten Jahre eine weitgehend anerkannte Methode entwickelt —, so zeigt sich, daß die Auftragseingänge im Durchschnitt der Monate Mai/Juni 1961 niedriger waren als Ende 1960 und damit deutlich hinter dem Höchststand vom Juli/August 1960 zurückblieben. Mit dieser Abschwächung war eine allmähliche Anpassung der Auftrags-eingänge an die laufenden Lieferungen der Industrie

¹⁾ Die Zusammenfassung zu Zwei-Monatspaaren erfolgt, weil damit der Einfluß der unterschiedlichen Zahl von Arbeitstagen je Monat weitgehend ausgeschaltet wird.

verbunden. Zwar lagen die Auftragseingänge auch in den letzten Monaten jeweils noch um 2 bis 3 vH über den gleichzeitigen Umsätzen, aber unter Berücksichtigung der Stornierungen hielten sie sich mit den Lieferungen fast durchweg die Waage. Die Auftragsbestände nahmen deshalb seit März im allgemeinen nicht mehr zu. Im Verhältnis zur gleichzeitig steigenden Produktion gingen sie sogar etwas zurück; von den Unternehmen selbst bezeichnete nach dem Konjunkturtest des Ifo-Instituts ein abnehmender Prozentsatz die Auftragsbestände als relativ hoch und ein zunehmender Prozentsatz (der freilich immer noch bei weitem die Minorität bildete) als zu niedrig.

Nachlassen der Auslandsnachfrage

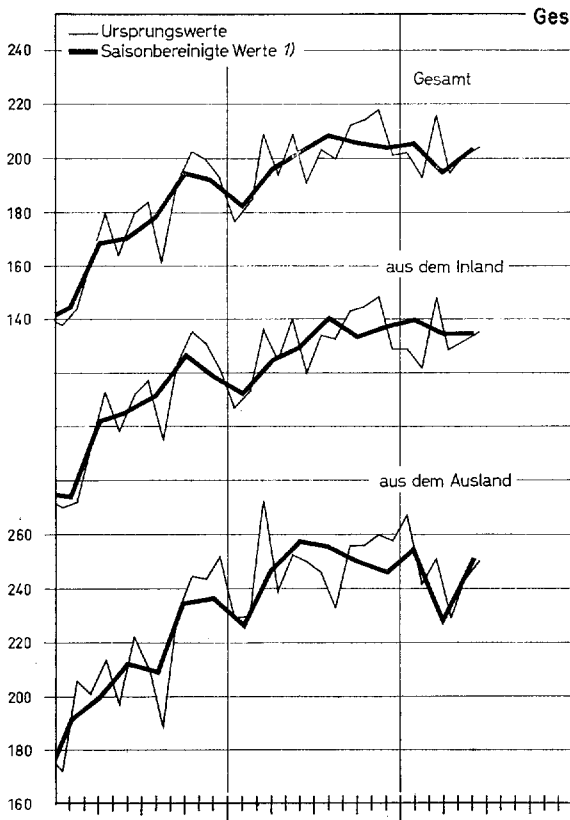
Unter den Faktoren, die auf eine Abschwächung der Auftragseingänge hinwirkten, ist einmal die Verminderung der Auslandsnachfrage zu erwähnen. Wie in einem späteren Berichtsabschnitt genauer ausgeführt wird, war die effektive Ausfuhr im zweiten Quartal d. J. zwar wieder um rd. 11 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres (gegenüber 7 vH im ersten Quartal), aber das besagt relativ wenig für die laufende Nachfrageentwicklung: Einmal ist nach Ausschaltung der Saisonschwankungen auch der effektive Export seit der Jahreswende leicht rückläufig. Vor allem aber beruhen die effektiven Ausfuhrziffern der letzten Zeit noch weitgehend auf Bestellungen, die schon einige Monate vorher erteilt wurden, während für die laufende Nachfrage die jeweiligen Auftragseingänge maßgebend sind. Der Auftragseingang aus dem Ausland ist aber seit einiger Zeit rückläufig. Ein gewisser Rückgang war hier schon in den Wintermonaten zu verzeichnen; nach der Aufwertung der D-Mark setzte er sich verstärkt fort. In der Zeit von März bis Juni d. J. lagen die Auslandsorders dem Werte nach um 4 vH, dem Volumen nach um 6 vH unter dem entsprechenden Vorjahresstand. Zweifellos war die Aufwertung hierfür von großer Bedeutung, denn sie hatte für die ausländischen Käufer in der Regel eine leichte Preiserhöhung zur Folge, für die Exporteure dagegen eine Erlösschmälerung, weil sie meist gewisse Preiszugeständnisse machen mußten. Hinzu kommt, daß es nach der Aufwertung in zunehmendem Maße schwierig wurde, Exportabschlüsse auf DM-Basis zu tätigen, so daß den Exporteuren relativ hohe Kurssicherungskosten entstehen, die das Interesse am Auslandsabsatz ebenfalls etwas dämpfen dürften.

Auch die Entwicklung des Kostenniveaus in der Bundesrepublik hat in der letzten Zeit die Voraussetzungen, auf denen die Exportkonjunktur der letzten Jahre beruhte, etwas verändert. Wie weiter unten noch

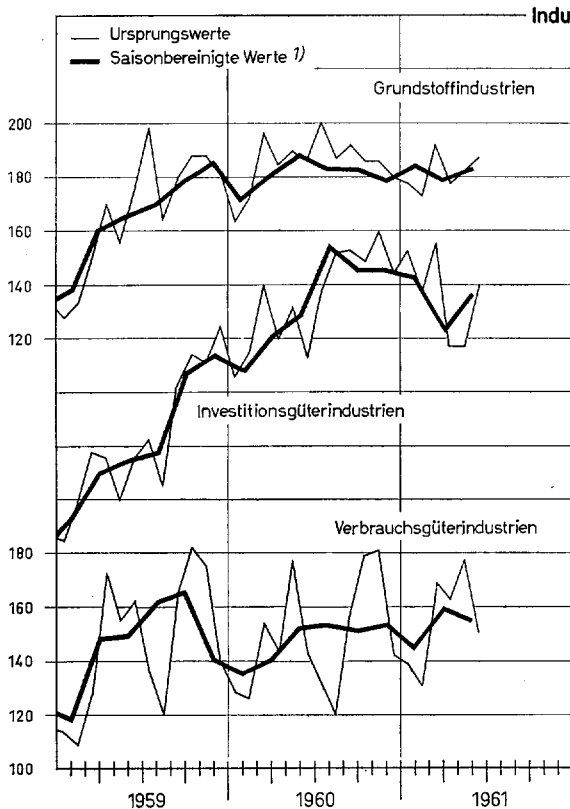
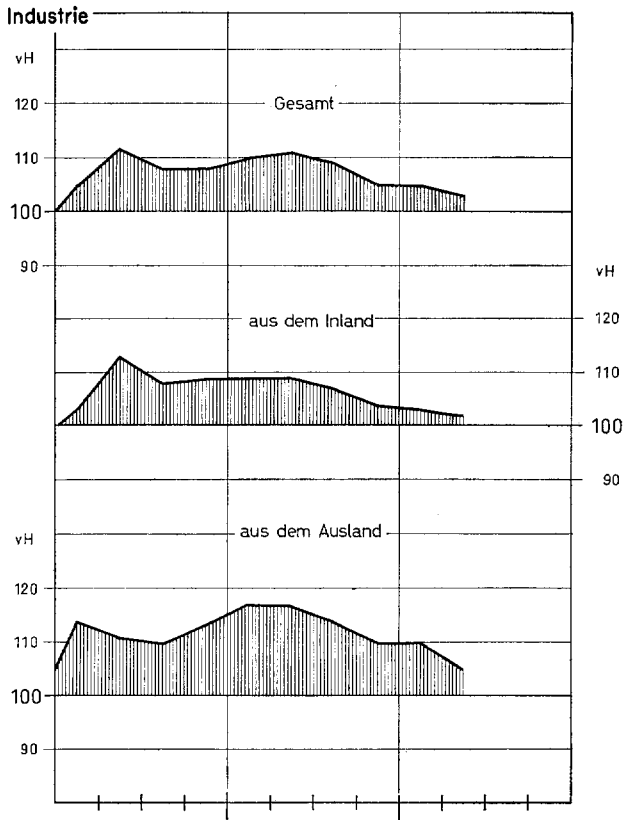
AUFTRAGSEINGANG BEI DER INDUSTRIE

Werte in vH des Umsatzes von 1954

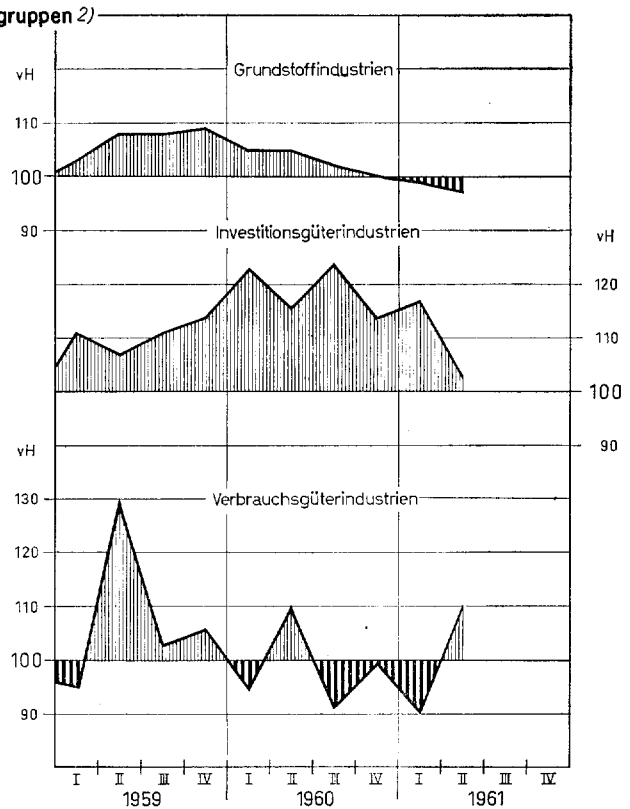
Werte in vH des jeweiligen Umsatzes



Gesamte Industrie



Industriegruppen 2)



1) Jeweils zwei Monate der Ursprungswerte zusammengefaßt und saisonbereinigt. - 2) Inlands- und Auslandsaufträge.

BBk

dargelegt werden wird, gingen in jüngster Zeit die Lohnsteigerungen erheblich über die Produktivitätserhöhung hinaus, so daß die Lohnkosten je Produktionseinheit beträchtlich zunahmen. Infolge der starken Inlandsnachfrage ist es dabei vielfach leichter, die Kostenerhöhungen auf die Inlandspreise als auf die Auslandspreise zu überwälzen, so daß den Produzenten der Inlandsmarkt nun häufig interessanter erscheint als das Auslandsgeschäft. Eine erhebliche Rolle spielt in diesem Zusammenhang, daß sich auf dem Weltmarkt die Konkurrenz der wichtigsten Industrieländer erheblich verstärkt hat. Namentlich die Vereinigten Staaten sind bestrebt, die Exporte auszuweiten, um dadurch eine bessere Ausnutzung der heimischen Produktionskapazitäten zu erzielen, was bei dem insgesamt nur mäßig expandierenden Welthandel nicht ohne Rückwirkungen auf die Exporte anderer Länder bleiben kann, zumal die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten auf eine gleichfalls erhöhte Konkurrenzfähigkeit der dortigen Industrie stößt.

Die Abschwächung der Auslandsnachfrage machte sich in den letzten Monaten in allen Exportindustrien, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, bemerkbar. Verhältnismäßig hart getroffen wurde der Schiffbau, bei dem seit der Aufwertung nur noch wenige Neuaufträge eingingen. Auch in anderen Bereichen, wie in der Chemischen Industrie, in der Feinmechanischen und Optischen Industrie und weitgehend auch in der Stahlindustrie, lagen die Auftragseingänge unter den Lieferungen, so daß sich die Bestände an Exportaufträgen, wenngleich nicht annähernd so stark wie im Schiffbau, verminderten. Demgegenüber gingen die Auftragseingänge in anderen Branchen — z. B. im Maschinenbau, in der Elektrotechnik und bis April auch im Fahrzeugbau — auch in letzter Zeit noch über die Lieferungen hinaus, jedoch kam auch hier das Wachstum der Bestände an Exportorders mehr oder weniger zum Stillstand.

Abschwächung der inländischen Investitionsgüternachfrage

Die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen schwächte sich auch durch ein leichtes Nachlassen der inländischen Bestellungen von Investitionsgütern ab. Die Auftragseingänge bei den Investitionsgüterindustrien aus dem Inland waren saisonbereinigt im Monatsdurchschnitt Mai/Juni beträchtlich niedriger als im Durchschnitt der Monate Januar und Februar. Im Mai blieben sie erstmals seit annähernd zweieinhalb Jahren hinter den gleichzeitigen Lieferungen zurück, und selbst im Juni, in dem sie wieder leicht zugenommen haben, übertrafen sie die Lieferungen nur um 5 vH gegen 17 vH im ersten Quartal d. J. Bis zu einem gewissen

Grade stellt diese Abschwächung eine Reaktion auf den über zwei Jahre dauernden Investitionsboom dar, mit der früher oder später gerechnet werden mußte. Einige besondere Umstände haben diese Abschwächung, wenn nicht ausgelöst, so doch zumindest verstärkt, so namentlich die tendenzielle Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt sowie partielle Absatzschwierigkeiten im Inland, auf die weiter unten noch besonders eingegangen wird. Abgesehen von diesen, den zukünftigen Absatz betreffenden Überlegungen, dürfte auch die Gewinnentwicklung der Unternehmen die Investitionsabsichten in gleicher Richtung beeinflussen haben. Wie in dem im letzten Monatsbericht veröffentlichten Aufsatz über die Vermögensbildung und ihre Finanzierung gezeigt wurde, war schon im Jahre 1960 die Zunahme der nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen prozentual schwächer als die ihres gesamten Finanzierungsbedarfs, so daß sich die Quote der Fremdfinanzierung erhöhte. Diese — für die Phase der Hochkonjunktur an sich überraschende — Erscheinung dürfte sich inzwischen noch etwas stärker ausgeprägt haben. So haben die Lohnsteigerungen — wie an anderer Stelle noch genauer dargelegt wird — auch in der ersten Hälfte des laufenden Jahres die Produktivitätserhöhung erheblich übertroffen und dadurch die Produktionskosten je Stück erhöht, ohne daß es bisher den Unternehmen möglich gewesen wäre, diese Kostensteigerungen ganz oder zum größeren Teil auf die Preise zu überwälzen. Außerdem ist in letzter Zeit die Belastung der Gewinne durch die direkten Steuern der Unternehmen sicher gewachsen. In vielen Fällen hat sich dadurch die Investitionsneigung abgeschwächt, ebenso wie von Bedeutung gewesen sein dürfte, daß mit der Schrumpfung der Gewinnmargen auch die Chancen der Selbstfinanzierung geringer geworden sind und ein Ersatz durch Kreditfinanzierungen nicht immer angezeigt erscheint.

Die effektiven Investitionsaufwendungen haben freilich, wie die Ziffern über die Inlandsumsätze der Investitionsgüterindustrien zeigen, auch in den letzten Monaten noch zugenommen; im Durchschnitt der ersten sechs Monate dieses Jahres waren die Umsätze im Vergleich zur entsprechenden Vorjahrszeit um etwa 17 vH höher. Trotz sinkender Auftragseingänge ermöglichen nämlich die hohen Auftragsbestände, die Lieferungen entsprechend dem Wachstum der Produktion zu steigern. Bei dem großen Auftragspolster in den wichtigsten Investitionsgüterindustrien ist vorerst auch noch nicht abzusehen, wann sich die rückläufige Tendenz bei den Auftragseingängen, falls sie anhält, spürbar in den Lieferungen niederschlagen wird. Aber allein die

Zur Entwicklung von Produktion, Umsatz und Beschäftigung
Bundesgebiet ohne Berlin (West)

	1960						1961						Veränderung 2. Vj. 1961 gegen 2. Vj. 1960 in vH ^{p)}
	April	Mai	Juni	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	April	Mai	Juni ^{p)}	1. Vj.	2. Vj. ^{p)}		
				Monatsdurchschnitte						Monatsdurchschnitte			
Index der Industrieproduktion ¹⁾ (arbeitsmäßig, 1950 = 100)													
Gesamt	247	254	257	253	242	268	262	269	273	257	268	+ 6,0	
Bauwirtschaft	247	254	273	258	242	223	251	274	265	193	264	+ 2,2	
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	261	271	274	268	264	267	279	284	289	268	284	+ 5,8	
Investitionsgüterindustrien	333	347	356	345	321	367	366	377	391	364	378	+ 9,4	
darunter:													
Maschinenbau	275	284	302	287	271	307	308	317	334	299	320	+ 11,3	
Fahrzeugbau	551	585	573	570	474	562	578	616	630	591	608	+ 6,8	
Verbrauchsgüterindustrien	214	217	203	211	201	228	222	224	218	219	221	+ 4,9	
darunter:													
Textilindustrie	174	179	164	172	163	181	176	176	179	180	177	+ 2,7	
Steinkohlenbergbau (Tsd t)													
Förderung, fördertätlich	544,0	536,2	527,1	535,8	516,1	548,5	549,4	541,5	534,5	557,4	541,8	+ 1,1	
Haldenbestände (Steinkohle und -koks) ²⁾	16 268	15 912	15 385	15 385	13 803	11 481	11 471	12 113	12 440	11 343	12 440	- 19,1	
Steinkohleneinfuhr (ohne Koks) ²⁾	549	553	688	597	617	665	627	519	548	516	565	- 5,4	
Eisen- und Stahlindustrie (Tsd t)													
Roheisenerzeugung, kalendertätlich	68,8	71,0	68,6	69,5	72,3	69,3	69,9	70,1	71,4	72,3	70,5	+ 1,4	
Rohstahlerzeugung, produktionstätlich	102,3	104,2	101,2	102,6	103,9	104,0	104,6	103,8	106,0	105,2	104,8	+ 2,1	
Walzstahlfertigerzeugnisse ³⁾													
Lieferungen	1 768	1 874	1 720	1 787	1 929	1 829	1 806	1 824	1 839	1 899	1 823	+ 2,0	
Auftragseingänge	1 943	1 876	1 790	1 870	1 852	1 844	1 672	1 797	1 674	1 857	1 714	- 8,3	
Auftragsbestände ⁴⁾	6 437	6 351	6 356	6 356	5 920	5 788	5 156	5 044	4 842	5 364	4 842	- 23,8	
Auftragseingang bei der Industrie¹⁾ (Werte; kalendermonatlich in vH des Umsatzes von 1954)													
Gesamt	194	209	191	198	205	211	195	201	204	204	200	+ 1,0	
Grundstoffindustrien	185	190	186	187	193	184	178	182	187	181	182	- 3,7	
Investitionsgüterindustrien	240	252	233	242	268	271	237	237	260	269	245	+ 1,2	
darunter:													
Maschinenbau	252	263	263	259	272	274	238	246	275	268	253	- 2,3	
Fahrzeugbau	237	260	201	233	252	257	272	260	273	288	268	+ 15,0	
Verbrauchsgüterindustrien	144	177	143	155	136	167	163	177	151	146	164	+ 5,8	
darunter:													
Textilindustrie	130	151	118	133	117	140	139	142	123	131	135	+ 1,5	
Bauwirtschaft													
Geleistete Arbeitsstunden (Mio ⁵⁾)													
Gesamt	223,4	238,3	237,4	233,0	237,6	209,7	220,5	240,1	233,9	178,9	231,5	- 0,6	
Wohnungsbauten	96,1	102,2	102,0	100,1	99,9	86,8	92,2	99,9	...	73,4	96,1 ^{x)}	- 3,1 ^{x)}	
Öffentliche und Verkehrsbauten	72,4	76,9	76,6	75,3	78,0	69,9	73,0	80,8	...	57,7	76,9 ^{x)}	+ 2,9 ^{x)}	
Gewerbliche und industrielle Bauten	46,5	49,2	48,9	48,2	50,9	46,6	47,9	50,8	...	43,3	49,4 ^{x)}	+ 3,1 ^{x)}	
Geplanter Bauaufwand für genehmigte Hochbauten (Mio DM)													
Gesamt	2 032,7	2 303,6	2 289,1	2 208,4	2 502,0	2 488,3	2 853,5	2 660,8	...	2 129,3	2 757,2 ^{x)}	+ 27,2 ^{x)}	
Wohngebäude	1 314,3	1 473,9	1 479,4	1 422,5	1 587,6	1 506,0	1 711,2	1 666,7	...	1 275,4	1 689,0 ^{x)}	+ 21,2 ^{x)}	
Übrige Gebäude	718,4	829,7	809,7	785,9	914,4	982,3	1 142,3	994,1	...	853,9	1 068,2 ^{x)}	+ 38,0 ^{x)}	
Wohnungsbaupflichten von Kapital- sammelstellen (Mio DM) ⁶⁾ ⁷⁾													
Monatliche Zusagen	802,0	833,6	726,8	787,5	847,0	782,2	924,9	1 023,2	1 032,4	892,5	993,5	+ 26,2	
Monatliche Auszahlungen	582,0	625,4	641,5	616,3	748,9	815,4	654,3	667,5	753,5	599,0	691,8	+ 12,3	
Umsätze im Einzelhandel (1954 = 100) ⁸⁾													
Werte													
Gesamt	161	154	145	153	149	196	161	169	160	152	163	+ 6,5	
davon:													
Nahrungs- und Genussmittel	159	146	147	151	147	167	155	163	158	148	159	+ 5,3	
Bekleidung, Wäsche und Schuhe	159	155	134	149	133	210	156	162	146	142	155	+ 4,0	
Hausrat und Wohnbedarf	160	164	151	158	176	232	168	178	169	165	172	+ 8,9	
Sonstiges	171	166	155	164	164	208	175	183	179	172	179	+ 9,1	
Arbeitsmarkt (Tsd)													
Arbeitslose ⁹⁾													
Gesamt	188,8	153,2	134,4	134,4	111,6	271,6	131,2	111,5	99,2	163,2	99,2	- 26,2	
Männer	107,7	85,1	75,3	75,3	64,6	187,2	75,0	64,7	58,4	99,9	58,4	- 22,4	
Frauen	81,1	68,1	59,1	59,1	47,0	84,4	56,2	46,8	40,8	63,3	40,8	- 31,0	
Unselbständig Beschäftigte ⁹⁾	.	.	20 270,6	20 270,6	20 376,8	20 261,1	.	.	20 760,4	20 419,4	20 760,4	+ 2,4	

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabelle Nr. VIII (Produktion und Märkte) im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. — ¹⁾ Ohne Saarland. — ²⁾ Stand jeweils am Monats- bzw. Vierteljahresende. — ³⁾ Einschließlich Halbzeug für Röhrenwerke, Vorprodukte und Edelfeststoff, jedoch ohne sonstiges Halbzeug und ohne Breitband. — ⁴⁾ 1960 ohne, 1961 mit Saarland. — ⁵⁾ Ohne Lebensversicherungen. — ⁶⁾ Bauhauptgewerbe insgesamt. — ⁷⁾ Einschl. Berlin (West). — ⁸⁾ Vorläufig. — ⁹⁾ April/Mai.

Tatsache, daß die Auftragsbestände nicht mehr weiter wachsen, stellt ein wichtiges Spannungssymptom dar.

Knappere Lagerhaltung

Für die Nachfrageentwicklung im Unternehmerbereich ist ferner von Bedeutung, daß in manchen Sektoren wieder eine Knapphaltung der Lagerbestände angestrebt wird. Dies gilt namentlich für die Lagerhaltung an Grundstoffen. Statistisch gesehen, äußert sich dies vor allem darin, daß die Auftrageingänge aus dem Inland bei den Grundstoffindustrien seit dem Sommer 1960 konjunkturell leicht zurückgehen, obwohl die Produktion in den verarbeitenden Industrien und damit auch deren Rohstoffverbrauch ständig steigen. In der Walzstahlindustrie z. B. lagen die Eingänge an Inlandsaufträgen trotz wachsenden Stahlverbrauchs und kaum gestiegener Importe seit dem Herbst 1960 um durchschnittlich 10 vH unter dem entsprechenden Vorjahrsstand, und außerdem werden Monat für Monat erhebliche Stornierungen alter Aufträge vorgenommen. Die zum Teil noch auf den hohen Bestellungen des Vorjahres basierenden Lieferungen an die Stahlverbraucher gehen zur Zeit über den laufenden Verbrauch hinaus, so daß die Lagerbestände der wichtigsten Stahlverbraucher bis in die letzten Monate hinein zugenommen und inzwischen einen Umfang erreicht haben, der angesichts der ständig kürzer werdenden Lieferfristen eher als zu hoch erscheint. Die Stahlverbraucher schränken deshalb die Neuerteilung von Aufträgen ein und ziehen nach Möglichkeit auch alte Aufträge zurück. Bei anderen Grundstoffen scheint zum Teil schon ein effektiver Abbau der Bestände bei den Verarbeitern bzw. Verbrauchern erreicht worden zu sein. Dies gilt namentlich für die Kohlenvorräte, die bei der Industrie, der Versorgungswirtschaft und dem Verkehr in den Monaten Januar bis Mai 1961 um 820 000 t und damit stärker als saisonüblich zurückgegangen sind, was einen entsprechenden Absatzausfall der Zechen und einen Wiederanstieg der Zechenhalden zur Folge hatte. Ungewiß sind zur Zeit die Lagerdispositionen des Handels. Seine hauptsächlich an die Verbrauchsgüterindustrien gehenden Aufträge scheinen bisher trotz einer gewissen Belebung des Endabsatzes mit großer Vorsicht vergeben zu werden. Als Folge beträchtlicher, in der Vergangenheit erteilter Aufträge war der Wareneingang im Handel bisher merklich höher als der Warenausgang, so daß es zu einer ziemlich starken Zunahme der Vorräte kam. Es erscheint deshalb nicht ausgeschlossen, daß das Pendel der Lagerdispositionen hier über kurz oder lang ebenfalls umschlägt.

Teilweise Sättigung des Marktes

Von nicht unerheblicher Bedeutung für die Konjunkturberuhigung in den letzten Monaten war schließlich,

daß in dem bis vor kurzem noch stark wachsenden Absatz an längerlebigen Konsumgütern Abschwächungen und teilweise Stockungen eintraten. Namentlich bei einigen, für den gehobenen Lebensstandard besonders charakteristischen elektrotechnischen Hausgeräten, wie Kühlschränken, Radioapparaten, Fernsehgeräten und Waschmaschinen, stieß die allgemein rasch vorangetriebene Produktion, zumindest zeitweise, auf Absatzschwierigkeiten, die im Handel und bei den Produzenten fürs erste zu unfreiwilligen Lagerbildungen von teilweise sehr erheblichem Ausmaß führten. Die bis dahin zumindest noch formal aufrechterhaltene sog. Preisbindung der zweiten Hand wurde von wichtigen Unternehmen infolgedessen aufgegeben, die Produktion bestimmter Geräte eingeschränkt und von einzelnen Firmen sogar ganz eingestellt. Daß der Endabsatz nicht mehr ganz den sehr optimistischen Erwartungen der Produzenten entsprach, hing namentlich damit zusammen, daß bei wichtigen Produkten bereits ein relativ hoher Sättigungsgrad erreicht worden ist. Der laufende Absatz ist in wachsendem Maße von der Ersatzbeschaffung abhängig geworden, die zur Zeit wegen des verhältnismäßig niedrigen „Lebensalters“ der meisten im Gebrauch befindlichen Geräte noch nicht sehr bedeutend ist. Ein gutes Beispiel liefert die neuere Entwicklung des Kühlschrankgeschäfts. Von der Gesamtproduktion des Jahres 1960 in Höhe von rd. 2,2 Mio Stück (1,7 Mio waren davon für den Inlandsmarkt bestimmt) befand sich zu Beginn der diesjährigen Saison ein erheblicher Teil bei Herstellern und Händlern auf Lager. Nachdem bereits etwa zwei Fünftel der privaten Haushalte über Kühlschränke verfügen — im Hinblick auf die hohe Zahl von sog. Ein-Personen-Haushalten und anderen (z. B. ländlichen) Haushalten, die als Käufer weniger in Frage kommen, ist das ein ziemlich hoher Prozentsatz —, dürfte es schwierig sein, im laufenden Jahr eine Produktion in der Höhe der vorjährigen abzusetzen und darüber hinaus auch noch Lagerbestände abzubauen. Eine gewisse Produktionseinschränkung, wie sie sich bereits im Mai andeutete, wird daher unvermeidlich sein. Unter ähnlichen Einflüssen leidet schon seit längerem der Absatz an Rundfunkgeräten. Der starke Rückgang im Absatz größerer Geräte wird zwar der Zahl nach durch den steigenden Absatz von Kleinempfängern (als Zweitgeräte) weitgehend aufgewogen, der ursprüngliche Produktionswert wird aber nicht mehr erreicht. Vom Herbst 1960 bis zum Frühsommer d. J. war auch der Absatz an Fernsehgeräten ziemlich schwach, doch scheint sich hier nach Einführung des 2. Programms eine Belebung durchzusetzen, wenngleich dies zunächst in erster Linie zu einem Abbau der überhöhten Lagerbestände beim Handel und bei den Erzeugern, weniger dagegen zu einer Produktionssteige-

rung führen dürfte. Obwohl bei Fernsehgeräten — und ähnlich bei Waschmaschinen — der Grad der Bedarfsdeckung in der Bundesrepublik noch wesentlich niedriger ist als in anderen Industrieländern, so vermitteln die jüngsten Schwankungen in diesen Geschäftssparten doch den Eindruck, daß sich die Annäherung an die ausländischen Verhältnisse wahrscheinlich nicht so rasch vollziehen wird, wie dies auf Grund der „ersten Welle“ vielfach erwartet wurde.

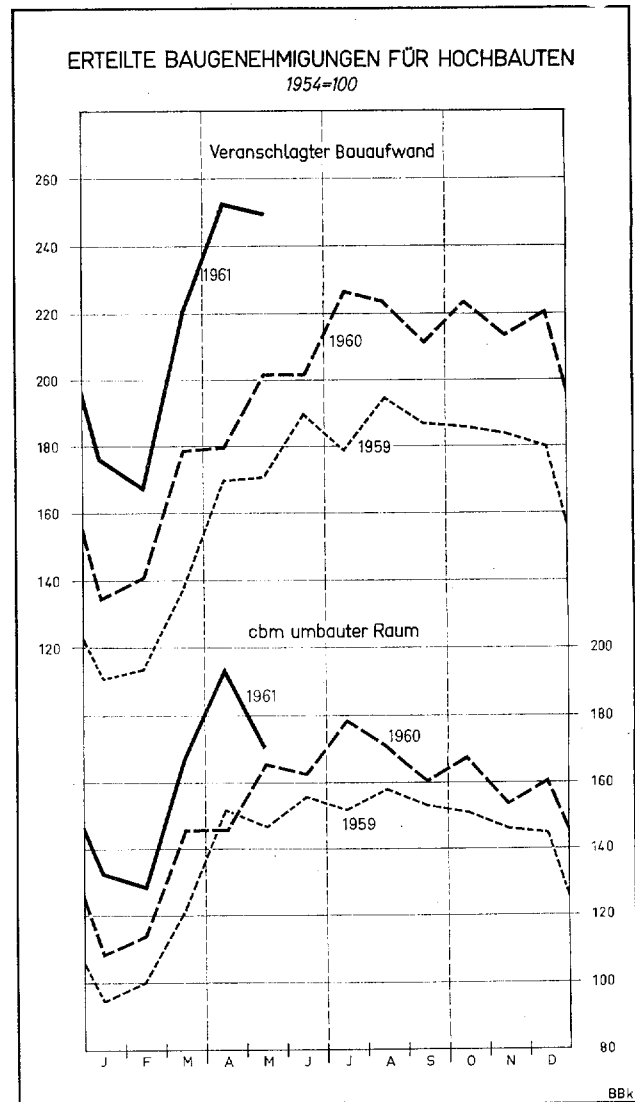
Schließlich sind im Fahrzeugsektor strukturelle Um-schichtungstendenzen am Werk, die einzelne Sparten immer wieder vor neue Schwierigkeiten stellen. Dies gilt in erster Linie für die Kleinfahrzeuge wie Zweiräder mit und ohne Motor, aber auch für die kleineren Personenkraftwagen. Dabei ist an den Neuzulassungen von Personenkraftwagen im April und Mai zu erkennen, daß — anders als im vergangenen Jahr — nicht unbedingt mit einer Überkompensation der Ausfälle bei den kleineren Wagen durch erhöhte Käufe von größeren Wagen gerechnet werden kann, waren doch die Neuzulassungen von Personenkraftwagen im Durchschnitt dieser beiden Monate insgesamt um 5 vH niedriger als in der entsprechenden Vorjahrszeit. Es muß freilich offen bleiben, inwieweit die jüngste Entwicklung darauf zurückzuführen ist, daß ein Teil der präsumtiven Käufer die Automobilausstellung im Herbst abwartet und sich nach dieser vielleicht wieder eine stärkere Be-lebung in den Neuzulassungen durchsetzen wird.

Weiterhin hohe Baunachfrage

In Gegensatz zu den im Vorangegangenen behandel-ten Bereichen hat sich die Lage auf dem Baumarkt bis-her noch kaum entspannt. Zwar waren auch hier einige Tendenzen in Richtung auf einen besseren Ausgleich des Marktes zu verzeichnen; in Anbetracht der hohen Nachfrageüberhänge und der — insgesamt gesehen — nicht sonderlich großen Produktionselastizität schlug dies bisher jedoch nicht zu Buch. Positiv zu werten ist die Tatsache, daß die Produktion des Bauhauptgewerbes im zweiten Quartal etwa im saisonüblichen Maß zugenommen hat und damit um gut 2 vH über dem entsprechenden Vorjahrsstand lag. Der Anstieg der Be-schäftigtenzahl, der bis Juni anhielt, dürfte dazu beigetragen haben. Überhaupt scheint sich der Arbeitskräftemangel — so hemmend er sich nach wie vor auswirkt — wenigstens nicht mehr vergrößert, ja im Bauhaupt-gewerbe, Konjunkturtest-Meldungen zufolge, sogar leicht vermindert zu haben. Für den Ausbausektor gilt freilich eher das Gegenteil; mehr denn je ist hier der Mangel an gelernten Arbeitskräften der entscheidende Engpaß, was sich unter anderem darin äußert, daß die Baufertigstellung nach Vollendung des Rohbaus — namentlich im Wohnungsbau — immer mehr Zeit in

Anspruch nimmt und der Überhang an im Ausbau be-findlichen Bauten weiter wächst. Unter der Überbean-spruchung des (nach wie vor rein handwerklich produ-zierenden) Ausbaugewerbes leidet auch die Qualität der Bauleistungen, und die Preise steigen in diesem Sektor besonders stark. Die Preise für haustechnische Anlagen z. B. erhöhten sich von Mai 1960 bis Mai 1961 nach dem amtlichen Index um 10 vH, die Preise für Rohbau-arbeiten dagegen nur um 3,1 vH und die für Erd- und Grundarbeiten um 0,4 vH.

Die Tendenzen der Nachfrageentwicklung auf dem Baumarkt sind gegenwärtig besonders schwer zu beur-teilen. Der veranschlagte Bauaufwand für die von den Baubehörden erteilten Baugenehmigungen, der häufig als repräsentativ für die Nachfrageentwicklung ange-sehen wird, war im Durchschnitt der Monate April und Mai — den letzten Monaten, für die Zahlen vorlie- gen — um 27 vH höher als in der entsprechenden Vor-jahrszeit gegenüber 24 vH im ersten Quartal d. J. Da-bei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Aprilzah-



len, die eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 40 vH aufweisen, sehr stark von der Diskussion über die Einführung eines befristeten Baugenehmigungsstopps beeinflusst waren. Manche Genehmigung ist damals sicher vorsorglich eingeholt worden, ohne daß sie alsbald zu einer Nachfrage nach Bauleistungen führen wird. Im Mai war dagegen ein starker Rückgang der Zuwachsrate für den veranschlagten Bauaufwand (16 vH) festzustellen, wobei freilich abzuwarten bleibt, ob es sich hier um eine Reaktion auf die Entwicklung im April oder um eine länger anhaltende Abschwächung handelt.

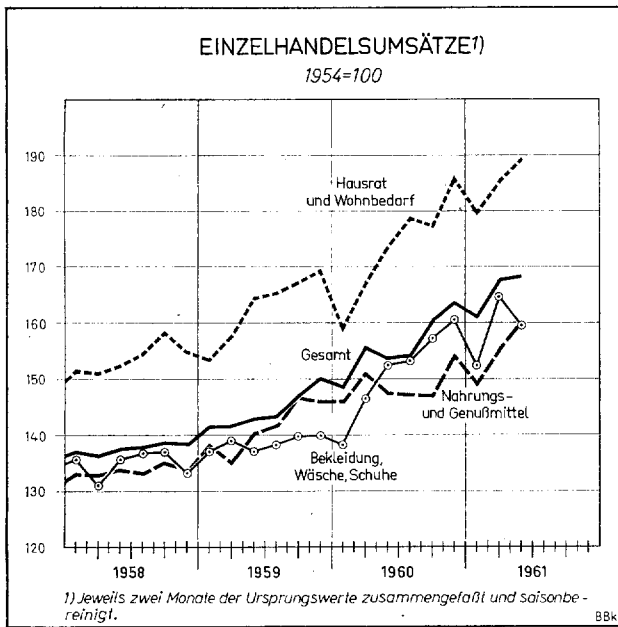
Was den Wohnungsbau anlangt, so steht einer Einschränkung der Baunachfrage allerdings die kräftige staatliche Förderung entgegen. Zwar war in den ersten Monaten d. J. die Zahl der erteilten Bewilligungsbescheide für Sozialwohnungen merklich niedriger als ein Jahr zuvor, jedoch war dies weitgehend darauf zurückzuführen, daß der Beginn des neuen Rechnungsjahres, der in der Regel mit Anlaufschwierigkeiten verbunden ist, erstmals auf den 1. Januar fiel und überdies im Dezember vergangenen Jahres in hohem Maße Baubewilligungen vorweg erteilt worden waren. Seit dem Mai d. J. übertreffen aber die Bewilligungsbescheide wieder das Vorjahrsniveau, und verschiedene Momente sprechen dafür, daß sich die öffentliche Wohnungsbauförderung in der nächsten Zeit wieder intensivieren wird. Einmal ist damit zu rechnen, daß die Länder auf Grund ihrer guten Kassenlage die Bereitstellung eigener Mittel für die allgemeine Wohnungsbauförderung weiter erhöhen werden. Außerdem ist zu erwarten, daß der Bund die für den Wohnungsbau für SBZ-Flüchtlinge vorgesehenen Mittel wegen des steigenden Flüchtlingszustroms aufstocken muß. Ein wachsender Teil der öffentlichen Mittel wird überdies nicht für die Gewährung von Darlehen, sondern für Zins- und Tilgungssubventionen verwendet, so daß dadurch der Radius der öffentlichen Finanzierungshilfen weiter vergrößert wird. Das zeigt sich nicht nur darin, daß neuerdings die Zahl der geförderten Wohnungen wieder zunimmt, sondern hat auch zur Folge, daß die je Wohnung gewährten direkten und indirekten staatlichen Hilfen zunehmende Tendenz aufweisen. Zur Zeit sind außerdem die Finanzierungsmöglichkeiten über die Kapitalsammelstellen sehr günstig, wenn sich auch die Lage des Kapitalmarktes selbst in letzter Zeit etwas verschlechtert hat. Von den Kapitalsammelstellen sind jedenfalls im Durchschnitt des zweiten Quartals 1961 um 26 vH mehr Hypothekenzusagen für den Wohnungsbau erteilt worden als in der entsprechenden Vorjahrszeit, und zwar zu einem gegenüber dem Vorjahr deutlich ermäßigten Zinssatz. Im Hinblick auf die Notwendigkeit, die Anspannungen auf dem Bauproduktmarkt, und zwar vor allem im Ausbausektor, zu mildern, wäre es angebracht,

wenn der sich aus der Marktentwicklung ergebenden Möglichkeit, einen wachsenden Teil des jährlichen Wohnbauvolumens ohne öffentliche Hilfen zu finanzieren, in der öffentlichen Bauförderung Rechnung getragen würde. Eine weitere Ausdehnung der Zins- und Tilgungssubventionen erscheint hier nicht zweckmäßig, vielmehr wäre es konsequent, wenn wegen des sinkenden Zinstrends für Kapitalmarktmittel die Subventionen eingeschränkt würden.

Außerhalb des Wohnungsbaus war die Entwicklung der Bauplanungen, die allerdings nur für die *Hochbauten der Wirtschaft und der öffentlichen Stellen* bekannt ist, weiter sehr hoch. Gemessen an dem veranschlagten Bauaufwand, übertraf im April und Mai die Nachfrage bei den gewerblichen Bauprojekten den entsprechenden Vorjahrsstand um 26 vH und bei öffentlichen Bauvorhaben um 67 vH. Die Baugenehmigungen für Gebäude der Wirtschaft sind allerdings im Mai stark zurückgegangen; dem veranschlagten Bauaufwand nach waren sie in diesem Monat noch um 6 vH höher, dem umbauten Raum nach aber um 8 vH niedriger als im gleichen Vorjahrsmonat. Es wird abzuwarten bleiben, ob dies einen ersten Schritt zu einer etwas vorsichtigeren Auftragsvergabe bei gewerblichen Bauten darstellt; nach den Tendenzen im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen wäre dies jedenfalls nicht ausgeschlossen. Gleichfalls ist zur Zeit noch nicht zu überblicken, ob die nun außer vom Bund auch von einer Reihe von Ländern erlassenen einengenden Bestimmungen für die Vergabe öffentlicher Bauaufträge die bisher noch sehr rege Baulust der öffentlichen Stellen dämpfen werden. Freilich entfällt auf den Bund und die Länder, die bisher allein solche Maßnahmen ergriffen haben, nur der kleinere Teil des Bauvolumens öffentlicher Stellen, während der größere Teil auf Aufträge der Gemeinden zurückgeht, deren gute Haushaltslage eine weitere Ausdehnung erlaubt.

Anhaltende Verbrauchssteigerung

Keinerlei Anzeichen für eine allgemeine Abschwächung der Expansion lassen sich bisher im Bereich des privaten Verbrauchs feststellen. Die Zuwachsrate der Einzelhandelsumsätze war im Durchschnitt der Monate Mai und Juni mit 10,0 vH sogar etwas größer als im Durchschnitt der ersten vier Monate d. J. (8,2 vH). Die Nachfragesteigerung konzentrierte sich vor allem auf Oberbekleidung, Schmuckwaren und in jüngster Zeit auch auf Fernsehgeräte, während andere längerlebige Konsumgüter sowie Schuhe von der Ausweitung der Verbrauchsausgaben kaum profitierten. Die Grundlage der Verbrauchsausweitung bildete der weitere Anstieg des Masseneinkommens, der sich im Vergleich zu 1960 wahrscheinlich noch etwas verstärkt hat. Im ersten Quartal 1961 — für das genauere Angaben vorliegen — war



das gesamte Netto-Einkommen aus unselbständiger Arbeit und öffentlichen Einkommensübertragungen um gut 10 vH höher als ein Jahr zuvor, während im Jahre 1960 die Zuwachsrate 9,2 vH betragen hatte. Im zweiten Quartal 1961 dürfte die Zuwachsrate noch leicht gestiegen sein, da die öffentlichen Einkommensübertragungen etwas stärker zugenommen haben. Allerdings hat es den Anschein, als sei in letzter Zeit wieder ein etwas größerer Teil des Einkommenszuwachses gespart worden; jedenfalls ist die Sparquote im ersten Halbjahr 1961, den bisher verfügbaren Angaben zufolge, nicht mehr gesunken, sondern wieder gestiegen.

Die Expansion des Endabsatzes fand allerdings auch in den letzten Monaten nur einen verhältnismäßig schwachen Niederschlag im Auftragseingang bei den Verbrauchsgüterindustrien. Die inländischen Auftragsengänge waren unter Ausschaltung von Preissteigerungen in den meisten Branchen — mit Ausnahme vor allem der Bekleidungsindustrie — niedriger als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Bis zu einem gewissen Grade ist dies auf die schon erwähnte gute Bevorratung des Handels zurückzuführen, die einen Abbau der Lager angezeigt erscheinen läßt, daneben aber auch auf die steigenden Einfuhren. Besonders betroffen hiervon wurde die Textilindustrie, die wegen der ständig wachsenden Importe sowohl an Baumwoll- und Wollgeweben, die von der heimischen Bekleidungsindustrie verarbeitet werden, als auch an textilen Enderzeugnissen, wie namentlich Wäsche aus den sog. Niedrigpreisländern, schon seit geraumer Zeit mit Absatzschwierigkeiten zu kämpfen hat.

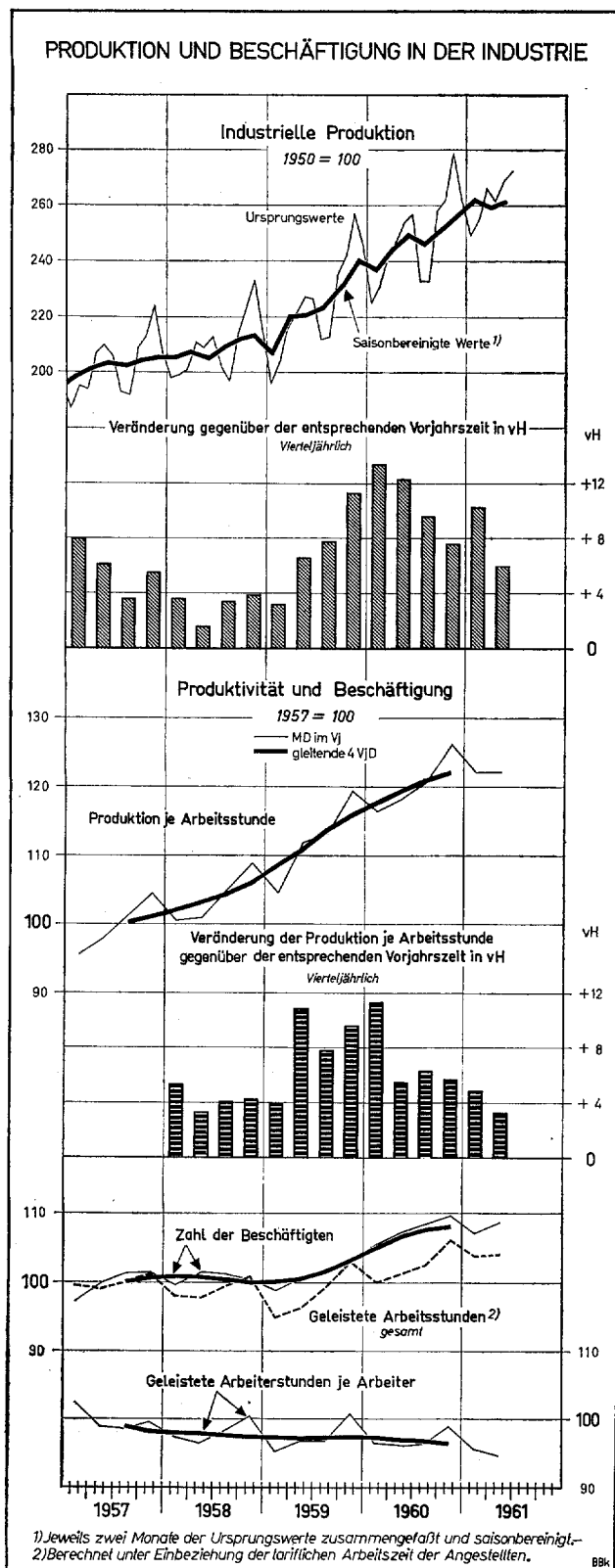
Die Angebotsentwicklung

Der Ausweitung des Angebots haben sich in den letzten Monaten weit größere Schwierigkeiten entgegen-

gestellt als 1960 und noch zu Beginn des Jahres 1961, als noch auf gewisse „Saison-Reserven“ zurückgegriffen werden konnte. Die jüngsten Erschwernisse spiegeln sich deutlich in der Entwicklung der industriellen Produktion wider, die im zweiten Quartal 1961 gegenüber dem ersten Vierteljahr nur um 4 vH gestiegen ist, während in den beiden Vorjahren der Zuwachs in der gleichen Periode 8 bzw. 10 vH betragen hatte. Unter Ausschaltung der saisonüblichen Schwankungen ist die Industrieproduktion seit der Jahreswende 1960/61 bis zum Ende des zweiten Quartals 1961 sogar kaum mehr gestiegen, wenngleich sich die Zuwachsrate gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres im zweiten Vierteljahr noch auf 6 vH stellte.

Dieser Zuwachs gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit geht übrigens nur zu einem bescheidenen Teil auf die Erhöhung der Produktivität zurück. Besonders wichtig war vielmehr, daß es trotz aller Schwierigkeiten gelungen ist, das Beschäftigungsvolumen weiter zu vergrößern. Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie war im zweiten Vierteljahr erneut um annähernd 4 vH höher als im gleichen Quartal des Vorjahres. Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit dürfte sich allerdings um etwa 1 vH verringert haben. Das Produktionsergebnis je geleistete Arbeitsstunde war demnach im zweiten Quartal 1961 (unter schätzungsweiser Berücksichtigung der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden der Angestellten) nur um etwa 3 vH höher als in der entsprechenden Vorjahrszeit gegen rd. 4,9 vH im ersten Vierteljahr 1961 und 7,1 vH im Durchschnitt des Jahres 1960.

Der Produktivitätsfortschritt hat also die Gesamtproduktion nicht so steigen lassen, wie von ihm vielfach erwartet worden ist. Die effektiven Investitionen nahmen zwar im ersten Halbjahr 1961 weiter stark zu — den Inlandsumsätzen der Investitionsgüterindustrie zufolge um etwa 17 vH gegenüber dem ersten Halbjahr 1960 —, und der Neuzugang an Anlagen war daher noch nie so hoch wie gerade in jüngster Zeit; die damit an sich verbundene Wirkung auf die Produktivität ist aber durch eine Reihe von Faktoren abgeschwächt worden. So ist der Grad der Kapazitätsausnutzung — im Gegensatz zum vergangenen Jahr — seit einiger Zeit etwas zurückgegangen, wofür vor allem die Tatsache entscheidend war, daß sich eine bis zum Maximum vorangetriebene Kapazitätsauslastung aus technischen und ökonomischen Gründen nicht unentwegt fortsetzen läßt. Ähnliche Ermattungserscheinungen sind auch in der Leistungskraft der Arbeitnehmer festzustellen. Hier hat namentlich die Bereitschaft zur Leistung von Überstunden nachgelassen, so daß die bislang vielfach nur formal in Kraft getretenen weiteren Arbeitszeitverkürzungen (von 45 auf 44 oder weniger Wochenarbeits-



stunden) sich auch effektiv mehr und mehr durchgesetzt haben. Schließlich spielt eine Rolle, daß bei dem großen Mangel an Arbeitskräften in noch stärkerem Maße als vorher auf ungelernete und zum Teil nicht voll einsatzfähige Arbeitnehmer zurückgegriffen werden mußte, so

daß ein Teil der durch Neuinvestitionen gewonnenen Erhöhung der technischen Produktivität durch Effizienzverlust im Bereich der Arbeitskräfte aufgewogen wurde. Sprunghafte Steigerungen der Produktion auf Grund der hohen Investitionen der letzten Zeit sind also schon aus diesem Grunde auch für die Zukunft kaum zu erwarten, ganz abgesehen davon, daß Produktivitätssteigerungen die abnehmende Zuwachsrate des Beschäftigungsvolumens nicht ausgleichen werden. Zu der hier und da vertretenen Erwartung, daß infolge der hohen Investitionen die bestehenden Spannungen zwischen Angebot und Nachfrage eventuell von der Seite des Angebots her gelöst werden, ist im übrigen zu bemerken, daß das Nominaleinkommen je Beschäftigten seit 1959 regelmäßig stärker zugenommen hat als die Produktivität und daß dies aller Wahrscheinlichkeit nach auch 1961 noch der Fall sein wird.

Positive Einflüsse gingen auf die Angebotsentwicklung im Verlauf der letzten Monate schließlich weiter von der *Einfuhr* aus. Allerdings gilt dies nicht generell. Wie im Berichtsteil „Außenhandel und Zahlungsbilanz“ näher dargelegt wird, war die Einfuhr in den letzten Monaten dem Werte nach nur wenig höher als vor einem Jahr. Unter Ausschaltung der Saisoneinflüsse und der — namentlich durch die Aufwertung bedingten Preissenkungen — ist die Einfuhr aber auch in der letzten Zeit nicht unbeträchtlich gestiegen. Besonders gilt dies für die gewerblichen Enderzeugnisse, deren Einfuhr im Durchschnitt der Monate März bis Juni dem Volumen nach um 18 vH höher war als in der entsprechenden Vorjahrsperiode. Bei den hier hauptsächlich in Frage stehenden Produkten — namentlich Konsumgütern — wurde durch die Einfuhrsteigerung, die sich durchweg bei sinkenden Preisen vollzog, die Konkurrenz verstärkt.

Preisentwicklung

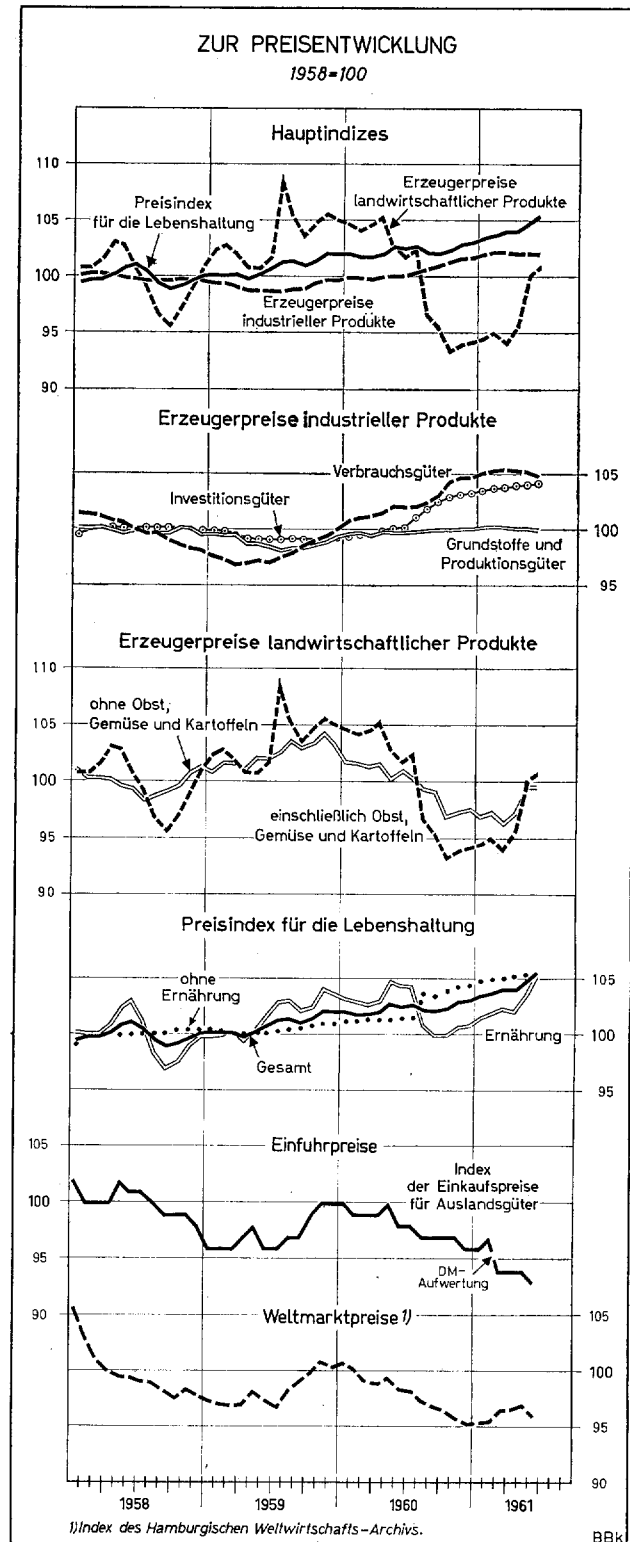
Die *Preisentwicklung* in der Bundesrepublik war in den letzten Monaten, von den Preiserhöhungen für einige landwirtschaftliche Erzeugnisse abgesehen, verhältnismäßig ruhig. Die Erzeugerpreise industrieller Produkte gingen im zweiten Vierteljahr um 0,2 vH zurück, während sie bis dahin über zwei Jahre lang fast ununterbrochen leicht gestiegen waren. Besonders ausgeprägt waren die Preisrückgänge bei den industriellen Grundstoffen in- und ausländischer Herkunft, die sich im zweiten Quartal um 0,7 vH ermäßigten, nachdem sie bereits im März um 0,3 vH (die Preise der eingeführten Rohstoffe infolge der Aufwertung um 3,7 vH) gesunken waren. Bei den Preisen landwirtschaftlicher Produkte hatten dagegen im zweiten Vierteljahr die Preissteigerungen — teils aus Saisongründen, teils wegen der

ausgesprochen feuchten Witterung — das Übergewicht; der Erzeugerpreisindex für landwirtschaftliche Produkte stieg von März bis Juni d. J. um 7,1 vH, während er in der gleichen Zeit des Vorjahres um 3 vH gesunken war. Hauptsächlich infolge der Verteuerung der Nahrungsmittel hielt auch auf der Verbraucherebene der Preisanstieg an. Der Preisindex für die gesamte Lebenshaltung war im Juni um 1,4 vH höher als im März d. J.; dabei sind die Ernährungskosten um 3,0 vH, die Preise der übrigen Waren- und Dienstleistungen dagegen um 0,4 vH gestiegen. Obwohl der jüngste Anstieg erheblich schwächer war als der in den vorangegangenen drei Quartalen — die Lebenshaltung ohne Ernährung hatte sich in diesen Vierteljahren um 0,9 bis 2,0 vH verteuert —, so ist doch bemerkenswert, daß sich auf der Verbraucherstufe bei den industriellen Erzeugnissen bisher noch keine so deutliche Stabilisierung des Preisniveaus vollzogen hat wie bei den Erzeugerpreisen. So sind z. B. die Erzeugerpreise der traditionellen Verbrauchsgüterindustrien im zweiten Vierteljahr 1961 um 0,5 vH zurückgegangen, die Verbraucherpreise für Hausrat und Bekleidung dagegen noch um 0,3 vH gestiegen.

So spürbar der Druck auf die Preise im industriellen Bereich während der letzten Monate war, so wäre es dennoch verfrüht, darin in erster Linie eine Folge der oben beschriebenen Tendenzen der Konjunkturberuhigung erblicken zu wollen. Die Preisentwicklung ist vielmehr in diesen Monaten vor allem durch die von der *Aufwertung* ausgehenden Einflüsse bestimmt worden. Am stärksten wirkten sie sich bei den vorwiegend auf Grund von Börsennotierungen gehandelten Grundstoffen aus; der Preisindex für eingeführte Rohstoffe ermäßigte sich von Februar bis Juni um 5,9 vH. Der Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter, der auch Halb- und Fertigwaren umfaßt, ging in der gleichen Zeit weniger, nämlich nur um 4,2 vH, zurück, was hauptsächlich mit Preissteigerungen auf den ausländischen Märkten (z. B. für Obst und Gemüse) zusammenhing. Die ermäßigten Importpreise wirkten zunächst überall dort preisdrückend, wo der Importanteil groß ist (z. B. in der Stahl- und in der Textilindustrie); im übrigen spielte die Verbilligung der eingeführten Waren als Gegengewicht gegen die Anhebung der inländischen Produktionskosten eine wichtige, wenn auch zeitlich befristete Rolle.

So deutlich die Anzeichen für eine Konjunkturberuhigung bereits sind, so ist doch nicht anzunehmen, daß die Preisentwicklung schon in nächster Zeit in stärkerem Maße auf die Entspannung der Konjunkturlage reagieren wird. Nach den Erfahrungen in den letzten Konjunkturzyklen ist jedenfalls festzustellen, daß zwischen der Konjunkturkurve und der Preiskurve ein *time-lag* besteht. So hielt beispielsweise der Preis-

anstieg bis gegen Ende des Jahres 1957 an, obgleich sich bereits im Jahre 1956 deutliche Anzeichen einer Konjunktorentspannung abzeichneten. Dieser *time-lag* ist — neben einer allgemeinen Trägheit der Preisbewegung — vor allem darauf zurückzuführen, daß sich wichtige Kostenerhöhungen mehr oder weniger lange Zeit über die Phase der Hochkonjunktur hinweg halten



Zur Preisentwicklung ¹⁾

	1960	1961	Juni 1961 gegen Juni 1960 p) ²⁾	Veränderung gegenüber dem Vormonat ³⁾					
	Juni	Juni p)		Jan. 1961	Febr. 1961	März 1961	April 1961	Mai 1961	Juni p) 1961
	1958 = 100			vH					
Binnenmarkt ⁴⁾									
Grundstoffpreise insgesamt	100	99	- 1,5	± 0	+ 0,1	- 1,0	- 0,2	+ 0,8	+ 0,1
davon: industrieller Herkunft	107	100	- 1,0	+ 0,2	+ 0,1	- 0,3	- 0,3	- 0,4	+ 0,0
darunter: Mauerziegel	107	114	+ 6,2	± 0	± 0	± 0	+ 0,5	+ 0,3	+ 3,9
Kupfer (Halbzeug)	120	106	-11,9	- 4,8	+ 1,2	+ 0,3	- 2,2	+ 2,3	- 3,4
land-, forst- und plantagenwirtschaftlicher Herkunft	130	126	- 2,0	- 0,2	+ 0,1	- 1,8	+ 0,2	+ 2,2	+ 0,2
darunter: Baumwolle	94	90	- 3,8	+ 1,3	+ 0,5	- 3,2	+ 0,3	- 0,7	- 1,6
Rohwolle, ausländische	107	100	- 6,6	- 0,2	+ 1,7	- 1,0	+ 3,0	+ 4,1	- 1,7
Rohholz (Stamm), inländisches	93	102	+10,1	+ 2,0	+ 1,2	- 0,5	- 1,7	- 1,2	± 0
Rohkautschuk	155	100	-35,7	- 2,6	- 3,5	+ 1,4	+ 2,1	+ 1,4	- 5,5
Speisekartoffeln	128	106	-17,6	+ 8,8	- 1,7	- 3,3	+ 2,5	+ 2,1	+ 8,3
Schweine	106	103	- 2,2	+ 1,5	- 0,8	- 5,7	- 3,7	+ 4,6	+ 0,4
Erzeugerpreise der Industrie insgesamt ⁴⁾	100	102	+ 1,9	+ 0,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,1
darunter: Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	100	100	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,1
darunter: Eisen- und Stahlindustrie	99	99	- 0,4	+ 0,0	± 0	± 0	+ 0,0	- 0,6	± 0
NE-Metallindustrie	115	105	- 8,7	- 1,9	+ 1,9	- 3,0	+ 0,8	+ 3,7	- 3,0
Papierherzeugung	95	98	+ 2,9	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1
Investitionsgüterindustrien	100	104	+ 4,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2
darunter: Maschinenbau	101	106	+ 5,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3
Fahrzeugbau	100	101	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	± 0	± 0
Verbrauchsgüterindustrien	102	105	+ 2,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,3
darunter: Textilindustrie	101	102	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,5	- 0,3	- 1,0
Schuhindustrie	110	111	+ 0,4	- 0,2	+ 0,1	± 0	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4
Holzverarbeitung	101	107	+ 5,2	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,2
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾									
insgesamt	102	101	- 1,1	+ 0,3	+ 0,5	- 1,0	+ 1,6	+ 4,7	+ 0,7
davon: Pflanzliche Produkte	103	101	- 2,4	+ 4,1	+ 1,5	+ 0,4	+ 4,4	+11,4	+ 2,6
Tierische Produkte	101	101	- 0,2	- 1,4	+ 1,7	- 3,3	+ 0,2	+ 1,2	- 0,4
Einzelhandelspreise insgesamt ⁴⁾	101	103	+ 1,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,5
darunter: Lebensmittelgeschäfte	102	103	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	- 0,0	+ 0,6	+ 1,1
darunter: Gemüsegeschäfte	118	105	-10,9	+ 4,5	+ 2,8	+ 0,7	- 0,5	+ 4,4	+10,3
Geschäfte für Textilwaren und Schuhwerk	100	103	+ 2,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1
Geschäfte für Hausrat und Wohnbedarf	100	104	+ 4,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
darunter: Geschäfte für Eisenwaren	101	107	+ 5,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Möbel	99	103	+ 4,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0
Elektrogeräte (ohne Rundfunkgeräte)	100	102	+ 2,5	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4
Preisindex für die Lebenshaltung									
insgesamt	102,6	105,6	+ 2,9	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,7
darunter: Ernährung	104,5	105,5	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,4	- 0,2	+ 0,4	+ 1,8
Heizung und Beleuchtung	101,0	102,6	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	- 1,0	+ 0,3	+ 0,2
Hausrat	97,8	100,6	+ 2,8	+ 0,5	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1
Bekleidung	101,4	103,9	+ 2,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0
Reinigung und Körperpflege	102,3	105,4	+ 3,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1
Bildung, Unterhaltung und Erholung	104,2	108,5	+ 4,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,5
Verkehr	102,5	106,0	+ 3,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,0
Weltmarkt ⁶⁾									
Preisindex d. Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs									
insgesamt	98	96	- 2,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,3	- 1,0
davon: Nahrungs- und Futtermittelrohstoffe	89	90	+ 0,8	+ 0,4	- 0,3	± 0	+ 0,6	+ 0,9	- 1,4
Industrierohstoffe	102	98	- 3,9	± 0	- 0,1	+ 1,9	- 0,1	+ 0,2	- 0,9
Moody's Index	95	93	- 2,1	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,5	- 0,4	- 0,1	+ 0,5
Reuter's Index	102	101	- 0,9	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,7	+ 0,9	- 1,5

¹⁾ Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabelle VIII, 6 (Großhandels- und Erzeugerpreise) sowie 7 (Verbraucherpreise und Löhne) im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. — ²⁾ Errechnet unter Berücksichtigung von zwei Dezimalstellen der Indizes. — ³⁾ Veränderung in vH errechnet auf Grund der Indizes auf Originalbasis mit einer Dezimalstelle. — ⁴⁾ Umbasiert von der Originalbasis 1950 = 100. — ⁵⁾ Umbasiert von der Originalbasis 1950/51 = 100. — ⁶⁾ Vorläufig.

und die Elastizität der Nachfrage auch bei bereits beginnender Konjunkturabschwächung noch ausreicht, um eine Überwälzung von Kostenerhöhungen zu gestatten. Von großer Bedeutung ist hierbei vor allem, daß die Löhne auch dann noch beträchtlich weiter steigen, wenn der Konjunkturföhepunkt bereits überschritten ist, weil der Arbeitsmarkt von Abschwächungen der Gesamtnachfrage gewöhnlich erst nach einiger Zeit tangiert wird, besonders wenn der Konjunkturaufschwung mit einer erheblichen Übernachfrage verbunden war.

Auch gegenwärtig weist die Entwicklung des *Arbeitsmarktes*, ungeachtet der Abschwächung des Auftrageingangs bei der Industrie, noch keine Entspannung auf. Die Zahl der Arbeitslosen, die selbst in den Wintermonaten dieses Jahres relativ gering geblieben war, ist bis zur Jahresmitte auf 99 000 oder rd. 0,5 vH der Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten gesunken gegenüber immerhin 134 000 oder 0,7 vH ein Jahr zuvor. Umgekehrt lag die Zahl der offenen Stellen im bisherigen Verlauf des Jahres durchweg höher als im Vorjahr, wenngleich sie von Ende März bis Ende Juni um 10 000 abgenommen hat, während sie in der gleichen Vorjahrsperiode um 50 000 gestiegen war. Dabei

Hälfte d. J. um rund 330 000 Personen erhöht gegen lediglich 110 000 in der gleichen Vorjahrsperiode. Wenn dennoch das Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt größer war denn je, so ist dies nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit verkürzt wurde.

Die starke Position der Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt hat bisher — und das dürfte sich auch in den nächsten Monaten kaum ändern — zu einer weiteren *Erhöhung der Lohnforderungen* und der bei Tariflohnabschlüssen vereinbarten Lohnaufbesserungen geführt. Zwar war die Zahl der Beschäftigten, für die im zweiten Quartal 1961 Tarifloohnerhöhungen in Kraft traten, mit schätzungsweise 4,8 Mio nicht so hoch wie im ersten Vierteljahr (5,7 Mio) und im zweiten Quartal 1960 (8,1 Mio), doch lag dies ausschließlich daran, daß nicht mehr Tarifverträge zur Erneuerung anstanden. Das Ausmaß der in Kraft gesetzten Tarifloohnerhöhungen war dagegen mit 9,5 vH höher als im Jahresdurchschnitt 1960 (8,6 vH). Dabei sind die Effektivlöhne in diesem Zeitraum offenbar noch stärker — den Angaben der Industriebereichterstattung zufolge um schätzungsweise 11 vH — gestiegen. Wie schon erwähnt, betrug

Tarifloohnerhöhungen im Bundesgebiet¹⁾

Zeit	Zahl der Beschäftigten, für die Tarifloohnerhöhungen in Kraft getreten sind ²⁾		Ausmaß der jeweiligen Tarifloohnerhöhung ³⁾ in vH			Tariflohniveau ⁴⁾			
	in Tsd	in vH der tarifstatistisch erfaßten Beschäftigten ³⁾	Stundenverdienste	Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzung	Wochenverdienste	Stundenverdienste		Wochenverdienste	
						1958 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in vH	1958 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in vH
1957	12 030	75	8,8	3,6	5,2	93,4	-	95,1	-
1958	14 920	92	7,0	1,7	5,3	100,0	+ 7,1	100,0	+ 5,2
1959	12 490	76	6,5	1,3	5,2	104,8	+ 4,8	103,2	+ 3,2
1960	16 095	95	8,6	0,4	8,2	112,4	+ 7,3	110,0	+ 6,6
1959 1. Vj.	4 180	26	2,7	2,2	0,5	102,8	+ 5,6	101,5	+ 3,8
2. "	6 640	41	4,5	0,3	4,2	103,8	+ 4,2	102,3	+ 2,4
3. "	3 750	23	5,0	0,3	4,7	105,5	+ 4,4	103,8	+ 2,7
4. "	3 660	22	6,0	1,4	4,6	107,0	+ 4,9	105,1	+ 3,7
1960 1. Vj.	3 945	23	6,6	0,5	6,1	108,7	+ 5,7	106,5	+ 5,0
2. "	8 080	48	5,9	0,4	5,5	110,6	+ 6,6	108,3	+ 5,9
3. "	5 625	33	8,9	0,2	8,7	114,1	+ 8,2	111,5	+ 7,5
4. "	1 870	11	7,6	0,3	7,3	116,3	+ 8,6	113,6	+ 8,1
1961 ^{p)} 1. Vj.	5 695	33	5,2	0,1	5,1	118,0	+ 8,6	115,3	+ 8,2
2. "	4 810	28	9,5	0,1	9,4	120,3	+ 8,7	117,5	+ 8,5

¹⁾ Ohne Berlin (West); ab 1960 einschl. Saarland. — Zu den Tarifloohnerhöhungen werden hier auch die Erhöhungen der Verdienste der Angestellten und Beamten gerechnet. Wird für Angestellte und Beamte die Arbeitszeit verkürzt, ohne daß die Monatsverdienste geändert werden, so wird eine entsprechende Erhöhung der Stundenverdienste und ein entsprechender Lohnausgleich unterstellt. — ²⁾ Abweichungen der Jahresergebnisse von den Summen bzw. dem Durchschnitt der Vierteljahreswerte ergeben sich daraus, daß in den Jahresergebnissen bei mehrfachen Lohn erhöhungen im Laufe eines Jahres die Beschäftigten nur einmal und die Lohn erhöhungen mit ihrem jährlichen Gesamtbetrag erfaßt werden. — ³⁾ Insgesamt werden die Tarifverträge von etwa 85 vH aller unselbständig Beschäftigten erfaßt. — ⁴⁾ Die Jahres- bzw. Vierteljahresergebnisse wurden als Durchschnitt aus Monatsendständen ermittelt. — ^{p)} Vorläufig.

war der Zugang an Erwerbspersonen zum Arbeitsmarkt keineswegs gering. Infolge des erhöhten Zustroms von Flüchtlingen aus der SBZ, eines nach wie vor beträchtlichen Zugangs an Ausländern und einer im Vergleich zum Vorjahr größeren Zahl von Schulentlassenen hat sich vielmehr das Beschäftigtenpotential in der ersten

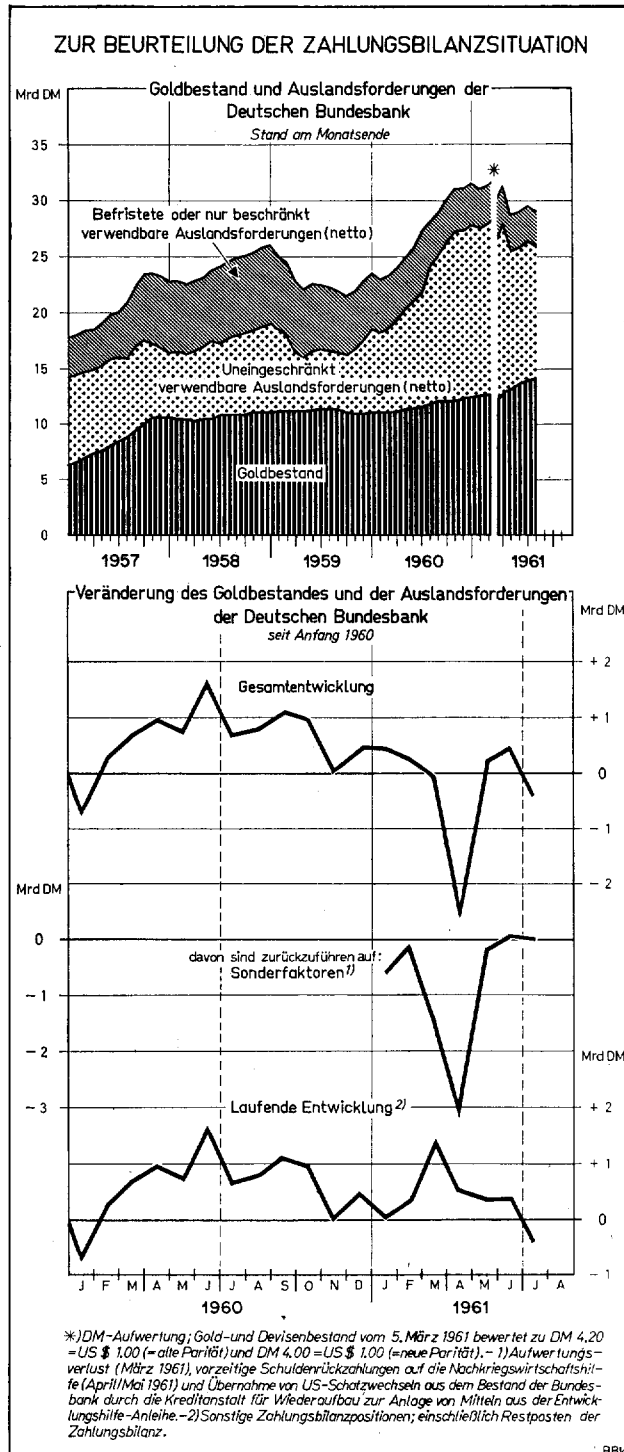
demgegenüber die Zunahme der Produktion je Arbeitsstunde in der Industrie im zweiten Quartal 1961 (im Vergleich zur entsprechenden Vorjahrszeit) nur rd. 3 vH, so daß, global betrachtet, nur etwa ein Drittel der Lohnsteigerungen durch den gleichzeitigen Produktivitätsfortschritt kompensiert wurde.

Außenhandel und Zahlungsbilanz

Die Entwicklung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank

Im Zahlungsverkehr mit dem Ausland sind in den letzten Monaten, gemessen an der Veränderung des Netto-Gold- und Devisenbestandes der Bundesbank, verhältnismäßig geringe Überschüsse angefallen. Am 30. April d. J., d. h. kurz nach der vorzeitigen Tilgung

eines großen Teils der deutschen Schulden aus der Nachkriegswirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten von Amerika und der Rückzahlung der gesamten noch ausstehenden Schulden aus der Nachkriegswirtschaftshilfe Großbritanniens (der dann im Mai die Tilgung der Restschulden an Frankreich folgte), hatte der Netto-Gold- und Devisenbestand der Bundesbank 28,8 Mrd DM betragen gegen 31,6 Mrd DM am Ende des vergangenen Jahres; im Mai und Juni hat er sich um 235 bzw. 486 Mio DM erhöht, und im Juli ist der Reservebestand um 354 Mio DM gesunken. Ende Juli machten die zentralen Währungsreserven also 29,2 Mrd DM (netto) aus; sie waren damit um reichlich 2,4 Mrd DM niedriger als am 31. Dezember 1960.



In der Entwicklung der Reserven während der ersten vier Monate des Jahres hatten außergewöhnliche Abgänge eine erhebliche Rolle gespielt. Auf Grund der am 6. März 1961 vorgenommenen Paritätsänderung der D-Mark waren sie, in DM gerechnet, um 1 420 Mio DM (den sogenannten Aufwertungsverlust) gesunken¹⁾. Stark herabgedrückt wurden die Währungsreserven der Bank ferner durch die bereits erwähnte vorzeitige Tilgung von Nachkriegsschulden im Betrage von etwas mehr als 3,1 Mrd DM, die im Rahmen eines Sonderaufsatzes im April-Heft dieser Monatsberichte geschildert wurde. Als ein Sondereinfluss ist schließlich bis zu einem gewissen Grade die Abgabe von US-Schatzwechseln aus dem Bestande der Bank an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zur zwischenzeitlichen Anlage eines Teiles des Aufkommens aus der Entwicklungshilfe-Anleihe der Wirtschaft zu betrachten. Im Januar und Februar 1961 wurde der Devisenbestand der Bank durch diese Transaktion um 677 Mio DM vermindert, und im April, als nach dem ursprünglichen Zeitschema die zweite Tranche der Entwicklungshilfe-Anleihe fällig wurde, kamen hierzu weitere 62 Mio DM.

In der Folgezeit wurde die Entwicklung der Gold- und Devisenposition durch Sondereinflüsse dieser Art nicht mehr bestimmt. Im Mai, als der Rest der Entwicklungshilfe-Anleihe einging, wurden an die Kreditanstalt für Wiederaufbau zwar noch für 145 Mio DM US-Schatzwechsel aus dem Bestande der Bundesbank abgegeben; aber im Juni kam es infolge des allmählich

¹⁾ Zu dem mit der Neubewertung der Gold- und Devisenbestände verbundenen bilanzmäßigen Verlust in Höhe von 1 420 Mio DM kamen noch einige weitere Buchverluste bei internen Verrechnungen im Betrage von 55 Mio DM hinzu. Der daraus resultierende „Ausgleichsbedarf“ in der Bilanz der Bundesbank in Höhe von insgesamt 1 475 Mio DM wurde später im Betrage von 210 Mio DM durch Auflösung von Rückstellungen gedeckt, so daß ein Rest von 1 265 Mio DM verblieb. In Höhe dieses Betrages erkannte der Bund eine „Forderung (der Bundesbank) wegen Änderung der Währungsparität“ an, die — abgesehen von eventuellen anderweitigen Tilgungen — jährlich in Höhe des dem Bunde zustehenden Anteils am Gewinn der Bank getilgt werden soll.

Bestimmungsfaktoren für die Veränderung der zentralen Währungsreserven
in Mio DM

Zeit	Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) des Gold- und Devisenbestandes (netto) der Deutschen Bundesbank	davon sind zurückzuführen auf:													
		Sonderfaktoren				Laufende Entwicklung									
		Ins-gesamt	Auf-wer-tungs-verlust	Vor-zeitige Schul-den-rück-zahlung ¹⁾	Über-nahme von US-Treasury Bills aus dem Bundes-bank-bestand durch die KfW (Zu-nahme: -) ²⁾	Ins-gesamt	Veränderung der Devisen-position der Geschäfts-banken (ohne Anlagen der KfW) ³⁾			Sonstiger statistisch erfaßter Kapital-verkehr (netto) (Eigene Leistungen: -)			Waren- und Dienst-lei-stungs-verkehr	Ument-geltliche Lei-stungen	Rest-posten der Zah-lungs-bilanz
							Netto-Veränderung (Ver-besse-rung: -)	Zunahme (-) bzw. Abnahme (+) der Aus-lands-for-derungen	Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) der Aus-lands-ver-bindlich-keiten	Saldo	Öffent-liche Lei-stungen	Private Lei-stungen			
1960 1. Vj.	+ 353	—	—	—	+ 353	+ 120	+ 14	+ 106	-1 618	-1 192	- 426	+ 2 334	- 623	+ 140	
2. "	+ 3 458	—	—	—	+ 3 458	+ 1 610	+ 1 178	+ 432	+ 123	- 119	+ 242	+ 1 566	- 825	+ 984	
3. "	+ 2 633	—	—	—	+ 2 633	+ 315	+ 194	+ 121	+ 352	- 261	+ 613	+ 1 586	- 669	+ 1 049	
4. "	+ 1 563	—	—	—	+ 1 563	+ 209	- 283	+ 492	+ 589	- 622	+ 1 211	+ 2 487	- 939	- 783	
1961 1. Vj.	- 207	- 2 097	- 1 420	- 677	+ 1 890	- 1 221	- 1 386	+ 165	+ 723	- 470	+ 1 193	+ 2 660	- 653	+ 381	
2. "	- 1 892	- 3 246	—	- 3 122	+ 1 354	- 510	- 1 455	+ 945	- 77	- 686	+ 609	+ 2 078	- 834	+ 697	
Januar	- 492	- 592	—	- 592	+ 100	- 1 077	- 912	- 165	+ 71	- 211	+ 282	+ 613	- 210	+ 703	
Februar	+ 290	- 85	—	- 85	+ 375	- 631	- 360	- 271	+ 339	- 141	+ 480	+ 1 071	- 205	- 199	
März	- 5	- 1 420	- 1 420	+ 0	+ 1 415	+ 487	- 114	+ 601	+ 313	- 118	+ 431	+ 976	- 238	- 123	
April	- 2 613	- 3 163	—	- 3 101	+ 550	- 177	- 503	+ 326	+ 6	- 379	+ 385	+ 951	- 412	+ 182	
Mai	+ 235	- 166	—	- 21	+ 401	- 193	- 360	+ 167	+ 51	- 176	+ 227	+ 450	- 204	+ 297	
Juni P)	+ 486	+ 83	—	+ 83	+ 403	- 140	- 592	+ 452	- 134	- 131	- 3	+ 677	- 218	+ 218	
Juli P)	- 354	- 4	—	- 4	- 350	

¹⁾ Erwerb von Forderungen aus der Nachkriegswirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs durch die Deutsche Bundesbank. — ²⁾ Die Übernahme dient der zwischenzeitlichen Anlage eines Teils des Erlöses der Entwicklungshilfe-Anleihe der deutschen Wirtschaft (KfW = Kreditanstalt für Wiederaufbau). Abweichend von den Ziffern auf S. 4/5 basiert die Umrechnung in DM auf dem Paritätskurs; die Wertminderung durch die DM-Aufwertung ist nicht ausgeschaltet. — ³⁾ Vgl. Anm. 2). — P) Vorläufig.

einsetzenden Abflusses der Anleihemittel für die Zwecke der Entwicklungshilfe bereits zu Rückreichungen im Betrage von 83 Mio DM, und wenn auch im Juli erneut ein kleiner Betrag abgegeben wurde, so war die Verminderung, die der Devisenbestand der Bundesbank durch Abgaben an die KfW im Rahmen dieser Transaktionen erfuhr, seit Mai d. J. doch nur noch gering.

Wenn sich gleichwohl die Zunahme der zentralen Währungsreserven in relativ engen Grenzen hielt, so lag das an den anhaltenden Geldexporten der sonstigen Kreditinstitute und an einer allmählichen Passivierung der Bilanz des übrigen Kapitalverkehrs, die die gleichzeitige Erhöhung des Aktivsaldos des Waren- und Dienstleistungsverkehrs überkompensierte und damit den erneuten Anstieg der Gold- und Devisenbestände der Bundesbank abschwächte.

Der „Geldexport“ der Geschäftsbanken

Die Geldexporte der Geschäftsbanken, d. h. ihre Anlagen bei ausländischen Banken und an ausländischen Geldmärkten, sind im zweiten Quartal 1961 verstärkt gewachsen. Sie beliefen sich (ohne die genannten Anlagen der KfW) auf mehr als 1,5 Mrd DM und waren

damit noch größer als im ersten Quartal, in dem sie bereits 1,2 Mrd DM betragen hatten. Im Juli dürften sie, den vorläufigen Teilangaben zufolge, wiederum beträchtlich gewachsen sein. Die Basis für diese Entwicklung bildet die Beseitigung des starken zwischenstaatlichen Zinsgefälles, das bis gegen Ende des vergangenen Jahres bestand. Allerdings ist die Verbesserung der Devisenposition darüber hinaus durch einige Sonderfaktoren gefördert worden. So hat vor allem zu Beginn dieses Jahres eine große Rolle gespielt, daß die Bundesbank den Kreditinstituten bei der Abgabe von Dollarbeträgen zur Geldanlage im Ausland über eine bestimmte Mindestfrist hinaus eine Swap-Prämie gewährte. Zwar wurde diese Prämie von zunächst noch 1 1/2 0/0 am 20. Januar und Anfang Februar um jeweils 1/2 0/0 herabgesetzt und Mitte Februar gänzlich abgeschafft, jedoch gab die Bundesbank auch nach dem Abbau der Swap-Prämie den Geldexporten insofern noch eine Stütze, als sie Terminkontrakte zu Kassakursen abschloß und es damit den Geschäftsbanken ersparte, den Preis des freien Marktes für die Kurs-sicherung zu zahlen. Außerdem wurden die Geldexporte seit Mitte Mai d. J. dadurch angeregt, daß die Banken infolge der Neuregelung der Mindestreserveanforde-

rungen, nach der ihre Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland insoweit von der Mindestreserve freigestellt werden, als ihnen Guthaben und Geldmarktanlagen im Ausland gegenüberstehen, bestrebt waren, ihre Auslandsanlagen zu erhöhen. Unter dem Einfluß dieser Faktoren haben sich die Guthaben und Geldmarktanlagen der Geschäftsbanken im Ausland (ohne die von der KfW in amerikanischen Schatzwechseln angelegten Mittel) bis zum 30. Juni 1961 auf etwas mehr als 4 Mrd DM erhöht gegen 1,3 Mrd DM am Ende des vergangenen Jahres und 2,5 Mrd DM am 31. März 1961. Dagegen haben die Banken im zweiten Quartal — anders als im ersten — keine kurzfristigen Kredite an das Ausland mehr gewährt, vielmehr wurde der Betrag der Ende März d. J. mit knapp 1,3 Mrd DM ausstehenden Kredite um rd. 70 Mio DM reduziert. Immerhin ist der Gesamtbetrag der kurzfristigen Auslandsforderungen (wiederum ohne die Anlagen der KfW) im zweiten Quartal um 1 455 Mio DM und damit noch etwas stärker gestiegen als im ersten Vierteljahr (1 386 Mio DM).

Allerdings haben auch die Auslandspassiva im zweiten Quartal wieder beträchtlich zugenommen, nämlich um 945 Mio DM gegen nur 165 Mio DM in den ersten

drei Monaten des Jahres. Die Erhöhung geht in erster Linie auf die vermehrte Inanspruchnahme von Auslandskrediten zurück. Die Verschuldung der Banken ist in der Zeit von April bis Juni um 610 Mio DM, d. h. doppelt so stark gewachsen wie im ersten Quartal. Für die weitere Zunahme war einmal von Bedeutung, daß die Banken — ebenso wie bereits im ersten Quartal — in großem Umfang Kredite in ausländischer Währung aufgenommen haben, was damit im Zusammenhang gestanden haben dürfte, daß sie sowohl für eigene Rechnung als auch für Rechnung ihrer Kundschaft Devisenverbindlichkeiten eingegangen sind, um auf diese Weise Auslandsforderungen in fremder Währung kursmäßig abzusichern. Daneben hat vermutlich eine Rolle gespielt, daß für einzelne Institute im Zusammenhang mit der erwähnten Neuordnung der Mindestreserveanforderungen ein gewisser Anreiz geschaffen wurde, Auslandskredite aufzunehmen, und zwar dann, wenn der Bestand an Guthaben und Geldmarktanlagen im Ausland höher war als der Betrag der mindestreservepflichtigen Auslandsverbindlichkeiten; bei einer solchen Konstellation zieht die Kreditaufnahme keine höheren Mindestreserveanforderungen nach sich, sie ist mithin verhältnismäßig billig.

Zur Entwicklung der Devisenposition der Geschäftsbanken
in Mio DM

Positionen	Stand am 31. 12. 1958 1) 2)	Veränderungen im Berichtszeitraum 3) 4)										Stand am 30. 6. 1961 1) 2)
		1959	1960	1961								
				1. Vj. 5)	2. Vj.	Jan.	Febr.	März 5)	April	Mai	Juni	
A. Kurzfristige Auslandsforderungen												
Guthaben bei ausländischen Banken	559	+ 537	— 361	+1 131	+1 663	+ 672	+266	+193	+589	+400	+674	3 730
davon: Täglich fällige Gelder	(431)	(+ 451)	(— 409)	(+ 154)	(+ 561)	(+ 164)	(+ 53)	(— 63)	(+246)	(+ 16)	(+299)	(1 245)
Termingelder	(128)	(+ 86)	(+ 48)	(+ 977)	(+1 102)	(+ 508)	(+213)	(+256)	(+343)	(+384)	(+375)	(2 485)
Geldmarktanlagen	481	+ 718	— 867	+ 720	— 16	+ 756	+ 97	—133	+ 19	+131	—166	1 083
darunter: Kreditanstalt für Wiederaufbau 6)	(—)	(—)	(—)	(+ 677)	(+ 124)	(+ 592)	(+ 85)	(— 0)	(+ 62)	(+145)	(— 83)	(801)
Kurzfristige Kredite	879	+ 60	+ 125	+ 212	— 68	+ 76	+ 82	+ 54	— 43	— 26	+ 1	1 197
Insgesamt	1 919	+1 315	—1 103	+2 063	+1 579	+1 504	+445	+114	+565	+505	+509	6 010
B. Kurzfristige Auslandsverpflichtungen												
Einlagen von Ausländern	2 893	+ 535	+ 231	— 140	+ 335	— 407	— 85	+352	+143	+ 16	+176	3 836
davon: Banken	(1 702)	(+ 229)	(— 128)	(+ 32)	(+ 153)	(— 247)	(— 38)	(+317)	(+ 52)	(+ 52)	(+ 49)	(1 981)
Nichtbanken	(1 191)	(+ 306)	(+ 359)	(— 172)	(+ 182)	(— 160)	(— 47)	(+ 35)	(+ 91)	(— 36)	(+127)	(1 855)
Kurzfristige Kredite	577	— 255	+ 920	+ 305	+ 610	+ 242	—186	+249	+183	+151	+276	2 168
Insgesamt	3 470	+ 280	+1 151	+ 165	+ 945	— 165	—271	+601	+326	+167	+452	6 004
C. Saldo zwischen kurzfristigen Auslandsforderungen und -verpflichtungen (Netto-Devisenposition)												
	—1 551	+1 035	—2 254	+1 898	+ 634	+1 669	+716	—487	+239	+338	+ 57	+ 6

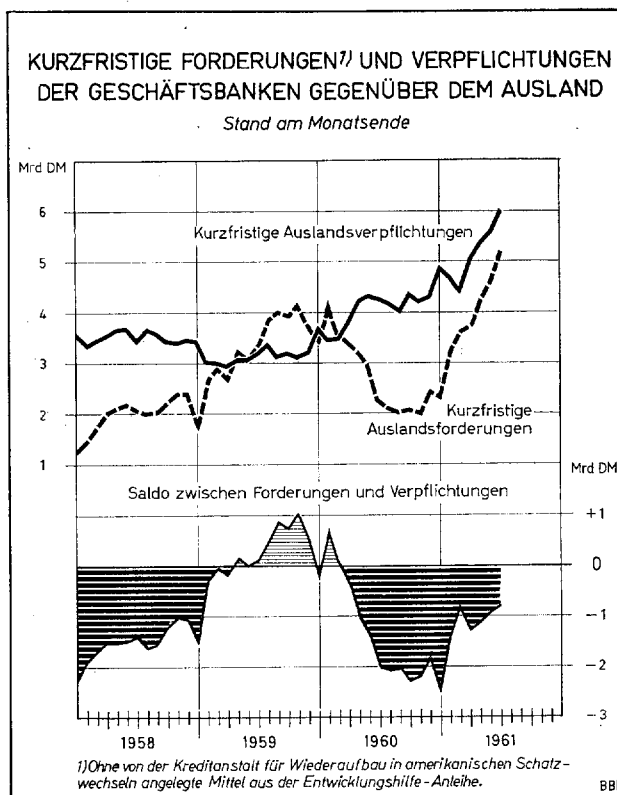
1) Weitere Bestandsangaben sind aus der Tabelle VII, 4 im Statistischen Teil dieses Berichts zu ersehen. — 2) Forderungen und Verpflichtungen in ausländischer Währung sind mit dem am Ende des jeweiligen Berichtszeitraumes geltenden Paritätskurs bewertet. — 3) Zunahme der Forderungen und Verpflichtungen: +, Abnahme: —; Verbesserung des Saldos zwischen Forderungen und Verpflichtungen (Netto-Devisenposition): +, Verschlechterung: —. — 4) Einschl. der durch die DM-Aufwertung bedingten Veränderung bei Forderungen und Verpflichtungen in ausländischer Währung; die sonstigen statistisch bedingten Zu- und Abgänge sind ausgeschaltet. — 5) Vgl. Anm. 4). — 6) Nur Anlage von Mitteln aus der Entwicklungshilfe-Anleihe der deutschen Wirtschaft in US-Treasury Bills aus dem Bestande der Bundesbank. Vgl. hierzu auch Anm. 2) zur Tabelle „Bestimmungsfaktoren für die Veränderung der zentralen Währungsreserven“ auf S. 49.

Von wesentlichem Einfluß für den im Vergleich zum ersten Quartal sehr starken Anstieg der gesamten Auslandspassiva war ferner die Umkehr bei der Entwicklung der Einlagen von Ausländern. Nachdem diese im ersten Vierteljahr um 140 Mio DM zurückgegangen waren, sind sie im zweiten um 335 Mio DM gestiegen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Veränderungen bei den Einlagen seit geraumer Zeit in steigendem Maße durch Kapitalertragszahlungen beeinflusst werden, die an bestimmten Terminen — vor allem zum Jahresende und in gewissem Umfang auch zum Halbjahresresultimo — aus dem inneren Geldkreislauf auf die bei deutschen Banken geführten Konten von Ausländern eingezahlt und erst im folgenden Monat zu einem großen Teil abdisponiert werden. So war der Einlagenrückgang im ersten Quartal dadurch bedingt, daß im Januar ein erheblicher Teil der im Dezember gutgeschriebenen Beträge abfloß, während die Zunahme im zweiten Quartal mit den im Juni vorgenommenen Gutschriften zusammenhängt.

Zieht man den Saldo aus Forderungen und Verpflichtungen, so ergibt sich für das zweite Quartal (ohne KfW) eine Verbesserung in der Devisenposition der Geschäftsbanken um 510 Mio DM. Wegen der starken Zunahme der Verpflichtungen war sie jedoch bei weitem nicht so groß wie im ersten Quartal, in dem sie rd. 1,2 Mrd DM ausgemacht hatte. Bei Forderungen von 5,2 Mrd DM (hierin sind die Anlagen der KfW nicht enthalten) und Verbindlichkeiten von 6,0 Mrd DM ergibt sich für den 30. Juni 1961 nur noch eine kurzfristige Netto-Auslandsverschuldung von 0,8 Mrd DM gegen 2,5 Mrd DM Ende Dezember.

Die Abschwächung des Kapitalzustroms

In der Bilanz des nicht durch die Veränderungen in der Devisenposition der Geschäftsbanken bestimmten Kapitalverkehrs haben sich in der letzten Zeit ebenfalls erhebliche Veränderungen ergeben, und zwar insofern, als sich der noch bis vor kurzem bestehende hohe Aktivsaldo beträchtlich vermindert hat, ja im Juni sogar in einen Passivsaldo umgeschlagen ist. Dies gilt zumindest, wenn man die statistisch erfaßten Kapitalleistungen (ohne die Veränderungen in der Devisenposition der Geschäftsbanken und ohne die vorfristigen Schuldentrückzahlungen) betrachtet. Allerdings wird diese Passivierungstendenz, die sich offenbar auch im Juli fortgesetzt hat, durch die Entwicklung des Restpostens der Zahlungsbilanz, für dessen Veränderungen bekanntlich Kreditgewährungen und ähnliche Vorgänge eine große Rolle spielen, modifiziert. In diesem Bereich waren nämlich im zweiten Quartal 1961 verhältnismäßig hohe Aktivsalden zu verzeichnen.



Bestimmend für die Veränderungen in der Bilanz des statistisch erfaßten Kapitalverkehrs war die Entwicklung des *privaten Wertpapierverkehrs mit dem Ausland*. Hier hatte sich im vergangenen Jahr per Saldo ein Mittelzuström von 1,4 Mrd DM ergeben, da die Käufe von inländischen Wertpapieren durch Ausländer (2,1 Mrd DM netto) weit über die gleichzeitigen deutschen Käufe im Ausland (rd. 700 Mio DM netto) hinausgegangen waren. Auch im ersten Vierteljahr 1961 waren die Zuflüsse mit knapp 700 Mio DM noch verhältnismäßig hoch. Im April erreichten sie nochmals rd. 300 Mio DM. Im Mai gingen sie jedoch bereits auf rd. 180 Mio DM zurück, und im Juni waren die Devisenabgaben auf Grund von Wertpapiertransaktionen zum ersten Male seit Anfang 1960 wieder höher als die gleichzeitigen Eingänge — eine Tendenz, die sich aller Wahrscheinlichkeit nach im Juli in verstärktem Umfang fortgesetzt hat.

Wie die folgende Tabelle im einzelnen erkennen läßt, beruht dies vor allem auf den *Transaktionen in inländischen festverzinslichen Wertpapieren*. Während das Ausland noch im Monatsdurchschnitt des letzten Quartals von 1960 per Saldo deutsche festverzinsliche Werte im Betrage von rd. 240 Mio DM erworben hatte, gingen die Netto-Käufe von Januar ab zunächst langsam, dann immer rascher zurück. Im Mai betragen sie nur noch 58 Mio DM (netto) und im Juni, dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen, waren die

Private Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland
in Mio DM

Positionen ¹⁾	1958	1959	1960				1961					
			Ins- gesamt	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	April	Mai	Juni
A. Transaktionen in ausländischen Wertpapieren												
1) Käufe von ausländischen Wertpapieren durch Inländer	383	2 032	1 717	561	341	500	315	326	323	111	100	112
davon: a) Dividendenpapiere	(196)	(1 409)	(1 543)	(488)	(303)	(472)	(280)	(297)	(290)	(94)	(90)	(106)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(187)	(623)	(174)	(73)	(38)	(28)	(35)	(29)	(33)	(17)	(10)	(6)
2) Verkäufe von ausländischen Wertpapieren durch Inländer	104	569	1 009	202	301	278	228	321	213	87	56	70
davon: a) Dividendenpapiere	(46)	(398)	(811)	(141)	(240)	(240)	(190)	(253)	(188)	(76)	(51)	(61)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(58)	(171)	(198)	(61)	(61)	(38)	(38)	(68)	(25)	(11)	(5)	(9)
Nettokäufe (—) bzw. -verkäufe (+) von ausländischen Wertpapieren durch Inländer	—279	—1 463	— 708	—359	— 40	—222	— 87	— 5	—110	— 24	— 44	— 42
davon: a) Dividendenpapiere	(—150)	(—1 011)	(— 732)	(—347)	(— 63)	(—232)	(— 90)	(— 44)	(—102)	(— 18)	(— 39)	(— 45)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(—129)	(— 452)	(+ 24)	(— 12)	(+ 23)	(+ 10)	(+ 3)	(+ 39)	(— 8)	(— 6)	(— 5)	(+ 3)
B. Transaktionen in inländischen Wertpapieren ²⁾												
1) Käufe von inländischen Wertpapieren durch Ausländer	1 803	2 528	4 342	536	759	1 418	1 629	1 168	1 367	529	492	346
davon: a) Dividendenpapiere	(796)	(1 902)	(2 483)	(306)	(572)	(868)	(737)	(497)	(861)	(319)	(325)	(217)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(1 007)	(626)	(1 859)	(230)	(187)	(550)	(892)	(671)	(506)	(210)	(167)	(129)
2) Verkäufe von inländischen Wertpapieren durch Ausländer	1 211	2 059	2 276	498	536	662	580	466	790	201	267	322
davon: a) Dividendenpapiere	(587)	(1 293)	(1 790)	(380)	(432)	(557)	(421)	(228)	(457)	(127)	(158)	(172)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(624)	(766)	(486)	(118)	(104)	(105)	(159)	(238)	(333)	(74)	(109)	(150)
Nettokäufe (+) bzw. -verkäufe (—) von inländischen Wertpapieren durch Ausländer	+ 592	+ 469	+2 066	+ 38	+223	+756	+1 049	+702	+577	+ 328	+225	+ 24
davon: a) Dividendenpapiere	(+209)	(+ 609)	(+ 693)	(— 74)	(+140)	(+311)	(+ 316)	(+269)	(+404)	(+192)	(+167)	(+ 45)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(+383)	(— 140)	(+1 373)	(+112)	(+ 83)	(+445)	(+ 733)	(+433)	(+173)	(+136)	(+ 58)	(— 21)
C. Saldo (A + B)												
davon: a) Dividendenpapiere	+313	— 994	+1 358	—321	+183	+534	+ 962	+697	+467	+304	+181	— 18
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(+ 59)	(— 402)	(— 39)	(—421)	(+ 77)	(+ 79)	(+ 226)	(+225)	(+302)	(+174)	(+128)	(+ 0)
	(+254)	(— 592)	(+1 397)	(+100)	(+106)	(+455)	(+ 736)	(+472)	(+165)	(+130)	(+ 53)	(— 18)

¹⁾ Dividendenpapiere einschl. Investmentzertifikate. — ²⁾ Einschl. deutscher Auslandsbonds.

Abgaben sogar um 21 Mio DM höher als die Neuanlagen. Die entscheidende Ursache hierfür dürfte in der starken Verminderung des Zinsgefälles seit dem Herbst vorigen Jahres zu sehen sein, wengleich neuerdings dabei auch die weltpolitischen Spannungen eine Rolle gespielt haben.

Auf der anderen Seite der Bilanz des Wertpapierhandels, d. h. bei den Transaktionen in ausländischen Effekten, ist dagegen eine gewisse Wiederbelebung festzustellen. Während die Käufe von ausländischen Wertpapieren durch Inländer im ersten Quartal 1961 mit nur noch 5 Mio DM (netto) ihren bisher niedrigsten Stand aufgewiesen hatten, betragen sie im zweiten Quartal 110 Mio DM (netto). Die Zunahme gegenüber den ersten Monaten des Jahres beruhte vor allem auf vermehrten Käufen von ausländischen Dividendenpapieren.

Unter den Faktoren, die zur Abschwächung des Netto-Kapitalzustroms beigetragen haben, sind ferner die erhöhten langfristigen Kapitalleistungen der öffent-

lichen Hand zu nennen. Sie beliefen sich im zweiten Quartal auf rd. 740 Mio DM gegen 425 Mio DM im ersten Vierteljahr¹⁾. Relativ stark sind dabei die Kredite an Entwicklungsländer gestiegen, nämlich auf rd. 280 Mio DM gegen 120 Mio DM im Zeitraum Januar bis März. Von dem Gesamtbetrag des zweiten Quartals entfielen fast 160 Mio DM auf Indien und 100 Mio DM auf die Türkei. Neben den Leistungen an die Entwicklungsländer, die in den kommenden Monaten tendenziell weiter steigen werden, da die finanzielle Basis für die Entwicklungshilfe durch die in letzter Zeit von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen erheblich verbreitert worden ist, haben auch die Überweisungen an internationale Organisationen zugenommen. Sie be-

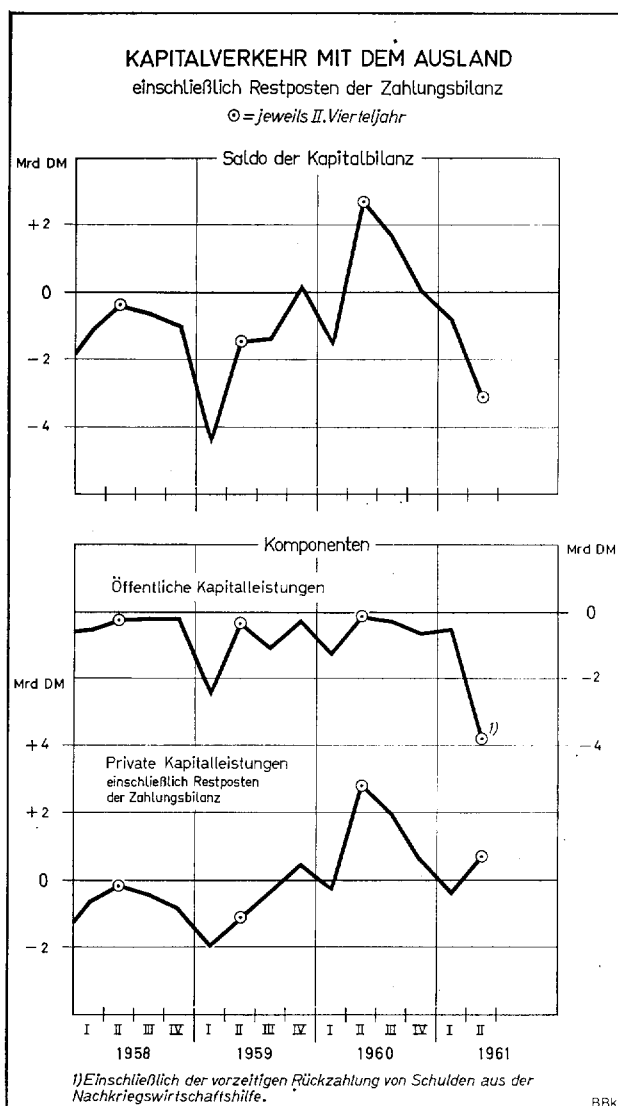
¹⁾ In der Tabelle „Wichtige Posten der Zahlungsbilanz“ (S. 54) werden die langfristigen öffentlichen Kapitalleistungen für das zweite Vierteljahr 1961 mit rd. 3 860 Mio DM ausgewiesen. Die Differenz von rd. 3 120 Mio DM gegenüber der obengenannten Ziffer entspricht der vorzeitigen Schuldentrückzahlung auf die Nachkriegswirtschaftshilfe. Diese Verpflichtungen wurden jedoch nicht vom Bunde selbst getilgt, sondern die Ansprüche der betreffenden Gläubiger wurden von der Bundesbank erworben, die im Rahmen der Zahlungsbilanzstatistik dem öffentlichen Sektor zugerechnet wird. (Vgl. hierzu auch S. 26 des vorliegenden Berichts.)

trugen rd. 410 Mio DM gegen rd. 280 Mio DM im ersten Quartal, wobei es sich hauptsächlich um Zahlungen an den Internationalen Währungsfonds auf Grund von DM-Ziehungen einzelner Mitgliedsländer handelte. Hierfür waren insgesamt 363 Mio DM aufzubringen. Seit ihrem Beitritt zum IWF hat die Bundesrepublik damit bisher 1,9 Mrd DM an den Fonds überwiesen, von denen rd. 840 Mio DM als Bareinzahlungen auf die deutsche Quote und rd. 1 030 Mio DM auf Grund von DM-Ziehungen aufzubringen waren.

Im Gegensatz zur Entwicklung des langfristigen Kapitalverkehrs wies die Bilanz der kurzfristigen Kapitalbewegungen (ohne die eingangs geschilderten Veränderungen in der Devisenposition der Geschäftsbanken) im zweiten Quartal einen erheblichen Aktivsaldo auf. Bei einem nur unbedeutenden Überschuß der öffentlichen Transaktionen, der sich daraus erklärt, daß die Forderungen des Bundes aus Waffenvorauszahlungen abgenommen haben, war dies durch die Aufnahme von kurzfristigen Finanzkrediten deutscher Wirtschaftsunternehmen bedingt. Die Kreditaufnahmen, die direkt, d. h. außerhalb des Bankenapparates vorgenommen werden, beliefen sich in den Monaten April bis Juni zusammengekommen auf rd. 500 Mio DM gegen rd. 480 Mio DM im ersten Vierteljahr und rd. 180 Mio DM im Quartalsdurchschnitt des vergangenen Jahres. Der große Umfang dieser Kredite dürfte damit zusammenhängen, daß die Wirtschaft, wie bereits in anderem Zusammenhang angeführt, bestrebt war, Verbindlichkeiten in fremder Währung einzugehen, um auf diese Weise Valutaforderungen gegen Verluste abzusichern, die sich aus einer Wechselkursänderung ergeben könnten.

Ähnliche Bestrebungen dürften auch den Grund dafür bilden, daß sich der Restposten der Zahlungsbilanz seit April d. J. wieder in verhältnismäßig starkem Ausmaß aktiviert hat, nachdem er im Februar und März mit Defiziten von zusammengekommen reichlich 300 Mio DM abgeschlossen hatte. Wie erwähnt, werden die Veränderungen dieses Sektors der Zahlungsbilanz weitgehend durch statistisch nicht erfaßte Kreditoperationen bestimmt. In erster Linie handelt es sich dabei um die Gewährung bzw. Inanspruchnahme von Zahlungszielen im Außenhandel (terms of payment). Die Verschiebung dieser terms of payment zugunsten der Bundesrepublik beruht vermutlich darauf, daß das Ausland bemüht war, durch Vorauszahlungen auf künftige deutsche Warenlieferungen DM-Forderungen aufzubauen, während die deutschen Importeure bei der Begleichung ihrer auf fremde Währung lautenden Verbindlichkeiten eine gewisse Zurückhaltung übten.

Zusammenfassend ergibt sich für die neuere Entwicklung des Kapitalverkehrs mit dem Ausland das folgende Bild: Auf Grund hoher Geldexporte der Geschäftsbanken und gesteigener Auslandszahlungen der öffentlichen Hand konnten die weitgehend aus dem Kursicherungsbestreben resultierenden Kreditaufnahmen der Geschäftsbanken und der Wirtschaft überkompensiert werden. Dies war um so eher möglich, als die noch bis vor kurzem relativ hohen Devisenzuflüsse im Wertpapiersektor gegen Ende des zweiten Quartals völlig versiegt. Insgesamt war daher die Bilanz des statistisch erfaßten Kapitalverkehrs auch dann passiv, wenn man von den Geldmarktanlagen der KfW (800 Mio DM) und den vorzeitigen Schuldentrückzahlungen (3,1 Mrd DM) absieht. In dieser Abgrenzung betrug das Defizit der Kapitalbilanz im zweiten Quartal rd. 600 Mio DM gegen rd. 500 Mio DM im ersten Quartal, während der Kapitalverkehr 1960 vom Frühjahr ab mit Überschüssen abgeschlossen hatte, die sich



für das zweite, dritte und vierte Quartal zusammengekommen auf 3,2 Mrd DM belaufen hatten. Eine gewisse Modifikation dieses Bildes ergibt sich dann, wenn der Restposten der Zahlungsbilanz in die Betrachtung einbezogen wird. Zwar bleibt dann der Kapitalverkehr im zweiten Quartal 1961 aktiv — und zwar mit etwas mehr als 100 Mio DM —, jedoch ist die Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in dem die statistisch nicht

erfaßten Kapitalzuflüsse besonders hoch gewesen waren, eher noch ausgeprägter. Ob sich die neuerlich zu beobachtenden Tendenzen im Kapitalverkehr weiter verstärken werden, bleibt freilich vorerst abzuwarten. Von großer Bedeutung dürfte dabei sein, ob und wie weit die internationale Währungsunruhe schwindet, da Kurssicherungsoperationen bis in die jüngste Zeit hinein erhebliche Geldzuflüsse aus dem Ausland bewirk-

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz *) +)
in Mio DM

Zeit	I. Saldo der Devisenbilanz ¹⁾	II. Leistungs- und Kapitalbilanz											III. Restposten der Zahlungsbilanz (I - II) ⁶⁾	
		Saldo der laufenden Posten					Saldo des Kapitalverkehrs (eigene Leistungen: -, fremde Leistungen: +)							Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz
		Insgesamt	Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs			Saldo der unentgeltlichen Leistungen	Insgesamt	Langfristig ²⁾			Kurzfristig			
			Insgesamt	Handelsbilanz ³⁾	Dienstleistungsbilanz ⁴⁾			Insgesamt	Privat	Öffentlich ⁵⁾	Insgesamt	darunter Devisenposition der Geschäftsbanken ⁷⁾		
1956	+5 014	+4 505	+5 696	+2 897	+2 799	-1 191	+ 48	- 629	+ 130	- 759	+ 677	+ 912	+4 553	+ 461
1957	+5 122	+5 968	+7 801	+4 083	+3 718	-1 833	-2 440	- 726	+ 133	- 859	-1 714	- 25	+3 528	+1 594
1958	+3 188	+6 288	+8 132	+4 954	+3 178	-1 844	-2 392	-1 877	- 518	-1 359	- 515	- 734	+3 896	- 708
1959	-2 204	+4 495	+7 401	+5 361	+2 040	-2 906	-6 243	-3 919	-1 147	-2 772	-2 324	-1 035	-1 748	- 456
1960	+8 007	+4 917	+7 973	+5 223	+2 750	-3 056	+1 700	- 458	+ 982	-1 440	+2 158	+2 254	+6 617	+1 390
1959 1. Vj.	-2 942	+1 209	+1 905	+1 191	+ 714	- 696	-4 099	-1 342	- 449	- 893	-2 757	-1 335	-2 890	- 52
2. "	- 426	+1 051	+1 741	+1 295	+ 446	- 690	-1 180	- 998	- 452	- 546	- 182	- 353	- 129	- 297
3. "	- 797	+ 522	+1 412	+1 212	+ 200	- 890	-1 647	-1 213	- 170	-1 043	- 434	- 381	-1 125	+ 328
4. "	+1 961	+1 713	+2 343	+1 663	+ 680	- 630	+ 683	- 366	- 76	- 290	+1 049	+1 034	+2 396	- 435
1960 1. Vj.	+ 353	+1 711	+2 334	+1 375	+ 959	- 623	-1 498	- 703	- 460	- 243	- 795	+ 120	+ 213	+ 140
2. "	+3 458	+ 741	+1 566	+ 874	+ 692	- 825	+1 733	- 346	+ 91	- 437	+2 079	+1 610	+2 474	+ 984
3. "	+2 633	+ 917	+1 586	+1 148	+ 438	- 669	+ 667	- 34	+ 356	- 390	+ 701	+ 315	+1 584	+1 049
4. "	+1 563	+1 548	+2 487	+1 826	+ 661	- 939	+ 798	+ 625	+ 995	- 370	+ 173	+ 209	+2 346	- 783
1961 1. Vj.	+1 213 ⁸⁾	+2 007	+2 660	+1 918	+ 742	- 653	-1 175	+ 323	+ 748	- 425	-1 498	-1 898 ¹⁰⁾	+ 832	+ 381
2. " p)	-1 892	+1 244	+2 078	+1 716	+ 362	- 834	-3 833	-3 705	+ 153	-3 858	- 128	- 634	-2 589	+ 697
1960 Jan.	- 656	+ 350	+ 547	+ 275	+ 272	- 197	-1 259	- 280	- 208	- 72	- 979	-1 006	- 909	+ 253
Febr.	+ 298	+ 515	+ 734	+ 396	+ 338	- 219	- 234	- 264	- 203	- 61	+ 30	+ 629	+ 281	+ 17
März	+ 711	+ 846	+1 053	+ 704	+ 349	- 207	- 5	- 159	- 49	- 110	+ 154	+ 497	+ 841	- 130
April	+ 994	+ 118	+ 629	+ 310	+ 319	- 511	+ 597	- 161	+ 38	- 199	+ 758	+ 634	+ 715	+ 279
Mai	+ 791	+ 397	+ 566	+ 395	+ 171	- 169	+ 240	- 127	- 52	- 75	+ 367	+ 363	+ 637	+ 154
Juni	+1 673	+ 226	+ 371	+ 169	+ 202	- 145	+ 896	- 58	+ 105	- 163	+ 954	+ 613	+1 122	+ 551
Juli	+ 702	+ 263	+ 470	+ 435	+ 35	- 207	+ 232	- 42	+ 173	- 215	+ 274	+ 78	+ 495	+ 207
Aug.	+ 819	+ 126	+ 401	+ 204	+ 197	- 275	+ 132	+ 18	+ 137	- 119	+ 114	- 16	+ 258	+ 561
Sept.	+1 112	+ 528	+ 715	+ 509	+ 206	- 187	+ 303	- 10	+ 46	- 56	+ 313	+ 253	+ 831	+ 281
Okt.	+ 987	+ 518	+ 751	+ 413	+ 338	- 233	+ 369	+ 382	+ 381	+ 1	- 13	- 103	+ 887	+ 100
Nov.	+ 79	+ 691	+ 904	+ 572	+ 332	- 213	- 501	+ 91	+ 260	- 169	- 592	- 346	+ 190	- 111
Dez.	+ 497	+ 339	+ 832	+ 841	- 9	- 493	+ 930	+ 152	+ 354	- 202	+ 778	+ 658	+1 269	- 772
1961 Jan.	- 492	+ 403	+ 613	+ 418	+ 195	- 210	-1 598	+ 37	+ 188	- 151	-1 635	-1 669	-1 195	+ 703
Febr.	+ 290	+ 866	+1 071	+ 853	+ 218	- 205	- 377	+ 193	+ 371	- 178	- 570	- 716	+ 489	- 199
März	+1 415 ⁸⁾	+ 738	+ 976	+ 647	+ 329	- 238	+ 800	+ 93	+ 189	- 96	+ 707	+ 487 ¹⁰⁾	+1 538	- 123
April	-2 613	+ 539	+ 951	+ 726	+ 225	- 412	-3 334	-3 180	+ 237	-3 417	- 154	- 239	-2 795	+ 182
Mai	+ 235	+ 246	+ 450	+ 297	+ 153	- 204	- 308	- 252	+ 64	- 316	- 56	- 338	- 62	+ 297
Juni p)	+ 486	+ 459	+ 677	+ 693	- 16	- 218	- 191	- 273	- 148	- 125	+ 82	- 57	+ 268	+ 218
Juli p)	- 354

*) Vom Tage der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes an (6. 7. 1959) einschl. der Transaktionen des Saarlandes mit dem Ausland. — +) Vgl. auch Tab. VII, 2 bis 5 im Statistischen Teil des vorliegenden Berichts. — 1) Veränderung der Währungsreserven (netto) der Deutschen Bundesbank (Zunahme: +); ohne Weltbankbonds und ohne diejenigen Weltbanknotes, die in der Position „Wertpapiere“ des Bundesbankausweises und hier bei den langfristigen öffentlichen Kapitalleistungen berücksichtigt sind. Ab Januar 1959 einschl. der bis Ende 1958 nicht berücksichtigten Veränderungen auf den Akkreditivdeckungskonten sowie einschl. der Veränderung der Verpflichtungen aus „Einlagen ausländischer Anleger“. — 2) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob; 1957 und 1958 einschl. nachträglich gemeldeter und in der amtlichen Außenhandelsstatistik für diese Jahre nicht erfaßter Einfuhren der Bundesregierung. — 3) Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten, jedoch einschl. des Saldos des Transit handels sowie einschl. sonstiger, den Warenverkehr betreffender Ergänzungen. — 4) Einschl. der Einnahmen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen für ausländische Streitkräfte. — 5) Für die Aufgliederung in „Privat“ und „Öffentlich“ ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die an der jeweiligen Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — 6) Vgl. Anm. 1). — 7) Saldo aus der Veränderung der kurzfristigen Auslandsforderungen und -verpflichtungen (Zunahme der Forderungen und Abnahme der Verpflichtungen: -). — 8) Saldo der nicht erfaßbaren Posten und der statistischen Ermittlungsfehler; hauptsächlich bedingt durch Veränderungen in den terms of payment. — 9) Ohne Berücksichtigung der durch die DM-Aufwertung bedingten Abnahme der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank um 1 420 Mio DM. — 10) Einschl. der durch die DM-Aufwertung bedingten statistischen Veränderung bei Forderungen und Verpflichtungen in ausländischer Währung. — p) Vorläufig.

ten. Mit den Ende Juli von der britischen Regierung ergriffenen Maßnahmen wird an zentraler Stelle ein Angriff auf diese Währungsunruhe unternommen.

Weiter hoher Aktivsaldo im Waren- und Dienstleistungsverkehr

Den beträchtlichen Geldexporten und der Abschwächung des Kapitalzustroms aus dem Ausland stand in den letzten Monaten, wie schon angedeutet, jedoch ein nach wie vor hoher Aktivsaldo im Waren- und Dienstleistungsverkehr gegenüber. Im zweiten Quartal — Ziffern über den Juni hinaus liegen noch nicht vor — waren die Einnahmen in diesem Bereich um fast 2,1 Mrd DM höher als die Ausgaben. Dieser Betrag blieb zwar, der Saisontendenz entsprechend, erheblich hinter dem des ersten Quartals (fast 2,7 Mrd DM) ebenso wie hinter dem des vierten Quartals von 1960 (knapp 2,5 Mrd DM) zurück, aber er war bedeutend größer als der Überschuß der beiden Sommerquartale von 1960, der sich jeweils auf etwas weniger als 1,6 Mrd DM gestellt hatte. Dabei hat sich der Überschuß des Dienstleistungsverkehrs allein der Tendenz nach weiter beträchtlich vermindert; er betrug im zweiten Vierteljahr rd. 360 Mio DM gegen rd. 740 Mio DM im Vorvierteljahr und knapp 700 Mio DM im zweiten Quartal von 1960. Höhere Kapitalertragsüberweisungen an das Ausland und vor allem der starke Anstieg der Touristenausgaben waren hierfür entscheidend. Mit dem Anstieg des Ausgabenüberschusses in der Bilanz des Reiseverkehrs — er betrug im ersten Halbjahr 1961 rd. 500 Mio DM gegen knapp 300 Mio DM in den ersten sechs Monaten des Vorjahres — setzte sich ein schon seit Jahren zu beobachtender Trend fort; es ist jedoch offensichtlich, daß dieser Trend durch die Aufwertung der DM und die dadurch bewirkte Verbilligung der Auslandsreisen wesentlich akzentuiert wurde.

Eine ähnliche Verminderung des Überschusses der Handelsbilanz ist dagegen bisher nicht festzustellen. Der Ausfuhrüberschuß war im zweiten Quartal d. J. mit gut 1,7 Mrd DM vielmehr nur um 200 Mio DM geringer als im ersten (was zum großen Teil oder gar ausschließlich auf Saisoneinflüssen beruhen mag), aber um fast 850 Mio DM höher als im zweiten Quartal 1960; selbst der an sich schon hohe Überschuß des zweiten Quartals von 1959 (knapp 1,3 Mrd DM) wurde um reichlich 400 Mio DM überschritten.

Die Ursachen dieser Erhöhung liegen im wesentlichen auf der Seite der *Einfuhr*. Bei der Ausfuhr sowohl wie bei der Einfuhr haben sich nämlich die Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr verringert, aber die Verringerung war bei der Einfuhr größer als bei der Ausfuhr, so daß sich der Ausfuhrüberschuß erhöht hat.

Zur Entwicklung des Außenhandels

Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum
in vH

	Werte		Volumen	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
1960	+ 19,3	+ 16,4	+ 19,1	+ 15,1
1960 1. Hj.	+ 25,5	+ 20,9	+ 25,6	+ 20,6
1. Vj.	(+ 30,2)	(+ 28,2)	(+ 32,4)	(+ 28,8)
2. "	(+ 21,3)	(+ 14,4)	(+ 19,7)	(+ 13,4)
2. Hj.	+ 14,0	+ 12,6	+ 13,6	+ 10,4
3. Vj.	(+ 14,2)	(+ 11,9)	(+ 13,2)	(+ 10,2)
4. "	(+ 13,8)	(+ 13,2)	(+ 14,0)	(+ 10,5)
1961 1. Hj.	+ 3,6	+ 9,3	+ 6,7	+ 8,1
1. Vj.	(+ 2,8)	(+ 7,2)	(+ 4,3)	(+ 5,0)
2. "	(+ 4,4)	(+ 11,4)	(+ 9,0)	(+ 11,3)

Hierfür sind namentlich drei Umstände ausschlaggebend:

1) Die internationale Unruhe über die weitere Währungsentwicklung hat zumindest auf Teilgebieten fürs erste zu einer gewissen Zurückhaltung der Importeure geführt, da man, solange mit der Möglichkeit einer abermaligen Veränderung der Währungsrelationen (eventuell durch Abwertung anderer Währungen) gerechnet wird, selbstverständlich die Lagerbestände an Importwaren zu reduzieren oder knapp zu halten sucht, um sich die mit einer etwaigen Änderung der Währungsrelationen verbundene Verbilligung der Bezugsmöglichkeiten nicht entgehen zu lassen und nicht unter Umständen sogar Währungsverluste in Kauf nehmen zu müssen. Das gilt insbesondere für die Einfuhr von Standardwaren mit internationaler Preisgestaltung und normalerweise beträchtlicher Lagerhaltung wie Halbwaren und Rohstoffen. Tatsächlich war die Einfuhr von gewerblichen Rohstoffen und Halbwaren im zweiten Quartal nur um 1,9 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, während sich die Erhöhung der Gesamteinfuhr immerhin noch auf 4,4 vH stellte. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die Einfuhr an solchen Gütern im Jahre 1960 umgekehrt erheblich stärker gestiegen war als die Gesamteinfuhr und insofern ihr jetziges Zurückbleiben bis zu einem gewissen Grade auch als normale Reaktion zu betrachten ist.

2) Eine Rolle spielte ferner die Entwicklung der Einfuhrpreise. Der vom Statistischen Bundesamt errechnete Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter ist von 96,6 im Dezember 1960 bzw. von 96,7 im Februar d. J. auf 92,7 im Juni d. J. gesunken. Freilich ist dieser Index für die Entwicklung der Preise der effektiv eingeführten Waren nicht ganz symptomatisch, da die jeweiligen Einfuhren zum Teil selbstverständlich auf früher abgeschlossenen Kontrakten beruhen, bei denen noch höhere

Zur Außenwirtschaftslage *)

in Mio DM

	1960						1961				
	2. Vj.	April	Mai	Juni	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. *)	April	Mai	Juni *)
Außenhandel											
Monatsdurchschnitte bzw. Monate											
Alle Länder ¹⁾											
Ausfuhr (fob)	3 837	3 742	3 982	3 786	3 844	4 494	4 083	4 274	4 368	4 034	4 419
Einfuhr (cif)	3 546	3 432	3 587	3 617	3 461	3 885	3 444	3 702	3 642	3 737	3 726
Saldo	+ 291	+ 310	+ 395	+ 169	+ 383	+ 609	+ 639	+ 572	+ 726	+ 297	+ 693
Ländergruppen ²⁾											
EWA-Länder:											
Ausfuhr	2 755	2 701	2 927	2 638	2 769	3 215	2 975	3 158	3 205	3 005	3 266
Einfuhr	2 453	2 422	2 469	2 467	2 394	2 666	2 422	2 627	2 551	2 676	2 656
Saldo	+ 302	+ 279	+ 458	+ 171	+ 375	+ 549	+ 553	+ 531	+ 654	+ 329	+ 610
Vereinigte Staaten											
von Amerika	346	364	329	344	344	390	310	339	335	322	358
und Kanada:	634	567	628	707	595	705	609	631	625	633	633
Saldo	- 288	- 203	- 299	- 363	- 251	- 315	- 299	- 292	- 290	- 311	- 275
Ostblockländer:											
Ausfuhr	155	143	154	167	132	225	167	143	173	129	127
Einfuhr	130	131	135	124	136	159	128	122	120	119	125
Saldo	+ 25	+ 12	+ 19	+ 43	- 4	+ 66	+ 39	+ 21	+ 53	+ 10	+ 2
Sonstige Länder:											
Ausfuhr	570	522	561	626	587	650	620	622	643	568	654
Einfuhr	320	304	347	310	327	347	277	315	339	302	304
Saldo	+ 250	+ 218	+ 214	+ 316	+ 260	+ 303	+ 343	+ 307	+ 304	+ 266	+ 350
Austauschrelation (terms of trade)											
1954 = 100											
Durchschnittswerte der Ausfuhrreinheit	103,8	102,4	104,6	104,3	103,6	104,5	104,9	103,9	103,2	104,3	104,2
Durchschnittswerte der Einfuhrreinheit	93,1	91,9	93,6	93,8	92,6	91,5	90,8	89,2	88,2	89,9	89,4
Austauschrelation ³⁾	111,5	111,4	111,8	111,2	111,8	114,2	115,5	116,5	117,0	116,0	116,5
Währungsreserven der Deutschen Bundesbank ⁴⁾											
Stand am Ende des Berichtszeitraums											
Goldbestand und uneingeschränkt verwendbare Auslandsforderungen											
Insgesamt	23 271	20 785	21 488	23 271	26 621	28 295	28 329	27 378	26 753	26 821	27 378
davon:											
Goldbestand	11 643	11 357	11 511	11 643	12 132	12 479	12 969	14 053	13 184	13 732	14 053
Uneingeschränkt verwendbare Auslandsforderungen	11 628	9 428	9 977	11 628	14 489	15 816	15 360	13 325	13 569	13 089	13 325
Befristete oder nur beschränkt verwendbare Auslandsforderungen											
Insgesamt	4 619	4 640	4 671	4 619	3 821	3 762	3 417	3 142	3 165	3 164	3 142
darunter:											
Bilaterale Forderungen aus früheren Krediten an die EZU	2 835	2 918	2 917	2 835	2 089	1 993	1 730	1 718	1 729	1 729	1 718
Schuldverschreibungen der Weltbank ⁵⁾	1 300	1 225	1 260	1 300	1 350	1 400	1 352	1 352	1 352	1 352	1 352
Zweckgebundene Guthaben bei ausländischen Banken und zweckgebundene Geldmarktanlagen	353	353	353	353	265	265	252	—	—	—	—
Konsolidierungskredite an ausländische Zentralbanken	131	144	141	131	117	104	82	72	83	83	72
Auslandsverpflichtungen											
Insgesamt	458	457	400	458	377	429	325	991	1 110	942	991
Zahlungsbilanz											
Monatsdurchschnitte bzw. Monate											
I. Saldo der Devisenbilanz ⁶⁾ (Überschuß: +)	+ 1 153	+ 994	+ 791	+ 1 673	+ 877	+ 521	+ 404 ⁷⁾	- 631	- 2 613	+ 235	+ 486
II. Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz	+ 825	+ 715	+ 637	+ 1 122	+ 528	+ 782	+ 277	- 863	- 2 795	- 62	+ 268
1. Laufende Posten	+ 247	+ 118	+ 397	+ 226	+ 306	+ 516	+ 669	+ 415	+ 539	+ 246	+ 459
davon: Waren- und Dienstleistungsverkehr	+ 522	+ 629	+ 566	+ 371	+ 529	+ 829	+ 887	+ 693	+ 951	+ 450	+ 677
Unentgeltliche Leistungen (eigene Leistungen: -)	- 275	- 511	- 169	- 145	- 223	- 313	- 218	- 278	- 412	- 204	- 218
2. Kapitalverkehr (eigene Leistungen: -)	+ 578	+ 597	+ 240	+ 896	+ 222	+ 266	- 392	- 1 278	- 3 334	- 308	- 191
davon: Langfristig	- 115	- 161	- 127	- 58	- 11	+ 208	+ 108	- 1 235	- 3 180	- 252	- 273
Kurzfristig	+ 693	+ 758	+ 367	+ 954	+ 233	+ 58	- 500	- 43	- 154	- 56	+ 82
III. Saldo der nicht erfassbaren Posten und der statistischen Ermittlungsfehler ⁸⁾ (I./- II)	+ 328	+ 279	+ 154	+ 551	+ 349	- 261	+ 127	+ 232	+ 182	+ 297	+ 218

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VII, Außenwirtschaft, im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes.

*) Die Angaben dieser Tabelle beziehen sich vom Tage der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes an (6. 7. 1959) auf das Bundesgebiet einschl. Saarland.

**) Die Daten sind mit den im Rahmen des Bundesbankausweises angegebenen Zahlen nicht ganz identisch, da der Goldbestand sowie die Auslandsforderungen und -verpflichtungen hier entsprechend den Vorschriften des Internationalen Währungsfonds für die Aufstellung von Zahlungsbilanzen zum Paritätstauskurs angegeben sind, während sie im Bundesbankausweis zum Jahresende nach dem Niederwertprinzip und für das laufende Jahr jeweils zum Tageskurs berechnet werden. Darüber hinaus bestehen bei den Verpflichtungen gewisse Unterschiede in Bezug auf die Abgrenzung der zu berücksichtigenden Positionen. — ¹⁾ Einschl. Schiffsbedarf usw. — ²⁾ Einfuhr aus Einkaufsländern, Ausfuhr nach Käuferländern. — ³⁾ Durchschnittswerte der Ausfuhrreinheit in vH der Durchschnittswerte der Einfuhrreinheit. — ⁴⁾ Forderungen und Verpflichtungen in ausländischer Währung sind mit dem am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums geltenden Paritätstauskurs bewertet. —*) Ohne Bonds und ohne diejenigen Notes, die im Bundesbankausweis in der Position „Wertpapiere“ und in der Zahlungsbilanz bei den langfristigen öffentlichen Kapitalleistungen berücksichtigt sind. Vgl. hierzu auch die Erläuterungen zu den Wochenausweisen vom 7. 12. 1960 und 7. 2. 1961. — ⁶⁾ Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank. — ⁷⁾ Ohne Berücksichtigung der durch die DM-Aufwertung bedingten Abnahme der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank. — ⁸⁾ Hauptsächlich bedingt durch Veränderungen in den terms of payment. — ⁹⁾ Teilweise vorläufig.

Preise vereinbart waren. Immerhin waren auch die sogenannten Durchschnittswerte der Einfuhreinheit in letzter Zeit rückläufig; sie lagen im Juni nach der amtlichen Indexziffer bei 89,4 (1954 = 100) gegen 91,3 im Dezember und 93,8 im Juni des vergangenen Jahres. Dem Volumen nach hat sich die Einfuhr demgemäß günstiger entwickelt als dem Werte nach, während bei der Ausfuhr umgekehrt seit der Jahreswende 1959/60 die Durchschnittswerte infolge von Preiserhöhungen gestiegen sind und die Zunahme der Werte hier infolgedessen über die des Volumens hinausgeht.

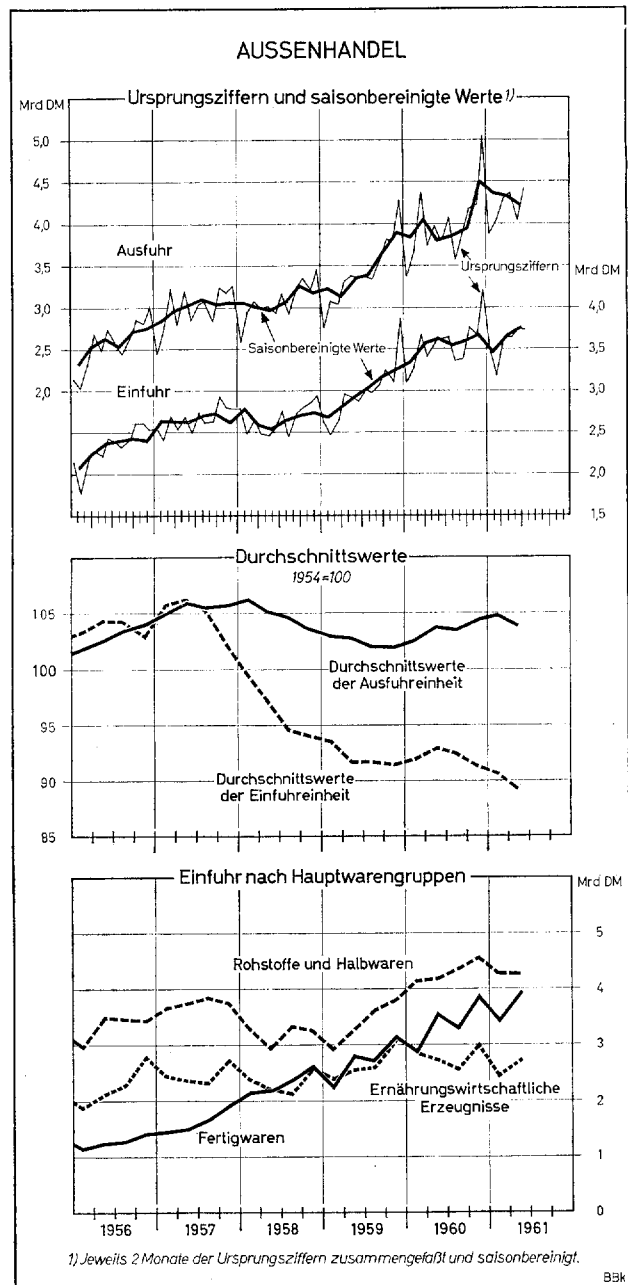
3) Vor allem aber stand die Einfuhrentwicklung in den letzten Monaten noch immer unter dem Einfluß der Stagnation der ernährungswirtschaftlichen Importe, die weitgehend eine Folge der hohen Eigenversorgung (vor allem auf Grund der guten Ernte des vorigen Jahres) ist, sich zum Teil aber auch aus der hier besonders starken Reduktion der Einfuhrpreise erklärt. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres waren die ernährungswirtschaftlichen Einfuhren mit 5,2 Mrd DM um fast 400 Mio DM niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres; im Juni gingen sie erstmals im laufenden Jahr über den Vorjahrsstand hinaus.

Läßt man die Importe von gewerblichen Rohstoffen und Halbwaren und die ernährungswirtschaftlichen Einfuhren außer Betracht, so ergibt sich ein viel günstigeres Bild der Einfuhrentwicklung. Die Zuwachsrate der Einfuhr an industriellen Fertigwaren ist nach wie vor beachtlich, wenngleich infolge des schon im vorigen Jahr sehr starken Anstiegs auch hier eine beträchtliche Abschwächung der prozentualen Erhöhung gegenüber dem jeweiligen Vorjahrszeitraum festzustellen ist. Die Gesamteinfuhr von industriellen Fertigwaren stellte sich im zweiten Quartal 1961 auf 4 Mrd DM gegen 3,5 Mrd DM im ersten und 3,4 Mrd DM im Vierteljahresdurchschnitt von 1960. Berücksichtigt man ferner, daß in diesen Ziffern die Verteidigungseinfuhren eingeschlossen sind und daß diese im zweiten Quartal

Die Entwicklung der Einfuhr
in Mio DM

	1960				1961	
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Insgesamt ¹⁾	10 046	10 636	10 385	11 656	10 331	11 105
davon:						
Ernährungswirtschaft	2 883	2 752	2 592	3 019	2 495	2 752
Gewerbliche Rohstoffe und Halbwaren	4 165	4 205	4 375	4 585	4 291	4 286
Industrielle Fertigwaren	2 923	3 588	3 320	3 915	3 459	3 960
davon:						
Vorerzeugnisse	1 317	1 382	1 473	1 601	1 440	1 518
Enderzeugnisse	1 606	2 206	1 847	2 314	2 019	2 442

¹⁾ Einschl. Rückwaren und Ersatzlieferungen.



d. J. infolge der hier oft sehr starken Schwankungen prozentual nicht unerheblich niedriger waren als im Vorjahr (wenn diese Verminderung absolut auch nicht wesentlich ins Gewicht fällt), so ergibt sich von der Einfuhrentwicklung in diesem Sektor sogar noch ein günstigerer Eindruck, wobei es übrigens offensichtlich ist, daß die Verbilligung der Einfuhr durch die Aufwertung stimulierend gewirkt hat: Vom März an hat sich nämlich die Einfuhr von industriellen Fertigwaren erneut verstärkt, so daß sie im zweiten Quartal um reichlich 10 vH über dem (ebenfalls schon recht hohen) Stand des entsprechenden Vorjahrsquartals lag und damit die Zuwachsrate der Ausfuhr beinahe erreichte.

Was die *Ausfuhr* im einzelnen anlangt, so stellte sie sich im zweiten Quartal auf 12,8 Mrd DM gegen 12,2 Mrd DM im ersten Quartal sowie 11,5 bzw. 11,4 Mrd DM im zweiten bzw. ersten Quartal von 1960. Diese Ziffern zeigen, daß die Tatsache, daß sich die Zuwachsrate gegenüber dem entsprechenden Vorjahrsabschnitt im zweiten Quartal d. J. wieder auf 11,4 vH (gegen 7,2 vH im ersten Quartal) erhöht hat, nicht etwa zu dem Schluß verleiten darf, die Ausfuhr expandiere erneut. Die Erhöhung der Zuwachsrate beruht vielmehr in der Hauptsache darauf, daß — anders als in früheren Jahren — die Ausfuhr im zweiten Quartal 1960 kaum höher war als im ersten, und reflektiert also, soweit sich bisher übersehen läßt, mehr eine vorjährige als eine diesjährige Entwicklung. Das geht auch daraus hervor, daß die von uns berechneten „saisonbereinigten“ Ziffern der Ausfuhr, wie das vorstehende Schaubild zeigt, nach einem starken Anstieg im vierten Vierteljahr 1960 seit Beginn d. J. wieder zurückgehen, während die saisonbereinigten Werte der Einfuhr, wie an dieser Stelle nachgetragen sei, im bisherigen Verlauf des Jahres umgekehrt eine leicht steigende Tendenz aufweisen.

Nicht außer Acht gelassen werden sollte bei der Beurteilung des gegenwärtigen Trends der Ausfuhr-

entwicklung auch, daß die Auftragseingänge aus dem Ausland, wie schon in anderem Zusammenhang erwähnt, in den letzten Monaten der Grundtendenz nach deutlich rückläufig waren, nachdem sie in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres bereits stagniert hatten. Die Aufwertung hat zu dieser Entwicklung zweifellos beigetragen, da sie die bisherige Exportkonjunktur doch auf mancherlei Weise — neben ihrem unmittelbaren Einfluß auf die Ausfuhrpreise ist hier vor allem die erhöhte Schwierigkeit zu erwähnen, Exportkontrakte auf DM-Basis abzuschließen — gebremst hat. In den effektiven Exportziffern konnte sich dies bisher freilich kaum äußern, da die Ausfuhren der letzten Monate noch weitgehend auf Abschlüssen beruhten, die bereits vor der DM-Aufwertung getätigt wurden. Wenn aber den Auftragseingängen eine gewisse Bedeutung als Indikatoren der späteren Umsatzentwicklung zukommt, so spricht einiges dafür, daß in den Ausfuhrziffern der kommenden Monate die Abschwächung des Ausfuhrbooms der letzten Jahre deutlicher als bisher ihren Niederschlag finden wird, es sei denn, daß von der Konjunktorentwicklung im Ausland ein neuer starker Nachfragesog auf deutsche Exportgüter ausgeht.

Statistischer Teil

I. Bankenstatistische Gesamtrechnungen	
1. Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute einschließlich der Deutschen Bundesbank	60
2. Zur Entwicklung der Bankenliquidität und der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute	62
3. Bargeldumlauf und Bankeinlagen	64
II. Deutsche Bundesbank	
A. Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	
1. Bargeldumlauf	65
2. Zentralbankkredite an Nichtbanken	65
3. Zentralbankkredite an Kreditinstitute	66
4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten	66
5. Mindestreservenstatistik	67
B. Ausweis der Deutschen Bundesbank	68
III. Kreditinstitute	
A. Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	
1. Kredite an Nichtbanken und Kreditinstitute	70
2. Schatzwechsel- und Wertpapierbestände	76
3. Teilzahlungs- und Kleinkredite	78
4. Kredite und Einlagen der Ländlichen Kreditgenossenschaften	79
5. Girale Verfügungen von Nichtbanken	79
6. Kredite an Nichtbanken nach Verwendungszwecken	79
7. Einlagen von Nichtbanken	80
8. Umsätze im Sparverkehr	82
9. Kurzfristige Kredite und Einlagen nach der halbmonatlichen Bankenstatistik	83
B. Zwischenbilanzen	
1. Zwischenbilanzen der Kreditinstitute	84
2. Zahl der Kreditinstitute und Gliederung der monatlich berichtenden Kreditinstitute nach Größenklassen	96
IV. Mindestreservesätze und Zinssätze	
1. Reservesätze und Reserveklassen	97
2. Zinssätze	98
V. Kapitalmarkt	
1. Auflegung und Absatz von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien	103
2. Tilgung und Netto-Absatz von festverzinslichen Wertpapieren	104
3. Umlauf an festverzinslichen Wertpapieren	105
4. Veränderung des Aktienumlaufs	106
5. Umlauf der Wertpapiere aus dem Altgeschäft und der Altsparerwertpapiere	106
6. Wertpapier-Absatz: Nominalwerte, Kurswert und Durchschnitts-Emissionskurse	106
7. Absatz von Industrie-Obligationen und Aktien	107
8. Zinssätze und Emissionskurse tarifbesteuerteter Wertpapiere	107
9. Investment-Gesellschaften	108
10. Durchschnittskurse tarifbesteuerteter festverzinslicher Wertpapiere	108
11. Renditen festverzinslicher Wertpapiere	110
12. Index der Aktienkurse und Aktienrendite	110
13. Börsenumsätze	110
14. Bausparkassen	111
15. Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen	112
VI. Öffentliche Finanzen	
1. Ausgleichsforderungen	113
2. Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Lastenausgleichsfonds	114
3. Umlauf an öffentlichen Anleihen, verzinslichen Schatzanweisungen und Kassenobligationen	114
4. Umlauf an Schatzwechseln, unverzinslichen Schatzanweisungen und sonstigen Geldmarktpapieren	115
5. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts	116
6. Die Verschuldung des Bundes	117
7. Die Kreditmarktverschuldung des Bundes	117
8. Die Verschuldung der Länder	118
9. Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	118
VII. Außenwirtschaft	
1. Warenhandelsbilanz nach Ländergruppen bzw. Ländern	119
2. Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz	121
3. Währungsreserven der Deutschen Bundesbank	122
4. Kurzfristige Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland	122
5. Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	123
VIII. Produktion und Märkte	
1. Index der industriellen Produktion	124
2. Auftrageingang und Umsatz bei der Industrie	124
3. Arbeitsmarkt	125
4. Angaben über Steinkohlenbergbau, Stahlindustrie und Bauwirtschaft	125
5. Einzelhandelsumsätze	125
6. Großhandels- und Erzeugerpreise	126
7. Verbraucherpreise und Löhne	126
8. Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts	127
9. Masseneinkommen	127
IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	128
X. Zinssätze im Ausland	
1. Diskontsätze	130
2. Geldmarktsätze	130

3. Zentralbankkredite an Kreditinstitute *) 1)

Mio DM

Zeit	Kreditinstitute (ohne KfW) *)				Kreditanstalt für Wiederaufbau		
	insgesamt 1)	Wechselkredite 1)	Lombardkredite	vortübergehend angekaufte Ausgleichsforderungen 2)	insgesamt	Kassenkredite	Wertpapiere
1950 Dez.	5 201.9	4 235.4	360.6	605.9	368.7	368.7	—
1951 -	5 717.5	4 757.2	290.8	669.5	454.0	454.0	—
1952 -	4 128.4	3 389.0	253.5	485.9	468.4	268.5	199.9
1953 -	3 351.1	2 739.1	245.2	366.8	225.6	202.6	23.0
1954 -	3 339.0	2 837.7	265.1	236.2	307.3	195.2	12.1
1955 -	4 683.0	4 130.9	340.5	211.6	145.0	139.5	5.5
1956 -	3 127.1	2 723.7	220.7	182.7	58.6	46.6	12.0
1957 -	1 676.6	1 463.0	52.8	160.8	67.8	66.8	1.0
1958 -	960.3	769.6	63.9	126.8	3.8	3.8	—
1959 -	1 285.7	949.2	234.4	102.1	20.3	20.3	—
1960 -	1 804.1	1 296.5	419.0	88.6	1.1	1.1	—
1959 Mai	915.0	785.7	23.4	105.9	9.6	9.6	—
Juni	812.8	677.3	31.7	103.8	0.3	0.3	—
Juli *)	640.7	522.1	14.8	103.8	12.0	12.0	—
Aug.	682.2	535.6	23.9	103.7	21.3	21.3	—
Sept.	1 352.4	1 223.9	25.7	102.8	0.1	0.1	—
Okt.	1 182.3	1 061.3	18.3	102.7	23.0	23.0	—
Nov.	1 284.1	1 153.1	28.3	102.7	13.2	13.2	—
Dez.	1 285.7	949.2	234.4	102.1	20.3	20.3	—
1960 Jan.	1 626.6	1 495.7	28.8	102.1	2.7	2.7	—
Febr.	1 456.6	1 319.4	45.0	92.2	3.1	3.1	—
März	2 110.4	1 988.0	31.2	91.2	13.2	13.2	—
April	1 320.9	1 187.6	42.4	90.9	10.1	10.1	—
Mai	1 509.8	1 390.5	28.4	89.6	15.1	15.1	—
Juni	1 776.9	1 639.5	47.8	89.6	17.5	17.5	—
Juli	1 853.1	1 735.7	28.9	89.4	11.3	11.3	—
Aug.	1 501.2	1 386.1	25.7	89.4	3.5	3.5	—
Sept.	2 434.2	2 295.7	49.1	89.4	4.9	4.9	—
Okt.	1 590.3	1 475.6	25.6	89.1	14.3	14.3	—
Nov.	2 080.7	1 950.0	41.6	89.1	11.9	11.9	—
Dez.	1 804.1	1 296.5	419.0	88.6	1.1	1.1	—
1961 Jan.	2 023.7	1 918.8	26.0	78.9	6.9	6.9	—
Febr.	1 354.3	1 244.3	38.8	71.2	2.7	2.7	—
März	1 459.2	1 237.6	150.4	71.2	9.9	9.9	—
April	920.1	787.3	61.7	71.1	10.4	10.4	—
Mai	1 196.0	1 109.9	26.6	59.5	4.0	4.0	—
Juni	1 106.3	1 007.2	47.6	51.5	0.2	0.2	—

*) Ab Juli 1959 einschließlich Zentralbankkredite an saarländische Kreditinstitute. — 1) Einschließlich angekaufter Auslandswechsel und Exporttratten, aber ohne auf dem offenen Markt angekaufte Geldmarkttitel. — 2) Mit Rückkaufverpflichtung der Kreditinstitute.

4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten *)

Mio DM

Zeit	Nichtbanken							Kreditinstitute *) 1)	
	insgesamt		öffentliche Stellen 1)			ERP-Sondervermögen 1) 2)	Dienststellen der ehem. Besatzungsmächte 3)		andere inländische Einleger 4)
	mit zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegte(n) Beträge(n) 4)	ohne	Bund (ohne Sondervermögen), Länder und Lastenausgleichsbehörden	Guthaben aus Sondernotifikationen 5)	sonstige öffentliche Stellen 6)				
1950 Dez.	3 693.3	3 446.0	594.3	—	396.7	965.0	907.6	829.7	1 887.7
1951 -	3 997.3	2 990.0	1 191.8	—	223.0	1 312.8	997.3	272.4	2 675.0
1952 -	3 957.8	2 194.1	1 906.1	—	207.2	825.9	753.4	265.2	2 992.6
1953 -	4 935.3	1 704.2	3 181.4	—	373.2	496.7	639.3	244.7	3 286.9
1954 -	6 266.5	1 529.9	4 644.7	—	400.6	352.8	523.4	305.0	4 005.9
1955 -	7 003.5	3 420.7	5 949.7	—	274.3	272.2	265.5	241.8	4 528.5
1956 -	7 682.3	4 459.3	6 711.8	—	339.8	192.5	143.8	294.4	5 258.5
1957 -	5 097.3	4 017.1	4 017.1	—	431.4	361.2	46.8	340.4	7 108.9
1958 -	4 968.2	3 614.0	3 614.0	—	610.3	361.2	—	335.9	8 243.1
1959 -	2 260.8	1 161.3	1 161.3	—	677.3	200.4	—	221.8	9 343.8
1960 -	3 659.2	2 683.2	2 683.2	1.7	636.3	119.8	—	218.2	13 036.4
1959 Mai	2 835.7	1 300.6	1 300.6	—	749.6	582.4	—	203.1	6 691.8
Juni	2 216.8	1 345.2	1 345.2	—	571.7	780.1	—	221.8	6 559.5
Juli *)	2 501.0	831.4	831.4	—	606.2	850.9	—	213.5	6 261.6
Aug.	2 382.7	736.1	736.1	—	622.0	805.9	—	218.7	6 380.3
Sept.	2 887.0	1 225.9	1 225.9	—	676.9	767.1	—	217.1	6 459.2
Okt.	2 046.9	1 031.8	1 031.8	—	280.9	516.6	—	217.6	6 204.4
Nov.	2 391.8	954.2	954.2	—	818.0	388.8	—	230.8	7 519.0
Dez.	2 260.8	1 161.3	1 161.3	—	677.3	200.4	—	221.8	9 343.8
1960 Jan.	3 282.1	1 840.8	1 840.8	—	620.2	609.5	—	211.6	7 895.7
Febr.	3 143.5	1 506.0	1 506.0	—	870.1	549.7	—	217.7	8 395.9
März	3 411.0	1 752.9	1 752.9	—	864.4	569.0	—	224.7	9 428.1
April	2 527.7	1 461.4	1 461.4	—	461.9	379.7	—	224.7	9 488.6
Mai	2 928.2	1 475.9	1 475.9	—	904.0	340.5	—	207.8	10 413.5
Juni	4 006.8	2 692.1	2 692.1	—	718.6	375.3	—	220.8	10 865.9
Juli	3 373.3	1 884.7	1 884.7	—	903.4	352.0	—	233.2	11 253.4
Aug.	3 104.5	1 652.0	1 652.0	—	945.0	299.5	—	208.0	11 288.2
Sept.	4 621.2	3 237.8	3 237.8	—	899.9	272.4	—	211.1	11 554.6
Okt.	4 859.6	3 483.5	3 483.5	—	959.3	197.9	—	218.9	11 653.6
Nov.	3 834.2	2 760.7	2 760.7	—	711.8	143.6	—	218.1	12 126.9
Dez.	3 659.2	2 683.2	2 683.2	1.7	636.3	119.8	—	218.2	13 036.4
1961 Jan.	4 981.1	3 630.7	3 630.7	61.6	881.4	203.9	—	203.5	11 936.2
Febr.	4 689.7	3 480.2	3 480.2	10.3	830.0	172.4	—	196.8	10 814.9
März	6 409.3	5 026.3	5 026.3	8.2	872.8	279.5	—	222.5	10 176.8
April	6 395.9	4 923.5	4 923.5	914.8	301.7	233.6	—	222.3	9 967.0
Mai	6 803.0	4 919.3	4 919.3	871.1	627.6	165.2	—	219.8	11 089.2
Juni	7 616.7	5 366.7	5 366.7	501.4	778.7	724.7	—	245.2	9 528.2

*) Ab Juli 1959 einschließlich der bei der Landeszentralbank im Saarland unterhaltenen Einlagen. — 1) Einschließlich der zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegten Beträge. — 2) Bis 31. Juli 1957 nur „Gegenwertmittel“. — 3) Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter. — 4) Mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank am 1. August 1957 ist die Möglichkeit einer Anlage öffentlicher Gelder in Ausgleichsforderungen entfallen. — 5) Ab Mai 1958 einschließlich der Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. Anm. 4) in Tab. I, 2. — 6) Ab Mai 1958 ohne die Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. Anm. 7) in Tab. I, 2. — 7) Ab Januar 1959 dem „Auslandsgeschäft“ zugerechnet. — 8) Die bis Dezember 1958 hierin enthaltenen sonstigen ausländischen Einleger werden nunmehr im „Auslandsgeschäft“ erfaßt. — 9) Im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe-Anleihe und der Teilprivatisierung des Volkswagen-Werkes geführten Konten, jedoch ohne die in ausländischen Geldmarktpapieren angelegten Beträge.

Table with columns for 'Kredite an Nichtbanken', 'Wirtschaftsunternehmen', and 'Alle Bankengruppen'. Rows include years from 1949 to 1961 and months from Jan to Dec. Sub-sections include Kreditbanken, Großbanken, Staats-, Regional- und Lokalbanken, Privatbankiers, and Spezial-, Haus- und Branchbanken.

* Kurzfristige Kredite: Bis weniger als sechs Monate, mittelfristige Kredite: Sechs Monate bis weniger als vier Jahre, langfristige Kredite: Vier Jahre und mehr. ... (Detailed explanation of credit categories and sources.)

bestände, Einlagen
und Kreditinstitute *)
Wertpapierbestände *)
DM

Table with 15 columns: Nichtbanken entfallen auf (und Private, Öffentliche Stellen), Kredite an Kreditinstitute (Kurzfristige Kredite, Debitoren, Wechsel-diskontkredite), and Jahres- oder Monatsende.

Alle Bankengruppen 1)

Main data table for 'Alle Bankengruppen' with 15 columns and 30 rows of numerical data.

Kreditbanken

Data table for 'Kreditbanken' with 15 columns and 10 rows of numerical data.

Großbanken 2)

Data table for 'Großbanken' with 15 columns and 7 rows of numerical data.

Staats-, Regional- und Lokalbanken 3)

Data table for 'Staats-, Regional- und Lokalbanken' with 15 columns and 8 rows of numerical data.

Privatbankiers 4)

Data table for 'Privatbankiers' with 15 columns and 10 rows of numerical data.

Spezial-, Haus- und Branchebanken 5)

Data table for 'Spezial-, Haus- und Branchebanken' with 15 columns and 11 rows of numerical data.

Kredite liegt die mit dem Kunden vereinbarte Laufzeit, nicht die Restlaufzeit am Ausweisstichtag zugrunde. — *) Schatzwechsel- und Wertpapierbestände s. Tabelle III, A 2. —

Wertpapierbestände¹⁾

b) Gliederung der Emissionen inländischer öffentlicher Stellen im Bestand der Kreditinstitute nach Emittenten
Mio DM

Table with multiple columns: Jahres- oder Monatsende, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen (Bund, Länder), Kassenobligationen (Bund, Länder), Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen (Bund, Bundesbahn und Bundespost, Länder, Gemeinden u. Gemeindeverbände *), Konsortialbeteiligungen. Includes sub-sections for Alle Bankengruppen, Kreditbanken, Großbanken, Staats-, Regional- und Lokalbanken, Privatbankiers, Girozentralen, Sparkassen, Hypothekendarlehenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben, Postscheck- und Postsparkassenämter, and Alle übrigen Gruppen.

1) S. auch Tabelle III B 1, Zwischenbilanzen, Aktiva, „Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen“, „Kassenobligationen“, „Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen“. — *) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes aus dem Umtausch gegen einen entsprechenden Teilbetrag der Ausgleichsforderung der Deutschen Bundesbank gegen den Bund (gemäß § 42 Bundesbank-Gesetz). — *) 4%ige Ablöschungsschuld von 1957 gemäß Allgemeinem Kriegsfolgengesetz, 4%ige Entschädigungsschuld von 1959 gemäß § 9 a 1. DVO zum Altsparkengesetz von 1959. — *) Einschließlich geringer Beträge von Emissionen sonstiger inländischer öffentlicher Stellen. — *) Die in den Kreditbanken enthaltenen Spezial-, Haus- und Branchendarlehen werden wegen ihres geringen Schatzwechsel- und Wertpapierbestandes nachstehend nicht gesondert aufgeführt. — *) Zentralbanken, Kreditgenossenschaften und Teilzahlungskreditinstitute. — *) Beginnend mit Januar 1960 einschließlich Saarland. Die Zahlenreihen wurden im Dezember 1959 verknapft (1. Termin: ohne Saarland, 2. Termin: einschließlich Saarland). — *) Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — +) Untergruppe der Kreditbanken. — *) Teilweise geschätzt. — *) Vorläufig.

der Kreditinstitute*)

DM

Passiva

Table with 15 columns: Eigene Akzpte im Umlauf, Schuldverschreibungen im Umlauf, Aufgenommene langfristige Darlehen, Durchlaufende Kredite, Grund- und Stammkapital, Sonstige Rücklagen, Sonstige Passiva, Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Eigene Ziehungen im Umlauf, Indossamentverbindlichkeiten, Bei der Deutschen Bundesbank, Herkunft der längerfristig aufgenommenen Fremdgelder, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Kreditinstitute, Öffentl. Stellen, Wirtschaftsunternehmen und Private, Jahres- oder Monatsende.

Alle Bankengruppen¹⁾

Table showing financial data for all banking groups from 1947 to 1960, with columns for various categories and months.

Kreditbanken

Table showing financial data for credit banks from 1947 to 1960.

Großbanken²⁾

Table showing financial data for large banks from 1947 to 1960.

Staats-, Regional- und Lokalbanken³⁾

Table showing financial data for state, regional, and local banks from 1947 to 1960.

Privatbankiers⁴⁾

Table showing financial data for private bankers from 1947 to 1960.

Spezial-, Haus- und Branchebanken⁵⁾

Table showing financial data for specialist, home, and branch banks from 1947 to 1960.

(West). Vgl.: Statistisches Handbuch der Bank deutscher Länder 1948-1954, Methodische Erläuterungen zu Teil III. - *) Veränderungen sind im allgemeinen auf Fusion, Liquidation oder erläutert. - **) Ausführliche Aufgliederung s. Tabelle III, A 7 und Tabelle III, A 8. - **) S. Anmerkung 12) „Ländliche Kreditgenossenschaften“ und Anmerkung 15) „Teilzahlungs- ausverkauften Schuldverschreibungen einheitlich mit den „Schuldverschreibungen im Umlauf“ zusammengefaßt. - *) Seit Februar 1952 einschließlich Sammelwertberichtigung, die Gelder, „Eigene Akzpte im Umlauf“, „Eigene Ziehungen im Umlauf“, „Innessamentverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln“. Ferner sind die mit Rückkaufverpflichtung an Kreditinstitute erklärten sich vornehmlich aus der zeitlichen Differenz in der Verbuchung der Zentralbankkredite bei den Kreditinstituten einerseits und bei der Deutschen Bundesbank aufgenommenen langfristigen Darlehen und die durchlaufenden Kredite. - 10) Bis einschließlich November 1960 ohne ländliche Kreditgenossenschaften. - 11) Ohne Einlagen auf Festkonto - 12) Zunahme durch Ausdehnung der Berichtspflicht auf alle Teilzahlungskreditinstitute (September 1950). Bis August 1950 waren sechs Teilzahlungskreditinstitute in der Untergruppe 14) Zunahme durch Neubildung der Berichtspflicht im Oktober 1951. - 15) Rückgang durch Änderung der Berichtspflicht für die ländlichen Kreditgenossenschaften. Während bis Januar 1955 die Institute erfaßt, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1953 500 Tsd DM und mehr betrug. - 16) Statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 567 Mio DM durch Aus- 2. Termin: einschließlich Saarland), soweit möglich und erforderlich auch bei den einzelnen Bankengruppen. - 17) Abnahme infolge Rezentralisation der Commerzbank AG (Novem- schaftsbanken mit der Bank für Gemeinwirtschaft AG, Frankfurt a. M. - 18) Abnahme infolge Rezentralisation der Commerzbank AG (November 1958) und durch Zusammenschluß nicht durch Rediskontierung von Wechseln entstanden sind (Januar 1959). - 19) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 40 Mio DM. - 20) Enthält statistisch bedingte Zunahme von Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. - *) Untergruppe der „Kreditbanken“. - *) Vorläufig.

2. Zahl der Kreditinstitute
und Gliederung der monatlich berichtenden Kreditinstitute nach Größenklassen*)

Stand Ende Dezember 1960

Bankengruppen	Gesamtzahl der Kreditinstitute	davon berichten im Rahmen der monatlichen bankstatistischen Erhebungen	Die im Rahmen der monatlichen bankstatistischen Erhebungen berichtenden Kreditinstitute verteilen sich nach ihrer Bilanzsumme ¹⁾ auf folgende Größenklassen:									
			unter 500 Tsd DM	500 Tsd DM bis unter 1 Mio DM	1 Mio DM bis unter 5 Mio DM	5 Mio DM bis unter 10 Mio DM	10 Mio DM bis unter 25 Mio DM	25 Mio DM bis unter 50 Mio DM	50 Mio DM bis unter 100 Mio DM	100 Mio DM bis unter 500 Mio DM	500 Mio DM bis unter 1 Mrd DM	1 Mrd DM und mehr
Kreditbanken	362	337	19	17	73	40	56	35	34	46	7	10
Großbanken ²⁾	6	6	—	—	—	—	—	—	—	1	2	3
Staats-, Regional- und Lokalbanken	89	87	—	1	8	6	15	13	11	23	3	7
Privatbankiers	232	209	19	13	58	32	35	18	18	14	2	—
Spezial-, Haus- und Branchebanken	35	35	—	3	7	2	6	4	5	8	—	—
Girozentralen	12	12	—	—	—	—	—	—	—	—	2	10
Sparkassen	867	866	—	—	34	90	233	223	178	87	18	3
Zentralkassen	18	18	—	—	—	—	—	—	1	16	1	—
Gewerbliche Zentralkassen	5	5	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—
Ländliche Zentralkassen	13	13	—	—	—	—	—	—	1	11	1	—
Kreditgenossenschaften	11 623	2 240	9	17	1 478	430	234	48	19	5	—	—
Gewerbliche Kreditgenossenschaften	765	761	9	11	265	218	190	47	16	5	—	—
Ländliche Kreditgenossenschaften	10 858	1 479	—	6	1 213	212	44	1	3	—	—	—
Hypothekenbanken und Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	47	47	—	—	—	2	7	2	5	9	13	9
Private Hypothekenbanken	29	29	—	—	—	2	2	1	2	8	11	3
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	18	18	—	—	—	—	5	1	3	1	2	6
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	25	25	1	—	2	2	2	—	2	5	3	8
Teilzahlungskreditinstitute	261	232	31	20	82	32	29	20	13	4	1	—
Sonstige Kreditinstitute	53	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Postscheck- und Postsparkassenämter	15	15
insgesamt ³⁾	13 283	3 792	60	54	1 669	596	561	328	252	172	45	40
			Mio DM									
nachrichtlich: Bilanzsumme ¹⁾ ⁴⁾	241 133 ⁵⁾	236 242,3	16,9	42,0	4 604,5	4 152,7	8 800,4	11 357,7	17 514,5	34 372,6	31 196,7	118 123,8

*) Einschließlich Saarland. — ¹⁾ In der Zwischenbilanz ausgewiesene Bilanzsumme zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und den Kreditnehmern abgerechnete eigene Ziehungen im Umlauf. — ²⁾ Deutsche Bank AG, Dresdener Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — ³⁾ In den kursiv gedruckten Zahlen sind die Postscheck- und Postsparkassenämter nicht enthalten. — ⁴⁾ Geschätzt.

IV. Mindestreservesätze und Zinssätze

1. Reservesätze und Reserveklassen

a) Reservesätze¹⁾

vH der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab Reservemonat:	Sichtverbindlichkeiten												Befristete Verbindlichkeiten						Spar- einlagen		Reservesätze für den Zuwachs an Verbind- lichkeiten			
	Bankplätze						Nebenplätze						Reserveklasse						Bank- plätze	Neben- plätze	Sichtver- bindlich- keiten	befristete Verbind- lichkeiten	Spar- einlagen	
	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6						
Reservspflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Deviseninländern																								
alle Verbindlichkeiten dieser Art																								
1948 Juli				10						10							5					5	keine besonderen Sätze	
Dez.				15						10							5					5		
1949 Juni				12						9							5					5		
Sept.				10						8							4					4		
1950 Okt.				15						12							8					4		
1952 Mai	15	14	13	12	11	10	12	11	10	9	8	8	8	7,5	7	6,5	6	5,5				4		
Sept.	12	12	11	11	10	9	10	10	9	9	8	8	7	7	6	5	5					4		
1953 Febr.	11	11	10	10	9	9	9	9	8	8	8	8	7	7	6	5	5					4		
1955 Sept.	12	12	11	11	10	10	10	10	9	9	9	9	8	8	7	7	6	6				5		
1957 Mai	13	13	12	12	11	11	11	11	10	10	9	9	9	9	8	8	7	7				6		
1959 Aug.	13	12	11	10	—	—	10	9	8	7	—	—	9	8	7	6	—	—	6			5		
Nov.	14,3	13,2	12,1	11,0	—	—	11,0	9,9	8,8	7,7	—	—	9,9	8,8	7,7	6,6	—	—	6,6			5,5		
1960 Jan.	15,6	14,4	13,2	12,0	—	—	12,0	10,8	9,6	8,4	—	—	10,8	9,6	8,4	7,2	—	—	7,2			6,0		
März	18,2	16,8	15,4	14,0	—	—	14,0	12,6	11,2	9,8	—	—	12,6	11,2	9,8	8,4	—	—	8,4			7,0		
Juni	20,15	18,60	17,05	15,50	—	—	15,50	13,95	12,40	10,85	—	—	13,95	12,40	10,85	9,30	—	—	9,00			7,50		
Verbindlichkeiten bis zum Durchschnittsstand der Monate März bis Mai 1960																								
Juli	20,15	18,60	17,05	15,50	—	—	13,50	13,95	12,40	10,85	—	—	13,95	12,40	10,85	9,30	—	—	9,00			7,50		
alle Verbindlichkeiten dieser Art																								
Dez.	20,15	18,60	17,05	15,50	—	—	15,50	13,95	12,40	10,85	—	—	13,95	12,40	10,85	9,30	—	—	9,00			7,50		
1961 Febr.	19,50	18,00	16,50	15,00	—	—	15,00	13,50	12,00	10,50	—	—	13,50	12,00	10,50	9,00	—	—	8,70			7,25		
März	18,20	16,80	15,40	14,00	—	—	14,00	12,60	11,20	9,80	—	—	12,60	11,20	9,80	8,40	—	—	8,10			6,75		
April	17,55	16,20	14,85	13,50	—	—	13,50	12,15	10,80	9,45	—	—	12,15	10,80	9,45	8,10	—	—	7,80			6,50		
Juni	16,25	15,00	13,75	12,50	—	—	12,50	11,25	10,00	8,75	—	—	11,25	10,00	8,75	7,50	—	—	7,20			6,00		
Juli	15,6	14,4	13,2	12,0	—	—	12,0	10,8	9,6	8,4	—	—	10,8	9,6	8,4	7,2	—	—	6,9			5,75		
Zuwachs gegenüber dem Durchschnittsstand der Monate März bis Mai 1960																								
Juli																						30	20	10
Reservspflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Devisenausländern																								
alle Verbindlichkeiten dieser Art																								
(Bis zum April 1957 gleiche Sätze wie für Verbindlichkeiten gegenüber Deviseninländern)																								
1957 Mai	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	10	10	10	10	10	10	10			10		
Sept.	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	20	20	20	20	20	20	20			10		
1959 April	13	13	12	12	11	11	11	11	10	10	9	9	9	9	8	8	7	7	6			6		
Aug.	13	12	11	10	—	—	10	9	8	7	—	—	9	8	7	6	—	—	6			5		
Nov.	14,3	13,2	12,1	11,0	—	—	11,0	9,9	8,8	7,7	—	—	9,9	8,8	7,7	6,6	—	—	6,6			5,5		
Verbindlichkeiten bis zum Stand vom 30. November 1959																								
1960 Jan.	15,6	14,4	13,2	12,0	—	—	12,0	10,8	9,6	8,4	—	—	10,8	9,6	8,4	7,2	—	—	7,2			6,0		
März	18,2	16,8	15,4	14,0	—	—	14,0	12,6	11,2	9,8	—	—	12,6	11,2	9,8	8,4	—	—	8,4			7,0		
Juni	20,15	18,60	17,05	15,50	—	—	15,50	13,95	12,40	10,85	—	—	13,95	12,40	10,85	9,30	—	—	9,0			7,5		
alle Verbindlichkeiten dieser Art																								
1961 Mai	30	30	30	30	—	—	30	30	30	30	—	—	20	20	20	20	—	—	10			10		
keine besonderen Sätze																								

¹⁾ Vor Mai 1954 galten für die Berliner Kreditinstitute zum Teil andere Bestimmungen. Die saarländischen Kreditinstitute sind ab August 1959 mindestreservpflichtig. —
²⁾ Ab Juli 1960 gelten diese Sätze auch für den Zuwachs der seitens der Kundschaft bei Dritten im Ausland benutzten Krediten gegenüber dem Stand vom 31. Mai 1960. Bis zur Höhe des Standes vom 31. Mai 1960 sind diese Verbindlichkeiten nach wie vor nicht reservpflichtig.

b) Reserveklassen¹⁾

Mai 1952 bis Juli 1959			Ab August 1959		
Reserveklasse	Kreditinstitute mit reservpflichtigen Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen)		Reserveklasse	Kreditinstitute mit reservpflichtigen Verbindlichkeiten (einschl. Spareinlagen)	
1	von 100 Mio DM und mehr		1	von 300 Mio DM und mehr	
2	" 50 bis unter 100 Mio DM		2	" 30 bis unter 300 Mio DM	
3	" 10 " " 50 " "		3	" 3 " " 30 " "	
4	" 5 " " 10 " "		4	unter 3 Mio DM	
5	" 1 " " 5 " "				
6	unter 1 Mio DM				

¹⁾ Maßgebend für die Einstufung der Kreditinstitute in die einzelnen Reserveklassen sind ihre reservpflichtigen Verbindlichkeiten im jeweiligen Vormonat.

2. Zinssätze

a) Diskont- und Lombardsätze der Deutschen Bundesbank *)
sowie Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreservesolls

Gültig ab	Diskontsatz ¹⁾	Lombardsatz	Sonderzins für Kreditinstitute bei Unterschreitung des Mindestreservesolls
	% p. a.	% p. a.	% p. a. über Lombardsatz
1948 1. Juli	5	6	1
1. Dez.			3
1949 27. Mai	4 1/2	5 1/2	
14. Juli	4	5	
1950 27. Okt.	6 ^{1) 2)}	7	1
1. Nov.			3
1951 1. Jan.			
1952 29. Mai	5 ⁴⁾	6	
21. Aug.	4 1/2	5 1/2	
1953 8. Jan.	4	5	
11. Juni	3 1/2	4 1/2	
1954 20. Mai	3	4	
1955 4. Aug.	3 1/2	4 1/2	
1956 8. März	4 1/2	5 1/2	
19. Mai	5 1/2 ⁵⁾	6 1/2	
6. Sept.	5	6	
1957 11. Jan.	4 1/2	5 1/2	
19. Sept.	4	5	
1958 17. Jan.	3 1/2	4 1/2	
27. Juni	3	4	
1959 10. Jan.	2 3/4	3 3/4	
4. Sept.	3	4	
23. Okt.	4	5	
1960 3. Juni	5	6	
11. Nov.	4	5	
1961 20. Jan.	3 1/2	4 1/2	
5. Mai	3	4	

*) Bis 31. 7. 1957 Sätze der Bank deutscher Länder bzw. der Landeszentralbanken.
¹⁾ Zugleich Zinssatz für Kassenkredite an die öffentliche Hand und an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (s. auch Anm. ²⁾ und ⁴⁾). Der Diskontsatz für Wechsel, die auf fremde Valuta lauten, wurde gemäß ZBR-Beschluß vom 3. August 1948 zunächst einheitlich auf 3 % festgesetzt. Mit Beschluß vom 9./10. November 1949 ermächtigte der Zentralbankrat das Direktorium, für solche Wechsel unterschiedliche Sätze in Anlehnung an die Diskontsätze der ausländischen Notenbanken festzusetzen. Das gleiche galt für DM-Wechsel, die im Ausland akzeptiert worden sind (ZBR-Beschluß vom 22./23. März 1950), und für Exporttratten (ZBR-Beschluß vom 15./16. November 1950 und vom 23./24. Mai 1951) (vgl. auch Anm. ⁵⁾). — ²⁾ Solawechsel aus der Exportförderungsaktion der Kreditanstalt für Wiederaufbau wurden nach der Diskonterhöhung vom 27. Oktober 1950 weiterhin zum Vorzugssatz von 4 % diskontiert (ZBR-Beschluß vom 29./30. November 1950); diese Zinsvergünstigung wurde durch ZBR-Beschluß vom 7./8. November 1951 aufgehoben und konnte nur noch für Solawechsel aus Krediten in Anspruch genommen werden, die bis einschließlich 7. November 1951 gewährt oder zugesagt waren. — ³⁾ Lt. ZBR-Beschluß vom 20. Dezember 1950 wurde der Zinssatz für Kassenkredite an die Kreditanstalt für Wiederaufbau mit Wirkung vom 27. Oktober 1950, soweit es sich um Kredite an die Landwirtschaft, an die Seeschifffahrt und für den Wohnungsbau handelte, auf 4 % abgedreht, soweit es sich um Kredite für sonstige Verwendungszwecke handelte, auf 5 1/2 % festgesetzt. — ⁴⁾ Seit 29. Mai 1952 bestand nur noch die in Anmerkung ¹⁾ erwähnte Sonderregelung für die zur Finanzierung der Landwirtschaft, der Seeschifffahrt und des Wohnungsbau bestimmten Kredite, die bis zu ihrer Abwicklung mit 4 % abgerechnet wurden. — ⁵⁾ Ab 19. Mai 1956 auch Diskontsatz für Auslandswechsel, Auslandschecks, DM-Akzente von Ausländern und Exporttratten.

b) Sätze der Deutschen Bundesbank
für den Verkauf von Geldmarktpapieren am offenen Markt (% p. a.)

Gültig ab	Schatzwechsel des Bundes und der Bundesbahn mit Laufzeit von		Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, der Bundesbahn und der Bundespost mit Laufzeit von				Vorratsstellen-Wechsel mit Laufzeit von	
	30 bis 59 Tagen	60 bis 90 Tagen	1/2 Jahr	1 Jahr	1 1/2 Jahren	2 Jahren	30 bis 59 Tagen	60 bis 90 Tagen
	1958 2. Jan.	3 3/4	3 1/2	3 3/4	4	4 1/4	4 1/2	3 1/2
6. Jan.	3 1/4	3 3/8	3 5/8	3 7/8	4 1/8	4 3/8	3 5/8	3 1/2
17. Jan.	3 1/2	3 1/4	3 1/4	3 3/4	4 1/4	4 3/4	3 3/4	3 1/2
15. April	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 3/4	3 3/4	4 1/4	3 1/4	3 3/4
30. Mai	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/2	3 3/4	4	3 1/4	3 3/4
27. Juni	2 3/4	2 3/4	3	3 1/4	3 1/2	3 1/2	2 3/4	2 3/4
11. Juli	2 1/2	2 1/2	2 3/4	3	3 1/4	3 3/4	2 3/4	2 3/4
11. Aug.	2 3/4	2 1/2	2 3/4	3	3 1/4	3 3/4	2 3/4	2 3/4
28. Okt.	2 1/4	2 3/8	2 3/4	2 3/4	3	3 1/4	2 3/4	2 1/2
1959 10. Jan.	2 1/4	2 1/4	2 1/2	2 3/4	2 3/4	3 1/4	2 1/4	2 3/4
9. April	2	2 1/4	2 3/4	2 1/2	2 3/4	3	2 1/2	2 1/4
15. April	1 3/4	2	2 1/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2	2 1/4
4. Sept.	2 1/4	2 1/4	2 3/4	3	3 1/4	3 1/2	2 1/2	2 3/4
23. Sept.	2 1/4	2 3/4	2 3/4	3	3 1/4	3 1/2	2 3/4	2 3/4
30. Sept.	2 3/4	2 3/4	3	3 1/4	3 3/4	3 3/4	2 3/4	2 3/4
16. Okt.	2 1/2	2 3/4	2 3/4	3 1/4	3 3/4	3 3/4	2 3/4	2 3/4
23. Okt.	3 1/4	3 3/4	3 3/4	4 1/4	4 1/4	4 1/4	3 3/4	3 3/4
28. Okt.	3 1/2	3 3/4	3 3/4	4 1/4	4 1/4	4 1/4	3 3/4	3 3/4
21. Dez.	3 3/4	3 3/4	4	4 1/4	4 3/4	4 1/2	3 3/4	3 3/4
1960 29. Febr.	3 3/4	3 3/4	4 1/4	4 3/4	4 1/2	4 3/4	3 3/4	4
3. März	3 3/4	4	4 1/4	4 1/2	4 3/4	4 3/4	4	4 1/4
3. März	4 1/4	4 3/4	5 1/4	5 1/4	5 3/4	5 3/4	4 3/4	5
2. Nov.	4 3/4	4 3/4	5	5 1/4	5 1/4	5 3/4	4 3/4	4 3/4
3. Nov.	4 3/4	4 1/2	4 3/4	4 3/4	5	5	4 1/2	4 3/4
11. Nov.	3 3/4	4	4 1/4	4 3/4	4 1/2	4 3/4	4	4 1/4
20. Dez.	3 3/4	3 3/4	4	4 1/4	4 1/4	4 3/4	3 3/4	3 3/4
1961 20. Jan.	3 1/4	3 1/4	3 1/2	3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 1/4	3 3/4
9. Febr.	3	3 1/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 1/4	3 1/4
14. Febr.	2 3/4	3	3 1/4	3 3/4	3 1/2	3 3/4	3	3 1/4
3. März	2 3/4	2 3/4	3 1/4	3 1/4	3 3/4	3 3/4	2 3/4	3
8. März	2 3/4	2 3/4	3	3 1/4	3 1/4	3 3/4	2 3/4	2 3/4
17. März	2 1/2	2 3/4	2 3/4	3	3 1/4	3 1/4	2 3/4	2 3/4
23. März	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	3	3 1/4	2 1/2	2 3/4
26. April	2 1/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	3	2 3/4	2 1/2
5. Mai	2 1/4	2 1/4	2 1/2	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 1/4	2 3/4

c) Privatkontsätze
% p. a.

Gültig ab	Privatkonten mit einer Restlaufzeit von	
	30 bis 59 Tagen (kurze Sicht) Mittelsatz	60 bis 90 Tagen (lange Sicht) Mittelsatz
1960 Jan. 4.	3 3/4	3 13/16
11.	3 7/8	3 13/16
28.	3 3/4	3 13/16
Febr. 1.	3 3/4	3 13/16
10.	3 13/16	3 7/8
15.	3 3/4	3 13/16
22.	3 7/8	3 13/16
März 8.	3 13/16	3 13/16
29.	3 3/4	3 13/16
April 7.	3 13/16	3 13/16
19.	3 3/4	3 13/16
22.	3 3/4	3 13/16
28.	3 3/4	3 13/16
Juni 1.	3 13/16	3 13/16
3.	4 13/16	4 13/16
23.	4 7/8	4 13/16
Juli 2.	4 13/16	4 13/16
25.	4 13/16	4 7/8
Aug. 25.	4 3/4	4 13/16
Sept. 1.	4 13/16	4 7/8
6.	4 7/8	4 13/16
15.	4 13/16	4 13/16
Nov. 4.	4 13/16	4 13/16
11.	3 13/16	3 13/16
21.	3 13/16	3 7/8
1961 Jan. 16.	3 13/16	3 13/16
20.	3 7/8	3 7/8
Febr. 9.	3 13/16	3 13/16
14.	3 3/4	3 13/16
23.	3 5/8	3 13/16
24.	3 7/8	3 7/8
März 3.	3 5/8	3 5/8
9.	3 3/4	3 13/16
10.	3 13/16	3 13/16
17.	2 13/16	2 13/16
23.	2 13/16	2 13/16
April 26.	2 13/16	2 13/16
Mai 5.	2 3/4	2 3/4
Juni 13.	2 1/2	2 1/2
22.	2 3/4	2 3/4
23.	2 3/4	2 3/4
Juli 25.	2 3/4	2 3/4
Aug. 1.	2 3/4	2 3/4

noch: 2. Zinssätze

d) Geldmarktsätze¹⁾ in Frankfurt (Main) nach Monaten

0/0 p. a.

Zeit	Tagesgeld ²⁾	Monatsgeld ²⁾	Dreimonatsgeld ²⁾	Zeit	Tagesgeld ²⁾	Monatsgeld ²⁾	Dreimonatsgeld ²⁾
1958				1960			
Jan.	2 3/4 — 3 1/2	3 1/2	3 3/4 — 3 7/8	Jan.	3 1/4 — 4 1/8	3 7/8 — 4 1/4	4 1/4 — 4 7/8
Febr.	3 1/4 — 4	3 3/8 — 3 5/8	3 3/4 — 3 7/8	Febr.	3 3/8 — 4 1/4	4 1/8 — 4 3/4	4 3/8 — 4 7/8
März	3 1/8 — 3 3/4	3 3/8 — 3 5/4	3 7/8 — 4	März	3 1/2 — 4 3/8	4 3/8 — 4 7/8	4 3/8 — 4 7/8
April	3 — 4 1/8	3 1/8 — 3 5/8	3 3/4 — 4	April	3 1/2 — 4 3/8	4 1/4 — 4 3/8	4 1/2 — 4 3/4
Mai	3 1/8 — 3 5/8	3 3/8 — 3 5/8	3 1/2 — 3 3/4	Mai	3 1/2 — 4 1/4	4 1/4 — 4 3/8	4 1/2 — 4 3/4
Juni	3 — 3 7/8	3 3/8 — 4	3 3/8 — 3 3/4	Juni	4 1/4 — 5 1/4	4 3/8 — 5 1/2	4 3/8 — 5 3/8
Juli	2 3/8 — 3 1/8	3 — 3 1/8	3 1/8 — 3 3/8	Juli	4 — 5 3/8	5 1/8 — 5 3/8	5 1/8 — 5 3/4
Aug.	2 1/4 — 2 7/8	2 3/4 — 3	3 1/8 — 3	Aug.	4 3/8 — 5 1/4	5 1/4 — 5 3/8	5 3/8 — 5 1/2
Sept.	2 3/8 — 3 1/8	2 7/8 — 3 1/8	3 — 3 1/4	Sept.	4 7/8 — 5 3/8	5 3/8 — 5 3/8	5 1/2 — 5 3/4
Okt.	2 — 3 1/8	2 1/2 — 3	4	Okt.	4 3/4 — 5 7/8	5 1/4 — 5 1/2	5 7/8 — 6 1/4
Nov.	2 1/2 — 3 1/4	2 3/4 — 3	4	Nov.	4 — 5 3/8	4 3/8 — 5 3/8	5 1/8 — 6
Dez.	2 1/4 — 3 ³⁾	3 — 3 7/8	3 1/4 — 3 3/4	Dez.	3 1/2 — 5 1/8 ⁴⁾	5 1/4 — 5 3/4	5 — 5 1/8
1959				1961			
Jan.	2 — 2 3/4	2 3/8 — 2 5/8	2 3/8 — 3	Jan.	3 — 4 3/4	4 1/8 — 4 1/2	4 1/2 — 4 7/8
Febr.	2 3/8 — 3 1/2	2 1/2 — 2 5/8	2 3/4 — 3	Febr.	2 3/8 — 4 1/8	3 3/4 — 4 1/8	3 7/8 — 4 3/8
März	2 — 2 7/8	2 3/8 — 3	2 7/8 — 3 1/8	März	2 1/2 — 4 1/4	3 1/4 — 4	3 3/8 — 4
April	1 3/4 — 2 7/8	2 1/4 — 2 3/4	2 1/2 — 2 5/8	April	2 3/8 — 3 1/2	3 — 3 1/4	3 1/4 — 3 3/8
Mai	2 1/4 — 2 7/8	2 3/8 — 2 5/8	2 3/4 — 2 7/8	Mai	2 1/2 — 3 1/8	3 — 3 1/4	3 1/8 — 3 1/4
Juni	2 — 3	2 1/8 — 2 3/4	2 3/4 — 3	Juni	1 7/8 — 3 1/4	2 7/8 — 3 1/8	3 — 3 1/4
Juli	1 3/4 — 2 3/4	2 1/8 — 2 5/8	2 1/2 — 2 7/8				
Aug.	2 1/8 — 2 1/4	2 3/8 — 2 5/8	2 3/8 — 2 3/4				
Sept.	2 3/8 — 3 1/8	2 3/8 — 3	2 7/8 — 3 1/4				
Okt.	1 1/2 — 3 1/4	2 3/4 — 3 1/4	3 1/2 — 4				
Nov.	3 3/4 — 4 1/8	3 3/8 — 4 1/8	4 1/2 — 4 3/4				
Dez.	3 — 4 1/8 ⁴⁾	4 3/4 — 4 7/8	4 3/8 — 4 7/8				

¹⁾ Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert. Die hier bekanntgegebenen Sätze sind durch Rückfrage am Frankfurter Bankplatz ermittelt worden. Sie können als repräsentativ angesehen werden. — ²⁾ Jeweils niedrigster und höchster Satz während des Monats. — ³⁾ Ultimogeld 4 1/8. — ⁴⁾ Ultimogeld 5 — 5 1/8. — ⁵⁾ Ultimogeld 5 1/2 — 5 3/4.

e) Tagesgeldsätze¹⁾ in Frankfurt (Main) nach Bankwochen

0/0 p. a.

Zeit	1958		1959		1960		1961	
	Niedrigster Satz	Höchster Satz	Niedrigster Satz	Höchster Satz	Niedrigster Satz	Höchster Satz	Niedrigster Satz	Höchster Satz
Jan. 1. — 7.	3 1/8	3 1/2	2	2 3/4	3 5/8	4	3 7/8	4 1/8
8. — 15.	3	3 1/4	2	2 3/8	3 3/4	4 1/8	4 1/4	4 5/8
16. — 23.	3 1/4	3 3/8	2	2 3/8	3 7/8	4 1/8	4 1/4	4 3/4
24. — 31.	2 3/4	3 1/2	2	2 3/4	3 3/4	3 7/8	4	4 1/4
Febr. 1. — 7.	3 1/4	3 3/8	2 3/8	2 5/8	4	4 1/8	3 7/8	4 1/8
8. — 15.	3 1/4	3 3/8	2 3/8	2 1/2	3 3/8	4	3 3/8	3 3/4
16. — 23.	3 1/4	3 3/8	2 1/2	2 1/2	3 3/8	3 7/8	2 3/8	3 1/2
24. — 28.	3 3/8	4	2 1/2	3 1/2	3 3/4	4 1/4	3 1/2	3 7/8
März 1. — 7.	3 1/2	3 3/4	2 3/4	2 7/8	4 1/8	4 3/8	3 7/8	4 1/4
8. — 15.	3 1/2	3 3/4	2 3/8	2 3/4	4 1/4	4 1/2	2 7/8	3 7/8
16. — 23.	3 1/2	3 3/8	2 3/8	2 3/4	4 1/2	4 3/8	2 3/8	3
24. — 31.	3 1/8	3 3/8	2	2 3/8	3 1/2	4 3/8	2 1/2	3
April 1. — 7.	3 1/2	3 1/2	2 1/4	2 3/4	4 1/8	4 3/8	3 1/4	3 1/2
8. — 15.	3 1/8	3 1/2	1 7/8	2 1/4	4	4 1/4	3 1/8	3 1/4
16. — 23.	3	3 1/8	1 3/4	2	3 1/8	4	2 3/4	3 1/8
24. — 30.	3	4 1/8	1 3/4	2 7/8	3 3/8	4	2 3/8	3
Mai 1. — 7.	3 1/8	3 3/8	2 1/2	2 3/4	4	4 1/4	2 7/8	3 1/8
8. — 15.	3 3/8	3 1/2	2 1/2	2 3/4	3 7/8	4	3	3 1/8
16. — 23.	3 3/8	3 1/2	2 3/8	2 7/8	3 7/8	4	3	3 1/8
24. — 31.	3 1/8	3 1/2	2 1/4	2 3/4	3 1/2	4	2 1/8	3
Juni 1. — 7.	3 1/2	3 3/8	2 1/2	2 3/4	4 1/4	4 7/8	2 5/8	3 1/8
8. — 15.	3 1/2	3 3/8	2	2 1/2	4 7/8	5	1 7/8	2 1/2
16. — 23.	3 3/8	3 3/4	2	2 1/4	5	5 1/4	2	2 7/8
24. — 30.	3	3 7/8	2 1/4	3	5	5 1/4	2 1/2	3 1/4
Juli 1. — 7.	2 7/8	3 1/8	2 3/8	2 3/4	5 1/8	5 3/8	2 7/8	3
8. — 15.	2 3/4	2 7/8	2 1/4	2 3/8	4 7/8	5 3/8	3	3 1/8
16. — 23.	2 7/8	3	2 1/8	2 3/8	4 3/4	5 3/8	3	3 1/8
24. — 31.	2 3/8	3	1 3/4	2 1/8	4	4 3/4		
Aug. 1. — 7.	2 1/4	2 7/8	2 1/8	2 1/2	5	5 1/8		
8. — 15.	2 1/2	2 3/4	2 1/8	2 1/2				
16. — 23.	2 1/4	2 3/8	2 1/4	2 3/8				
24. — 31.	2 1/4	2 7/8	2 1/4	2 3/4	4 7/8	5	4 7/8	
Sept. 1. — 7.	2 3/4	3	2 1/2	2 3/8	5 1/8	5 1/4		
8. — 15.	2 3/8	3	2 3/8	2 3/4	5 1/8	5 1/4		
16. — 23.	2 3/8	2 7/8	2 3/8	2 3/4	5 1/8	5 1/4		
24. — 31.	2 3/4	3 1/8	2 3/8	3 1/4	4 7/8	5 3/8		
Okt. 1 — 7.	3	3 1/8	2 7/8	3 1/8	5	5 3/8		
8. — 15.	2 3/4	3	2 3/8	2 7/8	5 3/8	5 3/8		
16. — 23.	2 1/4	2 3/4	1 3/2	2 3/8	5 3/8	5 3/8		
24. — 31.	2	2 1/4	1 1/2	3 1/4	4 1/4	5 1/4		
Nov. 1. — 7.	2 3/8	2 3/4	3 1/4	4	5 1/8	5 3/8		
8. — 15.	2 1/2	2 3/8	3 7/8	4	4 1/4	5 1/4		
16. — 23.	2 1/8	3 1/8	4	4 1/8	4 3/8	5		
24. — 30.	2 3/4	3 1/4	3 7/8	4 1/8	4	5 1/8		
Dez. 1. — 7.	2 3/8	3	3 7/8	4 1/8	4	5 1/8		
8. — 15.	2 1/2	2 3/8	3 3/4	4	4 1/4	5 1/4		
16. — 23.	2 3/8	2 3/8	3 3/4	4	4 1/2	4 7/8		
24. — 30.	2 1/4	2 1/2	3	3 7/8	3 1/2	4 1/4		
Ultimogeld	4		5	5 1/8	5 1/2	5 3/4		

¹⁾ Tagesgeldsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert. Die hier bekanntgegebenen Sätze sind durch Rückfrage am Frankfurter Bankplatz ermittelt worden. Sie können als repräsentativ angesehen werden.

f) Die in den einzelnen Ländern

Sollzinsen der Kreditinstitute seit 5. Mai 1961, Habenzinsen (ohne Spareinlagen)

	Baden-Württemberg ²⁾		Bayern ²⁾		Berlin ²⁾		Bremen ²⁾		Hamburg ²⁾	
Sollzinsen in % p. a.										
D = Diskontsatz, zur Zeit 3 L = Lombardsatz, zur Zeit 4										
Kreditkosten	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung										
a) zugesagte Kredite ⁴⁾										
Zinsen	L + 1/2%	7 1/2	L + 1/2%	7 1/2	L + 1/2%	7 1/2	L + 1/2%	7 1/2	L + 1/2%	7 1/2
Kreditprovision	1/4% p. M.		1/4% p. M.		1/4% p. M.		1/4% p. M.		1/4% p. M.	
b) Kontoüberziehungen										
Zinsen	L + 1/2%	9	L + 1/2%	10	L + 1/2%	9	L + 1/2%	9	L + 1/2%	9
Überziehungsprovision	1/8% p. T.		1/8% p. T.		1/8% p. T.		1/8% p. T.		1/8% p. T.	
2. Akzeptkredite (Normalkonditionen)										
Zinsen	D + 1/2%	6 1/2	D + 1/2%	6 1/2	D + 1/2%	6 1/2	D + 1/2%	6 1/2	D + 1/2%	6 1/2
Akzeptprovision	1/4% p. M.		1/4% p. M.		1/4% p. M.		1/4% p. M.		1/4% p. M.	
3. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von 20 000,— DM und höher										
Zinsen	D + 1/2%	5	D + 1 1/2%	5 7/10	D + 1%	5 1/2	D + 1/2% - 1%	5-5 1/2	D + 1%	5 1/2
Diskontprovision	1/8% p. M.		1% p. M.		1/2% p. M.		1/8% p. M.		1/8% p. M.	
b) Abschnitte von 5 000,— DM bis unter 20 000,— DM										
Zinsen	D + 1/2%	5	D + 1 1/2%	5 7/10	D + 1%	5 1/2	D + 1/2% - 1%	5-5 1/2	D + 1%	5 1/2
Diskontprovision	1/8% p. M.		1% p. M.		1/2% p. M.		1/8% p. M.		1/8% p. M.	
c) Abschnitte von 1 000,— DM bis unter 5 000,— DM										
Zinsen	D + 1%	5 1/2	D + 1 1/2%	6	D + 1%	6	D + 1/2% - 1%	5 1/2-6	D + 1%	6
Diskontprovision	1/8% p. M.		1/2% p. M.		1/2% p. M.		1/8% p. M.		1/8% p. M.	
d) Abschnitte unter 1 000,— DM										
Zinsen	D + 1%	6	D + 1 1/2%	6 1/2	D + 1%	7	D + 1/2% - 1%	6 1/2-7	D + 1%	7
Diskontprovision	1/8% p. M.		1/2% p. M.		1/4% p. M.		1/8% p. M.		1/4% p. M.	
4. Ziehungen auf Kundschaft	keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung	
Zinsen										
Kreditprovision										
5. Umsatzprovision	keine Angabe		1/8% pro Semester, mindestens vom 3fachen des Höchst-Soll-Saldos		1/2 - 1% vom Umsatz der größeren Seite oder mindestens 1% p. a. vom Kreditbetrag		1/2% d. größeren Seite abzüglich Saldo vortrag, mindestens 1/2% pro Semester a. Kreditbetrag		Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942	
6. Minstdiskontspesen	2,— DM		2,— DM		2,— DM		2,— DM		2,— DM	
7. Domizilprovision	1/8% p. M. mind. —,50 DM		nicht festgesetzt		nicht festgesetzt		1/2% p. M.		nicht festgesetzt	
Habenzinsen ⁷⁾ in % p. a.										
Einlagenzinssätze										
1. für täglich fällige Gelder										
a) in provisionsfreier Rechnung		3/8		3/8		3/8		3/8		3/8 ⁸⁾
b) in provisionspflichtiger Rechnung		3/4		3/4		3/4		3/4		3/4
2. Spareinlagen										
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist		3 1/4		3 1/4		3 1/4		3 1/4		3 1/4
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist ⁹⁾										
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten		3 1/4		3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2
2) von 12 Monaten und darüber		4		4		4		4		4
3. für Kündigungsgelder mit einer Kündigungsfrist von										
a) 1 bis weniger als 3 Monaten		1 3/4		1 3/4		1 3/4		1 3/4		1 3/4
b) 3 bis weniger als 6 Monaten		2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4
c) 6 bis weniger als 12 Monaten		2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4
d) 12 Monaten und darüber		3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2
4. Festgelder mit einer Laufzeit von										
a) 30 bis 89 Tagen		1 3/4		1 3/4		1 3/4		1 3/4		1 3/4
b) 90 bis 179 Tagen		2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4
c) 180 bis 359 Tagen		2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4
d) 360 Tagen und darüber		3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2
5. Zinsvoraus ¹⁰⁾		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2

¹⁾ Zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachung der Bankaufsichtsbehörden der einzelnen Länder über die Festsetzung von Zins- und Provisionssätzen. Sondersätze oder Verin begründeten Fällen mit Genehmigung der zuständigen Bankaufsichtsbehörden zulässig. — ²⁾ Höchstsätze. — ³⁾ Der errechnete Gesamtzinssatz stimmt — von der Zubilligung von Minder- Kredit in voraus oder bei stillschweigend gewährtem Kredit vom Höchst-Sollsaldo berechnet werden. — ⁴⁾ Bei Abschnitten unter 1000,— DM ist unabhängig von den Diskontspesen je der Nichtbankierkundschaft. Als Nichtbankierkundschaft im Sinne des § 3 des Mantelvertrages vom 22. 12. 1936 gelten z. B. auch öffentliche Kassen und Versicherungsunternehmen. — ⁵⁾ Gemäß Beschluß des Sonderausschusses Ban- die Kündigung erst nach Ablauf einer Sperrfrist von 6 Monaten zugelassen werden. Diese Sperrfrist beginnt am Tage der Einzahlung. — ⁶⁾ Gemäß Beschluß des Sonderausschusses Ban- 40 Mio DM, Kapitalgesellschaften, Privatbankiers und Personalgesellschaften mit einer Bilanzsumme bis zu 60 Mio DM ab April 1954 die festgesetzten Höchstsätze für Habenzinsen

2. Zinssätze

IV. Mindestreservesätze und Zinssätze

geltenden Soll- und Habenzinsen ¹⁾

der Kreditinstitute seit 10. Juni 1961, Zinsen für Spareinlagen seit 1. Juli 1961

Hessen ²⁾		Niedersachsen ²⁾		Nordrhein-Westfalen ²⁾		Rheinland-Pfalz ²⁾		Saarland		Schleswig-Holstein ²⁾	
Sollzinsen in % p. a.											
D = Diskontsatz, zur Zeit 3						L = Lombardsatz, zur Zeit 4					
im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2
L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9
D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2
D + 1/2 % 1/8 % p. M.	5	L + 1/2 % 1/24 % p. M.	5	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	5	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	5	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	5	D + 1 % 1/8 % p. M.	5 1/2
D + 1/2 % 1/8 % p. M.	5 1/2	L + 1/2 % 1/12 % p. M.	5 1/2	D + 1 1/2 % 1/12 % p. M.	5 1/2	D + 1 1/2 % 1/24 - 1/12 % p. M.	5-5 1/2	D + 1 1/2 % 1/12 % p. M.	5 1/2	D + 1 % 1/8 % p. M.	5 1/2
D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6	L + 1/2 % 1/8 % p. M.	6	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6	D + 1 % 1/8 % p. M.	6
D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2 ³⁾	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6 ⁵⁾	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6 ⁵⁾	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6 ⁵⁾	D + 1 % 1/4 % p. M.	7 ⁵⁾
L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	keine Festsetzung		keine Festsetzung		L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	keine Festsetzung	
Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942				1/8 % pro Semester		Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942					
2,— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2,— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2,— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2,— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2,— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2,— DM nicht festgesetzt	
Habenzinsen ⁷⁾ in % p. a.											
3/8	3/8	3/8	3/8	3/8	3/8	3/8	3/8	3/8	3/8	3/8	3/8
3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4
3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4
2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4
2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4
2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4
2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2

günstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — ²⁾ Normalsätze, Überschreitungen kationen abgesehen — mit den effektiven Kreditkosten nur dann überein, wenn der zugesagte Kredit voll in Anspruch genommen wird. Wird die Kreditzusage nur teilweise ausgenutzt, § 2 des Sollzinsabkommens dürfen nämlich die Zinsen nur für den tatsächlich in Anspruch genommenen Kredit erhoben werden. Die Kreditprovision kann dagegen vom fest zugesagten nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von 1,— DM bis 2,— DM in Ansatz zu bringen. — ³⁾ Auch für Wechsel auf Nebenplätze. — ⁴⁾ Diese Höchstsätze gelten gegenüber ⁵⁾ Girokonten bis zum Betrage von 10000.— DM bei den Hamburger Abrechnungsbanken bleiben zinsfrei. — ⁶⁾ Bei Hereinnahme von Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist darf kenaufsicht und den in den Bekanntmachungen der einzelnen Bankaufsichtsbehörden enthaltenen Voraussetzungen dürfen von den Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme bis zu höchstens um die aufgeführten Sätze überschritten werden; ausführliche Bekanntgabe der Sätze siehe umstehende Sondertabelle.

7. Absatz von Industrie-Obligationen und Aktien

aufgeteilt nach Wirtschaftsgruppen der Emittenten

Mio DM Nominalwert

Wirtschaftsgruppe der Emittenten	Industrie-Obligationen						Aktien					
	1948, 2. Hj. bis 1957	1958	1959 ¹⁾	1960	1961 Januar bis Juni	seit der Währungsreform insgesamt	1948, 2. Hj. bis 1957	1958	1959 ¹⁾	1960	1961 Januar bis Juni	seit der Währungsreform insgesamt
1) Land- und Forstwirtschaft, Binnen- und Hochseefischerei	—	—	—	—	—	—	2,8	0,9	—	—	—	3,7
2) Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	654,7	391,0	260,0	10,0	—	1 315,7	694,7	53,6	96,4	105,6	19,1	969,4
3) Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	719,2	217,5	100,0	—	—	1 036,7	275,4	82,8	178,7	413,3	64,6	1 014,8
4) Energiewirtschaft und Versorgungsbetriebe	1 034,0	317,0	288,9	13,7	115,0	1 768,6	876,3	83,6	127,2	213,6	146,7	1 447,4
5) Stahl- und Eisenbau, Maschinen-, Fahrzeug-, Schiffbau, Eisen-, Stahl- und Blechwarengewerbe, Feinmechanik, Optik und Elektrotechnik	338,0	125,6	50,0	—	—	513,6	1 273,9	127,5	141,9	400,5	154,5	2 098,3
6) Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung, Kohlenwertstoff- und Gummiindustrie, Kunststoffe	547,7	464,5	171,0	—	—	1 183,2	1 423,1	318,1	435,2	330,8	420,9	2 928,1
7) Nahrungs-, Genuß- und Futtermittelgewerbe	11,1	—	—	—	—	11,1	152,3	46,0	41,1	30,3	26,2	295,9
8) Sonstige verarbeitende Gewerbe (Feinkeramik, Glas, Sägerei, Holz, Papier, Leder, Textil, Bekleidung)	75,5	42,6	—	—	0,9	119,0	220,1	17,4	29,0	66,6	46,0	379,1
9) Bau- und Bauhilfsgewerbe	37,2	3,7	3,8	3,8	3,7	52,2	28,3	4,8	1,5	10,6	3,2	48,4
10) Wohnungs- und Grundstückswesen	—	—	—	—	—	—	144,6	16,7	29,3	25,7	51,5	267,8
11) Sonstige Dienstleistungen	—	—	—	—	—	—	45,2	4,8	4,9	0,8	4,4	60,1
12) Handel-, Geld- und Versicherungswesen	38,0	15,0	45,0	—	50,0	148,0 ²⁾	951,5	273,4	221,0	279,4	167,4	1 892,7
13) Verkehrswirtschaft	10,0	75,0	—	—	—	85,0	169,9	108,2	76,1	27,2	4,4	385,8
14) Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	—	—	—	—	—	—	4,6	1,7	0,7	0,1	—	7,1
insgesamt	3 465,4	1 651,9	918,7	27,5	169,6	6 233,1	6 262,7	1 139,5	1 383,0	1 904,5	1 108,9	11 798,6

¹⁾ Einschließlich Saarland von 1948 bis 1959 (Frankenbeträge umgerechnet im Verhältnis 100 Franken = 0,8507 DM). — ²⁾ Schuldverschreibungen von Handelsunternehmen.

8. Zinssätze und Emissionskurse tarifbesteuert Wertpapiere

Absatz in Mio DM Nominalwert

Wertpapierart / Emissionskurs	Zinssätze (%)							Zusammen	Zinssätze (%)							Zusammen
	4 bis unter 4 1/2	4 1/2 bis unter 5	5 bis unter 5 1/2	5 1/2 bis unter 6	6 bis unter 6 1/2	6 1/2 bis unter 7	7 und höher		4 bis unter 4 1/2	4 1/2 bis unter 5	5 bis unter 5 1/2	5 1/2 bis unter 6	6 bis unter 6 1/2	6 1/2 bis unter 7	7 und höher	
I) Schuldverschreibungen inländischer Emittenten																
Juni 1961																
1) Pfandbriefe ¹⁾ und Kommunalobligationen davon zum Emissionskurs unter 93	5,5	1,5	246,9	332,2	45,9	12,4	7,7	652,1	—	1,5	157,6	272,0	33,2	0,1	—	464,4
von 93 bis unter 94	—	—	0,5	1,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
94 " " 95	—	—	2,7	—	—	—	—	—	—	—	5,3	—	—	—	—	—
95 " " 96	—	—	14,8	—	—	—	—	—	—	—	22,5	—	—	—	—	—
96 " " 97	—	—	116,2	2,8	0,0	—	—	—	—	—	104,4	4,5	2,0	0,1	—	
97 " " 98	—	—	93,8	9,2	—	12,0	—	—	—	—	15,8	9,9	0,1	—	—	
98 " " 99	—	—	1,6	4,1	1,0	—	—	—	—	—	0,1	1,6	—	—	—	
99 " " 100	5,5	—	2,0	42,8	—	—	—	—	—	1,5	—	90,8	—	—	—	
100 " " 101	—	1,5	0,8	176,5	0,1	—	4,8	—	—	—	5,0	144,2	1,3	—	—	
101 " " 102	—	—	14,5	93,1	10,7	—	—	—	—	—	4,5	21,0	15,7	0,0	—	
102 " " 103	—	—	—	2,0	31,4	—	—	—	—	—	—	—	10,5	0,0	—	
103 und höher	—	—	—	—	2,7	0,4	2,9	—	—	—	—	—	2,0	—	—	
2) Industrie-Obligationen (einschl. Wandelschuldverschreibungen) davon zum Emissionskurs von 98	—	—	50,0	—	—	—	—	50,0	—	—	—	—	—	—	—	—
3) Anleihen der öffentlichen Hand davon zum Emissionskurs unter 99	—	—	4,0	—	—	—	—	4,0	—	—	195,6	—	—	—	—	195,6
von 99 bis unter 100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
100 " " 101	—	—	4,0 ²⁾	—	—	—	—	—	—	—	195,6 ²⁾	—	—	—	—	—
101 und höher	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4) Schuldverschreibungen v. Spezialkreditinstituten und sonstige davon zum Emissionskurs unter 96	—	50,5 ³⁾	34,2	1,1	0,9	—	—	86,7	—	—	22,8	79,4	0,6	—	—	102,8
von 96 bis unter 97	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
97 " " 98	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,0	—	—	—	—	—
98 " " 99	—	—	19,9	—	—	—	—	—	—	—	2,8	—	—	—	—	—
99 " " 100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
100 " " 101	—	30,0	—	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
101 und höher	—	20,5	14,3	1,0	0,9	—	—	—	—	—	17,0 ⁴⁾	52,4	27,0	—	—	—
II) Anleihen ausländischer Emittenten																
Zusammen	5,5	52,0	335,1	333,3	46,8	12,4	7,7	792,8	—	1,5	376,0	351,4	33,8	0,1	—	762,8

¹⁾ Einschl. Schiffspfandbriefe. — ²⁾ 5 % Anleihe der Bundesrepublik Deutschland (E) — ³⁾ Kassenobligationen. — ⁴⁾ Darunter 6,0 Mio DM Kassenobligationen.

14. Bausparkassen
a) Zwischenbilanzen*)

Mio DM

Main table showing balance sheets (Aktiva/Passiva) for Bausparkassen, categorized by type (Gesamt, Private, Öffentliche) and time period (1956-1961).

b) Entwicklung des Bauspargeschäfts*)

Jahres- bzw. Monatsergebnisse in Mio DM

Table showing the development of the savings business (Kapitalzusagen, Kapitalauszahlungen, etc.) for Bausparkassen, categorized by type and time period.

Quelle: Verband der Privaten Bausparkassen und Geschäftsstelle Öffentliche Bausparkassen im Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. ... *) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ...

VI. Öffentliche Finanzen

1. Ausgleichsforderungen *)

Mio DM

	Alle Gläubiger	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute ¹⁾	Versicherungsunternehmen	Bausparkassen	Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen ²⁾
I. Die bisherige Entwicklung						
1. Zugeteilte Ausgleichsforderungen ³⁾	21 597	8 677 ⁴⁾	7 592	5 262	66	—
2. Bestandsminderungen						
a) lineare und vorzeitige Tilgungen	1 017	—	615	397	5	—
b) Rückkäufe der Schuldner ⁵⁾	81	—	80	1	—	—
3. Saldo 1 -/. 2	20 499	8 677	6 897	4 864	61	—
4. Gläubigerwechsel						
a) Verkäufe an den Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen	—	—	-/. 286	-/. 61	-/. 5	+ 352
b) vorübergehende Verkäufe an die Deutsche Bundesbank (abzüglich Rückkäufe)	—	+ 51	-/. 51	—	—	—
c) Saldo der Käufe und Verkäufe zwischen anderen Gläubigergruppen	—	—	+ 205	-/. 203	-/. 2	—
5. Bestand Ende Juni 1961	20 499	8 728 ⁶⁾	6 765	4 600	54	352
<i>nachrichtlich:</i>						
<i>davon in Geldmarkttitel umgewandelt</i>	5 427	5 427 ⁶⁾	—	—	—	—
II. Der Bestand Ende Juni 1961 gegliedert nach Zinstypen und Schuldnern						
1. Gliederung nach Zinstypen						
a) unverzinsliche Ausgleichsforderungen	61	—	4	—	—	57
b) 3 %ige	14 470	8 181	6 136	—	—	153
c) 3 1/2 %ige	4 918	—	205	4 590	54	69
d) 4 1/2 %ige	493	—	420	—	—	73
e) 3 %ige Sonderausgleichsforderungen	10	—	—	10	—	—
f) unverzinsliche Schuldverschreibung ⁷⁾	547	547	—	—	—	—
2. Gliederung nach Schuldnern						
a) Bund	11 167	8 677	483	1 942	—	65
b) Länder	9 332	51	6 282	2 658	54	287
3. Gesamt (1a bis 1f = 2a + 2b)	20 499	8 728 ⁶⁾	6 765	4 600	54	352
<i>nachrichtlich:</i>						
<i>davon in Geldmarkttitel umgewandelt</i>	5 427	5 427 ⁶⁾	—	—	—	—

*) Die Zahlen beruhen im wesentlichen auf einer Sondererhebung zum 31. 10. 1957, deren Ergebnisse soweit möglich auf den derzeitigen Stand fortgeschrieben wurden. — ¹⁾ Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter, sowie im Gegensatz zur Monatlichen Bilanzstatistik einschließlich der kleineren ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme Ende 1953 weniger als 500 000,— DM betrug. — ²⁾ Gemäß § 8 ff. des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 14. 6. 1956. — ³⁾ Einschließlich der Ausgleichsforderungen, die den Instituten nach dem Stand ihrer Umstellungsrechnungen noch zuzuteilen sind. — ⁴⁾ Einschließlich unverzinslicher Schuldverschreibung; vgl. Anm. 7). — ⁵⁾ Rückkäufe durch einige Länder überwiegend zur Finanzierung von Investitionsprogrammen. — ⁶⁾ Der im Ausweis der Deutschen Bundesbank vom 30. 6. 1961 (Tabelle II B) ausgewiesene Bestand von 3 301 Mio DM ergibt sich aus der Differenz zwischen dem unter I. 5. und II. 3. angegebenen Betrag von 8 728 Mio DM und dem für Zwecke der Offenmarktpolitik in Geldmarkttitel umgewandelten Teil der Ausgleichsforderungen in Höhe von 5 427 Mio DM. — ⁷⁾ Unverzinsliche Schuldverschreibung des Bundes wegen Geldausstattung Berlins.

3. Währungsreserven der Deutschen Bundesbank¹⁾

in Mio DM

Jahres- bzw. Monatsende	Goldbestand und uneingeschränkt verwendbare Auslandsforderungen			Befristete oder nur beschränkt verwendbare Auslandsforderungen ²⁾					Auslands- verpflich- tungen ³⁾	Nachrichtliche: In den Währungs- reserven nicht erfaßte Auslands- forderungen der Deutschen Bundesbank ⁵⁾
	Insgesamt	Gold- bestand	Unein- geschränkt verwendbare Auslands- forderungen	Insgesamt	darunter					
					Bilaterale Forderungen aus früheren Krediten an die EZU (bis Ende 1958: Kredite an die EZU ⁴⁾)	Schuld- verschrei- bungen der Weltbank ⁴⁾	Zweck- gebundene Guthaben bei aus- ländischen Banken und zweck- gebundene Geldmarkt- anlagen	Konsoli- dierungs- kredite an aus- ländische Zentral- banken		
1952	2 971	587	2 384	2 026	1 061	—	—	—	362	—
1953	5 510	1 367	4 143	2 704	1 782	—	—	—	56	—
1954	8 426	2 628	5 798	2 672	2 054	—	—	146	168	—
1955	10 134	3 862	6 272	2 785	2 187	—	—	304	138	—
1956	14 412	6 275	8 137	3 571	2 890	—	240	403	188	73
1957	17 237	10 674	6 563	6 393	4 242	—	735	1 032	384	73
1958	19 477	11 085	8 392	7 000	4 597	1 166	972	1 265	472	73
1959	19 039	11 077	7 962	4 992	3 159	1 305	353	1 75	410	191
1960	28 295	12 479	15 816	3 762	1 993	1 400	265	1 04	429	272
1958 März	17 090	10 333	6 757	6 183	4 202	735	897	1 249	408	73
1958 Juni	17 696	10 814	6 882	6 716	4 447	1 050	915	1 303	254	73
1958 Sept.	18 715	10 907	7 808	6 822	4 287	1 250	1 002	1 283	404	73
1958 Dez.	19 477	11 085	8 392	7 000	4 597	1 166	972	1 265	372	73
1959 März	17 236	11 248	5 988	6 374	4 121	1 305	707	240	727	73
1959 Juni	17 365	11 355	6 010	5 783	3 813	1 305	441	223	691	73
1959 Sept.	16 704	11 009	5 695	5 468	3 621	1 305	353	188	512	191
1959 Dez.	19 039	11 077	7 962	4 992	3 159	1 305	353	175	410	191
1960 März	19 644	11 214	8 430	4 674	2 978	1 200	353	143	344	191
1960 Juni	23 271	11 645	11 628	4 619	2 835	1 300	353	131	458	191
1960 Sept.	26 621	12 132	14 489	3 821	2 089	1 350	265	117	377	191
1960 Okt.	27 612	12 241	15 371	3 774	2 014	1 375	265	120	334	172
1960 Nov.	27 717	12 360	15 357	3 796	2 011	1 400	265	120	382	172
1960 Dez.	28 295	12 479	15 816	3 762	1 993	1 400	265	104	429	272
1961 Jan.	27 974	12 594	15 380	3 495	1 744	1 400	265	86	333	272
1961 Febr.	28 222	12 724	15 498	3 494	1 743	1 400	265	86	290	372
1961 5. März: Alte Be- wertung	28 513	12 724	15 789	3 496	1 743	1 400	265	88	285	372
1961 Neue Be- wertung	27 155	12 118	15 037	3 434	1 741	1 352	252	88	285	364
1961 31. März	28 329	12 969	15 360	3 417	1 730	1 352	252	82	325	364
1961 April	26 753	12 184	13 569	3 167	1 729	1 352	—	83	1 110	364
1961 Mai	26 821	13 32	13 089	3 164	1 729	1 352	—	82	942	414
1961 Juni	27 378	14 053	13 325	3 142	1 718	1 352	—	72	991	414

²⁾ Die Daten sind mit den im Rahmen des Bundesbankausweises angegebenen Zahlen nicht ganz identisch, da der Goldbestand sowie die Auslandsforderungen und -verpflichtungen hier entsprechend den Vorschriften des Internationalen Währungsfonds für die Aufstellung von Zahlungsbilanzen zum Paritätstaktus angegeben sind, während sie im Bundesbankausweis zum Jahresende nach dem Niederwertprinzip und für das laufende Jahr jeweils zum Tageskurs berechnet werden. Darüber hinaus bestehen bei den Verpflichtungen gewisse Unterschiede in Bezug auf die Abgrenzung der zu berücksichtigenden Positionen (vgl. auch Anm. 1). — ³⁾ Von 1959 ab einschl. der vorher nicht berücksichtigten Akkreditivedenkunkonten und der in der Position „Einlagen ausländischer Einleger“ des Bundesbankausweises erfaßten Verpflichtungen. — ⁴⁾ In den Jahren 1952 und 1953 einschl. bestimmter Forderungen und Verpflichtungen, wie z. B. konsolidierter Clearing-schulden, deren Veränderungen in den Zahlungsbilanztabellen nicht der Devisen-, sondern der Kapitalbilanz zugerechnet wurden. — ⁵⁾ Ohne Berücksichtigung der jeweils letzten EZU-Abrechnung. — ⁶⁾ Ohne Bonds und ohne diejenigen Notes, die im Bundesbankausweis in der Position „Wertpapiere“ und in der Zahlungsbilanz bei den langfristigen öffentlichen Kapitalleistungen berücksichtigt sind. Vgl. hierzu auch die Erläuterungen zu den Wochenauisweisen vom 7. 12. 1960 und 7. 2. 1961. — ⁷⁾ Vgl. Anm. 4.

4. Kurzfristige Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland¹⁾²⁾

in Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Saldo der Forde- rungen und Ver- pflich- tungen	Forderungen						Verpflichtungen						Kurz- fristige Kredite
		Ins- gesamt	Guthaben bei ausländischen Banken und Geldmarktanlagen			Kurz- fristige Kredite	Einlagen von Ausländern nach Einlegergruppen							
			Ins- gesamt	Täglich fällige Gelder	Termin- gelder		Geldmarktanlagen	Ins- gesamt	Ins- gesamt	Aus- ländische Banken ⁴⁾	Nichtbanken		Inter- nationale Organi- sationen ⁵⁾	
1955	— 1 397	524	320	312	13	1	—	204	1 921	1 473	790	622	121	448
1956	— 2 309	715	379	362	7	4	—	336	3 024	2 114	1 197	733	184	910
1957	— 2 285	1 320	775	307	20	448	—	545	3 605	2 650	1 580	914	156	955
1958	— 1 551	1 919	1 040	431	128	481	—	879	3 470	2 893	1 623	1 075	193	577
1959	— 273	3 471	2 543	939	358	1 246	—	928	3 743	3 410	1 784	1 095	315	333
1960	— 2 526	2 368	1 315	530	406	379	—	1 053	4 894	3 641	1 697	1 348	288	1 253
1958 März	— 1 525	2 055	978	342	26	610	—	1 077	3 580	2 822	1 774	941	107	758
1958 Juni	— 1 410	2 102	916	407	35	474	—	1 186	3 512	2 779	1 638	1 014	127	733
1958 Sept.	— 1 207	2 263	1 096	491	112	493	—	1 167	3 470	2 859	1 674	1 049	136	611
1958 Dez.	— 1 551	1 919	1 040	431	128	481	—	879	3 470	2 893	1 625	1 075	193	577
1959 März	— 197	2 758	2 022	486	916	620	—	736	2 955	2 499	1 175	867	226	456
1959 Juni	+ 145	3 356	2 651	662	1 099	890	—	705	3 211	2 893	1 474	953	229	318
1959 Sept.	+ 762	3 977	3 108	903	1 255	950	—	869	3 215	2 931	1 407	955	264	305
1959 Dez.	— 272	3 471	2 543	939	358	1 246	—	928	3 743	3 410	1 784	1 095	315	333
1960 März	— 392	3 457	2 383	1 059	500	824	—	1 074	3 849	3 380	1 741	1 085	231	323
1960 Juni	— 2 002	2 279	1 192	624	226	342	—	1 087	4 281	3 479	1 767	1 063	303	802
1960 Juli	— 2 080	2 139	1 170	632	201	337	—	969	4 219	3 356	1 634	1 077	341	863
1960 Aug.	— 2 064	2 027	1 041	531	183	327	—	986	4 091	3 123	1 462	1 062	318	968
1960 Sept.	— 2 317	2 085	1 014	510	190	314	—	1 071	4 402	3 324	1 626	1 152	285	1 078
1960 Okt.	— 2 214	2 040	976	507	160	309	—	1 064	4 254	3 154	1 400	1 101	316	1 100
1960 Nov.	— 1 868	2 464	1 362	629	423	310	—	1 102	4 332	3 107	1 373	1 113	289	1 225
1960 Dez.	— 2 526	2 368	1 315	530	406	379	—	1 053	4 894	3 641	1 697	1 348	308	1 253
1961 Jan.	— 857	3 872	2 743	694	914	1 135	592	1 129	4 729	3 234	1 440	1 216	323	1 495
1961 Febr. 2)	— 141	4 317	3 106	747	1 127	1 232	677	1 211	4 458	3 149	1 402	1 166	333	1 309
1961 März 3)	— 628	4 431	3 166	684	1 383	1 099	677	1 265	5 059	3 501	1 716	1 197	327	1 558
1961 April	— 389	4 996	3 774	930	1 726	1 118	739	1 222	5 385	3 644	1 773	1 250	350	2 71
1961 Mai	— 51	5 501	4 305	946	2 110	1 249	834	1 196	5 552	3 660	1 835	1 262	517	246
1961 Juni	+	6 010	4 813	1 245	2 485	1 083	801	1 197	6 004	3 836	1 884	1 372	322	2 168

¹⁾ Angaben für die Zeit nach der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes (6. 7. 1959) einschl. der Forderungen und Verpflichtungen der saarländischen Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland. — ²⁾ Die hier ausgewiesenen Zahlen aus dem Auslandsstatus der Kreditinstitute weichen von entsprechenden Zahlen aus der Bilanzstatistik ab, da in den monatlichen Zwischenbilanzen der Niederlassungen ausländischer Banken die Forderungen und Verpflichtungen gegenüber dem ausländischen Mutterinstitut und den ausländischen Schwesterfilialen — anders als im Auslandsstatus — nur saldiert ausgewiesen werden. — ³⁾ Forderungen und Verpflichtungen in ausländischer Währung sind mit dem Ende des jeweiligen Berichtszeitraums geltenden Paritätstaktus bewertet. — ⁴⁾ Nur Anlage von Mitteln aus der Entwicklungshilfe-Anleihe der deutschen Wirtschaft in US-Treasury Bills aus dem Bestande der Bundesbank. — ⁵⁾ Ohne Weltbank, Europäische Investitionsbank und Bank für Internationalen Zahlungsausgleich; die Einlagen dieser Institute sind in der Spalte „Internationale Organisationen“ berücksichtigt. — ⁶⁾ Vgl. Anm. 4.

5. Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland*) †)

(einschl. Ergänzungen zum Warenverkehr †))

Mio DM

Positionen		1958	1959	1960	1959				1960				1961				
					1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	März	April	Mai	
Insgesamt		Einnahmen Ausgaben	11 101 7 923	11 572 9 532	13 106 10 356	2 708 1 994	2 796 2 350	3 089 2 889	2 979 2 299	3 056 2 097	3 147 2 455	3 536 3 098	3 367 2 706	3 172 2 430	1 166 837	1 042 817	1 062 909
		Saldo	+ 3 178	+ 2 040	+ 2 750	+ 714	+ 446	+ 200	+ 680	+ 959	+ 692	+ 438	+ 661	+ 742	+ 329	+ 225	+ 153
I. Dienstleistungen insgesamt ‡)		Einnahmen Ausgaben	11 012 7 760	11 517 9 220	12 755 10 173	2 688 1 966	2 786 2 263	3 082 2 774	2 961 2 217	2 969 2 066	3 027 2 404	3 466 3 046	3 293 2 657	3 093 2 389	1 118 822	1 010 802	1 018 895
		Saldo	+ 3 252	+ 2 297	+ 2 582	+ 722	+ 523	+ 308	+ 744	+ 903	+ 623	+ 420	+ 636	+ 704	+ 296	+ 208	+ 123
1) Reiseverkehr §)		Einnahmen Ausgaben	1 898 2 053	1 896 2 399	2 020 2 852	330 412	527 633	630 953	409 401	342 442	512 701	702 1 175	464 534	391 576	144 237	147 211	178 273
		Saldo	- 155	- 503	- 832	- 82	- 106	- 323	+ 8	- 100	- 189	- 473	- 70	- 185	- 93	- 64	- 95
2) Transport ¶)		Einnahmen Ausgaben	3 533 1 348	3 605 1 415	3 900 1 493	874 331	854 326	930 364	947 394	916 342	947 344	1 026 403	1 011 404	998 381	351 130	301 116	323 123
		Saldo	+ 2 185	+ 2 190	+ 2 407	+ 543	+ 528	+ 566	+ 553	+ 574	+ 603	+ 623	+ 607	+ 617	+ 221	+ 185	+ 200
a) Frachten § §)		Einnahmen Ausgaben	2 712 122	2 720 144	2 917 156	696 29	630 33	671 38	723 44	705 40	698 40	749 38	765 38	769 39	275 14	216 13	232 12
		Saldo	+ 2 590	+ 2 576	+ 2 761	+ 667	+ 597	+ 633	+ 679	+ 665	+ 658	+ 711	+ 727	+ 730	+ 261	+ 203	+ 220
darunter: Seefrachten		Einnahmen	2 269	2 287	2 425	593	529	562	603	585	572	626	642	638	231	170	187
b) Personenbeförderung §)		Einnahmen Ausgaben	275 163	325 181	427 213	54 33	83 37	104 53	84 58	67 33	117 46	137 71	106 63	102 40	33 14	34 18	37 18
		Saldo	+ 112	+ 144	+ 214	+ 21	+ 46	+ 51	+ 26	+ 34	+ 71	+ 66	+ 43	+ 62	+ 19	+ 16	+ 19
c) Hafendienste ¶ §)		Einnahmen Ausgaben	387 949	401 982	382 1 019	87 243	101 228	118 243	95 268	97 246	91 235	96 263	98 275	89 273	30 91	32 77	38 85
		Saldo	- 562	- 581	- 637	- 156	- 127	- 125	- 173	- 149	- 144	- 167	- 177	- 184	- 61	- 45	- 47
d) Reparaturen an Transportmitteln ¶)		Einnahmen Ausgaben	110 11	102 16	121 6	22 3	26 4	22 4	32 5	34 1	28 1	30 2	29 2	23 2	8 1	13 0	11 1
		Saldo	+ 99	+ 86	+ 115	+ 19	+ 22	+ 18	+ 27	+ 33	+ 27	+ 28	+ 27	+ 21	+ 7	+ 13	+ 10
e) Sonstige Transport- leistungen ¶ §)		Einnahmen Ausgaben	49 103	57 92	53 99	15 23	14 24	15 26	13 19	13 22	13 22	14 29	13 26	15 27	5 10	6 8	5 7
		Saldo	- 54	- 35	- 46	- 8	- 10	- 11	- 6	- 9	- 9	- 15	- 13	- 12	- 5	- 2	- 2
3) Versicherungen ¶ §)		Einnahmen Ausgaben	234 233	276 301	337 346	61 62	64 78	72 79	79 82	81 94	85 82	73 67	98 103	68 68	22 21	24 25	24 25
		Saldo	+ 1	- 25	- 9	- 1	- 14	- 7	- 3	- 13	+ 3	+ 6	- 5	+ 0	+ 1	- 1	- 1
4) Kapitalerträge		Einnahmen Ausgaben	425 1 048	620 1 638	846 1 665	185 315	100 394	180 512	155 417	214 264	188 387	255 462	189 552	254 348	84 128	61 98	50 140
		Saldo	- 623	- 1 018	- 819	- 130	- 294	- 332	- 262	- 50	- 199	- 207	- 363	- 94	- 44	- 37	- 90
darunter: Zinszahlungen im Rahmen der Londoner Schuldenabkommen ¶ §)		Einnahmen Ausgaben	233 233	212 301	182 346	92	28	65	27	65	71	24	22	70	11	4	7
5) Regierung ¶ §)		Einnahmen ^{§§} Ausgaben	3 877 232	4 121 309	4 309 303	1 021 78	985 42	1 001 90	1 114 99	1 111 56	1 005 57	1 046 58	1 147 132	1 037 75	404 16	394 21	346 19
		Saldo	+ 3 645	+ 3 812	+ 4 006	+ 943	+ 943	+ 911	+ 1 015	+ 1 055	+ 948	+ 988	+ 1 015	+ 962	+ 388	+ 373	+ 327
6) Verschiedene Dienstleistungen		Einnahmen Ausgaben	1 045 2 846	999 3 158	1 343 3 514	217 768	256 790	269 776	257 824	305 868	290 833	364 881	384 932	345 941	113 290	83 331	97 315
		Saldo	- 1 801	- 2 159	- 2 171	- 551	- 534	- 507	- 567	- 563	- 543	- 517	- 548	- 596	- 177	- 248	- 218
a) Provisionen, Werbe- und Messekosten		Einnahmen Ausgaben	171 1 085	161 1 112	181 1 268	39 259	38 279	41 277	43 297	44 315	48 305	42 309	47 339	50 320	13 90	15 118	10 107
		Saldo	- 914	- 951	- 1 087	- 220	- 241	- 236	- 254	- 271	- 257	- 267	- 292	- 270	- 77	- 103	- 97
b) Lizenzen und Patente (einschl. Filmgeschäft)		Einnahmen Ausgaben	142 487	169 535	182 643	36 129	39 130	49 132	45 144	46 168	41 152	53 161	42 162	61 183	21 73	16 58	14 53
		Saldo	- 345	- 366	- 461	- 93	- 91	- 83	- 99	- 122	- 111	- 108	- 120	- 122	- 52	- 42	- 39
c) Arbeitsentgelte, Renten und Pensionen		Einnahmen Ausgaben	175 485	107 575	122 645	30 128	33 158	20 142	24 147	29 151	29 147	33 171	31 176	29 173	7 54	10 57	9 60
		Saldo	- 310	- 468	- 523	- 98	- 125	- 122	- 123	- 122	- 118	- 138	- 145	- 144	- 47	- 47	- 51
d) Bauleistungen, Montagen und Ausbesserungen		Einnahmen Ausgaben	215 192	237 234	297 287	49 49	63 50	66 63	59 72	78 59	62 67	71 74	86 87	97 77	26 22	23 24	18 31
		Saldo	+ 23	+ 3	+ 10	+ 0	+ 13	+ 3	- 13	+ 19	- 5	- 3	- 1	+ 20	+ 4	- 1	- 13
e) Resiekkosten		Einnahmen Ausgaben	13 153	16 120	102 99	3 38	6 30	3 26	4 26	5 25	5 19	52 34	40 21	9 33	1 5	2 7	13 10
		Saldo	- 140	- 104	+ 3	- 35	- 24	- 23	- 22	- 20	- 14	+ 18	+ 19	- 24	- 4	- 5	+ 3
f) Bundespost		Einnahmen Ausgaben	17 62	49 55	59 59	12 14	10 13	12 17	15 11	18 14	14 15	14 19	13 11	12 13	3 3	3 8	3 4
		Saldo	- 45	- 6	- 0	- 2	- 3	- 5	+ 4	+ 4	- 1	- 5	+ 2	- 1	- 0	- 5	- 1
g) Sonstige Dienstleistungen		Einnahmen Ausgaben	312 382	260 527	400 513	48 151	67 130	78 119	67 127	85 136	91 128	99 113	125 136	87 142	42 43	14 59	30 50
		Saldo	- 70	- 267	- 113	- 103	- 63	- 41	- 60	- 51	- 37	- 14	- 11	- 55	- 1	- 45	- 20
II. Ergänzungen zum Warenverkehr §)		Einnahmen Ausgaben	89 163	55 312	351 183	20 28	10 87	7 115	18 82	87 31	120 51	70 52	74 49	79 41	48 15	32 15	44 14
		Saldo	- 74	- 257	+ 168	- 8	- 77	- 108	- 64	+ 56	+ 69	+ 18	+ 25	+ 38	+ 33	+ 17	+ 30

*) Vom Tage der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes an (6. 7. 1959) einschl. der Transaktionen des Saarlandes mit dem Ausland. — †) Aufgliederung der Position „Dienstleistungsbilanz“ der Tabelle VII.2 für die Zeiträume, über die bereits vollständige Unterlagen vorliegen. — §) Saldo des Transithandels und andere Ergänzungen. — ¶) Vgl. Anm. 4, 5 und 7. — § §) Vgl. Anm. 6. — § § §) Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- bzw. Versicherungskosten. — § § § §) Einnahmen der deutschen Seeschiffahrt bzw. der deutschen Versicherungsunternehmen von deutschen Exporteuren und Importeuren. Soweit es sich dabei um Zahlungen deutscher Exporteure handelt, führen diese zu entsprechenden Einnahmen der Exporteure im Rahmen von Ausfuhr-cif-Abschlüssen; handelt es sich dagegen um Zahlungen deutscher Importeure, sind diese im cif-Wert der Einfuhr als Ausgaben erfasst. — § § § § §) Die Zahlungen von Inländern für die Inanspruchnahme ausländischer Verkehrsmittel im grenzüberschreitenden Verkehr werden — soweit es sich nicht um die Inanspruchnahme ausländischer Eisenbahnen handelt — zusammen mit den übrigen Ausgaben im Reiseverkehr gemeldet und können nicht ausgliedert werden. — § § § § § §) Ohne Einnahmen aus der Ausfuhr von Schiffen und Flugzeugbedarf. — § § § § § § §) Einnahmen und Ausgaben für entsprechende Leistungen im Landverkehr. Vgl. auch Anm. 9. — § § § § § § § §) Ohne die bei den Hafendiensten erfassten Notreparaturen. — § § § § § § § § §) Überwiegend Waggonmieten und Chartergebühren. — § § § § § § § § § §) Ohne die auf den inländischen Besitz an Auslandsanleihen entfallenden Zinszahlungen im Rahmen der Londoner Schuldenabkommen. — § § § § § § § § § § §) Von Regierungsstellen des In- und Auslands in Anspruch genommene bzw. erbrachte Leistungen, die nicht in anderen Zahlungsbilanzpositionen ausgewiesen sind. — § § § § § § § § § § § § § §) Nur Einnahmen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen für ausländische militärische Dienststellen.

8. Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts *)

in jeweiligen Preisen
Bundesgebiet ohne Berlin und Saarland

Positionen	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959 ¹⁾	1960 ²⁾
Mrd DM											
I Entstehung des Bruttosozialprodukts											
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	10.1	12.2	13.3	13.4	13.7	14.5	15.0	15.6	16.5	17.1	17.4
Warenproduzierendes Gewerbe ³⁾	48.0	61.0	69.0	75.5	82.0	95.3	104.9	113.3	120.2	131.3	147.5
Handel und Verkehr ⁴⁾	20.1	23.6	28.3	29.0	30.9	35.7	38.4	43.6	46.6	50.9	56.1
Dienstleistungsbereiche ⁵⁾	19.0	21.9	25.0	27.6	30.3	33.6	37.8	41.7	45.5	49.1	54.8
Bruttoinlandsprodukt	97.2	118.6	135.5	145.5	157.0	179.1	197.1	214.2	228.8	248.4	275.8
Saldo der Erwerbs- und Vermögens-einkommen zwischen In- und Ausland	+ 0.0	- 0.0	+ 0.1	+ 0.1	- 0.6	- 0.8	- 0.7	- 0.6	- 0.3	- 0.5	- 0.0
Bruttosozialprodukt	97.2	118.6	135.6	145.5	156.4	178.3	196.4	213.6	228.5	247.9	275.8
vH des Bruttoinlandsprodukts											
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	10.4	10.3	9.8	9.2	8.8	8.1	7.6	7.3	7.2	6.9	6.3
Warenproduzierendes Gewerbe ³⁾	49.4	51.4	50.9	51.9	52.2	53.2	53.2	52.9	52.5	52.8	53.5
Handel und Verkehr ⁴⁾	20.7	19.9	20.9	19.9	19.7	19.9	20.0	20.3	20.4	20.5	20.4
Dienstleistungsbereiche ⁵⁾	19.5	18.4	18.4	19.0	19.3	18.8	19.2	19.5	19.9	19.8	19.8
Bruttoinlandsprodukt	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mrd DM											
II Verwendung des Bruttosozialprodukts											
Privater Verbrauch	62.5	72.5	79.9	87.6	92.8	103.4	115.1	125.6	134.9	144.1	158.0
Staatsverbrauch											
Ziviler Aufwand	9.6	11.3	13.3	14.7	16.1	17.7	19.9	21.9	24.5	25.8	28.2
Verteidigungsaufwand ⁶⁾	4.4	6.1	7.5	6.3	6.0	6.1	5.5	5.4	6.1	7.9	9.3
Staatsverbrauch insgesamt	14.0	17.4	20.8	21.1	22.0	23.8	25.4	27.3	30.6	33.7	37.5
Bruttoinvestitionen											
Ausrüstungen	9.4	12.1	14.2	15.4	17.5	21.9	23.7	24.2	25.8	28.3	33.3
Bauten	8.9	10.4	11.7	14.0	15.5	19.1	21.3	22.5	24.5	28.8	33.2
Anlagen insgesamt	18.3	22.5	25.9	29.3	32.9	41.0	45.0	46.7	50.3	57.1	66.5
Vorratsveränderung	+ 3.7	+ 3.9	+ 5.6	+ 2.1	+ 3.4	+ 6.0	+ 4.3	+ 5.3	+ 3.8	+ 4.6	+ 6.3
Bruttoinvestitionen insgesamt	21.9	26.4	31.5	31.4	36.3	47.0	49.3	52.0	54.1	61.7	72.8
Saldo der Waren- und Dienstleistungsbilanz ⁷⁾	- 1.2	+ 2.3	+ 3.4	+ 5.5	+ 5.3	+ 4.2	+ 6.6	+ 8.7	+ 8.8	+ 8.5	+ 7.6
Bruttosozialprodukt	97.2	118.6	135.6	145.5	156.4	178.3	196.4	213.6	228.5	247.9	275.8
Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ¹⁾ Vorläufige Ergebnisse. — ²⁾ Erste vorläufige Ergebnisse. — ³⁾ Bergbau und Energiewirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe. — ⁴⁾ Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — ⁵⁾ Banken und Privatversicherungen, Wohnungsvermietung, Staat, Sonstige Dienstleistungen. — ⁶⁾ Bis 5. 5. 1955 Besatzungskosten. — ⁷⁾ Mit dem Ausland, dem Saarland, Berlin (West) und der sowjetisch besetzten Zone.											

9. Masseneinkommen *)

Bundesgebiet ohne Berlin und Saarland

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter		Abzüge		Nettolöhne und -gehälter (1 - 3)		Beamtenpensionen netto ¹⁾		Sozialrenten und Unterstützungen		Masseneinkommen (5 + 7 + 9)	
	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahreszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahreszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahreszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahreszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahreszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahreszeitraum vH
1950	39.8	•	5.1	•	34.7	•	2.1	•	9.6	•	46.4	•
1951	48.4	+ 21.5	6.8	+ 34.7	41.5	+ 19.6	2.4	+ 15.0	10.8	+ 11.6	54.7	+ 17.7
1952	53.9	+ 11.4	8.0	+ 16.8	45.9	+ 10.5	3.0	+ 25.2	12.5	+ 15.7	61.3	+ 12.2
1953	59.4	+ 10.2	8.5	+ 7.1	50.8	+ 10.7	3.3	+ 11.8	13.6	+ 9.3	67.8	+ 10.5
1954	65.0	+ 9.4	9.1	+ 6.8	55.8	+ 9.9	3.7	+ 9.9	14.3	+ 4.8	73.8	+ 8.8
1955	73.9	+ 13.8	10.5	+ 15.5	63.4	+ 13.6	4.0	+ 8.6	16.2	+ 13.6	83.6	+ 13.3
1956	82.9	+ 12.1	12.1	+ 14.9	70.8	+ 11.6	4.3	+ 9.6	18.3	+ 12.9	93.4	+ 11.8
1957	89.7	+ 8.2	12.7	+ 4.8	77.0	+ 8.8	4.7	+ 8.1	23.0	+ 25.9	104.7	+ 12.1
1958	96.8	+ 7.9	14.5	+ 14.2	82.3	+ 6.8	5.0	+ 7.4	26.0	+ 12.9	113.3	+ 8.2
1959	103.7	+ 7.2	15.3	+ 5.8	88.4	+ 7.5	5.1	+ 1.4	26.9	+ 3.5	120.4	+ 6.3
1960 ²⁾	116.6	+ 12.4	18.4	+ 19.8	98.2	+ 11.1	5.6	+ 9.1	27.7	+ 2.8	131.5	+ 9.2
1960 ²⁾ P)	118.9	•	18.8	•	100.1	•	5.7	•	28.3	•	134.2	•
1958 1. Vj.	21.9	+ 7.6	3.1	+ 24.1	18.9	+ 5.4	1.3	+ 14.3	6.9	+ 37.4	27.0	+ 12.4
2. "	24.4	+ 7.7	3.6	+ 14.9	20.8	+ 6.6	1.2	+ 11.0	6.3	+ 7.0	28.3	+ 6.9
3. "	25.1	+ 8.6	3.9	+ 17.1	21.2	+ 7.2	1.2	+ 5.7	6.3	+ 6.7	28.7	+ 7.0
4. "	25.3	+ 7.5	3.9	+ 4.7	21.4	+ 8.0	1.3	- 0.1	6.6	+ 4.8	29.3	+ 6.9
1959 1. Vj.	23.7	+ 7.8	3.1	+ 0.5	20.6	+ 9.0	1.3	+ 5.4	6.9	+ 1.3	28.9	+ 6.9
2. "	26.0	+ 6.5	3.7	+ 3.0	22.3	+ 7.1	1.3	+ 2.4	6.5	+ 3.6	30.0	+ 6.1
3. "	26.7	+ 6.4	4.1	+ 4.5	22.6	+ 6.7	1.3	+ 1.0	6.6	+ 4.5	30.4	+ 6.0
4. "	27.4	+ 8.2	4.5	+ 13.9	22.9	+ 7.2	1.3	- 3.2	6.9	+ 5.0	31.1	+ 6.2
1960 ²⁾ 1. Vj.	26.1	+ 10.4	3.7	+ 19.8	22.4	+ 9.1	1.4	+ 2.4	7.1	+ 2.2	30.9	+ 7.1
2. "	29.0	+ 11.5	4.4	+ 18.2	24.6	+ 10.4	1.3	+ 6.4	6.7	+ 2.3	32.6	+ 8.4
3. "	30.3	+ 13.6	4.9	+ 22.0	25.3	+ 12.1	1.4	+ 11.4	6.9	+ 5.0	33.6	+ 10.6
4. "	31.2	+ 13.8	5.3	+ 19.3	25.9	+ 12.7	1.5	+ 16.6	7.0	+ 1.6	34.3	+ 10.4
1961 ²⁾ P) 1. Vj.	30.3	+ 13.6	4.6	+ 21.5	25.7	+ 12.3	1.5	+ 7.9	7.6	+ 4.5	34.8	+ 10.3

*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ¹⁾ Nach Abzug direkter Steuern. — ²⁾ Bundesgebiet ohne Berlin, einschl. Saarland. — P) Vorläufig.

noch: IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse
Kassa-Kurse in DM

Zeit	Oslo			Paris			Stockholm			Wien			Zürich		
	100 nkr			100 NF			100 skr			100 S			100 sfr		
	Parität: 56,00 DM			Parität: 81,0199 DM			Parität: 77,3214 DM			Parität: 15,3846 DM			Parität: 91,4742 DM		
	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief
1961															
Juni															
2.	55,405	55,345	55,465	81,03	80,93	81,13	76,915	76,835	76,995	15,252	15,232	15,272	91,705	91,605	91,805
5.	55,415	55,355	55,475	81,015	80,915	81,115	76,920	76,840	77,000	15,260	15,240	15,280	91,730	91,630	91,830
6.	55,420	55,360	55,480	81,025	80,925	81,125	76,910	76,830	76,990	15,264	15,244	15,284	91,770	91,670	91,870
7.	55,410	55,350	55,470	81,020	80,920	81,120	76,905	76,825	76,985	15,268	15,248	15,288	91,850	91,750	91,950
8.	55,400	55,340	55,460	81,020	80,920	81,120	76,900	76,820	76,980	15,269	15,249	15,289	91,950	91,850	92,050
9.	55,410	55,350	55,470	81,020	80,920	81,120	76,890	76,810	76,970	15,259	15,239	15,289	91,960	91,860	92,060
12.	55,41	55,35	55,47	81,035	80,935	81,135	76,895	76,815	76,975	15,273	15,253	15,293	91,915	91,815	92,015
13.	55,44	55,38	55,50	81,035	80,935	81,135	76,895	76,815	76,975	15,273	15,253	15,293	91,82	91,72	91,92
14.	55,46	55,40	55,52	81,04	80,94	81,14	76,895	76,815	76,975	15,276	15,256	15,296	91,805	91,705	91,905
15.	55,435	55,375	55,495	81,03	80,93	81,13	76,875	76,795	76,955	15,275	15,255	15,295	91,83	91,73	91,93
16.	55,40	55,34	55,46	81,025	80,925	81,125	76,83	76,75	76,91	15,274	15,254	15,294	91,90	91,80	92,00
19.	55,40	55,34	55,46	81,06	80,96	81,16	76,84	76,76	76,92	15,279	15,259	15,299	91,905	91,805	92,005
20.	55,425	55,365	55,485	81,085	80,985	81,185	76,88	76,80	76,96	15,287	15,267	15,307	91,915	91,815	92,015
21.	55,44	55,38	55,50	81,11	81,01	81,21	76,91	76,83	76,99	15,294	15,274	15,314	92,01	91,91	92,11
22.	55,44	55,38	55,50	81,145	81,045	81,245	77,005	76,925	77,085	15,297	15,277	15,317	92,13	92,03	92,23
23.	55,45	55,39	55,51	81,165	81,065	81,265	77,045	76,965	77,125	15,304	15,284	15,324	92,18	92,08	92,28
26.	55,47	55,41	55,53	81,18	81,08	81,28	77,07	76,99	77,15	15,315	15,295	15,335	92,185	92,085	92,285
27.	55,52	55,46	55,58	81,20	81,10	81,30	77,09	77,01	77,17	15,325	15,305	15,345	92,22	92,12	92,32
28.	55,525	55,465	55,585	81,21	81,11	81,31	77,16	77,08	77,24	15,336	15,316	15,356	92,24	92,14	92,34
29.	55,48	55,42	55,54	81,20	81,10	81,30	77,07	76,99	77,15	15,345	15,325	15,365	92,195	92,095	92,295
30.	55,47	55,41	55,53	81,18	81,08	81,28	77,01	76,93	77,09	15,344	15,324	15,364	92,175	92,075	92,275
Juli															
3.	55,48	55,42	55,54	81,165	81,065	81,265	77,00	76,92	77,03	15,349	15,329	15,369	92,12	92,02	92,22
4.	55,480	55,420	55,540	81,165	81,065	81,265	76,990	76,910	77,070	15,368	15,348	15,388	92,170	92,070	92,270
5.	55,480	55,420	55,540	81,185	81,085	81,285	76,960	76,880	77,040	15,377	15,357	15,397	92,200	92,100	92,300
6.	55,470	55,410	55,530	81,185	81,085	81,285	76,930	76,850	77,010	15,380	15,360	15,400	92,210	92,110	92,310
7.	55,450	55,390	55,510	81,175	81,075	81,275	76,880	76,800	76,960	15,381	15,361	15,401	92,180	92,080	92,280
10.	55,450	55,390	55,510	81,180	81,080	81,280	76,920	76,840	77,000	15,388	15,368	15,408	92,185	92,085	92,285
11.	55,465	55,405	55,525	81,195	81,095	81,295	76,940	76,860	77,020	15,398	15,378	15,418	92,210	92,110	92,310
12.	55,460	55,400	55,520	81,190	81,090	81,290	76,950	76,870	77,030	15,410	15,390	15,430	92,220	92,120	92,320
13.	55,455	55,395	55,515	81,195	81,095	81,295	76,950	76,870	77,030	15,416	15,396	15,436	92,205	92,105	92,305
14.	55,460	55,400	55,520	81,200	81,100	81,300	76,940	76,860	77,020	15,417	15,397	15,437	92,210	92,110	92,310

